

Kaiser Wilhelm, 1797-1877

W. Müller

Kaiser Wilhelm

1797—1877.

Von

Wilhelm Müller,
Professor in Tübingen.

Mit dem Porträt des Kaisers.

Berlin.
Verlag von Julius Springer.
1877.

Aufgeschnittene und gelesene Exemplare werden nicht zurückgenommen.

Kaiser Wilhelm

1797—1877.



Lith v P Rohrbach

Druck v [illegible]



Kaiser Wilhelm

1797—1877.

Von

Wilhelm Müller,

Professor in Tübingen.

Mit dem Porträt des Kaisers.

Berlin.

Verlag von Julius Springer.

1877.

Vorwort.

Das 70jährige Militärdienst-Jubiläum des Kaisers Wilhelm am 1. Januar 1877 und die bevorstehende Geburtstagsfeier am 22. März sind Ereignisse seltener Art. Wo solche Tage auch vorkommen mögen, werden sie immer eine Fülle von Ereignissen in sich schließen. Ist aber derjenige, welcher diese Feier begeht, ein Regent, ist er vollends König von Preußen, ja der erste Kaiser des von ihm neu gegründeten Deutschen Reiches, so bildet eine solche Feier für sich allein schon ein Programm. Dieses reichhaltige Programm durch alle seine verschiedenen Phasen zu verfolgen, war die Aufgabe des Verfassers. Derselbe verhehlte sich nicht, daß die Regierungszeit des Kaisers in mehreren Schriften, welche die Geschichte der neuesten Zeit zum Gegenstand haben, bereits eine mehr oder weniger ausdrucksvolle Darstellung gefunden hat. Aber es ist ja etwas ganz anderes, die Geschichte einer Zeit zu beschreiben, in welcher ein Fürst gelebt und gewirkt hat, und etwas anderes, die Geschichte eines Fürsten zu beschreiben, welcher einem Zeit-

abschnitt seinen Gang bestimmt, seinen Charakter gegeben hat. Dort wandeln wir durch eine reiche Bildergalerie, in welcher wir das Bild einer hervorragenden Persönlichkeit öfters wiedertreffen; hier stehen wir vor dem Kolossalbild einer einzigen Persönlichkeit, und alles, was wir rings um dasselbe erblicken, bildet nur die Staffage.

In diesem Sinne hat der Verfasser seine Aufgabe aufgefaßt und der von befreundeter Seite an ihn ergangenen Aufforderung, ein Geschichtsbild des Kaisers Wilhelm zu entwerfen, gerne entsprochen.

Tübingen, den 7. Januar 1877.

W. Müller.

Inhalt.

	Seite
Prinz Wilhelm 1797—1840	1
Der Prinz von Preußen 1840—1861	19
König Wilhelm 1861—1871	57
Kaiser Wilhelm 1871—1877	197

Prinz Wilhelm

1797—1840.

Das Auge des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen war umnachtet. In dieses so reich angelegte Geistesleben drang kein Lichtstrahl mehr. Die Regierung war thatsächlich ohne Oberhaupt. Es gab Minister, die regierten, aber keinen König, der entschied. Dies war kein verfassungsmäßiger Zustand. In keinem monarchisch geordneten Staate konnte ein solches Verhältniß lange bestehen, am wenigsten in Preußen, wo das Königthum nicht bloß eine Repräsentations-Einrichtung, sondern eine reale, granitne Macht ist, mit der jedermann im Volke in erster Linie zu rechnen, zu der er seinen Blick zu erheben pflegt. Und man lebte ja in einer Zeit, welche an die höchstgestellten Monarchen auch die höchsten Anforderungen machte. Das Interesse der Monarchie und des Staates forderte eine Aenderung. So unangenehm es auch den damaligen Ministern sein mochte: es mußte wenigstens an eine Stellvertretung gedacht werden. Diese konnte kein anderer übernehmen als des Königs ältester Bruder, Wilhelm, der Prinz von Preußen. Er brachte einen gesunden, praktischen Verstand, einen festen Willen und einen feinen Sinn für militärische und nationale Ehre mit in seinen neuen Beruf. Alle Mächte, mit denen Preußen in engen Wechselbeziehungen stand oder in nähere Berührung kam, durften von nun an ihr Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ganz besonders im Auge behalten. Kaiser Napoleon III.,

welchem es so eben gelungen war, den russischen Stolz vor Sebastopol zu demüthigen, beanspruchte für sich und für sein Frankreich ein internationales Schiedsrichteramt, eine europäische Hegemonie. Oestreich, welches die Voraussagung des Fürsten Schwarzenberg erfüllt und durch seine Undankbarkeit alle Welt in Erstaunen versetzt hatte, suchte die isolirte Stellung, die es unter den Großmächten einnahm, durch eine um so eigennützigere Ausbeutung seiner deutschen Machtverhältnisse, durch eine Beherrschung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, durch eine Beiseiteschiebung des rivalisirenden Preußens, zu verbessern und zu befestigen. Das kleine Nachbarland im Norden, Dänemark, wirthschaftete in den deutschen Herzogthümern, als ob dieselben durch einen ehernen Schicksalsspruch an seine Inseln gekettet wären, als ob deren Bewohner gegenüber der dänischen Diktatur rechtlos und schutzlos ständen, als ob hinter der Eider und der Elbe nicht Deutschland läge, sondern die Südsee sich ausdehnte. Wie lange glaubten denn diese politischen Künstler an der Seine, an der Donau und am Sund, daß diese für ganz Europa, am allermeisten aber für Deutschland und Preußen entwürdigenden Zustände dauern würden? Konnte irgend jemand, der den Charakter des Prinzen von Preußen kannte, sich der naiven Täuschung hingeben, daß ein von dieser kräftig organisirten Persönlichkeit geleitetes Preußen noch länger auf die Orakelsprüche der Sphinx in den Tuilerien horchen, noch länger die Konsequenzen von Olmütz tragen, noch länger den Schmerzensschrei von der Königsau überhören werde?

Prinz Wilhelm von Preußen hatte im Jahre 1857, wo die Frage der Stellvertretung an ihn herankam, bereits eine reiche Erfahrung. Am 22. März 1797 geboren, war er damals ein Sechziger. Eine Reihe der eingreifendsten Staatsumwälzungen

lag hinter ihm. Er hatte die tiefe Schmach Deutschlands gesehen, dessen Erhebung erlebt, die weitere Entwicklung beobachtet. Im Privatleben und im öffentlichen Leben hatte er viel Herrliches und Hoffnungsreiches gesehen; aber auch viel Herbes, viel Undank zu kosten, war ihm nicht erspart geblieben. Seine erste Kindheit fiel in eine glückliche Zeit. Sein Vater, Friedrich Wilhelm, war damals noch Kronprinz und verlebte mit seiner durch Vorzüge des Geistes und des Herzens gleich ausgezeichneten Gemahlin, der mecklenburgischen Prinzessin Luise, in seiner ländlichen Einsiedelei zu Paretz an der Havel eine reizende Idylle. Auf diesem einfachen Landgut wollte der Kronprinz, später der König nichts weiter sein als ein schlichter Gutsherr und nannte sich scherzhaft den Schulzen von Paretz. Die Kronprinzessin, nun Mutter von zwei Söhnen, konnte gerade in dieser Einsiedelei ihr schönes Familienleben am besten genießen und fühlte sich „ganz glücklich als gnädige Frau von Paretz.“ Noch im nämlichen Jahre, am 16. November, starb König Friedrich Wilhelm II., des großen Friedrich Neffe. Das kronprinzliche Paar zog in das Königsschloß ein. Sein Familienleben blieb so einfach wie vorher. Die beiden königlichen Kinder, Fritz und Wilhelm, genoßen von ihren Eltern eine reiche Zärtlichkeit. Jeden Abend traten der König und die Königin Hand in Hand in das Schlafzimmer der Prinzen und küßten sie leise auf die Stirne. Für die Erziehung und Bildung dieser Söhne sorgte Tag und Nacht ein treues Mutterherz und ein liebender, von den edelsten Gesinnungen beseelter Vater. Einem Leipziger Professor, welcher der Königin Luise ein von ihm verfaßtes Buch: „Grundsätze für Geist und Herz“ übersandt hatte, schrieb sie, nachdem sie das Buch gelesen: „Allerdings ist es mein heißester, mein liebster Wunsch, meine Kinder zu wohlwollenden

Menschenfreunden zu bilden; auch nähre ich die frohe Hoffnung, diesen Zweck nicht zu verfehlen."

Jahre vergiengen, und aus dieser Idylle und diesem glücklichen Königsschloß wurde ein Haus des Schmerzes und der Trauer. Das Jahr 1806 nahte heran. Immer mehr sah sich Preußen umstrickt von jener alle staatliche Freiheit und Selbstständigkeit erstickenden Riesenschlange, welche in der Geschichte den Namen Napolon I. führt. Um nicht zum Rheinbundfürsten herabzusinken, wagte Preußen, leider zu spät, den Kampf. Lieber ehrenvoll untergehen als schmachvoll leben, war seine Devise. Der Tag von Jena, 14. Oktober 1806, entschied gegen Preußen. Das Königreich zerfiel in Stücke; kaum war der Thron der Hohenzollern noch zu retten. Königin Luise, welche ihren Gemahl bis in die Nähe des Schlachtfeldes begleitet hatte, erhielt auf der Rückfahrt nach Berlin die Nachricht von der Niederlage. Voll Verzweiflung kam sie am 17. Oktober in Berlin an, traf aber ihre Kinder nicht mehr dort. Der Gouverneur der Hauptstadt, Graf von Schulenburg, hatte schon am Morgen dieses Tages die Erzieher der königlichen Kinder veranlaßt, dieselben nach Schwedt an der Oder zu geleiten und dort die Befehle des Königs zu erwarten. Am 18. Oktober kam auch die Königin nach Schwedt. Der Anblick ihrer Kinder erneuerte ihren Schmerz um das große Unglück des Vaterlandes. „Ihr seht mich in Thränen. Ich beweine den Untergang der Armee. Sie hat den Erwartungen des Königs nicht entsprochen." Mit diesen Worten begrüßte sie die freudig ihr entgegeneilenden Kinder. Auf viele Jahre war die Freude aus diesem Familienkreise gewichen.

Noch andere, besonders für die beiden ältesten Söhne, den 11jährigen Fritz und den 9jährigen Wilhelm, hoch bedeutsame

Worte sprach die Königin bei diesem Wiedersehen. „Ich sehe ein Gebäude an einem Tage zerstört, an dessen Erhöhung große Männer zwei Jahrhunderte hindurch gearbeitet haben. Es gibt keinen preußischen Staat, keine preußische Armee, keinen Nationalruhm mehr. Ach, meine Söhne, Ihr seid in dem Alter, wo Euer Verstand die großen Ereignisse, welche uns jetzt heimsuchen, fassen kann. Ruft künftig, wenn Eure Mutter nicht mehr lebt, diese unglückliche Stunde in Euer Gedächtniß zurück! Weinet meinem Andenken Thränen, wie ich sie in diesem Augenblicke dem Umsturze meines Vaterlandes weine! Aber begnügt Euch nicht mit Thränen allein! Handelt! entwickelt Eure Kräfte! Vielleicht läßt Preußens Schutzgeist sich auf Euch nieder. Befreit dann Euer Volk von der Schande, dem Vorwurf und der Erniedrigung, worin es schmachtet! Suchet den jetzt verdunkelten Ruhm Eurer Vorfahren von Frankreich zurückzuerobern, wie Euer Urgroßvater, der große Kurfürst, einst bei Fehrbellin die Niederlage und Schmach seines Volkes an den Schweden rächte! Lasset Euch, meine Prinzen, nicht von der Entartung dieses Zeitalters hinreißen! Werdet Männer und geizet nach dem Ruhme großer Feldherren und Helden! Wenn Euch dieser Ehrgeiz fehlte, so würdet Ihr des Namens von Prinzen und Enkeln des großen Friedrich unwürdig sein. Könnt Ihr aber mit aller Anstrengung den niedergebeugten Staat nicht wieder aufrichten, so sucht den Tod, wie ihn Louis Ferdinand gesucht hat!“ Diese Worte, welche nach früheren Aufzeichnungen direkt an die beiden ältesten Söhne, nach neueren Angaben zunächst an deren Erzieher gerichtet und erst durch diese den Prinzen mitgetheilt wurden, haben ein historisches Interesse, nicht bloß zur Charakteristik der Königin Luise, welche uns hier in antiker Größe, als altgermanische Seherin erscheint, sondern auch

weil die an die Söhne gerichtete Aufforderung von dem Prinzen Wilhelm mehr als sechs Jahrzehnte nachher so glänzend erfüllt worden ist.

Die Ereignisse nahmen ihren unerbittlichen Lauf. Die königliche Familie begab sich nach Königsberg. Die Franzosen rückten nach. Im December fürchtete man für Königsberg. Die Königin lag am Typhus darnieder. Zum Neujahrstag 1807 kam der König zum Besuch nach Königsberg. Prinz Wilhelm wurde an diesem Tage zum Officier ernannt. „Da an Deinem Geburtstage vielleicht keine Gelegenheit sein wird, Dich ordentlich einzukleiden, weil Ihr nach Memel müßt, so ernenne ich Dich schon heute zum Officier und habe Dir auch eine Interims-Uniform anfertigen lassen." Mit diesen Worten zeigte der König auf einen „Interimsrock der Gardeofficiere", welchem Degen, Hut und Federbusch beigelegt war, und der noch nicht ganz zehnjährige Lieutenant zeigte sich mit Stolz in seiner neuen Uniform. Die Königin ließ sich trotz ihrer schweren Krankheit, trotz Kälte, Sturm und Schneegestöber von Königsberg nach Memel bringen. Mit den Worten: „Ich will lieber in die Hände Gottes als dieser Menschen fallen," trat sie am 3. Januar die gefahrvolle Reise an. Der König und die königlichen Kinder folgten. Die ganze Familie vereinigte sich in der Grenzstadt Memel. Zu dem nationalen Unglück kamen häusliche Sorgen: Prinz Wilhelm erkrankte am Nervenfieber, der Kronprinz wurde vom Scharlachfieber ergriffen. Am 22. März, seinem Geburtstage, erhielt jener das Patent als Fähndrich bei der Garde zu Fuß. Die Haltung der preußischen Truppen bei Eylau am 7. und 8. Februar, der Besuch des Kaisers Alexander am 2. April und der Anmarsch der russischen Garden belebten wieder den gesunkenen Muth. Aber die Schlacht bei Friedland

am 14. Juni vernichtete alle Hoffnungen. Es folgte der Friede von Tilsit mit seinen für Preußen ebenso drückenden als demüthigenden Bedingungen, von welchen selbst die Königin Luise durch ihre Unterredung mit Napoleon nichts herabmindern konnte. Die königliche Familie blieb im Jahre 1807 in Memel. Ihre Haushaltung war bescheidener und einfacher als in manchen bürgerlichen Häusern. Aller Luxus sollte entfernt und in der Noth des Vaterlandes dem Volk ein gutes Beispiel gegeben werden. An Weihnachten erhielt Prinz Wilhelm unter dem Christbaum das Patent als Sekondelieutenant beschert. Am 15. Januar 1808 erfolgte die Rückkehr der königlichen Familie nach Königsberg, am 23. December 1809 der Einzug in Berlin. Während die Königin mit der elfjährigen Prinzessin Charlotte und dem achtjährigen Prinzen Karl in einem prächtigen Wagen fuhr, den ihr die Berliner Bürgerschaft zum Geschenk gemacht hatte, zog der König zu Pferd an der Spitze seiner Truppen ein, und die Prinzen Friedrich und Wilhelm marschirten als Garde-Officiere mit ihren Regimentern zu Fuß.

Das freudige Gefühl, wieder in der Hauptstadt zu sein und die Kundgebungen der Liebe des Volkes in so reichem Maße genießen zu dürfen, wurde durch die zunehmende Kränklichkeit der Königin getrübt. Ihre sonst so gute Gesundheit unterlag dem jahrelangen Gram. Preußen, Deutschland, ihre Familie, für alles hatte sie zu sorgen und zu fürchten. „Mit uns ist es aus," schrieb sie ihrem Vater, „wenn auch nicht für immer, doch für jetzt. Für mein Leben hoffe ich nichts mehr. Wir sind eingeschlafen auf den Lorbeeren Friedrichs des Großen, welcher, der Herr seines Jahrhunderts, eine neue Zeit schuf. Wir sind mit derselben nicht fortgeschritten; deßhalb überflügelt sie uns." Ihr Trost war ihr das Glück, das sie als Gattin

und als Mutter genoß. Wann ihr der Boden unter den Füßen wankte, blieb ihr noch fest die Hoffnung auf das glückliche Gedeihen ihrer Kinder. An ihre langjährige Freundin, Frau von Berg, schrieb sie im Jahre 1809: „Ich beklage mich nicht, daß meine Lebenstage in diese Unglücksjahre fielen. Vielleicht gab mein Dasein Kindern das Leben, die einst zum Wohle der Menschheit beitragen werden.“ In einem Briefe an ihren Vater vom Jahre 1810 schildert sie ihm ihr häusliches Glück und führt ihm in kurzen Charakteristiken ihre „ganze Galerie“ von Kindern, deren es sieben waren, vor. „Unser Sohn Wilhelm,“ schrieb sie, „wird, wenn mich nicht alles trügt, wie sein Vater, einfach, bieder und verständig. Auch in seinem Aeußern hat er die meiste Aehnlichkeit mit ihm; nur wird er, glaube ich, nicht so schön. Sie sehen, lieber Vater, ich bin noch in meinen Mann verliebt.“ Am Schlusse des Briefes sagte sie: „Für unsere Kinder mag es gut sein, daß sie die ernste Seite des Lebens kennen lernen. Wären sie im Schoße des Ueberflusses und der Bequemlichkeit groß geworden, so würden sie meinen, das müsse so sein. Daß es aber anders kommen kann, sehen sie an dem ernsten Angesichte ihres Vaters und den öfteren Thränen der Mutter.“

Am 25. Juni 1810 reiste die Königin nach Strelitz, um ihren Vater zu besuchen. Sie fühlte sich sehr glücklich unter den Ihrigen, besonders als der König sie dort besuchte. Der Aufenthalt auf Hohen=Zieritz, einem ländlich gelegenen Schlosse, sollte ihre Gesundheit stärken. Aber sie fühlte sich bald von Fieberschauern ergriffen. Heftige Brustkrämpfe stellten sich ein. Das Uebel nahm von Tag zu Tag zu. Am 19. Juli Morgens 4 Uhr traf der König ein. „Wer ist mit Dir gekommen?“ fragte die Kranke. „Fritz und Wilhelm,“ erwiderte der

König. „Ach Gott! welche Freude!“ sagte die Königin. Der König gieng hinaus und führte die beiden Prinzen an das Bett der Mutter. „Ach, lieber Fritz, lieber Wilhelm! seid Ihr da?“ sprach sie zu ihnen. Die beiden Prinzen weinten laut. Sie verließen wieder das Zimmer; sie kamen wieder, wann die Brustkrämpfe der Mutter nachließen. 5 Minuten vor 9 Uhr Vormittags athmete die Königin nicht mehr. Weinend standen in diesem Augenblicke die beiden Söhne im Garten auf der Schloßtreppe. Der König eilte hinaus, um ihnen den Tod der Mutter mitzutheilen, hatte aber nicht mehr die Kraft dazu und sank stumm auf einen Sessel nieder. Prinz Karl von Mecklenburg, der Bruder der Königin, kündigte ihnen das Schreckliche an. Da erhob sich der König, nahm die beiden Söhne an der Hand und führte sie an das Bett der todten Mutter. Sie knieten nieder und benetzten die Hände der Mutter mit heißen Thränen.

Es war vollbracht. „Der König hat seinen besten Minister verloren,“ sagte derjenige, welcher zu diesem Verluste am meisten beigetragen hatte, Kaiser Napoleon. Der Eindruck, den diese Katastrophe auf die älteren Söhne machte, war ein tiefer und blieb tief. Doch sie sollten ja Männer werden und „den verdunkelten Ruhm ihrer Vorfahren von Frankreich wieder zurückerobern.“ Nach und nach begann es zu tagen. Prinz Wilhelm arbeitete inzwischen mit Eifer an seiner geistigen Ausbildung. Er hatte treffliche Lehrer und Erzieher. Wir erwähnen Delbrück und den Hauptmann von Reiche. In den Memoiren des letzteren finden sich folgende Worte: „Prinz Wilhelm that sich durch schnelles Auffassen und durch einen praktischen Verstand, durch große Ordnungsliebe, Talent zum Zeichnen und durch einen für sein Alter ernsten und gesetzten Charakter her-

vor. Es lag in ihm der wahre, zuverläßige Soldat und Anführer, wie er es nachher auch in vollem Maße geworden ist."

Im Frühjahr 1812 zog Napoleon mit mehr als einer halben Million Soldaten nach Rußland. Den König von Preußen hatte er genöthigt, ihm sogar Hilfstruppen für diesen Feldzug zu stellen. Im December sah man einen einsamen Schlitten durch Dresden fahren. Es war Napoleon. Das Strafgericht hatte ihn ereilt. Seine Armee war vernichtet. Der General York, der Führer jener preußischen Hilfstruppen, glaubte in den Sternen zu lesen, daß seine Soldaten dazu bestimmt seien, in den nächsten Monaten nicht gegen Rußland, sondern gegen Frankreich zu kämpfen, und schloß in dieser Voraussicht auf seine eigene Verantwortung hin mit dem russischen General Diebitsch am 30. December 1812 den Vertrag von Tauroggen. „Die Würfel sind gefallen, Preußen wird nicht untergehen," sagte auf die Nachricht von diesen großen Ereignissen Major von Pirch zu seinem militärischen Zögling, dem Prinzen Wilhelm. Rasch folgten sich die vorbereitenden Schritte. Am 22. Januar 1813 reiste der König mit den Prinzen von Berlin nach Breslau; am 28. Februar schloß er mit Kaiser Alexander das Bündniß von Kalisch; am 10. März, dem Geburtstage der Königin Luise, stiftete er den Orden des Eisernen Kreuzes; am 17. März erließ er den Aufruf: „An mein Volk." Die großen Schlachten wurden geschlagen. Der Mai ließ sich nicht günstig an. Aber die Monate August, September und Oktober brachten Napoleon fast nichts als Niederlagen, und zum zweitenmal kam er nach Paris zurück fast ohne Armee. Prinz Wilhelm, am 15. Juni zum Premier-Lieutenant ernannt, hatte den Feldzug von 1813 nicht mitmachen dürfen. Er war damals durchaus nicht von kräftiger Konstitution; seine Gesundheitsver-

hältnisse schienen den Strapazen eines Feldzuges nicht gewachsen zu sein; der besorgte Vater hatte daher die mehrmaligen dringenden Bitten des Sohnes, ihn mit ins Feld zu nehmen, nicht erfüllen können. Nach den Siegestagen von Leipzig kam der König zum Besuch seiner Familie nach Breslau. Es war am 30. Oktober. Er ernannte den Prinzen Wilhelm zum Kapitän und kündigte ihm an, daß er mit ihm ins Feld ziehen dürfe. Des Prinzen heißeste Wünsche waren erfüllt. Am 8. November begab er sich zur Armee, sah das Schlachtfeld bei Leipzig, verweilte einige Zeit im großen Hauptquartier der Monarchen in Frankfurt, und als endlich dort der Entschluß gefaßt wurde, in Frankreich einzumarschiren, wohnte er am 1. Januar 1814 dem Uebergang des Sacken'schen Corps über den Rhein bei Mannheim bei und betrat mit dem König und dem Kronprinzen den französischen Boden. In diesem Feldzug befanden sich die Monarchen bei der unter der Führung des Fürsten Schwarzenberg stehenden, sogenannten böhmischen Armee. Das zögernde Vorrücken dieses Feldherrn, die nicht immer motivirten Rückzugsbefehle desselben, mochten dem jungen Blute des Prinzen nicht sonderlich gefallen. Um so größere Genugthuung empfand er, als er in dem Treffen bei Bar-sur-Aube am 26. Februar selbst an dem Kampfgewühl theilnehmen durfte. Der König, welcher eben den Verlauf des Treffens beobachtete und den von dem Prinzen Eugen von Württemberg geleiteten Infanterieangriff verfolgte, las in den Zügen des Prinzen Wilhelm die heiße Begierde, gleichfalls am Kampfe theilzunehmen, und ertheilte ihm einen Auftrag an einen der im Treffen befindlichen Generale. Freudig gab der Prinz seinem Pferde die Sporen, sprengte, unbekümmert um den Kugelregen, über das Schlachtfeld hin zu dem ihm bezeichneten Regiment und machte einen

Angriff mit. Darauf kehrte er zu seinem Vater zurück und machte ihm Meldung. Seine Gesichtszüge drückten volle Kaltblütigkeit aus. Der Vater schwieg, aber am 10. März, am Geburtstage der Königin Luise, überreichte er dem 17jährigen Sohne, der dem Tode mit der Ruhe eines alten Soldaten ins Gesicht gesehen hatte, das Eiserne Kreuz. Kaiser Alexander hatte ihm am 5. März bereits den St. Georgsorden vierter Klasse verliehen, weil der Prinz mit einem russischen Regiment den Angriff mitgemacht hatte. Dieser Orden war des Prinzen erste militärische Auszeichnung. Bald darauf wurde der Zug nach Paris beschlossen, und über das Schlachtfeld von La Fère-Champenoise zog der König mit seinen Söhnen vor Paris. Prinz Wilhelm war hier Zeuge der Tapferkeit der preußischen Garde, die sich „wie die Löwen“ schlug. Am 31. März war der Einzug der Sieger in Paris. Unmittelbar hinter dem König ritten die beiden Prinzen durch die Straßen der Hauptstadt. Sie begleiteten den Vater auch nach England, als derselbe, der Einladung des dortigen Prinzregenten folgend, mit Kaiser Alexander und einem glänzenden Gefolge von Generalen nach London sich begab. Nach der Rückkehr nach Paris machte der König mit dem Prinzen Wilhelm eine Reise in die Schweiz. Am 12. Juli kamen sie nach Neuchâtel und begaben sich in das Pfarrhaus zu Colombier. Hier wohnte bei ihrem Bruder, einem protestantischen Pfarrer, Fräulein von Gélieu. Diese war die Erzieherin der Königin Luise, als letztere vom Jahre 1786 bis 1793 als mecklenburgische Prinzessin bei ihrer Großmutter in Darmstadt lebte. Luise hatte ihrer trefflichen Erzieherin stets ein dankbares Andenken bewahrt, und den König drängte es, mit derjenigen Person, welche zu der glücklichen, harmonischen Ausbildung seiner unvergeßlichen Gemahlin so viel

beigetragen hatte, süße, wenn auch wehmüthige Erinnerungen auszutauschen. Am 7. August fand der feierliche Einzug der Truppen in Berlin statt. Der König, umgeben von den Prinzen und begleitet von den Feldherren Blücher, Bülow, Gneisenau, Tauentzien, Kleist, York und anderen, hatte in dieser Siegesheimkehr eine glänzende Genugthuung für die Tage von Jena und Tilsit.

Im folgenden Jahre, als Napoleon bereits von der Insel Elba nach Frankreich zurückgekehrt war und die verbündeten Heere nahe daran waren, auf belgischem Boden die Entscheidungsschlachten zu liefern, wurde die Konfirmation des Prinzen Wilhelm vollzogen. Sie fand am 8. Juni 1815 in der Schloßkapelle zu Charlottenburg statt. Aus den „Lebensgrundsätzen und Gelöbnissen," welche der Prinz bei diesem Akte kundgab, heben wir folgende Stellen hervor: „Ich will an meiner Geistes- und Herzensbildung unabläßig arbeiten, damit ich als Mensch und als Fürst einen immer höheren Werth erlange. Ich weiß, was ich als Mensch und als Fürst der wahren Ehre schuldig bin. Nie will ich in Dingen meine Ehre suchen, in denen nur der Wahn sie finden kann. Meine Kräfte gehören der Welt, dem Vaterlande. Ich will daher unabläßig in dem mir angewiesenen Kreise thätig sein, meine Zeit auf das beste anwenden und so viel Gutes stiften, als in meinem Vermögen steht. Ich will ein aufrichtiges und herzliches Wohlwollen gegen alle Menschen, auch gegen die Geringsten — denn sie sind Alle meine Brüder — bei mir erhalten und beleben. Den Pflichten des Dienstes will ich mit großer Pünktlichkeit nachkommen und meine Untergebenen zwar mit Ernst zu ihrer Schuldigkeit anhalten, aber ihnen auch mit freundlicher Güte begegnen. Jeden Tag will ich mit dem Andenken an Gott und meine Pflichten

beginnen und jeden Abend mich über die Anwendung des verflossenen Tages sorgfältig prüfen. Verderbte Menschen und Schmeichler will ich entschlossen von mir weisen. Die Besten, die Geradesten, die Aufrichtigsten sollen mir die Liebsten sein. Die will ich für meine wahren Freunde halten, die mir die Wahrheit sagen, wo sie mir mißfallen könnte."

Nach dieser Feier rückte Prinz Wilhelm, der indessen zum Major vorgerückt war, an der Spitze des Füsilierbataillons des ersten Garderegiments zum neuen Feldzug aus. Doch bevor er die französische Grenze erreichte, traf die Nachricht von dem Siege bei Waterloo ein. Er wohnte am 5. Juli der Erstürmung der Festung Pfalzburg durch russische Truppen bei und zog zum zweitenmal in Paris ein. Dort erkrankte er an einer Brustfell-Entzündung, wurde aber bald wiederhergestellt und kehrte im Oktober nach Berlin zurück.

Bei der ausgesprochenen Vorliebe des Prinzen für das Militärwesen und bei seiner trefflichen Begabung für dasselbe konnte es nicht fehlen, daß er in den nun folgenden langen Friedensjahren bis zum Tode Friedrich Wilhelms III., von 1815 bis 1840, die höchsten militärischen Posten erhielt, bei der Einrichtung des Heerwesens ein entscheidendes Wort hatte und mehrfach mit der obersten Leitung aller Militärangelegenheiten beauftragt wurde. Die Vermählung seiner Schwester, der Prinzessin Charlotte, mit dem Großfürsten Nikolaus von Rußland brachte ihn in nahe Beziehungen zu dem russischen Hof. Prinz Wilhelm geleitete seine Schwester nach Petersburg und wohnte am 13. Juli 1817 den dortigen Vermählungsfeierlichkeiten bei. Als der kinderlose Kaiser Alexander am 1. December 1825 starb und Nikolaus den Zarenthron bestieg, wurde Prinz Wilhelm dazu ausersehen, im Namen des preußischen

Hofes den neuen Kaiser zu beglückwünschen und die Schwester als Kaiserin zu begrüßen. Auch die Führung derjenigen Deputation der preußischen Armee, welche im September 1834 zur Enthüllung der Alexander-Säule nach Petersburg gesandt wurde, übertrug der König dem Prinzen Wilhelm. In dem von dem Kaiser Nikolaus an den Prinzen nach der Feier gerichteten Dankschreiben lesen wir Worte, die uns an manchen Trinkspruch erinnern, welcher in den letzten Jahren von Kaiser Alexander II. ausgebracht worden ist: „Die Veteranen, welche dazu berufen sind, den Kern der preußischen Monarchie unter uns würdig zu repräsentiren, geben Zeugniß in den Augen des gesamten Europa von der Waffenbrüderschaft, welche beide Souveräne zwischen ihren Völkern gestiftet haben, und welche die göttliche Vorsehung gnädig gesegnet hat, indem sie ihnen gemeinschaftlich unvergängliche Erinnerungen des Nationalruhms verlieh.

In diesen Jahren gründete Prinz Wilhelm auch seinen eigenen Hausstand. Sein jüngerer Bruder, Prinz Karl, verlobte sich im Januar 1827 mit der Prinzessin Marie von Sachsen-Weimar. Er selbst kam in jenem Winter gleichfalls nach Weimar. Dort sah er die jüngere Schwester, die Prinzessin Augusta. Von dieser schrieb damals Wilhelm von Humboldt an Stein: „Ihr lebendiger und durchdringender Geist spricht aus ihrem Blick, ihre Züge sind im höchsten Grad bedeutungsvoll, und ihre ganze Gestalt wird sich in einigen Jahren gewiß noch schöner, als sie jetzt schon erscheint, entwickeln.“ Die Prinzessin war damals 16 Jahre alt, zeigte aber bereits Festigkeit und Selbständigkeit des Charakters. Bald nach dem Besuch des Prinzen in Weimar sprach man in Berlin von einer neuen Verlobung. Der alte Freiherr von Gagern schrieb über

diesen Besuch an Stein: „Prinz Wilhelm ist die edelste Gestalt, die man sehen kann, der Imposanteste von Allen, dabei schlicht und ritterlich, munter und galant, doch immer mit Würde. Unsere Prinzessin Augusta schien ihn sehr anzuziehen, und die Berliner träumen schon von einer zweiten Verbindung.“ Der Traum gieng bald in Erfüllung. Der Prinz verlobte sich am 11. Februar 1829 mit der Prinzessin Augusta, und am 11. Juni fand im königlichen Schlosse zu Berlin die Vermählung statt. Die Prinzessin beschenkte ihren Gemahl am 18. Oktober 1831 mit einem Sohne, dem Prinzen Friedrich Wilhelm Nikolaus Karl, und am 3. December 1838 mit einer Tochter, der Prinzessin Luise.

Der Prinz von Preußen

1840—1861.

Am 7. Juni 1840 starb nach einer 43jährigen, ereignißvollen Regierung König Friedrich Wilhelm III. Der Kronprinz, mit der bairischen Prinzessin Elisabeth vermählt, bestieg den Thron als Friedrich Wilhelm IV. Diese Ehe war kinderlos. Daher führte Prinz Wilhelm, nach dem im königlichen Hause herrschenden Herkommen, von da an als präsumtiver Thronfolger den Titel „Prinz von Preußen“. Auch wurde er von seinem königlichen Bruder zum Statthalter von Pommern und zum General der Infanterie ernannt und hatte bei längeren Reisen des Königs die Leitung sämtlicher Staatsgeschäfte zu besorgen.

Die Regierung Friedrich Wilhelm's IV. gab dem preußischen Volke nicht die ersehnte Befriedigung. Der mit sehr beschränkten Befugnissen ausgestattete „Vereinigte Landtag“, welcher durch das Patent vom 3. Februar 1847 berufen wurde, war kein Ersatz für die längst vorenthaltene parlamentarische Verfassung. Die Unzufriedenheit durchdrang alle Stände, wurde durch die Theurung des Jahres 1847 noch vermehrt und kam durch die Nachricht von der Pariser Februar-Revolution zum Ausbruch. Nachdem in der ersten Hälfte des März 1848 mehrere Volksversammlungen in Berlin gehalten, Konflikte mit dem Militär entstanden und Deputationen an den König abgesandt waren, erließ dieser am 18. März zwei Patente, welche den Vereinigten

Landtag auf den 2. April einberiefen und für die Verfassungswünsche Preußens und Deutschlands ein vollständig befriedigendes Programm enthielten. Das eine derselben verhieß: unverzügliche Einberufung eines deutschen Parlaments, Einführung konstitutioneller Verfassungen in allen deutschen Ländern, Einrichtung einer allgemeinen deutschen Wehrverfassung, deutsche Bundesflagge, deutsches Bundesgericht u. s. w. Die Bevölkerung zog vor das Schloß, um dem König für die Gewährung seiner Koncessionen zu danken. Die gefürchtete Revolution schien sich in gemüthlicher Weise in ein patriotisches Tedeum umzuwandeln. Auf den wiederholten Ruf: „Militär fort!" sprengten die auf dem Schloßplatz aufgestellten Dragoner auf die Menge ein und drängten sie zurück, eine Kompagnie Grenadiere drang aus dem Schloßportal mit gefälltem Bajonnet gegen die Mitte des Platzes, das Volk vor sich hertreibend, und aus ihren Reihen fielen, offenbar aus Zufall oder Versehen, wie dies in dem Gewühl leicht möglich war, zwei Schüsse, die niemand verwundeten. Sofort ertönte, wie in Paris in der Nacht auf den 24. Februar, der Ruf: „Wir sind verrathen! Zu den Waffen!" Der Barrikadenbau und der Straßenkampf begann. Die Truppen, welche in ihrer Treue nicht wankten, nahmen Straße um Straße und waren im besten Zuge, den Aufstand vollends niederzuschlagen. Da kam in der Frühe des 19. März vom König der Befehl an die Truppen, nicht mehr angriffsweise vorzugehen, sondern sich in der Defensive zu halten, und wenige Stunden nachher der weitere Befehl, sich in die Kasernen zurückzuziehen, worauf der Abmarsch aus der Stadt folgte. Statt der Truppen versah nun die neu errichtete Bürgerwehr die Wachdienste. Das Ministerium wurde entlassen. Der König, welcher bis zu einem solchen Nachgeben sich hatte verleiten

lassen, wurde von aller Schuld an dem blutigen Zusammenstoß freigesprochen, dagegen der Prinz von Preußen für die Opfer vom 18. und 19. März verantwortlich gemacht.

Unter verfassungslosen Verhältnissen aufgewachsen und zum Manne gereift, vorzugsweise Militär und zum Befehlen geschaffen, mochte der Prinz von Preußen immerhin keine allzu heißen Sympathien für das konstitutionelle System, vollends für den damals so hoch gepriesenen Parlamentarismus haben. Aber die seit Jahren in Preußen und in ganz Deutschland herrschende politische Gährung, die kühle Aufnahme, welche der im Jahre 1847 zum erstenmal einberufene Vereinigte Landtag gefunden hatte, dies und anderes hatte ihm gezeigt, daß es auch in Preußen mit dem bisherigen System nicht mehr gehe, und so hatte er selbst seinem Bruder gerathen, auf die Wünsche des Volkes einzugehen, von der Revolution sich nicht zwingen zu lassen, ihr zuvorzukommen und die übersprudelnden Geister in eine verständige Bahn zu leiten. In diesem Sinne unterschrieb er als erstes Mitglied des Staatsministeriums das Verfassungspatent vom 18. März. Als nun trotz desselben in Folge der verhängnißvollen Schüsse die Revolution durch die Straßen raste, war seine Ansicht, der Aufruhr müsse durch Waffengewalt niedergeschlagen, mit dem verheißenen konstitutionellen System aber müsse Ernst gemacht werden. Wäre sein Rath befolgt worden, so wäre die Autorität der preußischen Monarchie gewahrt geblieben; denn sie hätte sich als eine starke und zugleich nationale und aufrichtige erwiesen. Als es sich darum handelte, daß die vor den Barrikaden stehenden Truppen zurückgezogen werden sollten, widersetzte sich der Prinz von Preußen einer solchen Maßregel mit aller Macht und verlangte, daß, bevor dies geschehe, die Aufrührer die Barrikaden zu räumen

hätten. Militärisch wie politisch schien es ihm ein Mißgriff der schlimmsten Art, wenn das Ehrgefühl der Armee so wenig geschont würde, daß man ihr sogar den Befehl ertheilte, angesichts der Barrikadenkämpfer den Rückzug anzutreten, und wenn die ohnedies zur Schrankenlosigkeit aufgelegte Revolution durch bedingungsloses Nachgeben geradezu eingeladen würde, ihren herausfordernden Triumphzug vor den Fenstern einer zur Willenlosigkeit herabgewürdigten Monarchie zu halten. Auch der König hatte eine Zeit lang diese Ansicht und erklärte den in das Schloß stürmenden Bürgerdeputationen mehrmals, daß die Truppen nicht zurückgezogen werden könnten, bevor die Barrikaden geräumt seien. Aber seine Festigkeit hielt nicht Stand; bei dem Widerstreit der Interessen war es ihm, der für einen Regenten einer stürmischen Zeit zu weich angelegt war, zuletzt nicht mehr möglich, die Sachlage mit ihrem drohenden Hintergrund klar zu übersehen, und so ließ er sich zuletzt jenen unglückseligen Befehl abringen. Nicht die Revolution, sondern die Monarchie hatte kapitulirt. Sein ganzes Leben lang konnte der König diesen übereilten Schritt nicht verwinden. Und was hatte er mit dieser Preisgebung der Monarchie und der Armee gewonnen? Nichts anderes, als daß die Revolution, die ihn einen guten König nannte, unbarmherzig mit ihm umgieng.

In einer Zeit, in welcher derjenige für den freisinnigsten galt, welcher am heftigsten über das preußische Militärwesen schimpfte und am begeistertsten für ein sogenanntes Volksheer sich aussprach, war es sehr begreiflich, daß der Mann, welcher der Aufrechthaltung und Verbesserung der preußischen Heereseinrichtungen am meisten das Wort redete, welcher die möglichste Vervollkommnung derselben zu seiner Lebensaufgabe machte,

welcher für das, was man die militärische Ehre heißt, so entschieden Sinn und Gefühl hatte und so geradezu als die Verkörperung des preußischen Militärgeistes erscheinen mochte, sich keiner großen Popularität erfreute. Man wußte, daß der König sich vorzugsweise für Künste und Wissenschaften interessirte, daß er dem Militärwesen nicht mehr Aufmerksamkeit schenkte, als er als preußischer König mußte, und daß er die Leitung und Ausbildung desselben der Hauptsache nach dem Prinzen von Preußen überließ. Dieser hatte denn auch die Ungunst, mit der das tolle Jahr 1848 das Militärwesen überschüttete, in vollem Maße zu genießen, und als am 18. März auf dem Schloßplatz zu Berlin der Ruf erscholl: „Das Militär fort!", so mochte mancher der Rufer sich noch eine ganz bestimmte Persönlichkeit dabei denken. Daß die Vorliebe des Prinzen für das Militärwesen Hand in Hand gehe mit einer Vorliebe für das absolutistische System, daß er der Träger und die Stütze der absolutistischen Tendenzen des preußischen Hofes sei, galt allen denen, welche nur urtheilen, aber nicht sehen wollten, für selbstverständlich. Der Revolutionspartei war der Prinz ein Reaktionär, ein Absolutist, und an dem Vorgehen des Militärs auf dem Schloßplatz und an den beiden Schüssen konnte nach ihrer Ansicht kein anderer Sterblicher schuld sein als der Prinz von Preußen, dieser aber auch vollständig. Was die Führer des Aufstandes vielleicht selbst nicht glaubten, theilten sie der Menge geschäftig als Thatsache mit, besaßen Phantasie genug, um ihre unwahren Aussagen mit bestechender Detailmalerei auszuschmücken, und brachten es leicht dahin, daß fast die ganze Bevölkerung von Berlin die Katastrophe sich damit erklärte, daß der Prinz von Preußen den Truppen den Befehl zum Einschreiten gegen das Volk gegeben habe. Vergebens übernahm der König bei

seinem historischen Umritt am 21. März die Vertheidigung des durch „bösliche Gerüchte“ verleumdeten Bruders, der „Soldat durch und durch sei, den biedersten und offensten Charakter besitze, aber es nicht verstehe, der Masse zu schmeicheln und sich beliebt zu machen,“ und gab sein Ehrenwort, daß sein Bruder „unschuldig sei an allen den Handlungen, deren er von einigen Böswilligen bezichtigt werde.“ Die Leidenschaft war zu sehr erregt und zu sehr planmäßig geschürt, als daß damals schon eine solche Vertheidigung Beifall fand. Um das Palais des Prinzen vor dem Haß des Volkes zu sichern, mußte an demselben eine Tafel mit der Aufschrift „Nationaleigenthum“ angebracht werden.

Dem Prinzen von Preußen hatten am 19. März seine Freunde gerathen, wegen der großen gegen ihn herrschenden Aufregung die Stadt zu verlassen. Er begab sich darauf nach Spandau, von dort nach der Pfaueninsel und verweilte daselbst am 20. und 21. März. In Berlin verbreitete sich das Gerücht, daß unter Führung des Prinzen von Preußen eine große Heeresabtheilung gegen die Hauptstadt anrücke. Aufs neue kam die Bevölkerung in die größte Unruhe. Die neuen Minister glaubten dem König nicht verhehlen zu dürfen, daß es nach ihrer Ansicht sehr zur Beruhigung des Volkes dienen würde, wenn der Prinz eine Reise ins Ausland anträte. Der König gab diesem Wunsche nach und ließ an den Prinzen eine mündliche Mittheilung in diesem Sinne gelangen. Dieser, welcher um keinen Preis den Schein auf sich laden wollte, als weiche auch er vor der Revolution zurück, ließ dem Könige erklären, daß er auf eine bloße mündliche Mittheilung hin das Land nicht verlassen werde, daß er aber bereit dazu wäre, falls ihm ein ausdrücklicher und schriftlicher Befehl des Königs vorgelegt

würde. Darauf ertheilte der König in einem eigenhändigen Schreiben dem Prinzen von Preußen den Auftrag, sich nach London zu begeben, um dem befreundeten englischen Hofe Aufschluß und Aufklärung über die Zustände und Ereignisse in Preußen zu geben.

Am 22. März, seinem 52. Geburtstag, reiste der Prinz nach London. Er stieg dort in dem Hotel des preußischen Gesandten, des Ritters von Bunsen, ab. Sein Aufenthalt in England dauerte bis zum 28. Mai. Trotz seiner so berechtigten persönlichen Verstimmung zeigte er doch das lebhafteste Interesse für die Ereignisse in Deutschland und äußerte sich mit ebensoviel Wohlwollen als Verständniß über die in Frankfurt auf die Tagesordnung gesetzten Verfassungsfragen. Bunsen theilte ihm den von dem Historiker Dahlmann verfaßten „Verfassungsentwurf der Siebzehner“ mit. Der Grundgedanke desselben war der der Einheit des Deutschen Reiches. Diese Einheit sollte ihren Ausdruck finden theils in dem erblichen und unverantwortlichen Reichsoberhaupt, theils in dem ihm zur Seite stehenden Oberhaus und Unterhaus, theils in den diesen drei Faktoren zustehenden Befugnissen und den den deutschen Reichsbürgern zuerkannten Rechten. Der Prinz sprach sich Bunsen gegenüber so klar und beifällig über diesen Entwurf aus, daß dieser ihn bat, er möchte sein Urtheil über den Entwurf niederschreiben und ihm gestatten, Dahlmann und anderen Freunden Mittheilung davon zu machen. Der Prinz willfuhr diesem Wunsche und stellte Bunsen am 4. Mai sein Gutachten zu. Darin hieß es: „Zuvörderst wiederhole ich, wie ich das Ganze des Verfassungswerkes als eine großartige Erscheinung unserer Zeit begrüße und dasselbe wegen seiner Klarheit, Gediegenheit und Kürze als meisterhaft anerkenne. Die Grundsätze, auf

welchen das Ganze beruht, sind diejenigen, welche zur wahren Einheit Dentschlands führen werden; es sind dieselben, welche jeder einzelne Staat in Deutschland zu den seinigen machen muß, wenn diese Einheit erstrebt werden soll. Daß auch ich die Annahme dieser Grundsätze für Preußen unerläßlich fand, beweist meine Unterschrift unter dem Patent des Königs vom 18. März, und daß ich hier in England nicht anderen Sinnes geworden bin, ist mehr wie begreiflich.“ Darauf sprach er sich über einzelne diskutirbare Punkte aus, zunächst über die Erblichkeit des Oberhauptes, die er nach den von Dahlmann vorgebrachten Motiven vollkommen anerkannte, sodann über die Zusammensetzung des Oberhauses, bei welcher er auszusetzen fand, daß den Monarchen Deutschlands, die denn doch, damit ein einiges Dentschland zu Stande kommen könne, vielfache Opfer ihrer Macht und Selbständigkeit bringen müßten, auch noch zugemuthet werde, im Oberhause zugleich mit ihren eigenen Unterthanen zu sitzen, mit diesen öffentlich zu deliberiren und sich allenfalls von diesen überstimmen zu lassen. Dies hielt er für „durchaus unzuläßig“, wollte die Fürsten aus dem Oberhaus entfernt wissen und dieselben eine „Fürstenbank für sich bilden“ lassen, mit der das Reichsoberhaupt sich in Verbindung zu setzen hätte, bevor dem Parlament allgemeine Reichsgesetze vorgelegt würden. Endlich hielt er die Anordnung nicht für haltbar, daß das Reichsoberhaupt alle Officiere der Linie und die Stabsofficiere der Landwehr ernennen solle. Er glaubte vielmehr, daß dem Reichsoberhaupte nur die Ernennung der kommandirenden Generale der deutschen Armeecorps vorbehalten, die Ernennung der übrigen Officiere den einzelnen Staaten überlassen werden solle, daß dagegen das Reichsoberhaupt jährliche Inspicirungen der Bundescorps veranstalten solle.

Die Mittheilung dieses Gutachtens an Dahlmann begleitete Bunsen mit folgenden Worten: „Ist der Prinz ein Absolutist oder ein Reaktionär? Daß er durchaus offen, redlich und konsequent sei, haben selbst die Ungünstigen nie geleugnet, wenn sie mit Kenntniß des Mannes schrieben oder sprachen. Der Prinz hat sich gleich in den ersten Tagen zu einer vollkommenen Klarheit über seine und des Königthums Stellung emporgerungen mit der stillen und redlichen stetigen Verständlichkeit, die ihm eigen ist. Der Aufenthalt in England, der Ideenaustausch mit Männern wie Peel, Lord John Russell, Palmerston und ganz besonders auch mit Prinz Albert hat ihm Vergangenheit und Zukunft noch klarer auseinandergesetzt.“

Inzwischen war in Preußen der Vereinigte Landtag am 2. April zusammengetreten und hatte ein auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhendes Wahlgesetz für die „Nationalversammlung“ berathen. Letztere, mit welcher die neue preußische Staatsverfassung zu vereinbaren war, sollte am 22. Mai eröffnet werden. Das Ministerium Camphausen war der Ansicht, daß für den Zeitpunkt, wo die Vereinbarung der Staatsverfassung zu Stande gekommen sein werde, zu deren feierlicher Anerkennung die Anwesenheit des Prinzen von Preußen „als des Nächsten am Throne unerläßlich“ sei, und trug daher in einem Berichte vom 10. Mai dem König die Bitte vor, daß er die sofortige Rückkehr des Prinzen veranlassen möchte. Der König war damit einverstanden und richtete an seinen Bruder ein in diesem Sinne lautendes Schreiben. Am 4. Juni langte der Prinz in Wesel an, wo die Behörden und das Officierscorps ihn aufs freudigste empfiengen. In seiner Ansprache an dieselben erklärte er: „Ich schließe mich mit vollem Herzen den neuen Verhältnissen an; aber Recht, Ordnung und Gesetz müssen herrschen,

keine Anarchie; dagegen werde ich mit meiner ganzen Kraft streben; das ist mein Beruf. Wer mich gekannt hat, weiß, wie ich immer für das Vaterland geglüht habe.“ In Magdeburg traf er am 6. Juni mit seiner Gemahlin und seinen Kindern zusammen, und nachdem er am 7. den König und die Königin in Potsdam begrüßt hatte, begab sich noch am gleichen Tage, dem Todestage des Königs Friedrich Wilhelm III., die ganze königliche Familie nach Charlottenburg, um in dem dortigen Mausoleum, wo die Königin Luise mit ihrem Gemahl ruht, zu beten. Am folgenden Tage erschien der Prinz, welcher von dem Wirsitzer Wahlkreis zum Abgeordneten der preußischen Nationalversammlung gewählt worden war, in dieser Versammlung und hielt eine Ansprache, worin er unter anderem erklärte, daß er der konstitutionellen Monarchie, welche die künftige Regierungsform sein werde, seine Kräfte weihen werde mit derjenigen Treue und Gewissenhaftigkeit, wie das Vaterland sie von seinem offen vorliegenden Charakter zu erwarten berechtigt sei. Jedoch ersuchte er zugleich, da seine übrigen Geschäfte ihm die regelmäßige Theilnahme an den Sitzungen nicht erlauben würden, den Präsidenten, seinen Stellvertreter einberufen zu lassen.

Aus der Zurückgezogenheit, in welcher der Prinz die nächsten Monate in dem schönen Schloß und Park Babelsberg zubrachte, riß ihn der süddeutsche Aufstand. Am 8. Juni 1849 wurde er zum Oberbefehlshaber der Operationsarmee in Baden und in der Pfalz ernannt. Auf die Märzsonne vom Jahre 1848 waren kalte Winterstürme gefolgt. Die preußische Nationalversammlung war aufgelöst und eine Verfassung oktroyirt; der König von Preußen hatte die von dem Frankfurter Parlament ihm übertragene deutsche Kaiserkrone nicht angenommen; diese

Versammlung selbst, zu einem Rumpfparlament zusammengeschrumpft, tagte in Stuttgart und sah dort ihrer Sprengung entgegen; wer noch an der Reichsverfassung festhielt und dieselbe um jeden Preis, auch mit Waffengewalt, gegen die Regierungen und ihre Heere durchsetzen wollte, begab sich nach Baden, wo mit den aus allen Ländern herbeiströmenden Aufrührern das heimische Militär fraternisirte. Der Großherzog war mit seiner Familie entflohen und rief die Hilfe Preußens an. Am 12. Juni hielt der Prinz von Preußen Kriegsrath in Mainz, rückte sofort mit den preußischen Truppen zwischen Kreuznach und Saarbrücken in der Pfalz ein, drängte in kleineren Gefechten die Aufständischen zurück und entsetzte das von diesen belagerte Landau. Der Uebergang über den Rhein erfolgte bei Germersheim. Nach den Gefechten bei Wiesenthal, Waghäusel, Ubstadt, Durlach rückte der Prinz von Preußen in Karlsruhe ein. Hinter der Murg hielten die Badener noch einmal Stand. Sie wurden bei Bischweiler und bei Kuppenheim aufs neue geschlagen; der Prinz zog am 7. Juli in Freiburg ein, und die Revolutionsarmee mußte auf Schweizergebiet Rettung suchen. Der Prinz schlug sein Hauptquartier in dem bei Baden-Baden gelegenen reizenden Schlößchen Favorite auf und erließ von dort, nach der Kapitulation von Rastatt, einen Armeebefehl, in welchem er den Truppen für ihr braves Verhalten in diesem sechswöchigen Feldzug dankte und ihnen mit Genugthuung sagte: „Während in euren Reihen Zucht, Ordnung und Gehorsam herrschten, habt ihr gesehen, was aus einer Truppe wird, in der diese Erfordernisse eines wohl disciplinirten Heeres fehlen, namentlich, wenn dazu noch der Vorwurf des Gewissens tritt, seinem Herrscher und dessen Fahnen den Eid freventlich gebrochen zu haben.“ Die Verleihung des Ordens Pour le

mérite an den Prinzen von Preußen war die Belohnung für die Führung in diesem Feldzug.

Zum Generalgouverneur von Rheinland und Westfalen ernannt, nahm der Prinz von Preußen vom Ende des Jahres 1849 an seinen regelmäßigen Wohnsitz in Koblenz. Im Jahre 1854 folgte die Ernennung zum General-Oberst der Infanterie mit dem Range eines Feldmarschalls und zum Gouverneur der Bundesfestung Mainz. In allen wichtigen Phasen der preußischen Politik wurde der Rath des Prinzen eingeholt, freilich nicht immer befolgt. Die preußischen Unionsbestrebungen mußten vor dem rücksichtslosen Vorgehen des östreichischen Ministers Schwarzenberg, vor dem Uebelwollen des Kaisers Nikolaus und vor dem Partikularismus der deutschen Mittel- und Kleinstaaten den Rückzug antreten. Vergebens suchte der Prinz von Preußen im Juni 1850, wo er in Warschau mit dem Kaiser Nikolaus und dem Fürsten Schwarzenberg zusammenkam, ersteren für die nationalen Plane Preußens zu gewinnen; vergebens erfolgte zu dem gleichen Zweck im Oktober die Sendung des Grafen Brandenburg nach Warschau, der dort mit Nikolaus und dem östreichischen Kaiser und dessen Minister verhandeln sollte. Nikolaus sprach in so harten, beleidigenden Worten über seinen königlichen Schwager und dessen Regierung, daß jedes Preußenherz darüber empört sein mußte und Graf Brandenburg seine Sendung nur wenige Tage überlebte. Die kurhessische und schleswig-holsteinische Frage trieben den Konflikt auf die Spitze. Preußen mobilisirte seine Armee, und der Prinz von Preußen wurde zum Oberbefehlshaber derselben ernannt. Aber statt zum Schlagen kam es zur Berufung des Ministeriums Manteuffel und zur Sendung Manteuffels nach Olmütz. Hatte Schwarzenberg in sein deutsches Programm die althabsburgischen

Worte aufgenommen: avilir la Prusse, puis la démolir, so half Manteuffel, der vom 27. bis 29. November 1850 mit ihm in Olmütz unterhandelte, wacker dazu, den ersten Theil dieses Programms zu verwirklichen. Daß der zweite Theil unerledigt blieb, daß sogar die habsburgische Lanze auf den Absender zurückprallte, dafür sorgte der baldige Tod Schwarzenbergs und das Auftreten großer Persönlichkeiten in Preußen. Durch Unterzeichnung der Olmützer Bedingungen verpflichtete sich Preußen, seine Unionsbestrebungen in den Papierkorb zu werfen, im Verein mit Oestreich die Schleswig-Holsteiner, für deren vertragsmäßigen Rechte preußisches Blut vergossen worden war, an die Willkürherrschaft der Dänen auszuliefern, seine Truppen aus Baden zurückzuziehen und bei der Vergewaltigung Kurhessens durch die östreichisch-bairische Bundesexekution mit einem in Kassel stationirten preußischen Bataillon Spalier zu bilden. Mit der Wiederherstellung des alten Bundestages am 30. Mai 1851 waren diese Akte der Schmach besiegelt.

Was in Preußen folgte, war eine gedankenlose und gewissenlose Fortsetzung dieses unglücklichen Debüts. Es entwickelte sich bis zum Jahre 1857 jenes absolutistisch-klerikale Regierungssystem, welches die Konstitution im Munde führte und an deren Unterminirung Tag und Nacht arbeitete, welches alle geistige Freiheit einem beschränkten Buchstabendienst opferte, welches in allen Zweigen des Staatslebens politische und religiöse Heuchelei großzog und den katholischen Bischöfen Kirche und Schule überantwortete. Diese Manteuffel'sche Reaktion brachte die Regierung des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Jahr zu Jahr mehr in Mißkredit. Nicht bloß in Preußen wandte sich jeder Mann von nationaler Gesinnung mit Entrüstung von dieser Art von Gegenrevolution ab; auch in dem übrigen Deutschland

sank die Autorität des gedemüthigten Staates, und an den auswärtigen Höfen spielte der preußische Gesandte eine sehr untergeordnete Rolle. Was man Preußens deutschen Beruf nannte, das galt bereits für eine Legende. Noch ein Jahrzehnt solcher Mißregierung, und das konkordatliche Oestreich konnte sein zweites Olmütz ausspielen.

Da trat plötzlich ein Ereigniß ein, welches nur den Eingeweihten nicht unerwartet kam. Von einer Reise nach Wien zurückgekehrt, erkrankte im September 1857 König Friedrich Wilhelm IV. Bald hieß es, der König sei einer unheilbaren Gehirnkrankheit verfallen. Mit dem Manteuffel'schen System war es nun zu Ende. Das Schwarzenberg'sche „démolir" war nun unmöglich, das Olmütz'sche „avilir" konnte Oestreich theuer zu stehen kommen. Schon seit Jahren war der Prinz von Preußen die Hoffnung der preußischen Patrioten. Sein Kredit stieg genau in dem Maße, in welchem der seines unglücklichen Bruders sank. Man wußte von ihm, daß er die Verfassung, die er beschworen, auch treu und loyal halten werde; daß er die Aufrichtigkeit und Wahrheitsliebe, welche eine Zierde seines Charakters war, auch von anderen verlangte; daß er alle Heuchelei, alles Gehen auf krummen Wegen haßte; daß kein Preuße tiefer als er die Schmach von Olmütz empfand, keiner heißer als er von Begierde brannte, den Flecken auszulöschen, keiner sehnsüchtiger als er den Augenblick herbeiwünschte, wo der Staat Friedrichs des Großen in Deutschland diejenige Stellung einnahm, welche ihm vermöge seiner geistigen und materiellen Kräfte gebührte.

In seiner engeren Familie feierte damals der Prinz von Preußen glückliche Tage. Am 20. September 1856 fand in Berlin die Vermählung der Prinzessin Luise mit dem Großherzog Friedrich von Baden statt; im Juli 1857 verlobte sich Prinz Friedrich

Wilhelm mit der Prinzessin Victoria von England; die Vermählung wurde am 25. Januar 1858 in London gefeiert, und am 8. Februar folgte der Einzug des neuvermählten Paares in Berlin. Am 1. Januar 1857 waren es fünfzig Jahre, daß der Prinz von Preußen der Armee angehörte. Zahlreiche Deputationen fanden sich zu diesem Jubiläum ein. Der König überreichte seinem Bruder einen kostbaren Degen, die Abgesandten der Armee einen silbernen Ehrenschild, die Deputation der Veteranen einen silbernen Helm. Auf die von einer Deputation des Landtags ihm dargebrachten Glückwünsche erwiderte er in seiner Bescheidenheit, er habe sich schon gefragt, ob er diese von allen Seiten ihm entgegengetragene Liebe und Zuneigung verdiene, ob er dieser herzlichen Theilnahme würdig sei.

Die nächsten Jahre gaben Antwort auf diese Frage. Am 23. Oktober 1857 übertrug ein von Sanssouci datirter königlicher Erlaß dem Prinzen von Preußen auf drei Monate die stellvertretende Regierung, „da Ich nach Vorschrift der Aerzte Mich wenigstens drei Monate von allen Regierungsgeschäften fernhalten soll.“ Diese Stellvertretung wurde, da die Gesundheitszustände des Königs sich nicht besserten, durch weitere Erlasse vom 6. Januar, vom 9. April und vom 25. Juni je auf drei Monate verlängert. Als bloßer Stellvertreter konnte der Prinz nicht wohl eine selbständige Politik verfolgen, mußte vielmehr die Staatsmaschine so ziemlich den bisherigen Gang gehen lassen. Die Minister blieben im Amt. So konnte es aber nicht fortgehen, zumal da in Italien gewaltige Kriegswolken sich aufthürmten. Es kam den Vertrauten und Günstlingen des Königs, welche bei der geistigen Schwäche desselben schon seit einiger Zeit ausschließlich das entscheidende Wort geführt hatten, entsetzlich schwer an, auf dieses Wort zu verzichten und das

Heft aus der Hand zu geben. Sie besannen sich lange, wie sie der verhaßten Regentschaft entgehen und den Prinzen in Abhängigkeit erhalten könnten. Aber die Verfassung schrieb mit klaren Worten, für den Fall einer dauernden Verhinderung des Königs an Ausübung seines königlichen Berufes, die Regentschaft vor, und dieser Fall der Verhinderung dauerte nun schon ein ganzes Jahr. Da die Aerzte dem Könige einen Winteraufenthalt in Italien angerathen hatten, so konnte der König jedenfalls das ganze nächste Halbjahr die Staatsgeschäfte nicht leiten, und wenn er, was höchst unwahrscheinlich war, aus Italien als Rekonvalescent zurückkam, so taugte wohl die Uebernahme der Staatsgeschäfte nicht zu einer Nachkur. Alles Winden und Drehen half nichts. Die entscheidende Stunde schlug, und damit begann, nicht allein für Preußen, eine neue Aera.

Ein königlicher Erlaß vom 7. Oktober 1858 ersuchte den Prinzen von Preußen, er möchte „die königliche Gewalt in alleiniger Verantwortlichkeit gegen Gott, nach bestem Wissen und Gewissen, in des Königs Namen als Regent ausüben und hiernach die erforderlichen weiteren Anordnungen treffen." Am 20. Oktober trat der Landtag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, nahm am 25. einstimmig die Vorlage in Betreff der Regentschaft an, und am 26. leistete der Regent im weißen Saale des Schlosses in Anwesenheit der beiden Häuser des Landtages den Eid auf die Verfassung des Königreiches. Darauf gaben die bisherigen Minister (Manteuffel, Raumer, Bodelschwingh, Waldersee) ihre Entlassung ein, und der Fürst Anton von Hohenzollern-Sigmaringen wurde am 5. November mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Dasselbe kam schon am 6. November zu Stande. Auerswald, Flottwell (bald darauf durch Schwerin ersetzt), Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler,

Bethmann-Hollweg traten als neue Minister in das Kabinet ein; Heydt und Simons, Mitglieder des vorigen Ministeriums, blieben in ihren Aemtern. Der Fürst von Hohenzollern war Ministerpräsident. Die neuen Minister waren lauter verfassungstreue Männer, von freisinnigen Grundsätzen, doch von politischer Mäßigung. Sie waren die entschiedensten Gegner von Olmütz und hatten sich als solche unter dem vorigen System zurückgesetzt gesehen.

Am 8. November hielt der Regent eine Ansprache an das Ministerium, in welcher er die Grundsätze seiner Politik entwickelte und auf Jahre hinaus die nöthigen Reformen scharf bezeichnete. Er gieng davon aus, daß er sich mit den Ministern darin eins wisse, daß von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmermehr die Rede sein, daß nur da, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeige, die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden solle. Auf das kirchliche Gebiet übergehend, auf welchem in der letzten Zeit viel vergriffen worden sei, erklärte er, daß in beiden Kirchen mit allem Ernste den Bestrebungen entgegengetreten werden müsse, welche dahin abzielten, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche sei eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich sei und die sofort in ihrem Gefolge Heuchler habe. Diese Orthodoxie sei dem segensreichen Wirken der evangelischen Union hinderlich in den Weg getreten, und Preußen sei nahe daran gewesen, sie zerfallen zu sehen. Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken sei zu entlarven, wo es nur möglich sei. Der katholischen Kirche seien ihre Rechte verfassungsmäßig festgestellt. Uebergriffe über diese hinaus seien nicht zu dulden. Das Unterrichtswesen

müsse in dem Bewußtsein geleitet werden, daß Preußen durch seine höheren Lehranstalten an der Spitze der Intelligenz stehen solle.

Was er über Preußens Armee und über auswärtige Politik sagte, hieng aufs engste mit einander zusammen und sollte auf die späteren Reorganisations- und Reformplane vorbereiten. Die Worte lauteten: „Die Armee hat Preußens Größe geschaffen und dessen Wachsthum erkämpft; ihre Vernachläßigung hat eine Katastrophe über sie und dadurch über den Staat gebracht, die glorreich verwischt worden ist durch die zeitgemäße Reorganisation des Heeres, welche die Siege des Befreiungskrieges bezeichneten. Eine vierzigjährige Erfahrung und zwei kurze Kriegs-Episoden haben uns indeß auch jetzt aufmerksam gemacht, daß manches, was sich nicht bewährt hat, Veranlassung zu Aenderungen geben wird. Dazu gehören ruhige politische Zustände und Geld, und es wäre ein schwer sich bestrafenden Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deßhalb im Momente der Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche. Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können. Mit allen Großmächten muß Preußen im freundschaftlichsten Vernehmen stehen, ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Traktate zu binden. Mit allen übrigen Mächten ist das freundliche Verhältniß gleichfalls geboten. In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indeß einer Reform wird unterworfen werden müssen. Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist. Ein festes, konsequentes und, wenn es sein muß, energisches Verhalten in

der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muß Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Macht allein nicht zu erreichen im Stande ist."

Die Gelegenheit, eine feste und würdige Stellung zu den europäischen Ereignissen zu nehmen, setzte sich so eben in Scene. Der Krieg zwischen Frankreich und Sardinien einerseits und Oestreich andererseits war nicht mehr zu umgehen. Beide Theile bewarben sich um die Gunst und Bundesgenossenschaft Preußens. Frankreich war bereit, einen hohen Preis zu zahlen. Es ist merkwürdig, zu sehen, wie Napoleon III. schon frühzeitig angefangen hat, um eine Allianz mit Preußen sich zu bewerben, und wie er trotz aller Abweisungen doch immer wieder kam. Schon als Prinz-Präsident, im Jahre 1851, wenige Monate bevor er den Staatsstreich unternahm, suchte Napoleon (wie Sybel nach mündlichen Mittheilungen des Generals Radowitz erzählt) Preußen für sich zu gewinnen, um für seine weiteren Plane einen auswärtigen Rückhalt zu haben. Er schickte den vertrautesten seiner Vertrauten, Herrn von Persigny, nach Berlin. Dieser hatte lange Gespräche mit dem General Radowitz. Er sagte demselben geradezu: „Wir wünschen für eine lange Zukunft zu bauen und wissen uns zu beschränken. Unsere Interessen und unser Ehrgeiz geht nach Süden: wir können nicht länger dulden, daß Oestreich über Italien gebietet. Euch aber steht Oestreich in Deutschland ebenso im Wege, wie uns in Italien; also weisen unsere Interessen uns schnurstracks auf eine Allianz gegen den gemeinsamen Feind." Auf Radowitz' Frage, welche neue Kombination aus der Demüthigung Oestreichs hervorgehen solle, erwiderte Persigny, die Natur der Dinge fordere in Italien wie in Deutschland eine nationale Konstituirung. Frankreich

würde es als hinlänglichen Gewinn für sich ansehen, wenn Oestreich aus Italien hinausgejagt würde. Italien könne sich dann nach seinen Wünschen einrichten. Wenn Preußen für diesen Zweck der Alliirte Frankreichs sei, so sei letzteres ganz damit einverstanden, daß Preußen dann Deutschland den nationalen Bestrebungen entsprechend konstituire. Frankreich selbst begehre weder in Italien noch in Deutschland einen materiellen Vortheil. Als Radowitz eine solche Genügsamkeit Frankreichs auffallend fand, versicherte Persigny, daß Napoleon nach keiner Eroberung trachte, drückte sich aber gleich darauf weniger standhaft aus: „Wenn wir irgend können, werden wir ernstlich trachten, auch nicht eine Scholle fremden Landes uns anzueignen." Und als ob es für den Diplomaten an diesem hypothetischen Satz noch nicht genug wäre, setzte er noch hinzu: „Freilich ist es für uns selbst ungewiß, ob wir nicht der öffentlichen Meinung Frankreichs einen sogenannten reellen Gewinn werden zeigen müssen; träte dieser Fall ein, so würden wir an Savoyen oder Landau denken." Daß König Friedrich Wilhelm IV. und sein Minister Freiherr Otto von Manteuffel, ein Jahr nachdem sie, wenn auch nicht im Schloßhof, so doch im Schlosse zu Olmütz Buße gethan hatten, auf solch weitaussehende und wenig durchsichtige Plane nicht eingiengen und den Antrag abwiesen, braucht kaum erwähnt zu werden. Was es aber für eine Bewandtniß mit dieser Genügsamkeit habe, sehen wir (wieder nach Sybel's Mittheilungen) aus den Worten Napoleons selbst. Bei dem Besuche, den er im April 1855 der Königin Victoria auf der Insel Wight machte, erklärte er bei einem behaglichen und traulichen Gespräch mit dem Prinzen Albert, daß für die Befestigung seiner Dynastie in Frankreich nur noch eins nöthig, dieses aber auch unerläßlich sei: Belgien und das linke Rhein-

ufer. Auf den Einwand des Prinzen, daß das englische Parlament und Preußen solchem Beginnen Halt gebieten würden und daß ein kolossaler Krieg daraus entstehen würde, entgegnete Napoleon: „Nicht im mindesten! nicht ein Pistolenschuß wird deßhalb abgefeuert werden. Ihrem Parlamente gebe ich einen guten Handelsvertrag; Preußen aber versteht sein Interesse und wird mir gerne zwei Millionen Seelen abtreten, wenn es dafür zehn oder zwölf sich selbst in Deutschland nehmen darf."

Im Mai 1857 kam der Prinz Louis Napoleon nach Berlin, um im Namen des Kaisers dem Prinzen von Preußen das Großkreuz des Ordens der Ehrenlegion zu überreichen, wohl auch, um hinsichtlich der erwähnten Vergrößerungsplane bei dem preußischen Hofe zu sondiren. Der Prinz wurde vom König Friedrich Wilhelm IV. mit auffallender Geringschätzung behandelt. Nach der Ceremonie der Ordensverleihung begab sich der französische Prinz mit dem Prinzen von Preußen in ein Nebenkabinet und sprach etwa drei Viertelstunden mit ihm. Beim Herausgehen wandte er sich an die preußischen Officiere und äußerte über den Prinzen von Preußen: „Voilà un homme, il sait ce qu'il veut; avec lui on vient bientôt à bout."

Daß mit der Regierung des Königs Friedrich Wilhelm IV. für ihn nichts zu machen sei, mochte Napoleon nun erkannt haben. Um so eher hoffte er, werde der zum Regenten ernannte Prinz von Preußen und das liberale Ministerium Hohenzollern bereit sein, jede Gelegenheit zu ergreifen, um an Oestreich Rache für Olmütz zu nehmen. Er ließ deßhalb im Februar 1859, zu einer Zeit, wo auf seine Neujahrsrede hin die ganze Welt den Einmarsch der französischen Truppen in Italien erwartete, Preußen ähnliche Eröffnungen, wie 1851 durch Persigny, machen und bot ihm, falls es Frankreich in der italienischen

Frage unterstütze, Holstein, Hannover, Kurhessen, also so ziemlich die Hegemonie Norddeutschlands, die Situation von 1866, an. Aber der Prinz hatte so wenig als sein Bruder Lust, mit dem Versucher an der Seine einen Pakt abzuschließen und Gebiete, welche sich vielleicht auf angenehmere Art erwerben ließen, aus dessen Hand als Geschenk anzunehmen. Der Antrag wurde abgewiesen und dem Unterhändler erklärt, Preußen huldige der Politik der freien Hand.

Wenige Monate vorher hatte auch Graf Cavour mit dem Prinzen von Preußen, welcher damals noch „Stellvertreter" war, Verhandlungen angeknüpft. Er wollte für den bevorstehenden Krieg mit Oestreich sich Preußens wenigstens insofern versichern, daß er auf dessen Neutralität zählen konnte, da eine militärische Unterstützung Oestreichs seitens Preußens dem Kaiser Napoleon es unmöglich gemacht hätte, seine Bataillone nach Italien zu schicken. Nachdem er daher im Juli 1858 mit Napoleon die berühmte Zusammenkunft im Badeort Plombières gehabt und dort mit demselben die Plane hinsichtlich Italiens festgestellt und die Vertragsbestimmungen verabredet hatte, reiste er, sei es aus eigener Initiative oder auf Veranlassung Napoleon's, auf dem Rückweg nach Turin über Straßburg nach Baden-Baden, wo sich damals der Prinz von Preußen aufhielt. Ueber seine Unterredung mit dem Prinzen schrieb er am 25. Juli von Basel aus an den General La Marmora: „Ich bin mit dem Prinzen von Preußen und seinen Diplomaten sehr zufrieden. Man nimmt allgemein an, daß Preußen seine moralische Niederlage von 1850, wodurch es fast allen Einfluß in Deutschland verloren hat, zu rächen suchen wird. Oestreich glaubt mit Sicherheit auf die Beihilfe der deutschen Staaten zweiten Ranges rechnen zu dürfen, besonders auf die Baierns und

Sachsens, die ihm schon jetzt bei allen den sich stets erneuernden Streitigkeiten im deutschen Bundestage hilfreich und ergeben zur Seite stehen. Viele nehmen aber auch an, daß, wenn es Ernst würde und es sich darum handelte, die Waffen zu ergreifen, selbst diese Staaten sich nicht gegen Frankreich erklären würden, falls Preußen es nicht wollte. Es ist wirklich ein glücklicher Einfall von mir gewesen, nach Baden zu gehen. Das ist sogar besser gewesen, als wenn ich nach Berlin gegangen wäre." Und an Villamarina schrieb er: „Die sympathischen Mittheilungen von Seiten der Preußen haben mich aufs angenehmste überrascht. Gott sei Dank, daß Oestreich durch seine Treulosigkeit es dahin gebracht hat, den ganzen Kontinent gegen sich aufzubringen."

Auf den Prinzen von Preußen machte Cavour einen günstigen Eindruck. „Er ist ja gar nicht so revolutionär, als man von ihm sagt," äußerte der Prinz; und ein preußischer Minister sagte bald darauf in Berlin: „Ganz entschieden! Cavour hat den Prinzen erobert."

Als das Ministerium Manteuffel gestürzt und der Fürst von Hohenzollern an die Spitze des neuen Kabinets getreten war, schickte Cavour einen Verwandten desselben, den Marchese Pepoli, nach Düsseldorf, wo damals der Fürst sich aufhielt, um ihm mitzutheilen, wie sehr die Regierung Viktor Emanuel's Preußen schätze, und wie eifrig sie wünsche, zwischen beiden Regierungen und Nationen freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Diese Beziehungen würden durchaus den Interessen beider Theile entsprechen. Piemont sei entschlossen, die Sache der italienischen Unabhängigkeit zu verfechten, welcher entgegenzutreten Preußen gewiß keinen Grund habe. Die preußische Regierung möchte also, wenn sie nicht aktiv an den Feindselig-

keiten gegen Oestreich theilnehmen wolle, wenigstens eine wohlwollende Neutralität beobachten. Die italienische Unabhängigkeit könne der Macht und dem Einflusse Preußens nur nützlich sein. Beide Dynastien seien ja die natürlichen Repräsentanten der Nationalitätsidee; Preußen so gut wie Piemont werde früher oder später genau in dieselbe Strömung und denselben Aktionskreis hineingerissen werden. Olmütz und Novara seien zwei schmerzliche Ereignisse derselben Geschichte, zwei Niederlagen genau desselben Princips. Der Krieg, welcher demnächst von Piemont gegen Oestreich unternommen würde, sei der Ausgangspunkt für den Sieg der Nationalitätsidee. Die Freundschaft Italiens werde und müsse Preußen in jeder Weise zu gute kommen und dessen Hegemonie obsiegen lassen über die Hegemonie Oestreichs in Deutschland.

Pepoli reiste mit diesen Instruktionen ab und nahm den Weg nach Düsseldorf über Paris, wo ihm Napoleon noch weitere politische Rathschläge mitgab. Der Fürst von Hohenzollern nahm seinen italienischen Vetter aufs freundlichste auf, ließ sich aber auf keine bindende Zusage ein. Als Cavour den mündlichen Bericht Pepoli's entgegennahm, sagte er: „Was man heute nicht abzuschließen vermag, wird man in der Zukunft abschließen. Preußen wird unvermeidlich in den Kreis der deutschen Nationalitätsidee hineingezogen werden. Die Allianz Preußens mit dem vergrößerten Piemont steht im Buche der Zukunft geschrieben."

Auch Oestreich bewarb sich um die Allianz Preußens, jedoch unter Bedingungen, welche den Vertragsbestimmungen von Olmütz durchaus nicht widersprachen, aber angesichts der Uebernahme der Regentschaft seitens des Prinzen von Preußen und der Bildung des nationalen und liberalen Ministeriums Hohen-

zollern ein Anachronismus waren. Am 14. April 1859 traf Erzherzog Albrecht in Berlin ein, um den Prinzen von Preußen zu vermögen, daß er seine Armee am Rhein aufstelle und dadurch Napoleon es unmöglich mache, zur Unterstützung Sardiniens Truppen nach Italien zu schicken. Auf diese Weise sollte die Hauptlast des Krieges von Italien nach Deutschland, vom Po an den Rhein verlegt werden. Der Prinz von Preußen, welcher keine Verpflichtung hatte, für Oestreichs italienischen Besitzstand und für dessen Specialverträge mit den italienischen Kleinstaaten in die Schranken zu treten, wollte zunächst wissen, was für politische Ziele Oestreich bei diesem Kriege verfolge, um unter Umständen und in einem gewissen Moment mit einem Vermittlungsversuch zwischen die kriegführenden Theile zu treten und nach einem etwaigen Scheitern desselben zu weiterer Aktion überzugehen. Zu diesem Zwecke sandte er den General Willisen nach Wien. Da aber Oestreich nicht bloß seine Stellung in Italien in ihrem ganzen Umfange aufrecht halten, sondern auch Sardinien möglichst unschädlich machen und mit Hilfe Preußens und des übrigen Deutschlands Napoleon stürzen und den bourbonischen Heinrich V. (den Grafen Chambord) auf den französischen Thron bringen wollte, so war bald ersichtlich, daß Preußen und Oestreich zu keiner Verständigung kommen würden. Der Prinz von Preußen konnte nicht die Hand dazu bieten, Oestreichs Einfluß in Italien zum beherrschenden zu machen und in Frankreich einen legitimistisch-klerikalen Thron aufzurichten. Sollte er in militärische Aktion eintreten und durch Uebernahme und Durchführung einer bewaffneten Vermittlung einen Krieg mit Frankreich riskiren, so wollte er dies weder als Vasall Oestreichs noch als Beauftragter und Beamter des Bundestags thun, sondern als durchaus selbständige Macht,

welche, nach keiner Seite gebunden, sowohl nach der einen als nach der anderen Seite Forderungen stellen und diesen durch eine schlagfertige Armee ein respektables Gewicht geben konnte. Zu diesem Zwecke erließ der Prinz=Regent den Befehl zur Mobilisirung der ganzen Armee und beantragte am 25. Juni die Mobilmachung der zwei süddeutschen Armeecorps, am 4. Juli auch die der sächsischen und hannöverischen Corps, verlangte aber für Preußen den Oberbefehl über die ganze deutsche Streitmacht und die unbeschränkte Verfügung über dieselbe. Während hier=über am Bund verhandelt wurde und Oestreich den Gegenantrag stellte, wonach zwar der Oberbefehl dem Prinzen von Preußen übertragen werden, dieser aber denselben nicht in selbständiger Weise, sondern als ein von den Instruktionen und Befehlen des Bundestags, in welchem Oestreich das große Wort führte, somit als ein von Oestreich abhängiger General führen sollte, wurden am 11. Juli in Villafranca die Friedenspräliminarien abgeschlossen. So heftig war die Eifersucht Oestreichs auf Preußen, daß es lieber die Lombardei abtreten, als Preußen die selbständige Führung der Bundesarmee überlassen wollte. Es fürchtete wohl, daß durch diesen Vorgang das Verhältniß der deutschen Mittel=staaten zu Oestreich nicht zu dessen Gunsten verändert und daß vollends durch einen Sieg des Prinz=Regenten über die Fran=zosen die Hegemonie über Deutschland ganz unwiderruflich Preußen zufallen würde. „Die treulose Lombardei ist uns unendlich weniger werth als die Behauptung unserer Stellung in Deutschland und die Aufrechterhaltung des deutschen Bundes", äußerte sehr offen eine östreichische Zeitung.

Aus diesen Thatsachen gieng aufs deutlichste hervor, daß Oestreich um keinen Preis freiwillig, ohne durch Waffengewalt dazu gezwungen zu sein, Preußen auch nur eine ebenbürtige,

geschweige eine hegemonische Stellung in Deutschland einräumen, daß es weder in der Leitung des Bundestags noch in der Führung der Bundeskontingente eine Aenderung gestatten und daß es die Bildung eines engeren Bundes in dem weiten Rahmen des deutschen Bundes nie zugeben werde. Oestreich blieb starr auf seinem Schwarzenberg'schen Standpunkt von 1850. Falls dieser dem preußischen Staat von 1859 nicht mehr behagte, so glaubte es der deutschen Mittelstaaten sicher genug zu sein, um jedes Auflehnen Preußens gegen das bundestägliche Joch mit gewaltiger Uebermacht niederzuschlagen. Die Mittelstaaten selbst aber fühlten sich in dieser bundestäglichen Umrahmung äußerst behaglich, da die Bundesverfassungsartikel es ihnen möglich machten, trotz ihrer Miniaturmacht das starke Preußen zu majorisiren und die Vertheidigung ihrer und der übrigen deutschen Gebiete den beiden Großmächten zu überlassen. Verlangte Preußen in seiner Erklärung vom 4. Januar 1860 für das Commando über die Bundesarmee eine Zweitheilung, wobei die zwei süddeutschen Corps an Oestreich, die zwei norddeutschen an Preußen sich anschließen sollten, so debütirten jene in ihrer Konferenz zu Würzburg vom 5. August für eine Dreitheilung und beanspruchten für ihre vier Corps einen besonderen Oberfeldherrn. So wenig als mit Oestreich, konnte Preußen mit den Mittelstaaten den deutschen Bund im Bund selbst und durch den Bund reformiren. Der italienische Krieg und die daran sich knüpfenden Verwicklungen in Deutschland hatten gezeigt, daß Preußen, wenn es sich eine würdigere Stellung in Deutschland verschaffen und die militärischen Kräfte Deutschlands besser organisiren und in fester und geschickter Hand zusammenfassen wollte, lediglich auf sich selbst angewiesen war. Diesen Fragen gegenüber stand Preußen vor einem gordischen

Knoten. Wie solche allein gelöst werden können, hat der große Sohn des macedonischen Philipp gezeigt.

Daß für den Fall einer gewaltsamen Lösung die östreichische Armee nicht zu fürchten war, hatte man im italienischen Krieg erkannt. Die Fehler des östreichischen Kriegswesens, welche hauptsächlich in der geistlosen Oberleitung, in der mangelhaften Ausbildung der Officiere, in dem allgemein üblichen Protektionswesen bestanden, waren klar zu Tage getreten. Aber wenn auch die Franzosen die Sieger von Magenta und Solferino waren, so hatten doch diese vielgerühmten afrikanischen Generale sehr wenig strategische Kunst bewiesen und dem Glück mehr zu verdanken als sich selbst. Eine gut geschulte und gut geleitete preußische Armee war sowohl den Oestreichern als den Franzosen überlegen, sobald sie durch zweckmäßige Reformen eine günstigere Organisation und eine vermehrte numerische Stärke erhielt. Damit waren Preußen die Wege vorgezeichnet. Wollte es, wie die liberale Kammermehrheit so schön sagte, seinen deutschen Beruf erfüllen, so mußte es, auch wenn diese Kammermehrheit diese Konsequenz nicht mehr schön fand, eine starke Armee haben, um, was ihm Oestreich und der deutsche Bund versagten, auf dem Schlachtfelde sich zu holen. Die Reorganisation der preußischen Armee mußte, mit oder ohne Willen und Zustimmung der Abgeordnetenkammer, durchgeführt werden.

Niemand war von der Zweckmäßigkeit dieser Maßregel, von ihrer Nothwendigkeit zu den angegebenen Zwecken mehr überzeugt als der Prinz-Regent von Preußen. Was er im Juni 1860 in Baden-Baden sah und hörte, war nicht geeignet, ihn in seiner Ueberzeugung zu erschüttern. Napoleon wünschte eine persönliche Zusammenkunft mit dem Prinzen, um denselben von seinen friedlichen Gesinnungen zu überzeugen und die in Deutsch-

land herrschenden Besorgnisse vor einer aggressiven Politik Frankreichs zu zerstreuen. Wenn Napoleon nur diesen einen Zweck mit dieser Zusammenkunft verband, so konnte man ja seinem Wunsche willfahren. Bei einer solch dämonisch angelegten Persönlichkeit durfte man aber auch andere Zwecke voraussetzen. Es war ja immerhin möglich, daß Napoleon in Deutschland den Verdacht hervorrufen wollte, daß Preußen, was es von seinen deutschen Bundesgenossen nicht erhalten könne, im Bunde mit ihm und auf Kosten jener zu erreichen suche, und daß für diese Zwecke Baden-Baden ein zweites Plombières werden sollte. Der Prinz-Regent gieng daher nicht sogleich auf Napoleon's Wunsch ein. Die Situation wurde eine andere, als auch der König von Baiern den Wunsch äußerte, mit dem Prinzen von Preußen in Baden zusammenzukommen, um sich mit ihm über die deutschen Fragen zu besprechen und zu verständigen, und hinzufügte, daß auch der König von Württemberg an der Unterredung theilnehmen wolle. Die Möglichkeit einer Diskreditirung der preußischen Regierung durch Napoleon war unter solchen Umständen nicht zu fürchten. Letzterer erhielt also auf seine wiederholte Anfrage eine zusagende Antwort, jedoch mit dem Zusatz, die Zusammenkunft sei in der Voraussetzung und unter der Bedingung angenommen, daß bei den Besprechungen die Integrität Deutschlands in keiner Weise in Frage gestellt werde. Napoleon fühlte sich durch diese Klausel nicht genirt und vertraute auf das Unwiderstehliche seiner Liebenswürdigkeit und auf die Zauberkraft seiner Anträge. Andererseits sah sich der König von Hannover trotz seiner undeutschen und antipreußischen Politik ungern von dieser Zusammenkunft ausgeschlossen. Er holte sich in Berlin persönlich die Erlaubniß zur Theilnahme. Die Folge hievon war, daß auch der König von Sachsen eingeladen werden mußte.

Außer dem Großherzog von Baden, welcher als Landesherr und als Schwiegersohn des Prinz-Regenten der selbstverständliche Theilnehmer und als treuer Bundesgenosse der preußisch-deutschen Politik höchst willkommen war, erhielten noch die Großherzoge von Weimar und von Hessen und der Herzog von Nassau Einladungen. So erhielt man einen deutschen Fürstenkongreß mit sehr verschiedenartigen Elementen und den französischen Mephistopheles als sich selbst einladenden Gast.

Am Abend des 15. Juni traf Napoleon in Baden-Baden ein und stieg in der Villa Stephanienbad ab. Der Prinz-Regent machte ihm dort einen Besuch und unterhielt sich etwa eine Stunde lang mit ihm. Am 16. machte Napoleon dem Prinzen einen längeren Gegenbesuch und empfieng dann den Besuch der übrigen deutschen Fürsten. Abends war Galadiner im großherzoglichen Schloß, woran sämtliche Fürsten theilnahmen, und am 17. großes Frühstück auf dem alten Schloß, auf dessen Trümmern Napoleon über den Vandalismus seiner Landsleute nachzudenken Gelegenheit hatte. Am Abend des 17. kehrte Napoleon über den Rhein zurück. Die deutschen Fürsten versammelten sich am folgenden Tage noch einmal im großherzoglichen Schloß. Hier hielt der Prinz-Regent eine Ansprache an dieselben: „Er halte es für die Aufgabe nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Politik Preußens, die Integrität der Grenzen Deutschlands zu wahren. Diese werde stets seine erste Sorge sein, und er werde sich in der Erfüllung dieser Aufgabe auch dadurch nicht beirren lassen, daß seine Auffassung über den Gang und die Ziele der preußischen und deutschen Politik von einigen seiner Bundesgenossen nicht getheilt werde. Ueber die Loyalität seiner Bemühungen, eine Reform der Bundesverfassung anzustreben und die Kräfte Deutschlands zur gedeih-

lichen Wirksamkeit zu entfalten, könne kein Zweifel bestehen. Diese Bemühungen hätten nicht in der Absicht stattgehabt, das zwischen den deutschen Regierungen bestehende völkerrechtliche Band zu erschüttern. Die Akte seiner Regierung hätten gezeigt, daß Preußen für den Augenblick weitergehende Reformen nicht erstreben wolle, aber genau die Punkte bezeichnet, welche festgehalten werden müßten.“ Auch Oestreichs erwähnte der Prinz in freundlicher Weise und drückte die Hoffnung auf eine Verständigung aus. Die am 26. Juli folgende Zusammenkunft des Prinzen mit Kaiser Franz Josef in Teplitz bot Gelegenheit hiezu, falls die Möglichkeit vorhanden war.

Die Unterredung Napoleon's mit dem Prinzen von Preußen hatte begreiflicherweise nicht bloß Friedensversicherungen zum Inhalt. Nach den Mittheilungen eines sehr glaubwürdigen Gewährsmannes warf er im Gespräche den Gedanken hin, daß Preußen, wenn es in Wahrheit eine europäische Großmacht sein wolle, nothwendig große Länderstrecken am offenen Meere und ebendamit das Mittel zur Gründung einer Seemacht, wie sie das Ostseebecken nicht gewähre, haben müsse. Er werde nichts dagegen haben, wenn Preußen sich in den Besitz von Schleswig-Holstein setze und dadurch festen Fuß an der Nordsee fasse. Der Prinz-Regent habe dem arglistig lauernden Versucher auf sein Anerbieten gar keine Antwort gegeben, sich bei der Aufstellung solcher Projekte höchst unintereſſirt gezeigt und sei auf ein anderes Thema übergegangen. Daß es Napoleon nicht sowohl darum zu thun war, Preußen zu vergrößern, als vielmehr darum, falls dieses im Bunde mit ihm zu Annexionen vorgehe, für sich selbst an der Nordostgrenze Frankreichs ein zweites Savoyen und Nizza zu holen, wußte der Prinz ja schon längst. Bei der Beharrlichkeit, mit welcher Napoleon diesen Plan, durch Annec-

tirung Belgiens und des linken Rheinufers seiner Dynastie eine festere Grundlage zu geben, verfolgte, lag aber auch der Gedanke sehr nahe, daß Napoleon, wenn er zur Ueberzeugung gelangt sei, Preußen werde unter keiner Bedingung auch nur eine Hufe deutschen Landes an Frankreich abtreten, die Grenzerweiterung, welche er nicht im Bunde mit Preußen erreichen konnte, im Kriege mit Preußen erstreben werde. Um so dringender erschien es dem Prinz-Regenten, das Pulver trocken, die Waffen scharf zu halten.

Die Reorganisation der Armee, bereits auf der Tagesordnung des preußischen Landtags, wurde daher mit Energie durchgeführt. In der Thronrede zur Eröffnung des Landtags am 12. Januar 1860 kündigte der Prinz die beabsichtigte Heeresreform mit den Worten an: „Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre, in denen die Wehrkraft des Volkes mehrfach aufgeboten werden mußte, haben verschiedenartige, tief empfundene Uebelstände immer klarer herausgestellt. Die Beseitigung derselben ist meine Pflicht und mein Recht, und ich nehme Ihre verfassungsmäßige Mitwirkung für Maßregeln in Anspruch, welche die Wehrkraft steigern, der Zunahme der Bevölkerung entsprechen und der Entwicklung unserer industriellen und wirthschaftlichen Verhältnisse gerecht werden. Zu diesem Zweck wird Ihnen der Entwurf eines Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht mit den nöthigen finanziellen Vorlagen zugehen. Der Vertretung des Landes ist eine Maßregel von solcher Bedeutung für den Schutz und den Schirm, für die Größe und die Macht des Vaterlandes noch nicht vorgelegt worden. Es gilt, die Geschicke des Vaterlandes gegen die Wechselfälle der Zukunft sicher zu stellen."

Die Mängel des preußischen Heerwesens hatten sich besonders bei der Mobilmachung in den Jahren 1850 und 1859

gezeigt. Das Gesetz vom 3. September 1814 war immer noch maßgebend. Nach diesem trat der Rekrut im 20. Lebensjahre in das stehende Heer ein, blieb 3 Jahre unter der Fahne, war zwei weitere Jahre Reservist und trat schon vom 25. Jahre bis zum 39. in die Landwehr ein und zwar vom 25. bis zum 32. in das erste, vom 32. bis zum 39. in das zweite Aufgebot. Die Folge dieser Einrichtung war, daß, wenn die bisherige Friedensstärke von 150,000 Mann bei einer Mobilmachung auf eine hohe Kriegsstärke gebracht werden sollte, immer auch schon eine bedeutende Zahl von Landwehrmännern einberufen werden mußte und dadurch viele verheiratete Männer ihren Familien und ihrem bürgerlichen Berufe entzogen wurden. Diesem Mangel konnte nur dadurch abgeholfen, der Nothwendigkeit einer höheren Kriegsstärke nur dadurch entsprochen werden, daß auch die Friedensstärke erhöht, also mehr Mannschaft zur Fahne einberufen, der Dienst in der Reserve verlängert, der in der Landwehr verkürzt wurde. Auf diesen Principien beruhte der neue Reorganisationsplan, der, nach des Prinzen Aeußerung, dessen eigenstes Werk war, und wobei der an Bonin's Stelle getretene Kriegsminister Roon sein bedeutendster Gehilfe war. Nach diesem Plane sollte die Friedensstärke von 150,000 Mann auf etwa 213,000 erhöht werden, jährlich statt 40,000 Rekruten 63,000 ausgehoben, an der dreijährigen Dienstpflicht festgehalten, die Infanteriebataillone, zur Gewinnung weiterer Cadres, von 135 auf 253 erhöht, 18 neue Kavallerieregimenter errichtet, der Dienst in der Reserve von 2 auf 4 Jahre verlängert, der Dienst in der Landwehr ersten Aufgebots von 7 auf 4, in der Landwehr zweiten Aufgebots von 7 auf 5 Jahre vermindert werden. Die Dienstpflicht in der Linie und in der Reserve sollte also zusammen 7 Jahre, die in der Landwehr 9, die Gesamtdienst-

pflicht 16 Jahre dauern, während sie bisher 19 gedauert hatte. Für einen Krieg von nicht zu bedeutendem Umfang genügte bei diesem Plane die Einberufung der Altersklassen vom 20. bis zum 27. Lebensjahre, das heißt, die Aufbietung der Linie und der Reserve; die Landwehr konnte in den meisten Fällen geschont und für den Dienst in der Heimat verwendet werden.

Dieser Plan, welcher den maßgebenden Zwecken vollständig entsprach und in den drei Kriegen, welche vom Jahre 1864 bis 1871 geführt wurden, sich als ein ungemein zweckmäßiger bewährte, hatte zur natürlichen Folge eine Erhöhung des Kriegsbudgets. Die Kosten der ersten Einrichtung berechnete das Ministerium auf 5 Millionen, den jährlichen Mehraufwand auf 10 Millionen Thaler. Doch das waren keine allzu imponirende Zahlen. Bei dem günstigen Stand der preußischen Finanzen ließ sich wohl diese Mehrausgabe erschwingen. Sollte sie aber auch irgendwie drückend werden, so genügte ein Hinblick auf die für Preußen unerträglichen Bundesverhältnisse und auf die in immer neuen Formen hervortretenden Napoleonischen Plane, um eine auch noch drückendere Ausgabe zu einer absolut nothwendigen zu machen. Wollte Preußen an die Spitze Deutschlands treten, so mußte es ein schlagfertiges Heer haben, zahlreich genug, um auch den stärksten Widerstand zu brechen. Wer gegen den Reorganisationsplan war, der verzichtete eben damit, trotz aller schönen Phrasen, thatsächlich auf die Möglichkeit einer besseren Stellung Preußens.

Das Mißliche dabei war der Umstand, daß das Ministerium vor dem Landtag, der die Militärexigenzen zu bewilligen hatte, über seine Ziele gegenüber Oestreich und dem deutschen Bunde und über seine Befürchtungen gegenüber den Napoleonischen Vergrößerungsplanen sich nicht offen aussprechen, daß es nicht

geradezu sagen konnte, Preußen sei zum Aeußersten entschlossen und werde, wenn auch unter Kanonendonner, die nationale Fahne aufpflanzen, und daß es in jenem Stadium der vorbereitenden Maßregeln vermied, den Parteiführern nicht mißzuverstehende Andeutungen zu geben. In Folge dessen war die Abgeordnetenkammer der Ansicht, der Prinz-Regent, als ein großer Freund des Militärs, wünschte eine größere Armee zu haben, habe es höchstens auf Demonstrationen, nicht auf einen entscheidenden Krieg abgesehen und beachte nicht genug, daß die jährliche Mehrausgabe und die dreijährige Dienstzeit das Volk sehr belasteten. Indem auf diese Weise die Regierung immer nur von dem Berufe Preußens sprach, aber keine klaren Anhaltspunkte gab, woraus ersehen werden konnte, daß sie Ernst machen wolle, und andererseits die Abgeordnetenkammer bei den in den Thronreden und Erklärungen der Minister enthaltenen Andeutungen zu wenig Ahnungsvermögen zeigte, bewegte man sich Jahre lang in einem gegenseitigen Mißverständniß, und der innere Konflikt konnte nicht ausbleiben. Für Zwecke und Ziele, die sie nicht kannten, wollten die Abgeordneten kein Geld bewilligen; die Regierung, dieser Zwecke und Ziele sich wohl bewußt, wenn auch vielleicht noch ohne festes Programm hinsichtlich der Art und Zeit der Durchführung ihrer politischen Entschlüsse, konnte die einmal begonnene Reorganisation weder zurückschrauben, noch zum Stillstand bringen. Jährlich legte die Regierung das Militärbudget dem Landtag vor; dieser machte Abstriche oder gieng überhaupt auf den Plan nicht ein; die Regierung arbeitete nach ihrem selbstgemachten Budget weiter. Das Herrenhaus mit seinen feudalen Insaßen suchte den Konflikt zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus zu benutzen, um durch Eingehen auf die Wünsche des Regenten und durch Be-

willigung des Budgets das seit Herbst 1858 verlorene Terrain wieder zu gewinnen und für vakante Ministerposten sich wieder möglich zu machen.

Dies war die Situation, welche volle sechs Jahre die innere Politik Preußens beherrschte. Die Popularität des Regenten und seiner Regierung konnte unter diesen parlamentarischen Stürmen nicht gedeihen. Erst die Sonne von Königgrätz brachte das nöthige Licht und die nöthige Wärme. Die Abgeordnetenkammer von 1860 trat dem vom Kriegsminister Roon vorgelegten Reorganisationsplan sehr ungläubig gegenüber. Der Bericht der Kommission wußte so viel daran zu tadeln, daß das Ministerium den Entwurf lieber vorläufig ganz zurückzog und mit der Bewilligung eines außerordentlichen Militärkredits von 9 Millionen Thalern sich begnügte. Um so mehr beeilte es sich, aus dem Reorganisationsplan eine vollendete Thatsache zu machen. Im Juli 1860 war die Reorganisation durchgeführt, und bald darauf erhielten die neuerrichteten Regimenter ihre Fahnen und Standarten, zum Zeichen, daß es sich hier um eine definitive Einrichtung handle.

König Wilhelm

1861 — 1871.

Das längst gefürchtete Ereigniß trat ein. König Friedrich Wilhelm IV., dessen Gesundheitszustände durch seinen Winteraufenthalt in Italien sich nicht gebessert hatten, starb im Schloß Sanssouci am 2. Januar 1861. Der Prinz von Preußen bestieg den Thron und erließ am 7. Januar eine Proklamation, worin er sagte: „Meine Pflichten für Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutschland zusammen. Als deutschem Fürsten liegt mir ob, Preußen in derjenigen Stellung zu kräftigen, welche es vermöge seiner ruhmvollen Geschichte, seiner entwickelten Heeresorganisation unter den deutschen Staaten zum Heile Aller einnehmen muß." War hier auf Preußens nationale Aufgabe hingewiesen, so bezeichnete König Wilhelm in der Thronrede, welche er bei der Eröffnung des Landtages am 14. Januar hielt, aufs neue die Verstärkung der preußischen Wehrkraft als die Bedingung für die Sicherheit und Machtstellung des Staates. Der Standpunkt der Regierung, sagte im Abgeordnetenhause der Minister Graf Schwerin, sei die Politik der freien Hand; sie gehe mit Oestreich, so lange es ihr bequem sei und die Interessen Preußen's es erforderten. Das Abgeordnetenhaus, ein entschiedenes Vorgehen in der Reform des deutschen Bundes vermissend, bewilligte auch diesmal die für die neuen Armee-Organisationen geforderten Summen, mit einem Abstrich von

750,000 Thalern, nur als außerordentliche Ausgabe. Die „Deutsche Fortschrittspartei", welche sich damals von der früheren liberalen Partei ablöste und sich selbständig konstituirte, schwärmte zwar für die preußische Hegemonie und wollte es im Kriegsfall an Opfern nicht fehlen lassen, glaubte aber, daß allgemeine körperliche Ausübung der Jugend und erhöhte Aushebung der waffenfähigen Mannschaft bei zweijähriger Dienstzeit genügende Bürgschaften für die Kriegstüchtigkeit des preußischen Volkes seien. Dieser Partei gegenüber bildete sich aus den Kreisen der Junker der „preußische Volksverein", welcher zwar auch die Einigung Deutschlands zu wollen vorgab, aber nicht genug vor den Wegen des Hauses Savoyen, vor Kronenraub und Nationalitäten-Schwindel warnen konnte, der Stärkung der Armee das Wort redete und in kirchlichen Dingen die absolute Stagnation befürwortete.

Großes Aufsehen erregte das Attentat eines politischen Fanatikers. Ein Leipziger Student, Oskar Becker aus Odessa, schoß am 14. Juli 1861 in Baden-Baden nach dem König, als dieser in Begleitung des Grafen Flemming in der Lichtenthaler Allee spazieren ging. Die Kugel war durch den Kragen des Rockes gedrungen, hatte ein Stück der Halsbinde mitgenommen und am Halse eine Kontusion verursacht. Der Thäter wurde sofort ergriffen und gab als Motiv seiner That an, daß er die Ueberzeugung habe, König Wilhelm sei seiner Aufgabe hinsichtlich der deutschen Politik nicht gewachsen; um dessen Nachfolger die Gelegenheit und einen Sporn zu geben, die Mission Preußens zu erfüllen, habe er den König aus dem Wege räumen wollen. Der König war verständig genug, für die verrückte That eines Einzelnen nicht die nationale Partei, der er nicht rasch genug vorwärts gieng, verantwortlich zu machen, mochte sich aber durch

die glückliche Errettung aus der Gefahr bestärkt fühlen in dem Gedanken, daß seine Regierung die richtigen Wege wandle.

Auf eine Einladung des Kaisers Napoleon begab sich König Wilhelm zum Besuche desselben nach Compiègne. Am 8. Oktober und an dem folgenden Tage fanden dort Festlichkeiten statt. Nach seiner Rückkehr von da reiste König Wilhelm zur feierlichen Krönung nach Königsberg. „In Betracht der Veränderungen, welche in der Verfassung der Monarchie unter der Regierung des Königs Friedrich Wilhelm IV. eingetreten sind," wollte er anstatt der Erbhuldigung die feierliche Krönung erneuern und die verfassungsmäßige Vertretung des Volkes daran theilnehmen lassen. Die Krönung wurde am 18. Oktober vollzogen. In seiner Ansprache an die Deputation des Landtags sagte der König: „Von Gottes Gnaden tragen Preußens Könige seit 160 Jahren die Krone. Nachdem der Thron mit zeitgemäßen Einrichtungen umgeben ist, besteige ich als erster König denselben. Aber eingedenk, daß die Krone nur von Gott kommt, habe ich durch die Krönung an geheiligter Stätte bekundet, daß ich sie in Demut aus seinen Händen empfangen habe." Bei der Rückkehr nach Berlin am 22. Oktober gab der König auf die Ansprache des Oberbürgermeisters eine die Erinnerungen von 1806 und 1807 wachrufende Antwort: „Ich komme so eben von der anderen Residenz mit Gefühlen, die ich nicht schildern kann. Ich war dort mit meinen verewigten Eltern unter ganz anderen, sehr trüben Verhältnissen, und jetzt habe ich dort eine Feier begangen, die bisher nur einmal vollzogen worden ist. So liegen Schmerz und Freude beinahe zusammen, und dies gibt den Wink, stets nach oben zu schauen und Gott für die Gnade zu danken, die er mir so sichtlich gewährt." Feste folgten auf Feste. Das prachtvollste Fest veranstaltete am

29. Oktober der französische Krönungsbotschafter, Marschall Mac Mahon, als Herzog von Magenta damals noch strahlend im frischen Glanze seiner militärischen Unüberwindlichkeit. Der Kaiser Napoleon hatte nicht versäumt, seine glänzendste Persönlichkeit als außerordentlichen Abgesandten nach Königsberg zu schicken und durch eine ausgesuchte Aufmerksamkeit den Berliner Hof zu gewinnen.

Die Wahlen vom 6. December gaben der Fortschrittspartei die Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Sowohl die Feudalen als die Altliberalen, aus welch letzteren das Ministerium hervorgegangen war, erlitten eine Niederlage. Dies waren schlechte Aussichten für die glückliche Lösung der immer noch in der Schwebe befindlichen Militärreform-Frage. Am 14. Januar 1862 wurde der Landtag vom König eröffnet. Der Armee-Reorganisation erwähnte die Thronrede mit folgenden Worten: „Bei der Feststellung des für die reorganisirte Armee erforderlichen finanziellen Bedarfs sind die Rücksichten strengster Sparsamkeit beobachtet worden. Eine weitere Ausdehnung derselben würde die Schlagfertigkeit und Kriegstüchtigkeit des Heeres, folglich dessen Lebensbedingungen und damit die Sicherheit des Vaterlandes gefährden." Ueber die Bestrebungen, eine Reform der Bundesverfassung herbeizuführen, äußerte sich die Thronrede dahin, daß Preußen nur solchen Reformen zustimmen werde, „welche, den wirklichen Machtverhältnissen entsprechend, die Kräfte des deutschen Volkes energischer zusammenfassen und Preußen in den Stand setzen, den Interessen des Gesamtvaterlandes mit erhöhtem Nachdruck förderlich zu werden." Daß eine zeitgemäße Revision der deutschen Wehrverfassung noch nicht habe herbeigeführt werden können, wurde bedauert und zunächst auf den Abschluß von Militärkonventionen mit kleineren

Staaten hingewiesen. Wenn am Schlusse gesagt war: „Niemals kann ich zulassen, daß die fortschreitende Entfaltung unseres inneren Staatslebens das Recht der Krone, die Macht und Sicherheit Preußens in Frage stelle oder gefährde," so sollte damit wohl nichts anderes gesagt sein, als daß der König niemals das Programm der Fortschrittspartei annehmen, niemals die Machtstellung Preußens von einem Votum der Kammer abhängig machen werde.

Die Abgeordnetenkammer war wenig erbaut davon, daß in dem vorgelegten Budget von 1862 die Mehrkosten der Heeresreform unter den ordentlichen Ausgaben aufgeführt waren, während sie dieselben nur als außerordentlichen Posten bewilligt hatte, und daß der Steuerzuschlag von 25 Procent, welcher in die Kriegskasse floß, auch ferner noch erhoben werden sollte. Das geringe Vertrauen, das diese Kammer gegen die Regierung, sofern es sich um Verwendung der Staatsgelder handelte, hegte, zeigte sich bei dem Hagen'schen Antrag, wonach künftig, und schon bei dem Budget von 1862, die Einnahmen und Ausgaben specialisirt werden sollten. Der Finanzminister hielt diese Forderung, wenn auch nicht für ein Mißtrauensvotum, so doch für eine drückende Belästigung und meinte, so lasse sich nicht mehr regieren, darin liege ein Eingriff in die Executive. Man stand vor einer Episode des großen Konflikts. Die Kammer berief sich darauf, daß sie das Recht und die Pflicht habe, die Verwendung der Staatsgelder genau zu überwachen. Die Regierung, welche bei den ungenügenden Bewilligungen der Kammer ohnedies einen schweren Stand hatte, wenn sie die Reorganisation finanziell durchführen wollte, und sich offenbar nur damit helfen konnte, daß sie von den für andere Departements bewilligten Geldern verschiedene Posten

in das Kriegsdepartement herüberleitete, versprach sich von einer solchen Specialisirung nur eine Verschärfung, nicht eine Verminderung des Verfassungskonflikts. Das Herrenhaus zwar kam der Regierung sehr freundlich entgegen und nahm am 1. Februar die Novelle zum Kriegsdienstgesetz ohne Debatte einstimmig an. Aber wenn auch verfassungsgemäß die erste Kammer gerade so viel Gewicht hat wie die zweite, so liegt doch in allen konstitutionellen Staaten der Schwerpunkt des parlamentarischen Lebens nicht in den ersten, sondern in den zweiten Kammern, als den vorzugsweise die Masse des Volkes vertretenden. Die zweite Kammer, auf Recht und Mehrheit pochend, gieng vorwärts und nahm am 6. März mit 171 gegen 143 Stimmen den Hagen'schen Antrag an. Darauf reichte das Ministerium Hohenzollern seine Entlassung ein. Der König nahm zunächst dieselbe nicht an und löste am 11. März das Abgeordnetenhaus auf. Doch war für das Ministerium ein längeres Verweilen im Amt nicht wohl mehr möglich. Der liberale Theil desselben, welcher sich ungern in diesen Verfassungskonflikt gedrängt sah und zur Bezwingung der Fortschrittspartei sich nicht die nöthige Kraft zutraute und noch weniger die nöthigen Kraftmittel anwenden wollte, schied am 17. März definitiv aus dem Amt. Dies waren die Minister Auerswald, Schwerin, Pátow, Pückler, Bernuth. Der Fürst von Hohenzollern war schon seit längerer Zeit wegen Krankheit von Berlin abwesend.

Um jene Zeit etwa mag es gewesen sein, daß der volle Ernst der Situation dem Könige nahe gelegt wurde. Einige der Minister machten ihm die Eröffnung, daß es unmöglich sei, in dieser Weise fortzuregieren; daß gegenüber dem entschiedenen Widerstand des Abgeordnetenhauses die Reorganisation

sich nicht in ihrem ganzen Umfange aufrecht halten lasse; daß also nichts übrig bleibe, als daß der König in dieser Sache der Kammer Koncessionen mache. Der König soll erwidert haben, daß davon bei ihm keine Rede sein könne. Die Reorganisation sei sein eigenstes Werk; er halte dieselbe für die Machtstellung Preußens für absolut nothwendig; er sei bei jeder Gelegenheit mit seiner ganzen Person dafür eingetreten; zurück könne er nicht mehr; lieber danke er ab. Sein Nachfolger, nach keiner Seite hin durch sein Wort gebunden, könne Koncessionen machen, er nicht. So stand die Entscheidung bei dem Kronprinzen. In einer Frage, von deren richtiger Lösung seine ganze Lebensstellung und zugleich das Wohl des Staates für eine lange Zukunft abhieng, holte der Kronprinz den Rath erfahrener Männer ein. Die Antwort lautete: Ein preußischer König, der als solcher damit debütire, daß er die Organisation der Armee störe und die Stärke derselben herabdrücke, werde seine ganze Regierungszeit hindurch der Armee gegenüber eine wenig ehrenvolle Stellung einnehmen. Auf dies hin lehnte der Kronprinz das Anerbieten ab. Aber was nun? Der König soll nun seinen Ministern erklärt haben: Wenn er auf seinem Posten ausharre und sie es nicht für möglich hielten, die Reorganisation durch die Kammer zu bringen, so sollten sie ihm einen Mann nennen, der Kraft und Muth genug habe, gegenüber der Kammer die Reorganisation aufrecht zu halten. Die Minister nannten ihm den Freiherrn von Bismarck-Schönhausen, den preußischen Gesandten in Petersburg.

Die politischen Ansichten Bismarck's, namentlich soweit es sich um die Stellung Preußens zu Oestreich und dem Deutschen Bunde handelte, waren dem Könige wohl bekannt. Im Sommer 1861 hatte Bismarck in Baden-Baden eine längere Unterredung

mit dem König gehabt. Beauftragt, den Inhalt seiner Auseinandersetzung zu Papier zu bringen, überreichte er bald darauf dem König eine Denkschrift über die Aufgaben der preußischen Politik. Diese Denkschrift ist der Geschichtschreibung nicht zugänglich, wohl aber ein Brief, welchen Bismarck fast zur nämlichen Zeit, am 18. September 1861, als ihm das feudale Programm des „preußischen Volksvereins“ mitgetheilt wurde, an einen gleichgesinnten Freund richtete. Der Gedankengang in beiden Schriftstücken wird wohl der nämliche gewesen sein. In jenem Briefe hieß es: „Wir kommen dahin, den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränetätsschwindel derjenigen deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältniß als Piedestal benützen, von dem herab sie europäische Macht spielen, zum Schoßkind der konservativen Partei Preußens zu machen. Unsere Regierung ist ohnehin in Preußen liberal, im Ausland legitimistisch; wir schützen fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit als die eigenen und begeistern uns für die von Napoleon geschaffenen, von Metternich sanktionirten kleinstaatlichen Souveränetäten bis zur Blindheit gegen die Gefahren, mit denen Preußens und Deutschlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht ist, so lange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, die nichts ist als ein Treib- und Conservirhaus gefährlicher und revolutionärer Partikularbestrebungen. Ich hätte gewünscht, daß in dem Programm, anstatt des vagen Ausfalles gegen die deutsche Republik, offen ausgesprochen wäre, was wir in Deutschland geändert und hergestellt wünschen, sei es durch Anstrebung rechtlich zu Stande zu bringender Aenderungen der Bundesverfassung, sei es auf dem Wege kündbarer Associationen nach Analogie des Zollvereins und des Koburger Militärvertrages. Wir haben die doppelte Aufgabe, Zeugniß abzu-

legen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal **nicht** ist, daß wir die nothwendige Aenderung aber auf rechtmäßigem Wege offen anstreben und **über** das zur Sicherheit und zum Gedeihen Aller erforderliche Maß nicht hinausgehen wollen. Wir brauchen eine straffere Consolidation der deutschen Wehrkraft so nöthig wie das liebe Brot; wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiet des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachtheile zu schützen, die aus der unnatürlichen Configuration der deutschen inneren Landesgrenzen erwachsen. Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es am Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservative selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen."

Bismarck war der deutsche Bundestag und die Metternich'sche Bundesverfassung so verhaßt, daß er in einem an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gerichteten Schreiben vom 12. Mai 1859 sagte: „Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne daß man etwas anderes an seine Stelle setzte, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden als die bisherigen," und daß er in einem Privatbrief vom 3. Februar 1860 schrieb: „Im Bunde, in der Presse und vor allem in unseren Kammern müssen wir offen darlegen, was wir in Deutschland vorstellen wollen und was der Bund bisher für Preußen gewesen ist: ein Alp und eine Schlinge um unsern Hals, mit

dem Ende in feindlichen Händen, die nur auf Gelegenheit zum Zuschnüren warten."

In allen Bismarck'schen Briefen drängt sich der Gedanke vor, daß mit dem Bund eine radikale Umwandlung vorgenommen, daß die Präponderanz Oestreichs beseitigt, daß die im Verhältniß zu ihrer realen Macht und ihren Leistungen unnatürlich aufgebauschte Souveränetätshöhe der deutschen Mittelstaaten auf ein natürliches Maß zurückgeführt, daß Preußen als nationaler Kristallisationspunkt in den Vordergrund gestellt und daß an die deutsche Nation durch Berufung eines Parlaments appellirt werden müsse. Nur in der Befolgung dieser Grundsätze sah er das Heil Preußens und Deutschlands. Daß mit solchem Vorgehen nicht gezögert werden dürfe und die nächste beste Gelegenheit energisch benützt werden müsse, das sagte ihm sein historischer Blick. Preußen und Deutschland über alles! war unbedingt sein Wahlspruch. Ob der Wagen, welcher den König von Preußen diesem Ziele entgegenführen sollte, einige im Wege liegende Thrönchen und Throne überfahre, darüber machte er sich keine legitimistischen Skrupel. Und wenn es darüber zum Krieg mit Oestreich kommen sollte, so hatte er schon 1859 gezeigt, daß seine Sympathien nicht diesem Staate, sondern Italien galten.

In allen Fragen der inneren und äußeren Politik waren wohl Bismarck's Anschauungen harmonisch mit denen des Königs Wilhelm. Daß auch jener eine starke Armee für unumgänglich nothwendig hielt für Preußens Stellung und Aufgabe, war selbstverständlich. Ueber den Zusammenhang zwischen preußischer und deutscher Politik und vollends über die Mittel, durch welche jene mit dieser identificirt werden sollte, scheinen noch abweichende Ansichten geherrscht zu haben. Wenn Bismarck

am 2. Oktober 1861 schreibt, er sei beim König „nach Kräften für deutsche Politik thätig gewesen und für die augenblickliche Stimmung nicht ohne Erfolg," so sehen wir daraus, daß in jener Zeit des Verfassungskonflikts die preußische Regierung mit den specifisch preußischen Interessen nach der Meinung Bismarck's noch zu einseitig beschäftigt war. Daß die preußische Frage und die deutsche Frage zusammenfallen; daß beide mit einem einzigen Schlage abzumachen seien, solche Gedanken mochten dem Könige damals noch nicht so nahe liegen. Es kam freilich auch auf die Mittel an, durch welche solch nationale Plane durchgesetzt werden sollten. Der König war kein Freund von Cavour'schem Vorgehen, wollte die Souveränetätsrechte seiner fürstlichen Kollegen unter allen Umständen geschont wissen, duldete zwar von Oestreich keine Eingriffe, wünschte aber doch die Stellung Preußens zu Oestreich nur auf friedlichem Wege anders zu gestalten. Es war ihm nicht zuzumuthen, daß er die legitimistischen Anschauungen, welche ein Erbtheil seines Hauses waren, in raschem Wechsel mit einer Politik vertauschte, deren Stärke darin bestand, daß sie von einer geschickten Defensive zu einer überwältigenden Offensive übergieng. Daß unter einem Ministerium Bismarck legitimistische und traditionelle Bedenklichkeiten und Rücksichten keinen Ausschlag geben und kein Hinderniß bilden konnten, war für jeden, der seine neuesten politischen Denkschriften gelesen hatte, klar. Wo dieser Granitfels stand, da durfte jeder, der gegen ihn anfuhr, von Glück sagen, wenn er noch mit heiler Haut davonkam.

Auf jene Empfehlung der Minister wurde bei Bismarck angefragt, ob er unter der Bedingung, daß die Reorganisation der Armee durchzuführen sei, die Ministerpräsidentschaft übernehmen wolle. Bismarck sei bereit dazu gewesen, habe jedoch die Be-

dingung daran geknüpft, daß dann in der deutschen Politik mit allem Ernst vorgegangen werden müsse. So weit war der König noch nicht. Die Verhandlungen zerschlugen sich. Bismarck gieng als Gesandter nach Paris, um an dem Tuilerienhof neue Studien zu machen, und König Wilhelm berief am 17. März sein zweites Ministerium, um zu sehen, ob nicht auf diesem Wege sein bisheriges System sich durchführen lasse. Von dem vorigen Ministerium blieben Roon, Bernstorff und Heydt; neu traten ein: Jagow, Lippe, Itzenplitz, Mühler; der bisherige Präsident des Herrenhauses, Fürst von Hohenlohe-Ingelfingen, übernahm interimistisch den Vorsitz, jedoch mehr dem Namen nach; als den eigentlichen Leiter durfte man den Finanzminister Heydt ansehen. Das Ministerium hatte eine stark konservative, stellenweise eine feudale Färbung. Ob es demselben vergönnt war, mit dem Abgeordnetenhaus in einen friedlicheren Verkehr zu treten als die Männer der liberalen Aera, ließ sich bald übersehen; denn die Neuwahlen mußten sofort vorgenommen und die Kammern in den nächsten Monaten einberufen werden.

In einem Erlaß vom 19. März beauftragte der König das neue Ministerium, den Wählern über die Grundsätze seiner Regierung einen unzweideutigen Aufschluß zu geben und den Verdächtigungen entgegenzutreten. Er halte unabänderlich fest an den Grundsätzen, welche er am 8. November 1858 dem Staatsministerium eröffnet und seitdem wiederholt dem Lande kundgegeben habe. Es sei seine Pflicht und sein ernster Wille, der von ihm beschworenen Verfassung und den Rechten der Landesvertretung ihre volle Geltung zu sichern, in gleichem Maße aber auch die Rechte der Krone zu wahren und sie in der ungeschmälerten Kraft zu erhalten, welche für Preußen zur Erfüllung

seines Berufes nothwendig sei, und deren Schwächung dem Vaterlande zum Verderben gereichen würde.

Aber die Minister giengen in ihrem Eifer gar zu weit, sprachen in ihren Erlassen von dem Gegensatz zwischen Königthum und Demokratie und verlangten von allen Beamten streng konservative Wahlen. Dies ließen sich die Lehrkörper der Universitäten nicht gefallen und erlaubten sich Proteste. Zum Unglück für die Regierung wurde ein vertraulicher Brief, welchen der Finanzminister Heydt am 21. März an den Kriegsminister Roon richtete, durch die Pflichtwidrigkeit eines Beamten der Oeffentlichkeit übergeben. Da der Steuerzuschlag von 25 Procent unter dem Volke sehr verhaßt war und der Fortschrittspartei ein sehr günstiges Agitationsmittel darbot, so erklärte in diesem Briefe der Finanzminister, zur Erzielung günstiger Wahlen sei vor allem anderen der Verzicht auf diesen Steuerzuschlag nöthig, was zur Folge habe, daß an dem Militäretat wenigstens 2½ Millionen Thaler herabgemindert werden müßten. Die Sache wurde dem König vorgetragen. Derselbe genehmigte durch einen Erlaß vom 16. April den Verzicht auf den Steuerzuschlag, da er es für thunlich hielt, den dadurch „entstehenden Einnahmeausfall theils durch Mehreinnahmen, theils durch Ermäßigung der Ausgaben einzelner Verwaltungen auszugleichen.“ So war also die Quelle dieses Agitationsmittels verstopft. Dafür eröffnete aber jener Brief eine andere, nicht weniger ergiebige Quelle. Es fand sich darin noch folgende Stelle: „Es sei dem Herrn Kriegsminister hinlänglich bekannt, daß in allen übrigen Verwaltungszweigen schon seit Jahren die größtmögliche Beschränkung der Ausgaben stattgefunden habe, um nur einige Mittel zur Verminderung des durch die Mehrbedürfnisse der Militärverwaltung entstandenen Deficits im Staatshaushalte zu

gewinnen und wenigstens den Schein zu retten, daß die Regierung bestrebt sei, die deßfalls gemachten wiederholten Zusagen zu erfüllen. Diese Bedürfnisse, zurückgestellt, seien von Jahr zu Jahr gestiegen; sie weiter unberücksichtigt zu lassen, sei ohne Nachtheil für die Landeswohlfahrt nicht mehr thunlich."

Damit schien die Annahme des Hagen'schen Antrages am 6. März gerechtfertigt und vom Minister selbst zugestanden zu sein, daß der Staatshaushalt keine Specialisirung ertragen könne, da die Militärverwaltung unverhältnißmäßig viel Geldmittel verschlinge und die anderen Verwaltungszweige, wohl am meisten das Unterrichtswesen, zum Nachtheil des Staates darunter Noth litten. Dieses offene Geständniß, von der Fortschrittspartei rücksichtslos ausgebeutet, mußte seine Früchte tragen. Die Wahlen vom 6. Mai waren eine vollständige Niederlage der Regierung. Von den Ministern wurde kein einziger gewählt. Die Fortschrittspartei erlangte eine erdrückende Mehrheit.

Die Situation wurde für die Regierung immer unangenehmer. Es wurden im Ministerrath Stimmen laut, ob nicht die Cadres der Armee vermindert, die dreijährige Dienstzeit beschränkt, mit einer zweijährigen Präsenz ausgereicht werden könnte. Eine Kommission von höheren Officieren verneinte diese Fragen. Nun war guter Rath theuer. Der Landtag wurde am 19. Mai eröffnet, diesmal nicht vom König selbst, sondern in dessen Auftrag vom Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenlohe. In der von demselben verlesenen Rede wurde auf die größere Specialisirung der Einnahmen und Ausgaben und auf die Ersparnisse im Militärhaushalt hingewiesen und die Erwartung ausgesprochen, daß dem gegenüber nun auch die Armee-Einrichtung und die Armee-Bedürfnisse eine rücksichtsvolle Beurtheilung finden würden. Dieser Theil der Rede wurde in

der vom Abgeordnetenhause angenommenen Adresse völlig ignorirt, auf die Erlasse der Minister hingedeutet und, zur Richtschnur für die auswärtige Politik, aus dem Programm des Königs vom 8. November 1858 die Stelle citirt, welche lautete: „Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist.“ Der König, unangenehm davon berührt, daß die Adresse für seine entgegenkommenden Maßregeln auch nicht ein einziges anerkennendes Wort habe, erwiderte der Deputation, welche ihm die Adresse überbrachte, unter anderem: „Da Sie einen Satz meines Programms vom Jahre 1858 herausgenommen haben, so wollen Sie sich dasselbe Zeile für Zeile einprägen, dann werden Sie meine Gesinnungen recht erkennen.“

Gerade in der auswärtigen Politik gieng die Regierung des Königs damals durchaus im Sinne der liberalen Parteien vor. Zum großen Mißvergnügen Oestreichs und der meisten deutschen Mittelstaaten erfolgte von Seiten Preußens am 21. Juli die Anerkennung des Königreichs Italien, der mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag wurde der Kammer vorgelegt, und der Kurfürst von Hessen, welcher alle seine Unterthanen als seine Lakaien behandeln zu dürfen glaubte, mußte sich vor dem preußischen Adler beugen. Nach langen Verhandlungen am Bundestag und mit Oestreich über die Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831, schickte der König am 11. Mai den General von Willisen als außerordentlichen Bevollmächtigten mit einem eigenhändigen Schreiben nach Kassel. Der Kurfürst empfieng den General in einer Weise, daß der König darin eine absichtliche Beleidigung seiner eigenen Person erblicken mußte. Er verlangte Genugthuung und besonders die sofortige Entlassung der Minister. Der Kurfürst beharrte auf seinem

Eigensinn. Der König rief seinen ordentlichen Gesandten von Kassel zurück und gab Befehl zur Mobilmachung von zwei Armeecorps. Nun erst erwachte in Kassel das Verständniß. Das dortige Ministerium, auch vom Bundestag verlassen, nahm seine Entlassung, der Kurfürst berief ein neues Ministerium und setzte die Verfassung von 1831 wieder in Wirksamkeit. Nach Berlin schickte er den General von Bardeleben mit einem eigenhändigen Schreiben an den König, worin er denselben von der Wiederherstellung der Verfassung und der Befolgung „der in wohlwollendster Absicht ertheilten Rathschläge" benachrichtigte. Als der Kurfürst bald darauf recidiv wurde, genügte die Absendung einer neuen Drohnote durch einen preußischen Feldjäger, um den Kurfürsten zu vermögen, die bereits verfügte Entlassung der neuen Minister zurückzunehmen und die vertagte Ständeversammlung wieder einzuberufen.

Die Kammer beharrte auf ihrer Ansicht, daß die Regierung nationale Politik treiben, aber dazu mehr moralische als militärische Mittel brauchen solle; daß die Ausgaben für die von der Kammer noch nicht genehmigte Reorganisation nicht als ordentliche, sondern als außerordentliche zu verrechnen seien; und daß endlich der Regierung der Ernst gezeigt werden müsse. Sie war wohl nicht des naiven Glaubens, daß die neuen Formationen ohne Nachtheil für die Schlagfertigkeit und Tüchtigkeit der Armee wieder aufgehoben werden könnten; aber sie hatte sich nun einmal so einseitig in ihr unbeschränktes und unbedingtes Verwilligungsrecht verrannt, daß sie auf dem besten Wege war, vor lauter Patriotismus unpatriotisch zu handeln, vor lauter Recht ein Unrecht zu begehen, vor lauter Verfassungsparagraphen die wahre Verfassung des Landes nicht zu beachten. Am 23. September faßte das Abgeordnetenhaus nach siebentägiger Militär-

debatte den verhängnißvollen Beschluß, als ordentliche Ausgaben für das Heer 31,932,000 Thaler zu bewilligen, aber die Mehrkosten für die Reorganisation zu streichen.

Darauf folgte eine sehr rasche und runde Antwort. Bismarck, schon während der Militärdebatte aus dem französischen Seebad Biarritz telegraphisch nach Berlin berufen, wurde noch am 23. September zum interimistischen Vorsitzenden des Staatsministeriums ernannt. Der Prinz von Hohenlohe wurde der provisorischen Präsidentschaft enthoben, und Finanzminister Heydt nahm und erhielt seine Entlassung. „Das kaufmännische Intermezzo hat jetzt ein Ende," rief jubelnd die feudale Partei, im guten Glauben, daß mit Bismarck, ihrem einstigen Vorkämpfer auf dem Vereinigten Landtag, ihre Partei wieder das große Wort in Preußen führen werde. Aber Bismarck hatte in den Jahren 1851 bis 1862 auf seinen Gesandtschaftsposten in Frankfurt, Petersburg und Paris erkannt, daß er in der Politik viel zu vergessen und viel zu lernen habe, während die Mehrzahl der Junkerpartei in diesen langen Jahren nichts vergessen und nichts gelernt hatte. Täuschungen konnten nicht ausbleiben. Umgekehrt nahmen die liberalen Parteien die Berufung desjenigen Mannes, welcher ihnen auf der Tribüne von 1849 mit so souveränem Trotz Stand gehalten und ihnen zugerufen hatte: „Ich bin stolz darauf, ein preußischer Junker zu sein, und fühle mich durch diese Benennung geehrt," und „Seien Sie versichert, wir werden unsererseits den Namen des Junkerthums noch zu Ehren und Ansehen bringen," als eine Kriegserklärung auf und sagten geradezu: „Bismarck ist der Staatsstreich." Auch sie täuschten sich. Recht hatten beide Parteien nur darin, daß sie dem neuen Ministerium eine ungeheure Willenskraft zutrauten. Es lag in der Natur der Sache, daß

mit dieser Willenskraft zuerst die liberalen Parteien Bekanntschaft machten. Aber auch die Antipoden derselben durften sich nicht zu sicher fühlen, wenn auch ihre Bundesgenossenschaft für den Augenblick Bismarck willkommen war.

Im Auftrag des Königs erklärte Bismarck in der Sitzung der Kammer vom 29. September, daß die Regierung, um die Hindernisse der Verständigung nicht noch höher anschwellen zu lassen, das Budget von 1863 zurückziehe und in der nächsten Session dasselbe nebst einem neuen Reorganisationsgesetz vorlegen werde. In einer Sitzung der Budgetkommission vom 30. September sprach er jene geflügelten Worte, welche zwar seine Geringschätzung der liberalen Parteien, aber auch seine nationalen Plane deutlich genug verriethen: „In Preußen sind viele katilinarische Existenzen, welche ein großes Interesse an Umwälzungen haben. Preußen muß seine Kraft zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einigemal verpaßt ist. Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — dies ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Blut und Eisen.“

Mit dem Landtag gieng es nun rasch zu Ende. Das Abgeordnetenhaus erklärte es für verfassungswidrig, wenn die Regierung über eine Ausgabe verfüge, welche von demselben abgelehnt sei. Das Herrenhaus verwarf nicht nur den von der Abgeordnetenkammer ihm vorgelegten Etat, sondern nahm auch, was gegen den Wortlaut der Verfassung war, den ursprünglichen Budgetentwurf der Regierung an. Diesen Beschluß erklärte das Abgeordnetenhaus einstimmig für null und nichtig. Am 13. Oktober wurde der Landtag geschlossen. In der von

Bismarck verlesenen Schlußrede wurde dem Abgeordnetenhause angekündigt, daß die Regierung sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen würde, wenn sie die bereits ausgeführte Reorganisation wieder rückgängig machen wollte, und daß sie sich in der Nothwendigkeit finde, den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen zu müssen.

Dem König war dieser Konflikt ungemein schmerzlich; aber nachgeben konnte er nicht. Schon in diesen wenigen Tagen hatte er erkannt, daß er in Bismarck den rechten Mann gefunden habe. Er ernannte ihn daher am 8. Oktober zum Präsidenten des Staatsministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Diese Wahl war für Jahrhunderte bedeutungsvoll. Genugthuung gewährte es dem Könige, von mehreren Deputationen zu hören, daß sein Verhalten in dem Konflikt den Beifall verschiedener Kreise des Landes habe. „Ich bin fest entschlossen," erwiderte er am 10. Oktober auf eine Ergebenheitsadresse, „die Verfassung treu zu halten, so lange man sie mir nicht selbst aus den Händen reißt."

Das Jahr 1863 brachte für den Verfassungskonflikt keine Besserung. Der Landtag wurde auf den 10. Januar einberufen. Die Adresse des Abgeordnetenhauses beschuldigte die Minister der Verfassungsverletzung und sprach den Wunsch aus, daß durch die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen der innere Friede und die Kraft nach außen dem Lande wiedergegeben werden möchte. Der König lehnte es ab, die Adreß-Deputation zu empfangen. Darauf wurde ihm die Adresse schriftlich zugesandt. Die Antwort des Königs vom 3. Februar erklärte es für „unverständlich, wenn das Haus der Abgeordneten eine Verfassungsverletzung darin erkennen will, daß meine Regierung die Verwaltung ohne gesetzlich festgestellten Etat fortgeführt hat. Ich

muß es vielmehr als eine Ueberschreitung der verfassungsmäßigen Befugnisse des Hauses der Abgeordneten bezeichnen, wenn das Haus seine einseitigen Beschlüsse über Bewilligung oder Verweigerung von Staatsausgaben als definitiv maßgebend für meine Regierung betrachten will. Ich muß das Haus darauf aufmerksam machen, daß nach der Verfassung die Mitglieder beider Häuser des Landtages das Volk vertreten und der Staatshaushalt nur durch Gesetz, nämlich durch einen von mir genehmigten, übereinstimmenden Beschluß beider Häuser des Landtages festgestellt werden kann. War eine solche Uebereinstimmung nicht zu erreichen, so war es die Pflicht der Regierung, bis zur Herbeiführung derselben die Verwaltung ohne Störung fortzuführen. Sie hätte unverantwortlich gehandelt, hätte sie dies nicht gethan."

Ein parlamentarischer Konflikt zwischen dem Kriegsminister Roon und dem Vicepräsidenten Bockum-Dolffs verschärfte den Streit. Die Minister erschienen nicht mehr in der Kammer und in den Kommissionen. Der König trat in einem Schreiben vom 21. Mai für das Recht seiner Minister, nicht unter der Disciplinargewalt des Kammerpräsidiums zu stehen, ein. Das Abgeordnetenhaus sprach in einer Adresse vom 22. Mai die Ueberzeugung aus, daß zwischen den Rathgebern der Krone und dem Lande eine Kluft bestehe, welche nicht anders als durch einen Wechsel der Personen und mehr noch durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden könne. Auch diese Adresse nahm der König nicht persönlich entgegen und wies in seiner ohne Gegenzeichnung eines Ministers erlassenen Erwiderung vom 26. Mai den Versuch des Abgeordnetenhauses, ihm andere Minister aufzudrängen, aufs entschiedenste zurück, sprach denselben vielmehr seine Anerkennung dafür aus, daß sie es sich angelegen

sein ließen, dem verfassungswidrigen Streben des Abgeordnetenhauses nach Machterweiterung entgegenzutreten. Am folgenden Tage erfolgte der Schluß dieser höchst unfruchtbaren und unerquicklichen Session. Die vorgelegten Finanzgesetze waren nicht erledigt, in keiner Frage der Politik war eine Verständigung erzielt.

Die heimkehrenden Abgeordneten trugen die Sprache der Opposition aus dem Parlamentssaal in die Provinzen und in die Gemeinden. Die Presse griff das Ministerium aufs heftigste an. Dieses, im Zustande der Nothwehr sich befindend, schlug dem König in einem speciellen Bericht den Erlaß eines Gesetzes zur Maßregelung der Presse vor. Die Preßordnung vom 1. Juni suspendirte die verfassungsmäßige Preßfreiheit und ermächtigte die Verwaltungsbehörden, das fernere Erscheinen einer Zeitung oder Zeitschrift wegen fortdauernder, die öffentliche Wohlfahrt gefährdender Haltung zeitweise oder dauernd zu verbieten. Dies hieß, Oel ins Feuer gießen. Mehrere Zeitungen protestirten, mehrere Magistrate ordneten Deputationen an den König ab. Die Zeitungen erhielten vom Ministerium die erste Verwarnung, die Deputationen wurden nicht angenommen, die Magistrate erhielten die Weisung, mit politischen Verhandlungen sich nicht zu befassen. Die Unzufriedenheit erreichte den höchsten Grad. Ebendamals machte der Kronprinz eine Rundreise durch die Provinz Preußen. In mehreren Städten faßten die Stadtverordneten den Beschluß, unter den obwaltenden Umständen alle Empfangsfeierlichkeiten zu unterlassen und keine Deputationen an ihn zu schicken. Der Kronprinz fühlte sich dadurch aufs unangenehmste berührt und sprach am 6. Juni in Danzig sein Bedauern darüber aus, daß er gerade in einer Zeit nach Preußen gekommen sei, in welcher zwischen Regierung und Volk

ein Zerwürfniß obwalte. Er habe von den Preßverordnungen nichts gewußt und keinen Antheil an den Rathschlägen gehabt, die dazu führten. Darauf unterbrach er seine Reise und kehrte nach Berlin zurück. Dagegen wurden die liberalen Abgeordneten, welche am 19. Juli dem großen „provinziellen Banket“ in Köln anwohnten, auf ihrer ganzen Rheinfahrt mit einem für die Regierung nicht mißzuverstehenden Jubel empfangen.

Die Berliner Preßordonnanz erinnerte an die Ordonnanzen des Ministeriums Polignac von 1830. Aber die Wirkungen waren so verschieden wie die Ursachen. Die Dynastie Hohenzollern war keine Dynastie Bourbon, König Wilhelm kein Karl X., das monarchisch und konservativ angelegte preußische Volk kein heißblütiges, wankelmüthiges Franzosenvolk. Auch haben die Juli-Ordonnanzen für sich allein nicht die Revolution hervorgerufen; dieselbe wurde vielmehr durch das absolutistisch-klerikale System, das mit Karl X. zur Regierung kam und die Herrschaft über Frankreich zu erringen suchte, schon seit Jahren herausgefordert; in Preußen dagegen konnte die Kammer nicht über Absolutismus und noch viel weniger über Klerikalismus klagen; denn die Regierung war aufrichtig liberal, aufrichtig national, streng verfassungsmäßig und befand sich nur hinsichtlich der für die Reorganisation der Armee erforderlichen Ausgaben mit dem Abgeordnetenhause theoretisch und praktisch in einem Konflikt. Nahm man aus dem politischen Leben jener Zeit diesen einen Punkt weg, so war nirgends ein Zwiespalt zwischen Regierung und Volk zu bemerken. Sobald jener eine Punkt durch die Siege von 1866 beseitigt war, war auch der Zwiespalt beseitigt. Also nicht das System der Regierung, wie das Abgeordnetenhaus sich unrichtig äußerte, bedurfte eines Wechsels, um die damals allerdings bestehende Kluft zwischen der Regierung und

einem großen Theile des Volkes auszufüllen, sondern nur die politische Lage bedurfte eines solchen. Trotz Kammeraufregung und Preßordonnanz blieb daher das preußische Volk ruhig; nirgends dachte man an Aufstände, und in manchem Gehirn dämmerte es ahnungsvoll, angesichts der Ruhe, der Festigkeit, der Umsicht, mit der der König und sein Ministerpräsident auf der betretenen Bahn weiterschritten.

Und vorwärts gieng es! Wer als König einen Bismarck zum politischen Minister, einen Moltke zum Generalstabschef, einen Roon zum Kriegsminister hatte, durfte sicher sein, daß es ihm an den Glückwünschen von Deputationen, an dem Zujauchzen des Volkes und an Zustimmungsadressen der Kammern nicht fehlte, sobald nur die großen Ziele, die sich diese großen Männer gesteckt hatten, auf eine für alle Welt sichtbare Weise in Sicht kamen. Die Kammerkonflikte wurden durch auswärtige Konflikte abgelöst oder zurückgedrängt.

Die Bundesreform beschäftigte alle deutschen Kabinette. Daß etwas geschehen müsse, um das berechtigte Verlangen des Volkes zu befriedigen, davon war wohl jederman überzeugt. Es fragte sich nur, was die Regierungen dem Volke zu bieten gesonnen waren. Der sächsische Minister Beust glaubte Deutschland damit abfinden zu können, daß er neben der Bundesversammlung eine zweite Versammlung schuf, welche aus Delegirten sämtlicher deutschen Landtage bestand, nach dem Belieben jener einberufen, vertagt und aufgelöst werden konnte, aller politischen Debatten sich enthalten und nur zur Berathung der ihr vorgelegten allgemeinen Gesetze berufen werden sollte. Darauf erwiderte das preußische Ministerium, schon vor dem Eintritt Bismarck's, in einer Depesche, worin die Bildung eines engeren Bundesstaates im weiteren Staatenbunde, wie er bei

den Unionsversuchen von 1850 angestrebt wurde, als der einzig richtige Reformweg bezeichnet und besonders darauf Nachdruck gelegt wurde, daß bei jeder Bundesreform die realen Machtverhältnisse zu Grunde gelegt und das Gewicht der Stimmen mehr mit dem Gewicht der Leistung, die Größe der Berechtigung mehr mit der Größe der Verpflichtung in Einklang gesetzt werden sollte.

Um in die verworrenen Verhältnisse des Deutschen Bundes mehr Klarheit zu bringen, hatte Bismarck, zwei Monate nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten, eine Unterredung mit dem östreichischen Gesandten, dem Grafen Karolyi. Darin sagte er: „Die Beziehungen Preußens zu Oestreich müßten unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden. Oestreich habe die Wahl, seine gegenwärtige antipreußische Politik mit dem Stützpunkt einer mittelstaatlichen Coalition fortzusetzen oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen einzugehen. Dazu gehöre, daß Oestreich seine preußenfeindliche Thätigkeit bei den deutschen Höfen aufgebe und die Leitung des Bundes mit Preußen theile. Fragen von erheblicher Wichtigkeit könnten nur nach vorgängiger Vereinbarung zwischen beiden Großmächten vor den Bund gebracht, dürften aber nicht von Oestreich, trotz des Widerspruches Preußens, einfach durch Majoritätsbeschlüsse entschieden werden. Eine Ueberschreitung der Kompetenz des Bundes durch Majoritätsbeschlüsse würde Preußen als einen Bruch der Bundesverträge betrachten und demgemäß verfahren. Es könnte dahin kommen, daß der preußische Bundestagsgesandte abberufen würde, ohne einen Nachfolger zu erhalten, und ohne daß deßhalb Preußen seine Truppen aus den Bundesfestungen herausziehen würde. Oestreich solle sich nicht der Illusion hingeben, daß Preußen für alle Fälle in einem Kriege auf dessen Seite

stehen werde. Oestreich würde überhaupt in seinem besten Interesse handeln, wenn es seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegte."

Die östreichischen Staatsmänner legten dieser, die Grundlinien der nächsten Zukunft beschreibenden Ausführung nicht die gebührende Wichtigkeit bei. Von einer Erhöhung des preußischen Rivalen war in der Wiener Hofburg vorderhand keine Rede. Man trug sich dort mit einem kühnen Entwurfe, welcher dem deutschen Volke einige Theilnahme an den Bundesangelegenheiten bieten, die deutschen Fürsten zur persönlichen Mitwirkung mehr herbeiziehen, die östreichische Bundesleitung unter allen Umständen beibehalten, Preußen auf das Niveau von Baiern herabdrücken und dem östreichischen Kaiserstaate seine nichtdeutschen Besitzungen, namentlich seine Stellung in Italien faktisch garantiren sollte. Denn des Pudels Kern war doch nichts anderes als jene Bestimmung des östreichischen Entwurfes, wonach die Frage über die Betheiligung des Bundes an einem Kriege zwischen einem Bundesstaate, welcher zugleich außerdeutsche Besitzungen hat, und einer auswärtigen Macht durch einfache Stimmenmehrheit des Bundesrathes entschieden werden sollte. Der Bundesrath sollte 21 Stimmen haben und von diesen Oestreich und Preußen je 3. Von den übrigen 15 die Mehrheit auf seine Seite zu bringen, konnte Oestreich bei seinen engen Beziehungen zu den bedeutendsten unter den Mittelstaaten nicht schwer werden.

Dieses östreichische Reformprojekt, welches Preußen durch einfache Majorisirung in den Dienst Oestreichs und der Mittelstaaten bringen, Oestreichs Stellung innerhalb und außerhalb Deutschlands verstärken, Oestreichs partikularen und antideutschen Zwecken geradezu die Kräfte Gesamtdeutschlands zur Ver-

fügung stellen sollte, war nichts anderes als eine neue Auflage des Beust'schen Delegirtenprojekts mit verschärfter habsburgischer Spitze. Der Augenblick schien den östreichischen Staatsmännern günstig. Sie wähnten die preußische Regierung in einem so tiefen Konflikt mit der Kammer und dem Volke, daß sie glaubten, dieselbe werde gerne eine Reform annehmen, welche für diesen Konflikt die Stelle eines Ableiters einnehmen könnte. Die vorgeschlagene Bundesmaschinerie war eine so komplicirte und die Eilfertigkeit, mit welcher Oestreich die Sache betrieb, eine so überrumpelnde, daß man annehmen muß, man habe in Wien der Hoffnung Raum gegeben, die Fürsten möchten unter solchen Umständen die ganze Tragweite dieses Projektes nicht überschauen.

König Wilhelm begab sich am 19. Juni 1863 zur Badekur nach Karlsbad und von da am 18. Juli nach Gastein. Kaiser Franz Josef traf am 2. August daselbst zum Besuche des Königs ein, übergab ihm eine „Denkschrift über die Nothwendigkeit einer Reform der deutschen Bundesverfassung" und lud ihn zu einem Fürstenkongreß in Frankfurt auf den 16. August ein. Die Nothwendigkeit einer Reform war mit einem Hinweis auf die bestehenden Zustände dargelegt: „Das Facit der neuesten deutschen Geschichte ist zur Stunde nichts als ein Zustand vollständiger Zerklüftung und allgemeiner Zerfahrenheit. Man denkt in der That nicht zu nachtheilig von diesem Zustande, wenn man sich eingesteht, daß die deutschen Regierungen im Grunde schon jetzt nicht mehr in einem festen gegenseitigen Vertragsverhältnisse zusammenstehen, sondern nur noch bis auf weiteres im Vorgefühle naher Katastrophen neben einander fortleben. Die deutsche Revolution aber, im stillen geschürt, wartet auf ihre Stunde." Auf diesen „Ueberfall in Wildbad" war

König Wilhelm nicht gefaßt. Er nahm sich Bedenkzeit und besprach sich mit Bismarck, der seinen „Allergnädigsten Herrn“ nach Gastein begleitet hatte. Darauf erklärte er bei einer neuen Unterredung dem Kaiser, daß es ihm nicht zweckmäßig scheine, einen Fürstenkongreß zu veranstalten, bevor die Minister den vorgeschlagenen Reform-Entwurf genau geprüft und in Konferenzen sich darüber berathen hätten. Am 3. August reiste der Kaiser ab, und am Abend des nämlichen Tages überbrachte ein kaiserlicher Adjutant dem König die förmliche, vom 31. Juli datirte Einladung zum Kongreß in Frankfurt. In einem Telegramm an den Kaiser vom 4. August lehnte König Wilhelm die Einladung ab und richtete am nämlichen Tage ein amtliches Antwortschreiben an den Kaiser, worin er den Vorschlag machte, daß die Fragen, über welche von den Souveränen sämtlicher Bundesstaaten zu beschließen sein würde, zunächst in Ministerialkonferenzen des engeren Bundesrathes berathen werden sollten, worauf dann schließlich die Souveräne in einem Kongreß über das Resultat dieser Konferenzen die Entscheidung zu treffen hätten. Am 7. August überbrachte ein kaiserlicher Adjutant dem König eine erneute Einladung und zugleich den Vorschlag, daß er, falls ihm seine Badekur die persönliche Anwesenheit in Frankfurt nicht gestatten sollte, einen königlichen Prinzen als Bevollmächtigten zu dem Kongreß entsenden möchte. In einem eigenhändigen Schreiben vom 7. lehnte der König sowohl das eigene Erscheinen als die Entsendung eines königlichen Prinzen ab.

Was Bismarck über die östreichischen Anträge seinem Könige sagte, sehen wir aus dessen Depeschen vom 14. und 21. August: „Ich halte es der Würde des Königs nicht entsprechend, sich nach Frankfurt zur Entgegennahme von Vorschlägen in Bundes-

angelegenheiten zu begeben, über welche der Rath Preußens nicht vorher gehört ist, und deren volle Tragweite Seiner Majestät erst in Frankfurt eröffnet werden soll." „Für jetzt erkläre ich nur, daß die östreichischen Reformplane weder der berechtigten Stellung der preußischen Monarchie, noch den berechtigten Interessen des deutschen Volkes entsprechen. Preußen würde der Stellung, die seine Macht und seine Geschichte ihm in dem europäischen Staatenverein geschaffen haben, entsagen und Gefahr laufen, die Kräfte des Landes Zwecken dienstbar zu machen, welche den Interessen des Landes fremd sind, und für deren Bestimmung uns dasjenige Maß von Einfluß und Controle fehlen würde, auf welches wir einen gerechten Anspruch haben." In einem Privatbriefe schrieb er am 12. August: „Ich komme wegen der Frankfurter Windbeuteleien nicht vom König fort." Am 17. August wurde der Kongreß in Frankfurt unter Betheiligung fast sämtlicher deutschen Fürsten und unter dem Präsidium des Kaisers Franz Josef eröffnet, und am 1. September wurde der östreichische Entwurf mit einigen wenigen Abänderungen fast einstimmig angenommen. Der gleichzeitig in Frankfurt versammelte „Abgeordnetentag" verwarf den Entwurf nicht vollständig, erklärte aber, „daß von einem einseitigen Vorgehen der Regierungen eine gedeihliche Lösung der Nationalreform nicht zu erwarten sei, sondern nur von der Zustimmung einer zu berufenden Nationalversammlung."

Damit war der König von Preußen vollständig einverstanden. Am 15. August hatte er Gastein verlassen und sich nach Baden-Baden begeben. Dort erhielt er am 18. August den Besuch des Königs Johann von Sachsen, welcher im Namen sämtlicher in Frankfurt versammelten Fürsten den König zur Theilnahme an den jetzt erst beginnenden Berathungen einlud. Der König

blieb bei seiner Weigerung und richtete am 20. ein Schreiben an den Kaiser von Oestreich, worin er die Gründe seiner Ablehnung wiederholte und hinzufügte: „Ich bin es meinem Lande und der Sache Deutschlands schuldig, vor einer durch die Minister vorgenommenen Prüfung der einschlägigen Fragen keine mich bindenden Erklärungen gegen meine Bundesgenossen abzugeben; ohne solche aber würde meine Theilnahme an den Berathungen nicht ausführbar sein.“ Das zweite Kollektivschreiben der Fürsten, womit sie am 1. September die Uebersendung des Reform-Entwurfes begleiteten, beantwortete der König in Uebereinstimmung mit dem Bericht, welchen auf seine Aufforderung das Staatsministerium ihm vorlegte. In diesem Bericht vom 15. September wurde an dem Entwurf eine scharfe Kritik ausgeübt und im Gegensatz zu demselben folgende Forderungen aufgestellt: ein Veto Preußens und Oestreichs mindestens gegen Kriegserklärungen, durch welche das Bundesgebiet nicht bedroht ist; die Gleichstellung Preußens mit Oestreich hinsichtlich des Vorsitzes und der Leitung des Bundes; eine nicht aus Delegationen der Landtage, sondern eine aus direkten Wahlen nach dem Maßstab der Bevölkerung der einzelnen Staaten hervorgehende Volksvertretung mit reichlicher zugemessenen Befugnissen, als dies bei der Frankfurter Reformakte der Fall ist. Nur eine solche Vertretung werde für Preußen, dessen Interessen und Bedürfnisse wesentlich und unzertrennlich identisch seien mit denen des deutschen Volkes, die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern habe, was nicht dem ganzen Deutschland zu Gute komme. Diese Forderungen fand Oestreich unannehmbar. Da es aber ohne Preußen in dieser Sache nicht vorgehen konnte, so war dieses mit so großem Pomp in Scene gesetzte östreichische Reformprojekt schon nach wenigen

Monaten nichts weiter als Makulatur. Deutschland aber hatte bei dieser Gelegenheit gesehen, auf wessen Seite mehr Sinn und guter Wille für eine liberale und nationale Bundesgestaltung sei, ob auf preußischer oder auf östreichischer.

Während die Beziehungen Preußens zu Oestreich mit jeder neu auftauchenden Frage schlechter wurden, wurde das Verhältniß Preußens zu Rußland ein intimeres. In Russisch-Polen war im Januar 1863 ein Aufstand ausgebrochen. König Wilhelm veranstaltete sofort eine Vereinigung der vier östlichen Armeecorps unter dem Oberbefehl des Generals Werder, sandte Officiere nach Petersburg und Warschau zur Verabredung gemeinsamer Maßregeln und schloß mit Rußland zum Schutz der beiderseitigen Grenzen die geheime Konvention vom 8. Februar. Dieselbe war durchaus im Interesse Rußlands, für das die preußischen Befehlshaber und Grenzbehörden offen Partei nahmen, und rief ebendeßhalb sowohl den Tadel der Kammermajorität als das Mißtrauen der anderen Großmächte hervor. Wie im Krimkriege, so nahm auch diesmal Preußen keinen Antheil an irgendwelcher Demonstration gegen Rußland und bezeigte demselben eine mehr als bloß wohlwollende Neutralität, während Frankreich, England und Oestreich durch Zusendung identischer Noten das Ehrgefühl Rußlands reizten und spitzige Antworten sich holten. Hatte König Wilhelm seinem Neffen, dem Kaiser Alexander II., treue Freundschaft bewahrt, so konnte er, zumal bei dem wohlwollenden Charakter des letzteren, erwarten, daß Rußland bei dem nächsten deutschen Konflikt gern seinen Dank heimzahlen werde.

Diese Gelegenheit kam rasch, und andere folgten. Am 15. November 1863 starb König Friedrich VII. von Dänemark, und sein Nachfolger war der durch das Londoner Protokoll

von 1852 designirte Christian IX., Herzog von Holstein-Sonderburg-Glücksburg. Den Tag vorher, am 14. November, hatte der dänische Landtag den neuen Verfassungsentwurf angenommen, wonach Schleswig der dänischen Monarchie einverleibt, Holstein zwar scheinbar aus derselben ausgeschieden, aber zur tributpflichtigen Provinz gemacht und mit noch anderen Auflagen belastet werden sollte. König Christian unterzeichnete am 18. November diese Verfassung, obgleich er sich recht wohl bewußt war, daß dieselbe mit mehreren Bestimmungen des Londoner Protokolls im Widerspruch stand. Dabei vertraute er auf die Zwietracht und Unthätigkeit des deutschen Bundes und, im Nothfall, auf die Hilfe Schwedens und Englands.

Ganz Deutschland wurde durch diese dänischen Gewaltmaßregeln in Feuer und Flamme versetzt. Von dem Bundestag wurde gefordert, daß er sofort die Herzogthümer besetzen und den Herzog Friedrich von Augustenburg als Landesherrn einsetzen solle. Aber der König von Preußen war durch das Londoner Protokoll, das sein Bruder unterzeichnet hatte, gebunden. In demselben war Preußens Zustimmung zu der Thronfolge des Prinzen Christian ausgesprochen, freilich nicht ohne Bedingungen. Dänemark hatte sich verpflichtet, die staatsrechtliche Stellung der Herzogthümer unangetastet zu lassen und namentlich niemals zu einer Einverleibung Schleswig's in die dänische Gesamtmonarchie zu schreiten. Somit erklärte König Wilhelm, daß er das Londoner Protokoll gewissenhaft halten und den König Christian als Beherrscher der Herzogthümer anerkennen werde, falls dieser gleichfalls alle Bestimmungen des Protokolls respektire und den Herzogthümern ihre Sonderrechte gewährleiste; thue König Christian dies nicht, so sei auch er nicht mehr an ein Protokoll gebunden, das nur unter jenen Vor-

aussetzungen von Preußen unterschrieben worden sei. Dies war der starke Rechtsboden, auf welchen König Wilhelm sich stellte und von welchem aus er die Herzogthümer für Deutschland wieder gewann. Für Oestreich standen die Verhältnisse gerade so, wie für Preußen. König Wilhelm forderte daher den Kaiser von Oestreich zum gemeinsamen Vorgehen auf, und trotz der tiefen Mißstimmung, die in Wien herrschte, gieng doch der Kaiser darauf ein, im Gedanken, durch die Theilnahme Oestreichs an dieser Aktion die preußischen Gelüste zügeln zu können.

Nach einem Beschluß des Bundes marschirte am 23. December 1863 ein aus 12,000 Sachsen und Hannoveranern bestehendes Exekutionsheer in Holstein ein und besetzte das Land. Preußen und Oestreich stellten am Bundestag den Antrag, daß die dänische Regierung aufgefordert werden solle, das Grundgesetz vom 18. November bezüglich der Einverleibung Schleswig's aufzuheben, und daß zugleich erklärt werden solle, der Bund würde im Weigerungsfalle durch eine militärische Besetzung Schleswig's ein Pfand für die Erfüllung seiner gerechten Forderungen sich verschaffen. Da der Bundestag, welcher als solcher das Londoner Protokoll nicht unterschrieben hatte, somit auch nicht durch dasselbe gebunden war, diesen Antrag ablehnte, von der Ansicht ausgehend, es solle ohne weiteres Schleswig durch Bundestruppen occupirt werden, so erklärten Preußen und Oestreich, daß sie nun die Wahrung der Rechte der Herzogthümer in die eigene Hand nehmen würden. Sie richteten demgemäß am 16. Januar 1864 eine Aufforderung an Dänemark, die dänisch-schleswig'sche Verfassung vom 18. November 1863 binnen 24 Stunden wieder aufzuheben. Die Antwort der dänischen Regierung lautete unbedingt ablehnend. In Folge dessen war der deutsch-dänische Krieg eine Nothwendigkeit.

Unter diesen Umständen forderte König Wilhelm von dem preußischen Landtag die Bewilligung der nöthigen Geldmittel. Das Abgeordnetenhaus war am 3. September 1863 aufgelöst worden. Das Ministerium hoffte, durch seine Haltung in der östreichischen Reformfrage das Vertrauen des Volkes wieder gewonnen zu haben und durch Neuwahlen eine willfährigere Kammer zu erhalten. Diese Hoffnung gieng nicht in Erfüllung. Trotz aller Anstrengung brachte die Regierung nur 37 ihrer Kandidaten durch. Am 9. November 1863 wurde der Landtag durch eine Thronrede des Königs eröffnet. Zu dem alten Streit über die Reorganisation der Armee kam nun noch ein neuer. Die Regierung verlangte am 9. December die Bewilligung einer Anleihe von 12 Millionen Thalern zur Bestreitung der durch die schleswig-holsteinischen Verhältnisse gebotenen außerordentlichen Ausgaben. Das Abgeordnetenhaus, dem Mißtrauen einmal verfallen, glaubte nicht an die nationale Politik des Königs Wilhelm und gab sich dem Wahne hin, daß das preußisch-östreichische Zusammengehen den Zweck habe, das Londoner Protokoll aufrecht zu halten und das Erbrecht des Prinzen Friedrich von Augustenburg zu bekämpfen. Es wandte sich daher am 18. December mit einer Adresse an den König und bat denselben um Zurücktreten vom Londoner Vertrag und Einsetzung des Augustenburgers, da nach dem System des Ministeriums gefürchtet werden müsse, „daß in dessen Händen die Mittel nicht im Interesse der Herzogthümer und Deutschlands, nicht zum Nutzen der Krone und des Landes verwendet werden dürften." In seiner Erwiderung vom 27. December sagte der König: „Die Richtung, in welcher meine Regierung die auswärtige Politik bisher geführt hat, ist das Ergebniß meiner reiflich erwogenen Entschließungen. Ich habe die letzteren gefaßt

mit Rücksicht auf die von Preußen geschlossenen Verträge, auf die Gesamtlage Europa's und auf unsere Stellung in derselben, aber zugleich mit dem festen Willen, das deutsche Recht in den Herzogthümern zu wahren und für die berechtigten Ziele, welche Preußen zu erstreben hat, erforderlichen Falls mit den Waffen in der Hand einzustehen. In welcher Form und zu welchem Zeitpunkt jedes einzelne zur Erreichung dieser Ziele führende Mittel zur Anwendung zu bringen sein wird, darüber kann die mir verfassungsmäßig zustehende Entscheidung nur von mir selbst getroffen werden." Hinsichtlich der Frage über die Beschaffung der Mittel für die vom deutschen Bunde beschlossenen Exekutionsmaßregeln sagte der König: „Das Haus kann die schwere Verantwortung nicht auf sich nehmen wollen, diese ganz unentbehrlichen Mittel zu versagen oder ihre Bewilligung an Bedingungen zu knüpfen, welche in die zweifellosen Rechte meiner Krone eingreifen. Ich würde es nicht verstehen, wenn dasselbe Haus, welches meine Regierung so lebhaft zur Aktion drängt, in dem Augenblicke und auf dem Felde, wo diese Aktion eintreten kann und muß, die Mittel zu derselben versagte. Ich würde es um so weniger verstehen, als meine Gesinnung und mein Wort dafür bürgen, daß die Mittel, welche ich zum Schutze des Rechtes und der Ehre des Landes fordere, auch diesem Zwecke entsprechend werden verwandt werden. Jeder Zweifel daran widerspricht dem Vertrauen, welches das preußische Volk in das Wort seiner Könige zu setzen gewohnt ist." Trotz dieser loyalen Antwort des Königs und trotz der Erklärungen Bismarck's in den Sitzungen der Kommissionen und der Kammer verwarf das Abgeordnetenhaus am 22. Januar 1864 mit 275 gegen 51 Stimmen die von der Regierung geforderte Anleihe und sprach sich in den schärfsten Ausdrücken ge-

gen die Politik der Regierung aus. Der völlig resultatlose Landtag wurde am 25. Januar geschlossen.

Die Regierung blieb ihrem Programm getreu. Die Verweigerung der Anleihe lähmte ihren Arm nicht. Bismarck hatte in der Kommission gesagt: „In diesem Falle werden wir das Geld nehmen, wo wir es finden.“ In den nämlichen Tagen, in welchen über die Anleihe debattirt wurde, marschirten die Preußen in Holstein ein. Die preußische Armee hatte 39,000 Mann und 110 Kanonen, die östreichische 20,800 Mann und 48 Kanonen; jene stand unter dem Prinzen Friedrich Karl, einem Neffen des Königs, diese unter dem Feldmarschall-Lieutenant Gablenz. Den Oberbefehl über beide Corps führte der 80jährige preußische Feldmarschall Wrangel. Das entscheidende Gewicht war somit auf preußischer Seite. Am 20. Januar rückten die Truppen in Holstein ein; am 1. Februar überschritten sie die Eider. Die Preußen, den rechten Flügel bildend, kämpften am 3. Februar bei Missunde und giengen am 6. über die Schlei. Das Danewerk war vom Feinde bereits geräumt. Derselbe zog sich in Eilmärschen nach der zweiten Verschanzungslinie, den Düppeler Höhen, zurück. Die Verbündeten folgten; die Oestreicher zogen nach Nordschleswig und Jütland; Prinz Friedrich Karl hatte sich die Erstürmung der Düppeler Schanzen zur nächsten Aufgabe gemacht. Am 18. April erfolgte der Sturm unter der Leitung des Prinzen. Mit unvergleichlicher Tapferkeit eroberten die Preußen die dänischen Schanzen und trieben, was von Vertheidigern übrig blieb, nach der Insel Alsen zurück. Das Festland von Schleswig war von den Dänen frei. Die Verluste der Preußen betrugen an Todten und Verwundeten 1188 Mann, darunter 70 Officiere, die der Dänen 4736 Mann, darunter 2600 unverwundete Gefangene und

110 Officiere. 120 Geschütze und 4000 Gewehre fielen in die Hände der Sieger. Auch die preußische Marine hatte sich wacker gehalten. Sie bestand unter Contre-Admiral Jachmann am 17. März ein rühmliches Gefecht gegen eine überlegene dänische Flottenabtheilung bei Stralsund.

König Wilhelm war glücklich über diese herrlichen Erfolge. Seine militärischen Reformen hatten sich aufs glänzendste bewährt. Seine nationalen Plane schimmerten immer lichter durch. „Dieser Tag entschädigt mein Herz für viele traurige Erfahrungen," sagte er am 18. April auf die Siegesbotschaft von Düppel einer Bürgerdeputation. Es drängte ihn, seine siegreiche Armee selbst zu besuchen und ihr seinen königlichen Dank auszudrücken. Am 21. April reiste der König nach Schleswig. Der Kriegsminister Roon, die Generale Moltke und Manteuffel waren in seiner Begleitung; Bismarck eilte nach. Die Bevölkerung Holsteins und Schleswigs empfieng den König aufs freudigste. Einer Deputation in Rendsburg sagte er: „Ich habe meine Truppen hieher gesandt, um die Rechte dieser Lande auszufechten; sie kämpfen für eine heilige Sache; ich hoffe, daß dieselbe zu einem guten, alle befriedigenden Ende geführt werde." Am 22. April war Parade im Sundewitt, bei welcher der König eine zündende Ansprache an die Officiere und dekorirten Unterofficiere hielt. Die eroberten Kanonen und Fahnen trafen am 4. Mai in Berlin ein.

Die englische Diplomatie sorgte für eine kleine Pause. Erfüllt von einer krankhaften Eifersucht auf das maritime Emporstreben Preußens wollte England die Herzogthümer um jeden Preis für Dänemark retten, um nicht Preußen an der Nordsee festen Fuß fassen zu lassen. Gieng doch das englische Ministerium so weit, daß es, obgleich es von dem Unrecht Dänemarks über-

zeugt war, mit unerhörter Frivolität den Kaiser Napoleon zu einer gemeinsamen Aktion gegen Deutschland aufforderte. Dieser, welcher für das Recht der Nationalitäten im Jahre 1859 das Blut seines Volkes auf den Schlachtfeldern von Italien hatte fließen lassen, lehnte in seiner Antwort vom 28. Januar die Aufforderung ab und erklärte, daß er den nationalen Wünschen Deutschlands und Schleswig-Holsteins unmöglich mit den Waffen entgegentreten könne. Er mochte wohl auch hoffen, daß Preußen, einmal in den Kriegsstrudel hineingerissen, um so leichter in die Lage kommen könnte, seinen Planen sich dienstbar zu erweisen. Von Rußland, das so eben die Freundschaft Preußens empfunden hatte, war für England nichts zu erwarten. Letzteres erreichte nichts, als den Zusammentritt einer Ministerkonferenz in London. Dieselbe wurde am 25. April eröffnet und beschloß zunächst einen Waffenstillstand vom 12. Mai bis 26. Juni. Die Vertreter Deutschlands hatten bei der Konferenz an der dänischen Hartnäckigkeit, welche alle Vorschläge abwies und nicht das geringste Zugeständniß machen wollte, einen trefflichen Verbündeten. Am 15. Mai erklärte der preußische Gesandte, daß nach dem Verharren Dänemarks auf dem betretenen Wege der König von Preußen in keiner Weise sich mehr an die unter ganz anderen Voraussetzungen übernommenen Verpflichtungen des Londoner Protokolls gebunden erachte, vielmehr sich berechtigt sehe, jede anderweitige Kombination ganz unabhängig von jenem Protokoll zu erörtern. Die vollständige Trennung der Herzogthümer von Dänemark in politischer und administrativer Beziehung, sei es mit Aufrechthaltung der Personalunion unter König Christian, sei es unter einer anderen Form, war das unwiderruflich festgestellte Ziel der preußischen Politik. Die Dänen ließen sich schlechterdings auf nichts ein.

So gieng die Konferenz am 25. Juni resultatlos auseinander, und die Kanonen des Prinzen Friedrich Karl kamen wieder zu ihrem Recht.

Am 29. Juni unternahm der Prinz, der inzwischen an Stelle des greisen Wrangel den Oberbefehl übernommen und den General Moltke zum Chef seines Generalstabes hatte, auf 160 Kähnen den Uebergang über den Alsensund. Die Insel Alsen wurde genommen, die Dänen zur Flucht nach der Insel Fünen gezwungen. Auch Jütland kam vollständig in die Hände der Alliirten. Der dänische Trotz verwandelte sich in Furcht. Selbst in Kopenhagen hielt man sich nicht mehr für sicher. Am 12. Juli bat Dänemark um einen Waffenstillstand zum Zweck der Eröffnung von Friedensunterhandlungen; am 1. August wurden die Präliminarien, am 30. Oktober der Friede von Wien unterzeichnet. Der König von Dänemark verzichtete in demselben auf alle seine Rechte an Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten des Kaisers von Oestreich und des Königs von Preußen. Der Abschluß erfolgte ohne irgend welche Betheiligung des deutschen Bundes und der Herzogthümer. Oestreich und Preußen waren vermöge des Rechts der Eroberung die alleinigen Herren der drei Herzogthümer. Die Frage, wer künftig in denselben als definitiver Herrscher zu gebieten habe, hieng also lediglich von der Verfügung der beiden Mächte ab. Zwischen diesen war aber ein Einverständniß hierüber nicht so leicht zu erzielen. Denn Oestreich, das sich bei Unternehmung des gemeinschaftlichen Feldzugs von den Anschauungen der deutschen Mittelstaaten getrennt hatte, wandte sich nun diesen wieder zu und plädirte im Verein mit diesen für Uebergabe der Herzogthümer an den Prinzen Friedrich von Augustenburg. König Wilhelm war nicht der Ansicht, daß preußisches Blut dazu ver-

gossen worden sei, damit an Preußens Nordgrenze anstatt einer dänischen Provinz ein souveräner Mittelstaat sich erhebe, welcher, sobald er sich konstituirt hätte, sofort im Bund mit den andern Mittelstaaten und unter dem Schutze des Doppeladlers Front gegen Preußen machen würde. Der König war daher entschlossen, in die Einsetzung des Augustenburgers nur dann einzuwilligen, wenn dieser mit Preußen einen Vertrag schließen würde, wonach er die unbedingte Verfügung über die ganze Land- und Seemacht der Herzogthümer Preußen überließe. Der Prinz, dessen Erbansprüche auf die Herzogthümer nicht über allen Zweifel erhaben waren, war thöricht genug, in dem Gespräch, das er am 1. Juni 1864 mit Bismarck hatte, auf diese Bedingungen nicht einzugehen und den Souverän spielen zu wollen, bevor er es war.

Die Stimmung Deutschlands, ja auch des preußischen Volkes war größtentheils gegen die Ansprüche der preußischen Regierung. Nur hie und da brach sich ein Sonnenstrahl durch. Schon am 11. Mai 1864 richtete Graf Arnim-Boytzenburg nebst anderen konservativen Männern eine mit 30,000 Unterschriften versehene Adresse an König Wilhelm, worin die Vereinigung Schleswigs und Holsteins zu einem Ganzen, sei es unter einem eigenen Landesherrn und dem wirksamen Schutze eines mächtigen deutschen Staates, sei es als ein Theil dieses letzteren, als die einzige Lösung bezeichnet wurde, welche die Opfer lohne, die gebracht worden seien, und welche für die Betheiligten Dauer des Friedens und Wohlbefindens verspreche. Die Antwort des Königs am 23. Mai lautete unter anderem: „Wie Sie die Gewißheit haben müssen, daß ich Preußens Ehre unter allen Verhältnissen wahren werde, so wollen Sie auch mit mir an dem Vertrauen festhalten, daß die Opfer, welche wir der

deutschen Sache gebracht haben, auch für die Interessen unseres engeren Vaterlandes fruchtbringend sein werden." Eine Adresse schleswig-holsteinischer Notabeln, an deren Spitze der Baron von Scheel-Plessen stand, wurde am 22. December 1864 an den König von Preußen und zugleich an den Kaiser von Oestreich gerichtet. Dieselbe sprach die, in den Herzogthümern freilich noch sehr vereinzelt stehende, Ueberzeugung aus, daß die auf genügenden Machtverhältnissen beruhende Sicherung des Landes nicht besser gewahrt werden könne „als durch den engsten Anschluß an eine der deutschen Großmächte und zwar an die preußische Monarchie als die nächstgelegene." Bei dem festlichen Einzug der ersten aus Schleswig zurückgekehrten siegreichen Truppen in Berlin am 7. December 1864 gab der Oberbürgermeister Seydel den Einverleibungsgedanken unverhüllten Ausdruck: „Wiederum ist es Preußens gutes Schwert, durch das die Grenzen des deutschen Vaterlandes weit hinausgerückt sind. Es ist ein Wort, das einst König Friedrich Wilhelm III. gesprochen: „„Was Preußen erworben hat, es ist Deutschland gewonnen."" Auch jener Boden, der in diesen Tagen mit unserem Blut getränkt ist, jenes hoch nach Norden sich erstreckende, von zwei mächtig hinauslockenden Meeren umspülte Land mit dem spröden Erz seiner Bevölkerung, es wird dauernd und sicher und zu rechtem Gewinn nur dann Deutschland erworben und sich selbst wiedergegeben sein, wenn und soweit Preußens Macht und Wehr es schirmend umfängt, Preußens strenge Zucht und Ordnung und staatsbildende Kraft es erfaßt und durchdringt. Wir freuen uns des glorreich errungenen Friedens und sind stolz darauf." Es war ein triumphirendes Gefühl für den König, in seinem Armeebefehl vom 7. December sagen zu können: „Die neue Organisation, welche ich der Armee

gegeben habe, hat sich glänzend bewährt. In Stolz und Freude blicke ich auf meine ruhmreiche gesamte Kriegsmacht."

Die Kammermehrheit blieb trotz Düppel und Alsen auf ihrem negativen Standpunkt. In seiner Thronrede vom 14. Januar 1865 sprach der König unter Darlegung der sachlichen Verhältnisse den dringenden Wunsch aus, daß der Gegensatz, welcher in den letzten Jahren zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause obgewaltet habe, seine Ausgleichung finde. Aber die Kammer verwarf nicht bloß das aufs neue vorgelegte Militärgesetz und die Reorganisationskosten im Militäretat, sondern auch die in der Thronrede so warm empfohlene Marinevorlage, worunter 6 Millionen Thaler für die Befestigung des Kieler Hafens, und schließlich die Kriegskostenvorlage und erklärte die zum Zweck der Kriegführung „geschehene Entnahme von Geldern aus dem Staatsschatze ohne gesetzliche Ermächtigung der Landesvertretung für verfassungswidrig." Nur eine kleine Minderheit beantragte, „daß eine staatliche Konstituirung der Herzogthümer nur unter solchen Maßnahmen stattfinde, welche eine unlösliche Verbindung zwischen denselben und Preußen feststellen, und daß der Schutz der Nordgrenzen Deutschlands in Preußens Hände gelegt und die zu diesem Zwecke nöthigen territorialen, finanziellen, maritimen und militärischen Vorbedingungen gewährleistet werden sollten." Der Schluß dieses vergeblichen Landtags erfolgte am 17. Juni.

Und doch hatte die königliche Regierung damals auch auf anderen Gebieten Erfolge aufzuweisen. Diejenigen deutschen Zollvereinsstaaten, welche gegen die Annahme des preußisch-französischen Handelsvertrags sich so lange gesperrt und mit einem östreichisch-deutschen Zollverein gedroht hatten, traten dem Handelsvertrag bei und schickten ihre Bevollmächtigten zu der am 30. Sep-

tember 1864 in Berlin stattfindenden Zollkonferenz. Dies war eine Niederlage für Oestreich und für die Mittelstaaten. In der schleswig-holsteinischen Sache kamen neue hinzu. Die sächsischen und hannöverischen Truppen, welche Holstein besetzt hielten, mußten sich, da dieses Land nur an Preußen und Oestreich übergeben war, vor den einrückenden preußischen Truppen zurückziehen. Auf die Forderung der Einsetzung des Prinzen von Augustenburg als Herzogs von Schleswig-Holstein antwortete die preußische Regierung mit Berufung der preußischen Kronjuristen zu einer staatsrechtlichen Prüfung der Erbfolgefrage. Das Votum dieses Collegiums lautete sehr ungünstig für den Prinzen und sprach sich hinsichtlich Preußens und Oestreichs dahin aus, daß diese zwei Mächte, welche allein das Land erobert hätten, niemand, auch nicht dem Bundestag Rechenschaft schuldig seien über die Verfügungen, welche sie über die drei abgetretenen Herzogthümer treffen wollten. Aber wenn auch die Ansprüche des Augustenburgers und des Bundestages beseitigt werden konnten, so blieb immer noch der Widerstand des Mitbesitzers Oestreich zu überwinden. Derselbe wäre gern bereit gewesen, seine Rechte auf die Herzogthümer an Preußen abzutreten, wenn dieses ihm irgend ein günstig gelegenes Stück Land hätte überlassen wollen. Es war die Rede von der schlesischen Grafschaft Glatz; aber König Wilhelm konnte und wollte eine Eroberung des größten seiner Ahnen nicht aus freien Stücken wieder an Oestreich zurückgeben. So blieb es also bei der eifersüchtigen Bewachung des preußischen Rivalen. Die Kommissäre der beiden Mächte, welche gemeinschaftlich die drei Herzogthümer zu verwalten hatten, machten durch den fortwährenden kleinen Krieg, den sie mit einander führten, sich und anderen das Leben so sauer, daß Bismarck schon im Jahre 1865

einem großen Kriege den Vorzug gab. Er hatte in seiner Note vom 22. Februar dem östreichischen Kabinet die Forderungen Preußens mitgetheilt und erklärt, daß ohne deren Erfüllung Preußen nie die Konstituirung eines selbständigen Schleswig-Holsteins zugeben könne. Aber Oestreich stimmte den für die Einsetzung des Augustenburgers begeisterten süddeutschen Staaten bei. Auf eine Abschlagszahlung, welche von einer Versammlung von Vertrauensmännern vorgeschlagen wurde, konnte sich Preußen nicht einlassen. Und doch sah es sich in allen seinen Vorkehrungen eingeengt. Nach einem königlichen Befehl vom 24. März sollte die Flottenstation von Danzig nach Kiel verlegt werden. Sofort wurden Anstalten gemacht, welche auf eine dauernde Besetzung dieses günstigen Hafens durch Preußen hinwiesen. Aber gleich erhob sich auch der östreichische Kommissär, berief sich auf sein Mitbesitzrecht und protestirte.

Dieser Zustand war nicht länger auszuhalten. Preußen konnte nicht nachgeben; denn seine wichtigsten Lebensinteressen standen auf dem Spiel. Oestreich und die Mittelstaaten wollten nicht nachgeben; denn sie haßten Preußen und mißgönnten ihm deßhalb auch den geringsten Machtzuwachs. Der Krieg war in Sicht. König Wilhelm begab sich am 21. Juni 1865 nach Karlsbad. Bismarck schrieb von dort: „Mit dem Frieden sieht es faul aus; in Gastein muß es sich entscheiden.“ Dem französischen Botschafter in Wien, Herzog von Gramont, sagte er am 15. Juli: „er fürchte einen Krieg mit Oestreich so wenig, daß er ihn vielmehr wünsche; Preußen werde die Herzogthümer und die Suprematie in Deutschland mit Güte oder Gewalt erlangen.“ Kriegerische Vorbereitungen wurden getroffen, die schlesischen Festungen bereits armirt. Der Depeschenwechsel mit Wien war ebenso lebhaft als unbefriedigend. Am 20. Juli reiste der

König von Karlsbad nach Gastein ab. In Regensburg wurde Halt gemacht. Sämtliche preußische Minister, die Gesandten von Wien und Paris und General Moltke waren dahin beschieden. Am 21. Juli wurde in Regensburg unter Vorsitz des Königs Ministerrath gehalten und die Frage aufgeworfen, ob Preußen, falls Oestreich auf seinem Widerstand beharre, zum Krieg schreiten solle und ob es dazu gerüstet sei. Die Antwort lautete günstig für den Krieg. Auf der Weiterreise hatte Bismarck am 23. Juli mit dem bairischen Minister von der Pfordten eine Unterredung in Salzburg, worin er den Mittelstaaten die Einhaltung strenger Neutralität in dem nahe bevorstehenden Kriege ans Herz legte und über den Ausgang desselben sich sehr unbesorgt aussprach, da Oestreich weder gerüstet sei, noch Geld habe. Das letztere war allerdings richtig; daher schickte der Kaiser den Grafen Blome, den östreichischen Gesandten in München, nach Gastein, um mit König Wilhelm und Bismarck über eine neue Form des Provisoriums in Schleswig-Holstein zu unterhandeln. „Wir arbeiten eifrig an der Erhaltung des Friedens und verkleben die Risse“, schrieb Bismarck. Am 14. August wurde die Gasteiner Konvention unterzeichnet, deren wichtigste Bestimmungen waren, daß, unbeschadet der Rechte beider Großmächte auf beide Herzogthümer, die Regierung Schleswigs an Preußen, die Holsteins an Oestreich überlassen und Lauenburg gegen die Summe von 2½ Millionen Thalern an Preußen abgetreten werden sollte. Am 19. August folgte dann die Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser von Oestreich in Salzburg.

Gehoben waren die Zerwürfnisse zwischen beiden Staaten durch diese Konvention nicht, wohl aber die Anlässe hiefür etwas gemindert, unter allen Umständen aber war der Vortheil auf

Preußens Seite. General Manteuffel wurde zum Statthalter von Schleswig ernannt. Oestreich setzte für Holstein den General Gablenz ein. Am 15. September erfolgte die Besitzergreifung Lauenburgs, und am 26. traf König Wilhelm selbst in Ratzeburg ein, um die „Erbhuldigung“ der Vertreter der Ritterschaft und Landschaft entgegen zu nehmen. Bismarck, am 15. September in den Grafenstand erhoben, reiste am 30. über Paris nach Biarritz, wo sich damals Kaiser Napoleon aufhielt.

Das Jahr 1866 begann nicht in friedlicher Weise. Die Gasteiner Konvention hatte bereits ihren Zauber verloren. Die Kalamität mit dem unversöhnlichen Landtag dauerte fort. Bismarck, welcher am 15. Januar denselben eröffnete, hob in seiner Rede ausdrücklich hervor, daß die Regierung auf ein Einverständniß mit dem Landtage in der Militärfrage nicht hoffen könne und deßhalb ihre Vorschläge nicht wiederhole. Die Konvention von Gastein mit ihren Konsequenzen wurde erwähnt und besonders der Begeisterung gedacht, mit welcher die Bevölkerung von vier Provinzen, bei den zur Feier ihrer nun 50jährigen Vereinigung mit Preußen veranstalteten Festlichkeiten, ihre Dankbarkeit für das treue, landesväterliche Walten des Königs bekundet und selbst auch von neuem gelobt habe, ihrerseits die Treue zu halten. Es gab bald verschiedene Differenzen. Die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der Krone Preußen erklärte das Abgeordnetenhaus am 3. Februar für rechtsungiltig, so lange nicht die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser erfolgt sei. Bismarck schickte diesen Beschluß (nebst zwei anderen) unter Anführung des Verfassungsparagraphen an das Abgeordnetenhaus zurück mit dem Bemerken, daß dasselbe nicht berechtigt sei, einen von dem König geschlossenen Staatsvertrag, welcher dem Lande keine Lasten auferlege,

für rechtsungiltig zu erklären. Es blieb nichts anderes übrig, als den Landtag sobald als möglich zu schließen. Dies geschah am 23. Februar.

Eine Adresse von 19 Mitgliedern der schleswig-holsteinischen Ritterschaft an König Wilhelm, vom 23. Januar datirt, sprach die Ueberzeugung aus, daß das Wohl der Herzogthümer nur in deren Vereinigung mit der preußischen Monarchie zu erblicken sei, worauf ihnen Bismarck im Namen des Königs antwortete, daß auch Preußen diese Lösung als die für die Herzogthümer selbst vortheilhafteste betrachte und seine Bemühungen, die Zustimmung Oestreichs hiezu zu erlangen, fortsetzen werde. Da aber in Holstein die preußenfeindlichen Agitationen unter den Augen der östreichischen Statthalterschaft ungescheut betrieben wurden, so erklärte Bismarck in seiner Depesche vom 26. Januar, wie schmerzlich es den König berühren müsse, revolutionäre und jedem Thron feindliche Bestrebungen unter dem Schutze des östreichischen Doppeladlers entfaltet zu sehen. Die Antwort des Grafen Mensdorff, des östreichischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, wies die Anklage der östreichischen Politik in Holstein zurück und schloß mit der Bemerkung, daß der Kaiser, selbst auf die Gefahr eines Bruches der Allianz mit Preußen, bei jener zu verharren entschlossen sei. Dies sah aus wie eine Wiederaufnahme der Schwarzenberg'schen Politik. Aber König von Preußen war jetzt Wilhelm I., nicht Friedrich Wilhelm IV., und die auswärtige Politik Preußens wurde von Bismarck geleitet, nicht von Manteuffel. Am 28. Februar wurde in Berlin unter Vorsitz des Königs ein Ministerrath gehalten, wozu auch die Generale Moltke und Manteuffel und der preußische Gesandte in Paris zugezogen wurden. Das ganze Conseil war einstimmig darin, daß Preußen von der in

der schleswig-holsteinischen Frage eingenommenen Stellung ohne Kränkung seiner Ehre und ohne Verletzung der Gefühle des ganzen Volkes nicht zurückweichen könne, und daß man daher auf dem bisher verfolgten Wege, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, vorschreiten müsse. Besondere kriegerische Vorbereitungen wurden noch nicht angeordnet, da die neue Heeresorganisation die rechtzeitige Entfaltung der Waffenmacht jederzeit sicherte. Dagegen ordnete der am 10. März unter Zuziehung des Feldzeugmeisters Benedek in Wien abgehaltene Marschallsrath eine Truppenzusammenziehung in Böhmen an. Die Sache sah bereits kritisch aus. Für beide Mächte war die Frage sehr wichtig, ob die Mittelstaaten an dem bevorstehenden Krieg theilnehmen und auf wessen Seite sie treten, oder ob sie sich neutral verhalten würden. Eine vertrauliche Cirkulardepesche Oestreichs vom 16. März forderte die Mittelstaaten zu sofortiger Mobilisirung gegen Preußen auf; Bismarcks Rundschreiben vom 24. März fragte bei den Mittelstaaten an, ob Preußen, bei einem Angriff Oestreichs, Unterstützung von ihnen zu hoffen habe, und betonte die Nothwendigkeit einer den realen Verhältnissen Rechnung tragenden Bundesreform. Zugleich beantragte Preußen am 9. April am Bundestag die Einberufung eines deutschen Parlaments auf Grund direkter Wahlen und des allgemeinen Stimmrechts zum Zweck der Berathung einer neuen Bundesverfassung.

Von den Mittelstaaten, und zwar nicht bloß von den süddeutschen, war für Preußen nicht viel zu hoffen. Dagegen lag nach einer anderen Seite hin eine Allianz fast schon abgeschlossen da. Die Voraussicht Cavour's sollte sich nun erfüllen. Bismarck hatte seit seinem Eintritt ins Kabinet Italien nicht aus den Augen verloren und bereits vorbereitende Schritte

gethan. Im December 1865 hatte der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen dem deutschen Zollverein und Italien, womit für sämtliche Betheiligten die Anerkennung des Königreichs Italien verbunden war, stattgefunden. Auf Bismarck's Ersuchen schickte die italienische Regierung den General Govone nach Berlin. Derselbe kam am 10. März daselbst an und unterhandelte über eine preußisch-italienische Allianz. Der Vertrag wurde am 8. April unterzeichnet. Die Durchführung der Reform des Deutschen Bundes im Sinne der preußischen Vorschläge und die Vereinigung Venetiens mit Italien waren die Ziele dieser Allianz. Nun wurde von allen drei Mächten ganz ernsthaft zum Kriege gerüstet. Die verschiedenen Vorschläge zur Abrüstung hatten keinen Erfolg. Am 5. und 8. Mai wurde die Mobilisirung sämtlicher preußischen Armeecorps angeordnet.

Auf die Haltung Napoleons kam für Preußen, das sich nicht unter dessen Bann begeben wollte, und für Italien, das schon unter dessen Bann stand, sehr viel an. In Folge der Unterredungen in Biarritz scheint Bismarck der Neutralität Napoleons sicher gewesen zu sein. Aber es bedurfte viel Klugheit, um diese zu erhalten, ohne sich zu Gegenleistungen verbindlich zu machen. Napoleon hatte vor Ausbruch des Krieges durch vertrauliche Agenten verschiedene Vorschläge an Preußen gelangen lassen und zuletzt im Mai 1866 ein förmliches Defensiv- und Offensivbündniß angetragen. Diesem zufolge sollte Preußen, falls der angestrebte Kongreß nicht zu Stande komme, 10 Tage nach Unterzeichnung des Vertrags den Krieg mit Oestreich eröffnen, Frankreich nach Beginn der Feindseligkeiten gleichfalls den Krieg an Oestreich erklären und mit 300,000 Mann an demselben theilnehmen. Der Friedenspreis sollte für Italien Venetien sein, für Preußen ein Gebietszuwachs mit

einer Bevölkerung von 7 bis 8 Millionen und die Durchführung der Bundesreform, für Frankreich das deutsche Gebiet zwischen Mosel und Rhein, doch ohne Kobleuz und Mainz, also ein Stück von Rheinpreußen, Rheinbaiern, Birkenfeld, Homburg, Rheinhessen. Dieser Allianzantrag wurde von Preußen abgelehnt, jedoch so, daß, wie die Klugheit gebot, dem Antragsteller noch ein Hoffnungsschimmer gelassen wurde. Napoleon, an ein doppeltes Spiel gewöhnt, unterhandelte gleichzeitig mit Oestreich, veranlaßte dasselbe dazu, dem italienischen Kabinet am 5. Mai die Abtretung Venetiens anzubieten, unter der einzigen Bedingung, daß Italien in dem östreichisch-preußischen Kriege neutral bleibe, und schloß, als auch dieses Anerbieten abgelehnt wurde, am 9. Juni einen Vertrag mit Oestreich, wonach dieses Venetien an Frankreich, beziehungsweise an Italien abtreten und als Entschädigung hiefür Schlesien erhalten sollte; was für Gebiet er für sich beanspruchte, ist nicht bekannt geworden, jedoch leicht zu errathen. Drei Tage nach Abschluß dieses Vertrags, am 11. Juni, richtete er an seinen Minister des Auswärtigen ein Schreiben, worin er als Schiedsrichter Europa's auftrat, Preußen mit einer Vergrößerung im Norden abspeisen, Oestreichs Stellung in Deutschland erhalten, die südwestlichen Mittelstaaten in Rheinbundprovinzen verwandeln wollte. Um seine Plane durchzuführen, rechnete Napoleon, da Preußen seine Anträge beharrlich zurückwies, nur noch auf dessen Niederlage, und um diese vollständig zu machen, gab er dem italienischen Ministerpräsidenten General Lamarmora Rathschläge, welche eine energielose Kriegführung bezweckten. Was von dem unbesiegten Preußen nicht zu erhalten war, sollte das besiegte Preußen gerne gewähren. Die von Napoleon im Verein mit England und Rußland am 28. Mai vorgeschlagene Friedens-

konferenz wurde von dem König von Preußen angenommen; aber die Ausführung des Vorschlags scheiterte an dem von Oestreich gemachten Vorbehalt, daß „keine Kombination auf der Konferenz zur Verhandlung komme, welche einem der eingeladenen Staaten Gebietserweiterung oder einen Machtzuwachs zuzuwenden berechnet sei."

Alle Versuche, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, scheiterten. Preußen blieb, wenn es nicht aufs neue unter dem kaudinischen Joch durchgehen wollte, nichts übrig als die Waffen zu ergreifen. Aber selbst in Preußen war dieser Krieg durchaus nicht populär, geschweige in dem übrigen Deutschland. Am 7. Mai mißlang das Attentat des politischen Fanatikers Cohen auf Bismarck, in welchem jener die Haupttriebfeder des Krieges sah. Die wunderbare Errettung des Ministerpräsidenten bestärkte den tief religiös angelegten Monarchen in seinem Glauben an dessen höhere Mission. Doch wurde es dem König sehr schwer, den entscheidenden Entschluß zu fassen. Aufgewachsen, wie sein verstorbener Bruder, in den Traditionen eines friedlichen Zusammengehens mit Habsburg und den übrigen deutschen Bundesgenossen und bereits nahezu ein Siebziger hätte er es vorgezogen, seinen Lebensabend in Frieden hinzubringen. Aber es war ihm ein anderes Los beschieden. Da die Erhaltung des Friedens ohne Demüthigung Preußens nicht möglich war, so mußten vor einem Charakter wie König Wilhelm alle Bedenklichkeiten verstummen. An Einflüssen verschiedener Art, den König auf der Friedensbahn zu erhalten, fehlte es nicht. Verschiedene Mitglieder der königlichen Familie suchten sich als Friedensstimmen geltend zu machen. Es darf vielleicht die verwitwete Königin genannt werden, die Schwester der Königin von Sachsen und der Mutter des Kaisers Franz Josef. Auch

von verwandten auswärtigen Höfen sollen warnende Zeilen eingelaufen sein. Von mehreren der bedeutendsten Städte Preußens wurden Adressen an den König geschickt mit der Bitte, dem Lande den Frieden zu erhalten und andere Minister zu berufen. Wie eine grüne Oase ragte unter diesen Friedensadressen die patriotische Adresse der städtischen Behörden Breslaus vom 15. Mai hervor. Diese, unter der Alternative: östreichisch oder preußisch! stehend und dem Kriegsschauplatz näher gerückt als die Behörden anderer Provinzialhauptstädte, erklärten dem König: „Wenn es die Macht und die Ehre Preußens, seine Stellung in Deutschland und die mit dieser Stellung in nothwendigem Zusammenhange stehende Einheit unseres gemeinsamen Vaterlandes gilt, werden wir den Gefahren und Nöthen des Krieges mit derselben Opferwilligkeit und Hingebung entgegengehen, wie die schlesischen Männer es unter der Führung von Ew. Majestät hochseligem Vater gethan. Können jene höchsten Güter Preußens und Deutschlands erhalten werden im Frieden, so begrüßen wir dieselben freudigen Herzens; sollten aber die Gegner Preußens und Deutschlands, wie es im Jahre 1850 geschehen, wieder eine Minderung der Machtstellung Preußens, wiederum eine Demüthigung Preußens anstreben, so wird Schlesien lieber alle Lasten und Leiden des Kampfes auf sich nehmen, als die Lösung der historischen Aufgabe Preußens, die Einigung Deutschlands, wieder auf Jahrzehnte hinausrücken lassen.“ Freudig war der König bewegt durch diese Kundgebung jenes echt preußischen Geistes, welche an die schönsten Blätter der preußischen Geschichte, an das Jahr 1813, erinnerte und jene große Zeit sich selbst zum Vorbild nahm. In seinem Antwortschreiben an die Breslauer Behörden vom 19. Mai sagte der König unter anderem: „Niemand kann die Schwere der Opfer, welche der

Krieg dem Vaterlande auferlegen würde, schmerzlicher empfinden als ich, niemand das Bedürfniß lebhafter fühlen, daß dieselben von Herrscher und Volk in ungetrübter Eintracht getragen werden. Möge mein Wort der Stadt Breslau als Bürgschaft dienen, daß kein ehrgeiziges Streben, selbst nicht dasjenige, welches im Interesse des großen gemeinsamen Vaterlandes berechtigt genannt werden könnte, sondern nur die Pflicht, Preußen und seine heiligsten Güter zu vertheidigen, mich mein Volk hat zu den Waffen rufen lassen." Die obengenannten Friedensadressen wurden auf Befehl des Königs von dem Minister des Innern mit Hinweisung auf dieses Antwortschreiben vom 19. Mai beantwortet.

Bismarck, dessen Stellung durch die Einflüsse jener Friedensstimmen bedroht war, hatte viel zu klagen über die Intriguen, von denen der König umlagert sei, sprach in seinen Briefen von „Familienbeziehungen, Verwandtschaft, einer Unmenge von feindseligen Einflüssen, gegen die er stündlich kämpfen müsse," und sagte kurz vor dem Kriege zu einem politischen Gegner: „Eines gebe ich Ihnen zu bedenken. Wenn Sie wüßten, welch furchtbare Kämpfe es mich gekostet hat, Seine Majestät zu der Ueberzeugung zu bringen, daß wir schlagen müssen, würden Sie auch begreifen, daß ich dem eisernen Gesetz der Nothwendigkeit gehorche." Als der König schon alle anderen Einflüsse überwunden und die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Rechtmäßigkeit des Kampfes gewonnen hatte, sagte er am 25. Mai noch mit wehmüthiger Stimme zu dem von ihm Abschied nehmenden Prinzen Friedrich Karl: „Ich bin ein alter Mann und bald siebzig Jahre, wie soll ich jetzt noch an Krieg denken? Ich will nichts mehr, als meinem Volke den Frieden lassen, wenn ich sterbe. Ich weiß ja auch, daß ich's vor Gott

und meinem Gewissen verantworten muß. Ich kann's bezeugen vor Gott, ich habe alles gethan, gebeten habe ich den Kaiser, gebeten, wie man nur bitten kann; ich will ja zugestehen, was ich mit der Ehre Preußens vereinen kann. Aber sie wollen ja den Krieg; sie wollen es ja so wieder haben, wie es vor dem siebenjährigen Kriege war, und das geht nicht, dann ist ja Preußen nichts mehr." Vertrauensvoll fügte er hinzu: „Gott Lob, das Heer ist in sehr gutem Stande. Aber ob wir siegen, das liegt in des Herrn Hand. Wenn der Herr nicht hilft, so ist's doch vergeblich. Wir wollen auch nicht übermüthig sein, wenn uns der Herr den Sieg gibt!" Ueber eine Unterredung, welche der König am 8. Juni mit dem italienischen Gesandten, dem Grafen Barral, gehabt hat, berichtete letzterer: „Seine Majestät hat mir gesagt, der Augenblick, den Feldzug zu eröffnen, rücke mit jedem Tage näher; er habe volles Vertrauen auf die Gerechtigkeit seiner Sache und auf die Tapferkeit seiner Armee; aber der Sieg liege in Gottes Hand. „„Glücklicherweise"", setzte er mit bewegter Stimme und mit der Hand auf dem Herzen hinzu, „„habe ich ein reines Gewissen. Lange hat man mich angeklagt, den Krieg aus ehrgeizigen Absichten zu wollen; aber jetzt nach der Weigerung Oestreichs, zum Kongreß zu gehen, nach seiner unwürdigen Verletzung des Gasteiner Vertrages und nach der beleidigenden Sprache seiner Presse weiß die ganze Welt, wer der angreifende Theil ist."" In seiner Stimme lag ein Ausdruck der Trauer, welcher deutlich den Entschluß eines in sein Schicksal ergebenen Mannes anzeigte, der glaubt, nicht anders handeln zu können."

Rasch entwickelten sich nun die Ereignisse, welche dem Frieden ein Ende machen mußten. Oestreich erklärte am 1. Juni, daß es die Entscheidung über die schleswig-holsteinische Frage

dem Bundestag anheimstelle und seinem Statthalter Gablenz die Vollmacht zur Einberufung der holsteinischen Ständeversammlung übersandt habe. Diesen Schritt bezeichnete Preußen als eine Lossagung vom Gasteiner Vertrag und als eine Rückkehr auf den einfachen Boden des Wiener Friedens vom 30. Oktober 1864, und befahl dem General Manteuffel, mit seinen Truppen in Holstein einzurücken und wieder zugleich mit dem östreichischen Statthalter eine gemeinsame Regierung für beide Herzogthümer zu bilden. Manteuffel zog am 7. Juni in Holstein ein; Gablenz, die Einsetzung einer gemeinsamen Regierung ablehnend, zog sich mit seinen wenigen Truppen nach Altona zurück und verließ am 12. Juni, nebst dem Prinzen von Augustenburg, Holstein, um sich über Hannover und Kurhessen zu seinen Waffengefährten in Böhmen zu begeben. Manteuffel ernannte den Baron von Scheel-Plessen zum Oberpräsidenten beider Herzogthümer und ließ den Zusammentritt der holsteinischen Stände gewaltsam verhindern. Preußen erklärte am 9. Juni am Bundestag, es sei bereit, die schleswig-holsteinische Angelegenheit in Verbindung mit der Bundesreform zu behandeln, und ließ am 10. Juni den deutschen Regierungen, mit Ausnahme Oestreichs, die „Grundzüge einer neuen Bundesverfassung“ übergeben. Oestreich bezeichnete am 11. Juni das Einrücken der preußischen Truppen in Holstein als einen Akt gewaltsamer Selbsthilfe und beantragte die schleunige Mobilisirung sämtlicher Bundesarmeecorps, außer der preußischen. Dieser Antrag wurde am 14. Juni von der Bundesversammlung mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen und damit die Kriegserklärung an Preußen erlassen. Darauf erklärte der preußische Bundestagsgesandte, daß die preußische Regierung den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und erloschen ansehe, die Grundzüge einer neuen Einigung vorlege

und bereit sei, auf der Grundlage dieser modificirten Verfassung einen neuen Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, welche ihr dazu die Hand reichen wollten.

Zunächst mußte Preußen, um bei dem Vormarsch seiner Armeen Rücken und Flanken nicht bedroht zu sehen, Hannover, Kurhessen und Sachsen, welche sich am 14. Juni an Oestreich angeschlossen hatten, entweder zur Neutralität zwingen oder kampfunfähig machen. König Wilhelm sandte daher am 15. Juni an die Regierungen dieser drei Staaten eine Sommation, worin dieselben zur Neutralität, zur Demobilisirung und zur Annahme der Bundesreform aufgefordert wurden, wogegen ihnen die Garantie ihres Besitzstandes und ihrer Souveränetät zugesagt wurde. Da dieses Anerbieten abgelehnt wurde, so marschirten am 16. Juni die preußischen Truppen in Hannover, Kurhessen und Sachsen ein und besetzten diese Länder. Der König von Sachsen zog mit seiner Armee nach Böhmen, um sich mit den Oestreichern zu vereinigen; die kurhessischen, sowie auch die nassauischen Truppen, eilten nach Frankfurt, um dort zu den süddeutschen Kontingenten zu stoßen; der Kurfürst selbst wurde als preußischer Staatsgefangener nach Stettin abgeführt. Der König von Hannover verließ sein Land mit der Armee, zog durch die preußische Provinz Sachsen und besetzte die Städte Gotha und Eisenach. Sein nächster Zweck war, sich mit der bairischen Armee zu vereinigen. Aber der Weg nach Baiern war ihm durch preußische Truppen verlegt. Dies verursachte Unterhandlungen mit Preußen, welche durch Vermittlung des Herzogs von Koburg geführt wurden. König Wilhelm bewies dabei die größte Rücksichtnahme und Schonung. Den Antrag des Königs Georg am 24. Juni, daß man seinen Truppen den freien Durchmarsch in ein näher zu bestimmendes

Gebiet im Süden gestatten solle gegen die Verpflichtung, daß dieselben ein Jahr lang nicht an den Feindseligkeiten gegen Preußen theilnehmen würden, nahm König Wilhelm an, forderte jedoch begreiflicherweise Garantien für die Nichttheilnahme an den Feindseligkeiten und sandte zum Abschluß dieser Verhandlungen den General Alvensleben mit einem Extrazuge nach Gotha. Aber König Georg war nicht bloß blind, sondern auch verblendet. Er nahm die ihm gestellte Bedingung nicht an. Doch wollte er, immer in der Erwartung, die bairische Armee zu seiner Hilfe anrücken zu sehen, die Verhandlungen fortsetzen. Alvensleben schlug ihm freien Abzug für seine Person und für sämtliche Officiere und Entlassung der Mannschaft nach Hannover vor. König Georg erbat sich 24stündige Bedenkzeit und für die Dauer dieses Termins Waffenruhe. Der König von Preußen, telegraphisch hierüber befragt, bewilligte beides. Ja, er schickte am 26. Juni den Oberst Döring von Berlin aus nach dem hannöverischen Hauptquartier und ließ dem König Georg die ehrenvollsten Kapitulationsbedingungen antragen. Derselbe sollte, wenn er die Sommation vom 15. Juni annehme, für sich, den Kronprinzen und ein angemessenes Gefolge freien Abzug haben. Nahm König Georg die Bedingungen an, so blieb ihm sein Welfenthron gesichert; verwarf er sie, so war er ein König ohne Königreich. Er verwarf sie, beharrte auf der bedingungslosen Gewährung des Durchzugs nach Baiern, wandte sich mit seiner Armee wieder nordwärts in der Richtung nach Hannover, wurde am 27. Juni von preußischen Truppen bei Langensalza angegriffen, brachte dieselben zwar durch seine Uebermacht zum Rückzug, sah sich aber selbst festgebannt, wie in einem Netz eingeschlossen und mußte am 29. kapituliren. Auch jetzt erhielten er und der Kronprinz freien Abzug; aber von

einer Garantie des Besitzstandes und der Souveränetät war keine Rede mehr. Von der Nordsee bis zum Main war aller mittelstaatlicher Widerstand gebrochen. Der Anfang war glänzend. Nun kamen Oestreich und die süddeutschen Kontingente an die Reihe.

König Wilhelm hatte in einem Aufruf an sein Volk vom 18. Juni die rechten Saiten angeschlagen: „Das Vaterland ist in Gefahr! Oestreich und ein großer Theil Deutschlands steht gegen dasselbe in Waffen! Wohin wir in Deutschland schauen, sind wir von Feinden umgeben, deren Kampfgeschrei ist: Erniedrigung Preußens! Wir müssen fechten um unsere Existenz, wir müssen in einen Kampf auf Leben und Tod gehen gegen diejenigen, die das Preußen des großen Kurfürsten, des großen Friedrich, das Preußen, wie es aus den Freiheitskriegen hervorgegangen ist, von der Stufe herabstoßen wollen, auf die seiner Fürsten Geist und Kraft, seines Volkes Tapferkeit, Hingebung und Gesittung es emporgehoben haben. Verleiht uns Gott den Sieg, dann werden wir auch stark genug sein, das lose Band, welches die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhielt, und welches jetzt durch diejenigen zerrissen ist, die das Recht und die Macht des nationalen Geistes fürchten, in anderer Gestalt fester und heilvoller zu erneuern.“ Es folgten stille und bange Tage. Ganz Berlin, ganz Preußen sah sehnsuchtsvoll den ersten Nachrichten vom Kriegsschauplatz entgegen. Am 23. Juni marschirte die Elbarmee unter General Herwarth von Bittenfeld und die erste Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl von Sachsen aus, am 26. die zweite Armee unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Schlesien aus in Böhmen ein. Es fragte sich, ob diese drei Armeen die ihnen entgegenstehenden Hindernisse überwältigen und an dem zum

voraus bestimmten Punkte, bei Gitschin, ihre Vereinigung bewerkstelligen könnten.

Der 29. Juni war ein Freudentag für Berlin. Man wußte bereits, daß Herwarth und Prinz Friedrich Karl bei Hünerwasser, bei Liebenau und Podol glücklich gefochten, daß der Kronprinz bei Nachod gesiegt hatte. In den Vormittagsstunden jenes Tages verbreitete sich die Nachricht, daß am 28. bei Münchengrätz, bei Trautenau, bei Skalitz neue Siege erfochten worden seien, und daß die Hannoveraner bei Langensalza die Waffen gestreckt hatten. Der Jubel war grenzenlos. Die Stadt prangte im Flaggenschmuck. Die Straßen und freien Plätze waren angefüllt mit freudig erregten Menschen. Vor dem königlichen Schloß stand die Menge dichtgedrängt. Der Augenblick war um so erhebender, da zugleich bekannt wurde, daß der König an diesem Tage selbst zur Armee abreise, um das Obercommando zu übernehmen. Abends überbrachte eine Bürgerdeputation dem König eine mit etwa 20,000 Unterschriften bedeckte Glückwunsch-Adresse. Während die Deputation in das Schloß gieng, stimmte das Volk unter Begleitung von zwei Musikchören das Lied an: „Eine feste Burg ist unser Gott.“ Ein Mitglied der Deputation drückte die allgemeine Freude darüber aus, daß das Volk dem Könige jetzt beweisen könne, daß, wenn sein Ruf zu den Waffen erschalle, es keine Parteien mehr gebe, sondern alle Preußen einig seien in der Begeisterung für das Vaterland und in dem Rufe: „Es lebe der König!“ Nachdem der König die Adresse entgegengenommen und die Deputation nach einer kurzen Ansprache entlassen hatte, trat er auf den großen Balkon. Viele tausend entblößte Häupter richteten ihre Blicke dorthin. Mit tief bewegter Stimme sprach der König: „Habt Dank, habt Dank für euren Jubelruf! den

nehme ich mit zur Armee. Mit Gottes Hilfe haben wir den ersten Sieg errungen; es steht uns aber noch vieles bevor. Harret aus und denket an den Wahlspruch: Mit Gott für König und Vaterland! Ein Hoch der Armee!"

Am Abend dieses Tages verließ der König mit seinem Bruder, dem Prinzen Karl, mit Bismarck, Roon und Moltke Berlin und begab sich nach dem Kriegsschauplatz. Dort war indessen Königinhof erstürmt, bei Jaromirz glücklich gekämpft, bei Gitschin der Feind zurückgeschlagen und diese Stadt in einem nächtlichen Angriff genommen worden. Die Vereinigung der drei Armeen war damit bereits vollendete Thatsache. Der östreichische Oberbefehlshaber, Ritter von Benedek, hatte in diesen wenigen Gefechtstagen gegen 35,000 Mann verloren; von seinen 7 Armeecorps waren 5 geschlagen; nur ein einziges konnte sich eines vorübergehenden Erfolges rühmen. Mit einer so entmuthigten Armee wagte er keine Hauptschlacht mehr; aber er erhielt vom Kaiser den direkten Befehl, eine solche zu liefern. Hiefür wählte er das zwischen der Elbe, dem Flüßchen Bistritz und Königgrätz gelegene Terrain und besetzte die günstigsten Höhenpunkte mit seinen Geschützen. Am Abend des 2. Juli erhielt Prinz Friedrich Karl Nachricht hievon. Sofort traf er die umfassendsten Maßregeln zur Schlacht für den folgenden Tag und schickte seinen Generalstabschef, den Generallieutenant Voigts-Rhetz, in das königliche Hauptquartier, um sich die Genehmigung für seine Angriffsplane einzuholen.

Der König war mit seinem Gefolge am 2. Juli in Gitschin angekommen. Prinz Friedrich Karl war ihm entgegengeeilt und hatte ihm das Schlachtfeld vom 29. Juni gezeigt. Man dachte, den ermüdeten Truppen 1 bis 2 Tage Ruhe zu gönnen. Der König hatte sein Quartier in einem Gasthof genommen und

hielt Abends eine lange Berathung mit Moltke und einigen Generalstabsofficieren. Eine große Landkarte lag auf dem Tisch; Moltke hielt Vortrag. Nach Beendigung dieser Berathung arbeitete der König noch allein bis gegen 11 Uhr. Eben wollte er zu Bette gehen, da wurde ihm Voigts-Rhetz angemeldet. Die Nachricht, welche dieser brachte, klang dem König fast unglaublich, da es gegen alle Regeln der Strategie ist, einen Fluß im Rücken Schlachtstellung mit dem Heere zu nehmen. Er befahl daher dem General, zu Moltke zu gehen und diesem genauen Bericht abzustatten. „Hält es der General v. Moltke", sagte er, „für nöthig, darauf Beschlüsse zu fassen, so möge derselbe noch in der Nacht zu jeder Zeit kommen, um die nöthigen Befehle zu empfangen; Sie werden mich bereit finden." Nachdem er einige Zeit gewartet hatte, legte er sich, im Gedanken, daß Moltke der Nachricht keinen Glauben schenke, auf sein Feldbett. Aber Moltke kam, Voigts-Rhetz mit, der König erhob sich von seinem Lager, es wurde Kriegsrath gehalten. Moltke schenkte den Recognoscirungsnachrichten der Generalstabsofficiere des Prinzen Friedrich Karl volles Vertrauen, sprach sich für sofortige Annahme der Schlacht aus und entwickelte seinen Schlachtplan. Der König pflichtete ihm bei. Nach allen Seiten wurden Officiere ausgeschickt. Der König trennte sich von dem Chef des Generalstabs, um noch ein paar Stunden der Ruhe zu pflegen. Es war Nachts 2 Uhr. Das Schlachtfeld von Königgrätz lag 4 Meilen von Gitschin. Es ergieng also vom König der Befehl an sämtliche Mitglieder des großen Hauptquartiers, daß um 5 Uhr aufgebrochen werde.

Punkt 5 Uhr fuhr der König über Horitz nach der Höhe von Dub, von wo aus man den größten Theil des Schlachtfeldes übersehen konnte. Hier bestieg er sein Siegespferd, die

schwarze Stute Sadowa. Der Herzog von Koburg, Roon, Moltke, Bismarck waren bei ihm, letzterer in der Uniform eines Majors der schweren Landwehrreiterei. Es war kurz vor 8 Uhr. Das Artilleriefeuer war soeben eröffnet worden. Es entstand ein heißes Ringen. Vier bis fünf Stunden lang mußte das Heer des Prinzen Friedrich Karl mit 3 Armeecorps den Kampf gegen 6 östreichische, trefflich postirte Armeecorps allein aushalten. Um 1 Uhr mußten im preußischen Centrum schon die Reserven herangezogen werden. Mit lautem Jubelruf zogen sie an dem König vorüber und dem Feinde entgegen. Aber das östreichische Geschütz wirkte furchtbar. Auch die Reserven konnten des Terrains nicht Meister werden. Das Centrum begann zu weichen. Es war Gefahr, daß dasselbe von einem entschlossenen Feinde durchbrochen werde. In der Umgebung des Königs sprach man bereits davon, die Infanterie zurückzuziehen. „Was dann?“ fragte der König, das Herz voll Besorgniß. Es wurde der Befehl gegeben, die Kavallerie der ersten Armee zusammenzuziehen. Sie sollte der Infanterie zur Aufnahme dienen. Die Infanterie bot ihre letzten Kräfte auf und drang aufs neue vorwärts. Da kam gegen 2 Uhr Voigts-Rhetz, welcher einen Recognoscirungsritt nach dem linken Flügel gemacht hatte, zum König herangesprengt und meldete, die Armee des Kronprinzen sei bereits im Kampf. Ein Jubelruf erscholl. Alle Gefahr war beseitigt. Vorwärts gieng es nun von allen Seiten. Die Truppen des Kronprinzen erstürmten gegen 3 Uhr die Höhen von Chlum, welche den Schlüssel der östreichischen Stellung bildeten, warfen die Oestreicher, welche in einem verzweiflungsvollen Angriff diese Position zurückerobern wollten, zurück und nahmen um 4½ Uhr auch die Höhen von Lipa, von wo aus die östreichischen Geschütze die Infanterie des Prinzen Friedrich

Karl so furchtbar demicirt hatten. Die Schlacht war gewonnen.

In einem Telegramm vom 3. Juli, Nachts 11 Uhr, meldete der König der Königin Augusta den Sieg über die östreichische Armee. „Ich preise Gott für seine Gnade. Wir sind alle wohl. Der Gouverneur soll Viktoria schießen!“ Am folgenden Tage richtete er ein längeres Schreiben an die Königin, worin er den Verlauf der Schlacht beschrieb und die Scenen schilderte, die er beim Verlassen der Höhe von Dub und beim Begrüßen der kronprinzlichen Divisionen erlebte. „Der Jubel, der ausbrach, als diese Truppen mich sahen, ist nicht zu beschreiben; die Officiere stürzten sich auf meine Hände, um sie zu küssen, was ich diesmal gestatten mußte, und so gieng es, allerdings im Kanonenfeuer, immer vorwärts und von einer Truppe zur anderen und überall das nicht enden wollende Hurrahrufen! Das sind Augenblicke, die man erlebt haben muß, um sie zu begreifen, zu verstehen! Jetzt brachen unsere Kavallerie-Regimenter vor; es kam zu einem Kavalleriegefecht vor meinen Augen. Das Gefechtsfeld, das ich gleich darauf beschritt, sah fürchterlich aus. Die Infanterie avancirte dann wieder bis zum Thalrande der Elbe, wo jenseits dieses Flusses noch sehr heftiges Granatfeuer erfolgte, in das ich auch gerieth, aus dem mich Bismarck ernstlich entfernte.“

Hierüber schrieb Bismarck in einem Briefe an seine Gemahlin: „Der König exponirte sich allerdings sehr, und es war sehr gut, daß ich mit ihm war; denn alle Mahnungen anderer fruchteten nicht, und niemand hätte gewagt, so zu reden, wie ich mir es beim letzten Male, welches half, erlaubte, nachdem ein Knäuel von 10 Kürassieren und 15 Pferden neben uns sich blutend wälzte und die Granaten den Herrn in unangenehmster

Nähe umschwirrten. Die schlimmste sprang zum Glück nicht. Es ist mir aber doch lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe. Er war enthusiasmirt über seine Truppen und mit Recht, so daß er das Sausen und Einschlagen neben sich gar nicht zu merken schien, und fand immer wieder Bataillone, denen er danken und guten Abend sagen mußte, bis wir denn richtig wieder ins Feuer hineingerathen waren."

Der Schluß des königlichen Briefes lautete: „In welcher Aufregung ich war, kannst Du denken! Und zwar der gemischtesten Art! Freude und Wehmuth! Endlich begegnete ich noch spät 8 Uhr Fritz mit seinem Stabe. Welch ein Moment nach allem Erlebten und am Abend dieses Tages! Ich übergab ihm selbst den Orden pour le mérite, so daß ihm die Thränen herabstürzten; denn er hatte mein Telegramm mit der Verleihung nicht erhalten. Also völlige Ueberraschung! — Einstens alles mündlich. Erst um 11 Uhr war ich hier (in Horitz), ohne alles, so daß ich auf einem Sopha campirte."

Oestreich war durch die Niederlage von Königgrätz in seinen Grundfesten erschüttert. „Unsere Nordarmee existirt nicht mehr!" meldeten die Wiener Zeitungen vom 4. Juli. Napoleon und seine Staatsmänner wurden „durch das unwahrscheinliche und unerwartete Ereigniß des Sieges von Königgrätz mit patriotischer Angst erfüllt." Der Kardinal-Staatssekretär Antonelli rief aus: „Die Welt bricht zusammen!" Man stand vor einer neuen Geschichtsperiode, in welcher Deutschland das große Wort führte und Preußen den Text dazu lieferte. Es galt, den Sieg auszunutzen. Zu einer zweiten großen Schlacht konnte es nicht wohl mehr kommen. Wenigstens mit den Resten der Benedekschen Armee war nichts mehr zu wagen. Der Waffenstillstand, um welchen Gablenz am 4. und wieder am 10. Juli anhielt,

konnte vom König nicht zugestanden werden. Die Armee des Kronprinzen marschirte nach Olmütz, wohin Benedek sich zurückgezogen hatte; mit den beiden anderen Armeen trat der König am 6. Juli den Marsch gegen Wien an. Am 18. Juli wurde das Hauptquartier nach Nikolsburg verlegt, die preußischen Vorposten standen noch 3 bis 4 Meilen von Wien entfernt. Am 19. folgte die Armee des Kronprinzen, nachdem Benedek von Olmütz nach Presburg abmarschirt war. 240,000 Mann standen vor Wien, zum Angriff bereit. Der äußerste linke Flügel war durch das siegreiche Treffen bei Blumenau am 22. Juli der Einnahme Presburgs sicher. Von ungenügenden Streitkräften vertheidigt, war Wien nicht mehr zu halten. Noch ein kräftiger Stoß, und das heitere Wien an der schönen blauen Donau sah in seinen Straßen die preußischen Bataillone und hörte das siegesbewußte Preußenlied erklingen.

Die Angst, daß es zu dieser äußersten Konsequenz kommen könnte, war groß in Wien, doch noch weit größer in Paris. Die ängstlichen Herzen fanden sich. Der französische Moniteur vom 5. Juli verkündigte der Welt, daß der Kaiser von Oestreich Venetien an den Kaiser der Franzosen abgetreten und dessen Vermittlung zur Herbeiführung des Friedens angerufen habe. Wie in Villafranca die Lombardei, so wurde jetzt von der Wiener Hofburg Venetien preisgegeben, um Oestreichs Stellung in Deutschland zu retten. In Paris wurde geflaggt und illuminirt, als ob auf der Höhe von Dub nicht König Wilhelm und Moltke, sondern Kaiser Napoleon und seine Marschälle gestanden wären. Das Schiedsrichteramt über einen halben Welttheil war ihm ja übertragen. Ob alle Parteien dasselbe so gutwillig anerkennen würden, fragte sich. Napoleon wandte sich an die Könige von Preußen und von Italien

und schlug ihnen die Abschließung eines Waffenstillstandes als Vorläufer der Friedensverhandlungen vor. König Wilhelm konnte, wenn er nicht die Feindschaft Napoleons hervorrufen wollte, dessen Vermittlung nicht ablehnen; er konnte sich aber auch nicht durch denselben um die Früchte seines Sieges bringen lassen, überhaupt nicht unter dessen Orakelsprüche sich beugen, sondern mußte das Friedensgeschäft selbst in die Hand nehmen. Es galt, die französische Vermittlung so werthlos als möglich zu machen. König Wilhelm erwiderte also, daß er die Vermittlung Napoleons im Princip annehme, aber auf einen Waffenstillstand nicht eher eingehen könne, als bis er mit Oestreich über die Grundlagen der Friedensverhandlungen einig sei. Prinz Reuß überreichte am 10. Juli Napoleon einen eigenhändigen Brief des Königs, worin als erste Bedingung der Austritt Oestreichs aus dem Deutschen Bunde gefordert wurde. So unangenehm auch Napoleon diese Bedingung war, so war er doch bereit, Oestreich zur Annahme derselben zu rathen. Denn zunächst lag ihm alles daran, zu verhindern, daß die Preußen in Wien einmarschirten. Sein Botschafter in Berlin, Graf Benedetti, erhielt daher den Auftrag, sich schleunigst in das preußische Hauptquartier zu begeben und auf sofortigen Abschluß des Friedens zu dringen, während der französische Botschafter in Wien, der Herzog von Gramont, das östreichische Kabinet zum Nachgeben bewegen sollte. Dem Grafen Benedetti wurde in Nikolsburg am 14. Juli erwidert, daß der König von Preußen auf Friedensunterhandlungen nur eingehen könne mit Zustimmung Italiens und unter der Bedingung, daß Frankreich es über sich nehme, Oestreich zur Annahme der Friedenspräliminarien zu bestimmen. Am nämlichen Tage ließ Napoleon sowohl Preußen als Oestreich sechs Propositionen

vorlegen, welche zwar die Grundlagen der späteren Friedenspräliminarien bildeten, aber in einem sehr wichtigen Punkte eine bedeutende Modifikation erlitten. Denn Napoleon, welchem vor einem mächtigen Preußen graute, wollte dem über die Streitkräfte des Norddeutschen Bundes gebietenden Preußen nur die Annexion Schleswig-Holsteins, und auch diese nur mit dem bekannten Vorbehalt hinsichtlich der nördlichen Distrikte Schleswigs, zugestehen. König Wilhelm aber, welcher in diesen Krieg mit einem so hohen Einsatz eingetreten war, beharrte darauf, daß das va banque, das man ihm als Besiegten gewiß nicht erspart hätte, nun auch nach den glänzenden Siegen seiner Armee zu seinen Gunsten Geltung haben müsse. Er erklärte, wie Bismarck in seiner Depesche vom 20. Juli mitgetheilt hat, „er werde lieber abdanken, als ohne bedeutenden Ländererwerb für Preußen zurückkehren", und berief den Kronprinzen, um mit diesem die Situation zu besprechen. Benedetti telegraphirte nach Paris, König Wilhelm werde die französischen Vorschläge verwerfen, wenn nicht Oestreich zum voraus seine Zustimmung dazu gebe, daß Preußen zur Herstellung des Zusammenhangs seiner Länder gewisse Gebietserweiterungen vornehme. Da Napoleon damals keinen Krieg mit Preußen anfangen wollte, so gab er sich dazu her, Oestreich auch zu dieser Koncession zu bewegen, und kündigte dies Benedetti in der auffallend bescheiden gehaltenen Depesche vom 19. Juli an. Nun waren die Wege so ziemlich geebnet. Am 20. und 21. Juli wurde über das Eintreten einer Waffenruhe unterhandelt. Dieselbe begann am 22. Zu gleicher Zeit kamen die östreichischen Grafen Karolyi und Degenfeld in das Hauptquartier des Königs, um über die Friedenspräliminarien zu unterhandeln. Der italienische Graf Barral war als Bevollmächtigter Viktor Emanuels anwesend.

Am 27. Juli wurden von Preußen und Oestreich die Friedenspräliminarien und der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet. Am 23. August folgte der definitive Friedensschluß zu Prag. Der Kaiser von Oestreich erkannte in diesen Verträgen die Auflösung des Deutschen Bundes an, gab seine Zustimmung zu einer Neugestaltung Deutschlands ohne Betheiligung Oestreichs, trat seine Rechte an Schleswig-Holstein an Preußen ab, willigte in die von Preußen vorzunehmenden Territorialveränderungen in Norddeutschland und hatte 20 Mill. Thlr. Kriegskosten zu zahlen. Preußen verpflichtete sich, Sachsens Gebiet nicht zu schmälern, den süddeutschen Staaten eine „internationale, unabhängige Existenz“ zu lassen und die nördlichen Distrikte Schleswigs, falls sie durch freie Abstimmung sich für Wiedervereinigung mit Dänemark entscheiden sollten, an letzteres abzutreten. Auch mit den süddeutschen Staaten wurde Abrechnung gehalten. Der Oberkommandant der preußischen Mainarmee, Vogel von Falckenstein, schlug die Kontingente derselben über den Main zurück und besetzte Frankfurt. Sein Nachfolger, General Manteuffel, drängte die süddeutschen Truppen in täglichen Gefechten über die Tauber und bis Würzburg zurück, während der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin von Sachsen aus in Baiern eindrang und Nürnberg besetzte. Den dringenden Bitten um Abschluß eines Waffenstillstandes wurde entsprochen und im August die Friedensverträge mit den süddeutschen Staaten abgeschlossen. Zugleich wurde mit denselben ein geheimes Schutz- und Trutzbündniß geschlossen, mit der Bestimmung, daß für den Kriegsfall der Oberbefehl über die süddeutschen Truppen dem König von Preußen übertragen werden solle. Dies war ein feiner Schachzug gegen Napoleon, welcher Süddeutschland der preußischen Machtsphäre vollständig entziehen und in die franzö-

fischen Netze hineintreiben wollte. Der König von Italien, welcher bei Custozza zu Land, bei Lissa zur See eine Niederlage erlitten hatte, erhielt als Bundesgenosse des siegreichen Preußens Venetien.

Napoleon, welcher sich von diesem Kriege so viel für Frankreich versprochen hatte, war leer ausgegangen. Graf Benedetti war sehr erstaunt, am 26. Juli von Bismarck zu erfahren, daß die Präliminarien bereits abgeschlossen seien. Auf seine Frage, welche „Kompensationen" auf dem linken Rheinufer Frankreich zu erwarten habe, erhielt er zur Antwort, daß der König von Preußen nach einem so glänzenden Feldzuge nichts abtreten könne. Diese Antwort befriedigte den Kaiser Napoleon nicht, da sich dieser dem lächerlichen Wahne hingab, daß er, sobald Preußen sich vergrößere, gleichfalls ein Stück Land beanspruchen könne, auch wenn er am Kriege keinen Antheil genommen habe. Er ließ also am 5. August durch Benedetti dem Grafen Bismarck einen Vertragsentwurf vorlegen, wonach Frankreich von Preußen die Grenzen von 1814, Rheinbaiern und Rheinhessen nebst der Festung Mainz, Auflösung des zwischen dem Deutschen Bund und Luxemburg bestehenden Verhältnisses und Aufhebung des preußischen Garnisonsrechtes in der Festung Luxemburg forderte. Dieser Vertrag wurde rundweg abgelehnt, obgleich Benedetti den Krieg in Aussicht stellte. Napoleon fühlte etwas wie Scham über dieses neue Fiasko, für das er bei dem vernachläßigten Zustande seines Militärwesens sich nicht sofort durch eine Kriegserklärung rächen konnte, und ließ nach Berlin die Mittheilung gelangen, der Abtretungsvertrag und die Kriegsdrohung seien ihm, der damals krank war, in einem schwachen Augenblick entrissen worden. Der Minister des Auswärtigen mußte dafür büßen und wurde entlassen. Daß er von dem ersehnten linken

Rheinufer auch kein einziges Dorf durch freiwillige Abtretung von Seiten Preußens bekommen werde, schien Napoleon endlich begriffen zu haben. Er wandte nun seine gierigen Blicke nach Luxemburg und Belgien. Aber auch hier mußte er finden, daß Preußen seine Plane durchkreuzte. Hatte auch Preußen von diesen Ländern nichts abzutreten, so hatte es doch als deren Nachbarstaat deutsche Interessen zu wahren, zumal da es durch seine Siege von 1866 an die Spitze von Deutschland gestellt war.

Auf dem Marchfelde vor Wien hielt König Wilhelm am 30. Juli Heerschau über seine drei Armeen und sprach es offen aus, daß der unvergleichlichen Bravour der herrlichen Armee und ihrer ausgezeichneten Führung das Vaterland diesen glänzenden Feldzug verdanke. Am 4. August traf er mit seinem Gefolge in Berlin ein; am 20. September hielt er an der Spitze der Truppen seinen Siegeseinzug in der Hauptstadt und erließ bei diesem Anlaß eine Amnestie. Am 5. August versammelte sich der Landtag. Das Abgeordnetenhaus, welches unter dem Einfluß ganz anderer Verhältnisse als derer, die das Jahr 1866 beherrschten, gewählt worden war, hatte der König am 9. Mai auf den Rath seiner Minister aufgelöst. Die Neuwahlen fanden am 3. Juli, am Tage von Königgrätz, statt. Auch nach dieser Seite hin war dieser Tag für die Regierung ein Siegestag. Die Siegestelegramme vom 26. bis 29. Juni waren ja soeben angelangt! Die von der Volksvertretung so dringend und so beharrlich aufgestellte Forderung, daß die Regierung die nationale Fahne aufpflanzen und die Führung Deutschlands übernehmen solle, war ja bereits in den ersten Stadien ihrer Erfüllung! Das Volk wußte sich jetzt eins mit seinem König und dessen Regierung und wählte am 3. Juli

großentheils solche Männer zu Abgeordneten, welche der Regierung mit Vertrauen entgegenkamen. Der König war hochherzig genug, dem wegen Nichtbeachtung des Artikels 99 der Verfassung grollenden Abgeordnetenhaus die Versöhnungshand zuerst anzubieten. In der Thronrede, womit er am 5. August den Landtag eröffnete, erkannte er ausdrücklich an, daß die Staatsausgaben seit dem Jahre 1862 der gesetzlichen Grundlage entbehrt hätten, und sprach das Vertrauen aus, „daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen würden, die unerläßliche Verständigung insoweit zu erzielen, daß der Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität bereitwillig ertheilt werde.“ Das Abgeordnetenhaus genehmigte am 3. September mit 230 gegen 75 Stimmen die Indemnitäts-Vorlage und am 25. September den von der Regierung verlangten außerordentlichen Kredit von 60 Millionen Thalern, welcher dazu dienen sollte, den durch die Kriegsausgaben leer gewordenen Staatsschatz wieder zu füllen und die Kriegsmacht Preußens für alle weiteren Eventualitäten mit den nöthigen Geldmitteln auszustatten.

Die „Territorialveränderungen“, von welchen der Prager Friede sprach, kamen gleichfalls zum Abschluß. Es war fester Entschluß des Königs, der preußenfeindlichen Politik der Regierungen von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt ein für allemal ein Ende zu machen. Dies war nur möglich, wenn diese Staaten ihrer Selbständigkeit entkleidet und mit der preußischen Monarchie vereinigt wurden. Die Annexion dieser Staaten war für den König eine politische Nothwendigkeit. Der Grund der Annexion lag nicht in dem Verlangen nach Ländererwerb, sondern in der Pflicht, die ererbten Staaten vor wiederkehrender Gefahr zu schützen, der nationalen Neugestaltung

Deutschlands eine breitere und festere Grundlage zu geben. „Die genannten Länder würden," sagte der König in seiner Botschaft an den Landtag, „falls sie ihre Selbständigkeit bewahrten, vermöge ihrer geographischen Lage bei einer feindseligen oder auch nur zweifelhaften Stellung ihrer Regierungen der preußischen Politik und militärischen Aktion Schwierigkeiten und Hemmnisse bereiten können, welche weit über das Maß ihrer thatsächlichen Macht und Bedeutung hinausgiengen." Die Annexion dieser Staaten, sowie die von Schleswig-Holstein, wurde von dem Abgeordnetenhaus fast einstimmig genehmigt. Dem König war es eine Herzenssache, denjenigen Männern, welche durch die erfolgreiche Leitung der äußeren Politik und durch die glänzende Heerführung zu dem glücklichen Ausgange des Krieges in hervorragender Weise beigetragen hatten, durch Dotationen seinen und des Vaterlandes Dank auszudrücken. Zu diesem Zwecke verlangte er vom Landtag die Summe von 1½ Millionen Thalern, deren Vertheilung ihm selbst überlassen werden sollte. Der Landtag entsprach auch diesem Wunsche und genehmigte die Dotationen für Bismarck und für die Generale Roon, Moltke, Herwarth von Bittenfeld, Steinmetz, Vogel von Falckenstein. Das Verhältniß des Königs und seiner Regierung zum Abgeordnetenhaus, durch einen auf Mißverständnissen beruhenden Konflikt vier volle Jahre aufs unerquicklichste gestört, hat nie mehr irgendwelche Störung erlitten; wohl aber traten später Konflikte mit dem Herrenhaus hervor, das bei seiner feudalen Zusammensetzung nicht sehr geeignet war, dem kühnen, nationalen Fluge des königlichen Adlers zu folgen.

Von welcher Seite man auch die großen Erfolge dieses Feldzugs ansehen mag, überall tritt die Person des Königs Wilhelm aufs glänzendste hervor. Er war es, der die Noth-

wendigkeit einer Heeresreform zuerst erkannte, dieselbe in wahrhaft musterhafter Weise anordnete und durchführte und die ganze Unpopularität dieser Maßregel auf sich nahm. Er war es, der bei aller Verworrenheit der Plane und der Thatsachen immer an dem einen Grundsatz festhielt, daß alles, was für Preußen gethan werde, auch für Deutschland gethan sei, daß aber die Bundesverhältnisse in Deutschland in einer der Machtstellung der einzelnen Staaten entsprechenden Weise umgeändert und neu gestaltet werden müßten. Er war es, der, im Hinblick auf die trostlosen Resultate von 1848, von Eroberungen durch Nationalvereine, durch Landtagsbeschlüsse, durch die Presse, nicht zu viel hielt, denselben jedenfalls bloß eine vorbereitende, sekundäre Stellung anwies, die Aktion seiner schlagfertigen Armee zwar so lange als möglich hinausschob, in dem Fall aber, wenn Preußens Ehre und Beruf es erforderten, ohne Zaudern das verhängnißvolle Wort aussprach und mit der vollen Kraft seines „Volkes in Waffen" in die Schranken trat. Triumphe wie die von 1864 und 1866 waren unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV. absolut undenkbar. Nur unter einem Regenten, der fast sein ganzes Leben lang ein bestimmtes Ziel sich vorsetzte, an diesem Ziele in guten und in bösen Tagen unverrückt festhielt, mit praktischem Sinne die Mittel zur Erreichung desselben erfaßte und verwendete, wickelten sich die einzelnen Phasen dieser neuen Politik so naturgemäß ab, als ob sie mit allen ihren Einzelheiten schon längst in dem Programm verzeichnet gewesen wären. Und nicht das letzte Verdienst des Königs ist es, daß er mit scharfem Blicke die für den Thron und für den Staat tauglichsten Männer als Rathgeber und Vollstrecker seines Willens auswählte, jene großen Männer, die mit ihrer Intelligenz und ihrer Thatkraft ihm zur Seite standen, für ihren

königlichen Herrn mit unbedingter Hingebung und Treue wirkten und keinen anderen Ehrgeiz kannten, als den Thron des Königs von Preußen zum ersten Thron in der ganzen Welt zu machen. Soweit wir auch rückwärts schauen in der Geschichte: wir finden keinen Regenten, dem es gelungen wäre, zu gleicher Zeit drei Männer wie Bismarck, Moltke und Roon herauszufinden und durch die unauflöslichen Bande des Vertrauens und der Freundschaft an seinen Thron zu fesseln.

Nicht darf übergangen werden, welch hochherzigen Sinn und welch kluge Mäßigung König Wilhelm in diesem Feldzuge bewiesen hat. Der Einmarsch seiner Truppen in Wien hieng vom 20. Juli an nur von seinem Befehle ab; die Armee brannte vor Begierde, in der Hauptstadt, deren erleuchtete Fenster die vordersten Abtheilungen Nachts erblickten, mit klingendem Spiel einzuziehen; ein Napoleon I. hat sich einen solchen Triumph nie versagt; König Wilhelm verzichtete auf den äußeren Glanz und auf die Gelegenheit, ein historisches Bülletin von der Hauptstadt seines Gegners aus zu datiren; er that dies, weil er dadurch an Ruhm nichts gewonnen, aber den schon zum Tod getroffenen Gegner noch mit bitterem Haß erfüllt und die Nerven seines linksrheinischen Rivalen bis zum Wahnsinn aufgeregt hätte. Die Versöhnung mit Oestreich wurde dadurch leichter, der Waffengang mit dem Mann in den Tuilerien auf eine günstigere Zeit hinausgeschoben. Die nämliche Mäßigung bewies König Wilhelm bei der Festsetzung derjenigen Friedensbestimmungen, welche die „internationale Existenz“ der süddeutschen Staaten, die Integrität Sachsens, die möglichste Schonung Baierns, die rechtliche Stellung der nördlichen Distrikte Schleswigs betrafen. Es dünkte ihm wohl nicht staatsmännisch zu sein, nachdem der große Wurf schon gelungen war, noch einmal das Spiel zu probiren und

alles, auch das schon Gewonnene, auf eine einzige Karte zu setzen; auch nicht staatsmännisch, von der Gegenwart alles auf einmal zu fordern und kein Vertrauen auf die Gunst der Zukunft zu haben. Vielmehr rechnete er darauf, daß die süddeutschen Staaten, sie mochten wollen oder nicht, auf eine enge Verbindung mit dem zu gründenden Norddeutschen Bunde angewiesen seien; daß Sachsen, in diesen Bund aufgenommen, für Beust'sche Großmachts-Diplomatie keine Basis mehr habe; daß ein seiner altbrandenburgischen Markgrafenländer nicht beraubtes Baiern einiges Gefühl für Dankbarkeit besitze, und daß die nördlichen Distrikte Schleswigs mit ihrer Mischung von dänischen und deutschen Elementen in wenigen Jahrzehnten sich lieber für Preußen als für Dänemark entscheiden würden.

König Wilhelm konnte, was ihm die Auspicien von Nikolsburg versagt hatten, vertrauensvoll der Zukunft überlassen. War ja die Siegesbeute von Königgrätz über alles Erwarten groß! Vergrößerung und Abrundung des preußischen Gebietes, Gründung eines Norddeutschen Bundes, Stellung Preußens als der einzigen deutschen Großmacht! Das Königreich Preußen umfaßte vor dem Kriege ein Gebiet von 5086¾ Quadratmeilen mit 19,304,843 Einwohnern. Die verschiedenen Annexionen verschafften ihm einen Zuwachs von 1308¾ Quadratmeilen mit 4,285,700 Einwohnern. Somit hatte das vergrößerte Preußen einen Umfang von 6395½ Quadratmeilen und eine Bevölkerung von 23,590,543 Seelen. Unter keinem der früheren Regenten hat Preußen einen so bedeutenden Gebietszuwachs erhalten. Der große Kurfürst vermehrte den Staat um 550 Quadratmeilen und eine halbe Million Einwohner, Friedrich der Große um 688 Quadratmeilen und etwa eine Million Einwohner, die Freiheitskriege machten Preußen nicht größer, als es vor

Tilsit gewesen war, sondern kleiner. Aber die Zahlen geben hier nicht einmal den Ausschlag. Weit bedeutender ist die günstige Abrundung, wonach Preußen, das durch die Mißgunst des Wiener Kongresses in ein östliches und westliches getheilt und durch hannöverische und kurhessische Keile auseinandergehalten war, nun ein zusammenhängendes Ganzes ausmacht. Wichtig ist ferner die für eine Großmacht nothwendige Erwerbung eines ansehnlichen Küstengebietes, das sich von der Königsau bis zur holländischen Grenze erstreckt und dem Aufstreben der deutschen Marine eine sehr solide Grundlage gibt. Und daß die neu hinzugekommene Bevölkerung von mehr als 4 Millionen eine fast ausschließlich kerndeutsche und größtentheils protestantische ist, kann nicht hoch genug angeschlagen werden. Bis zum Jahre 1866 konnte Preußen nur durch die äußerste Anspannung aller Volkskräfte seine Stellung als Großmacht aufrecht erhalten, war aber trotzdem mancher Demüthigung von Seiten der besser situirten Großmächte ausgesetzt. Dies hatte nun ein Ende. Ein Staat von nahezu 24 Millionen Einwohnern, dem eine solche Fülle von intellektueller und moralischer Kraft zu Gebot steht, ist kein Aschenbrödel, sondern den anderen Großmächten ebenbürtig. Dies war um so mehr der Fall, da Preußen durch die Errichtung des Norddeutschen Bundes die militärische und politische Führung aller übrigen norddeutschen Staaten, welche zusammen ungefähr 1100 Quadratmeilen mit etwa 6 Millionen Einwohnern umfaßten, übernahm und so die Bedeutung eines Staates von mehr als 29 Millionen Einwohnern erhielt, der durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den Stand gesetzt wurde, gewaltige Heeresmassen ins Feld zu führen. Und bei dieser Berechnung ist der süddeutschen Staaten und der mit diesen bereits abgeschlossenen Allianzverträge noch nicht einmal gedacht.

Eben dies war der größte Gewinn und das bedeutendste Resultat der preußischen Politik und Kriegführung, daß König Wilhelm die Bundesreform, welche ihm durch Oestreich und einige Mittelstaaten unmöglich gemacht war, nun selbst in die Hand nehmen, ein den realen Machtverhältnissen entsprechendes Programm feststellen, dasselbe mit seinen, durch die Siege von 1866 in eine andere Stellung versetzten Bundesgenossen vereinbaren und zugleich mit der Macht Preußens auch die Kraft Deutschlands erhöhen und stärken konnte. Wie Viktor Emanuel der venetianischen Deputation am 4. November sagte: „Italien ist gemacht, aber nicht vollendet," so konnte auch König Wilhelm sagen, Deutschland sei konstituirt, aber der Bau noch nicht vollendet. Die nächste Aufgabe der Regierung des Königs war die Errichtung und Organisation des Norddeutschen Bundes. Stand dieser einmal fest, so durfte man der Erreichung des weiteren Zieles, diesen Bund zum Deutschen Bund oder Deutschen Reich auszuweiten, ein günstiges Prognostikon stellen.

Kaum war der Krieg beendigt, so wurde schon an der Lösung der ersten Aufgabe gearbeitet. Am 4. August richtete Preußen an sämtliche norddeutsche Staaten die Aufforderung zum Abschluß eines Bündnißvertrags. Die Bevollmächtigten derselben traten am 15. December in Berlin zusammen, um den von der preußischen Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf zu berathen. Am 7. Februar 1867 war eine Vereinbarung hergestellt. Der am 12. Februar durch allgemeines Stimmrecht und unter geheimer Abstimmung gewählte Reichstag versammelte sich am 24. Februar in Berlin, um den von Seiten der Regierungen angenommenen Entwurf seiner Berathung zu unterziehen. Die vom König zur Eröffnung des Reichstags gehaltene Thronrede war voll nationaler Gefühle und Gedanken und drückte die hohe

Befriedigung aus, welche nach solchen Erfolgen vor einer solchen Versammlung ein Regent zu empfinden das Recht hat. Der Vergangenheit wurde mit warnenden Worten gedacht: „Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das Deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht. Des Gewichtes im Rathe Europa's, des Einflusses auf die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Wahlstatt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergab. Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen. Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Nothwendigkeit, die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern." Ueber die Verfassungsvorlage sagte die Thronrede: „In diesem Sinne haben die verbündeten Regierungen, im Anschlusse an gewohnte frühere Verhältnisse, sich über eine Anzahl bestimmter und begrenzter, aber praktisch bedeutsamer Einrichtungen verständigt, welche ebenso im Bereiche der unmittelbaren Möglichkeit, wie des zweifellosen Bedürfnisses liegen. Der Entwurf muthet der Selbständigkeit der Einzelstaaten zu Gunsten der Gesamtheit nur diejenigen Opfer zu, welche unentbehrlich sind, um den Frieden zu schützen, die Sicherheit des Bundes-

gebietes und die Entwicklung der Wohlfahrt seiner Bewohner zu gewährleisten." Den „süddeutschen Brüdern" wurde „offen und entgegenkommend die Hand dargereicht" zur Herbeiführung eines Einverständnisses über die „Ordnung der nationalen Beziehungen des Norddeutschen Bundes zu den Landsleuten im Süden des Mains." Dem Ausland zur Beruhigung wurde der Charakter der neuen Bundesgenossenschaft als ein wesentlich defensiver bezeichnet: „Nur zur Abwehr, nicht zum Angriff einigen sich die deutschen Stämme." Am 16. April wurde der Entwurf mit einigen Abänderungen vom Reichstag mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen und am 17. von Bismarck die Erklärung abgegeben, daß sämtliche Regierungen des Norddeutschen Bundes dem aus der Berathung des Reichstags hervorgegangenen Verfassungsentwurf ihre Genehmigung ertheilen. Die neue Verfassung, welche dem Vorwurf des Doktrinarismus glücklich entgieng und die praktischen Aufgaben und Bedürfnisse des staatlichen Lebens in einsichtsvoller und wohlwollender Weise berücksichtigte, räumte der Volksvertretung auf finanziellem und gesetzgeberischem Gebiete die wichtigsten Rechte ein, nahm den kleineren Staaten das für sie und für andere verderbliche Spielen mit Diplomatie und Kriegsherrlichkeit und überließ die einheitliche Leitung des Militär- und Marinewesens und der auswärtigen Politik der starken und bewährten Hand Preußens als der Bundes-Präsidialmacht.

Das Verhältniß des Norddeutschen Bundes zu den in schrankenloser Souveränetät sich schaukelnden süddeutschen Staaten wurde durch den am 8. Juli 1867 auf neuer Basis abgeschlossenen Zollvertrag enger geknüpft. Zu den Bestimmungen desselben gehörte die Einführung eines Zollparlamentes. Die Allianz- und Zollverträge erhielten die Bestätigung der süd-

deutschen Landtage, wenn auch in Baiern und in Württemberg nicht ohne große Kämpfe. Das erste Zollparlament wurde am 27. April 1868 von König Wilhelm eröffnet. Dasselbe tagte auch in den beiden folgenden Jahren, entsprach aber nicht den nationalen Erwartungen, da die aus klerikalen und demokratischen Elementen zusammengesetzte „süddeutsche Fraktion“ sich in der Rolle eines Cerberus gefiel und mit athemloser Aengstlichkeit darüber wachte, daß die Kompetenz des Zollparlaments sich nicht über Handelsverträge und Vereinszolltarife hinaus erstrecke und auf das politische Gebiet hinübergreife. Auch in den Landtagen suchten die süddeutschen Klerikalen und Demokraten der Erreichung des nationalen Zieles möglichst viele Hindernisse in den Weg zu stellen. Der Allianzvertrag mit seinen Konsequenzen war ihnen ein Greuel. Ihren Regierungen zuzumuthen, daß sie denselben Preußen kündigen sollten, wagten sie nicht. Aber durch Verschlechterung des nach preußischem System bereits umgeänderten Militärwesens, ja durch Einführung des Milizsystems den Vertrag völlig werthlos zu machen, war ihre Tendenz. Die Abgeordnetenkammern in Baiern und Württemberg, wovon jene durch die Klerikalen, diese durch die Demokraten und Großdeutschen beherrscht wurde, steuerten in der ersten Hälfte des Jahres 1870 diesem antinationalen Ziele mit vollen Segeln zu. In Baden dagegen waren Fürst und Volksvertretung jeden Tag bereit, in das norddeutsche Lager überzugehen. Die Staatsminister Mathy und Jolly standen dem Schwiegersohne des Königs von Preußen als treue Rathgeber zur Seite, und der preußische General Beyer leitete als Kriegsminister das badische Militärwesen.

Der Verschmelzungsprozeß der annektirten Länder mit den alten preußischen Provinzen gieng, Dank dem Wohlwollen der Regierung und den mächtigen Einflüssen der neuen politischen

und wirthschaftlichen Einrichtungen, aufs günstigste von Statten. König Wilhelm fand auf seinen Reisen, selbst in dem aus seinen republikanischen Träumen so unsanft aufgescheuchten Frankfurt und in der vom Welfenschwindel so krankhaft angesteckten Stadt Hannover, eine begeisterte Aufnahme. König Georg wußte sich bei seiner unheilbaren Blindheit minder gut in seine scepterlose Stellung zu schicken. Die für seine Kasse höchst kostspielige Unterhaltung seiner Welfenlegionäre, welche zuerst in der Schweiz, dann in Frankreich stationirt waren und bei dem von dieser Seite stündlich erwarteten Ausbruch des deutsch-französischen Krieges unter den Fahnen Frankreichs in Deutschland einfallen und das Einigungswerk von 1866 zertrümmern helfen sollten, war ein Akt des politischen Wahnsinns und des Verraths an Deutschland. An diesen feindseligen Agitationen gegen Preußen nahm auch der abgesetzte Kurfürst von Hessen theil. Beide Fürsten hatten mit Preußen ein Uebereinkommen getroffen, wonach ihnen ihr sämtliches Vermögen blieb und für gewisse Revenüen ihnen eine reiche Entschädigungssumme ausbezahlt wurde. Aber durch die Haltung der Legionäre und durch den revolutionären Aufruf an die Kurhessen setzten sich diese Fürsten in eine Art Kriegszustand zu Preußen. Dies war mit dem weiteren Bezug von preußischen Geldern unvereinbar. Die preußische Regierung konnte doch diesen Fürsten nicht Geld zuschicken oder zuschicken lassen, damit dieselben ihr den Boden unterwühlten und bei Gelegenheit offene Feindseligkeiten eröffneten. Der König von Preußen verfügte daher auf den Bericht des Staatsministeriums am 2. März 1868 die Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover und die Sistirung der Zinsen-Auszahlung. Diese, später auch auf den Kurfürsten ausgedehnte, Maßregel wurde vom preußischen Landtag am 29. und 30. Januar 1869 genehmigt.

Die Beziehungen Preußens zu der Regierung Napoleons III. waren seit dem Siege von Königgrätz und seit der Abweisung vom 5. August 1866 sehr ungemüthliche. Sie wurden durch die Vorgänge von 1867 nicht besser. Je mehr Napoleon fühlte, daß ihm durch das zunehmende Alter die geistige Spannkraft für einen neuen Feldzug abhanden gekommen sei, desto eigensinniger hielt er sich an die stereotypen „Kompensationen". Daß bei dem großen Theilungsgeschäft von 1866 für ihn gar nichts abgefallen sei, konnte er nicht verwinden; daß er, der am 4. Juli das Schiedsrichteramt von Europa in seiner Hand zu haben glaubte, wenige Tage darauf zu der weniger hervorragenden Rolle eines mißvergnügten Zuschauers verurtheilt worden war, konnte er nicht verzeihen. Auch glaubte er, daß zur Auffrischung der Ansprüche seiner Dynastie auf die Dankbarkeit Frankreichs, zumal nach den Mißerfolgen seiner Politik in Mexiko und Italien, eine neue Annexion das allerwirksamste Mittel wäre. Mit Ansprüchen auf linksrheinisches deutsches Gebiet war er schon zu oft abgewiesen worden, als daß er noch einmal ein Versuch hätte wagen wollen. Wenn aber König Wilhelm und sein Minister Bismarck wirklich so national gesinnt waren, daß sie auch kein Dorf, auch keinen Schornstein von deutschem Gebiet hergaben, welches Interesse konnten sie haben, Frankreich an der Erwerbung nichtdeutschen Gebietes zu hindern? Und wenn sie dennoch ihm eine solche mißgönnten, so war er ja diesmal selbst in dem Falle, ihnen eine Kompensation anzubieten. Ihr sehnlichster Wunsch war wohl die Vollendung des Werks von Nikolsburg, die Aufnahme der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund. Versprach er ihnen, diesen Akt nicht hindern zu wollen, so griffen sie wohl mit Begierde zu und ließen auch ihn anderwärts zugreifen.

Graf Benedetti erhielt zu Anfang des Jahres 1867 den Befehl, Preußen aufs neue einen Vertragsentwurf zu einem Offensiv- und Defensivbündniß vorzulegen. Nach demselben sollte Preußen die französische Regierung in ihrem Bestreben, Luxemburg käuflich zu erwerben, unterstützen und derselben mit seiner ganzen Land- und Seemacht gegen jeden auswärtigen Staat beistehen, falls Kaiser Napoleon, durch die Umstände veranlaßt, mit seiner Armee in Belgien einrückte und dieses Land eroberte. Eine solche Willfährigkeit und Unterstützung wollte Napoleon dadurch belohnen, daß er die preußischen Annexionen von 1866 anerkannte und einer Aufnahme der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund sich nicht widersetzte. Diesen Antrag behandelte Bismarck „dilatorisch“, sagte nicht Ja und nicht Nein und fand immer wieder neue Gründe, um die Sache hinauszuziehen.

Inzwischen unterhandelte Napoleon mit dem König von Holland selbst. An dessen Hofe war Preußenhaß die beste Empfehlung; das Volk hatte eine kindische Angst vor einer Verschlingung durch Preußen; die Bevölkerung von Luxemburg war stumpf genug, sich wie eine Herde verkaufen zu lassen, wenn nur ihr materielles Interesse darunter nicht Noth litt. Nach dieser Seite hin standen die Aussichten für Napoleon günstig. Auf die Anfrage des Königs von Holland, ob er, falls er zu einem Bündniß mit Preußen genöthigt werden sollte, auf die Unterstützung Frankreichs zählen dürfe, erwiderte Napoleon mit der Gegenfrage, ob der König von Holland nicht geneigt wäre, Luxemburg gegen eine entsprechende Geldentschädigung an Frankreich abzutreten. Dieser, der sehr viele Schulden hatte, gieng darauf ein. Der Abtretungsvertrag war am 22. März bereits redigirt. Es fehlte nur noch die Unterzeichnung der

beiden Souveräne. Die Verhandlungen mit Preußen wollte Napoleon allein auf sich nehmen. Außer Belgien war bei diesem Kaufgeschäft kein Staat mehr interessirt als Preußen. Denn dieses hatte durch die Verträge von 1815, 1816 und 1817 das Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg. Das Großherzogthum selbst, ein Ländchen von 47 Qu.-M. mit etwa 200,000 Einwohnern, war ursprünglich deutsches Gebiet und hatte zum Deutschen Bund gehört. Nach Auflösung desselben war es dem Norddeutschen Bunde nicht beigetreten und hatte von Preußen keine Aufforderung dazu erhalten. Das preußische Garnisonsrecht konnte somit staatsrechtlich angefochten werden. Aber etwas anderes war es für Preußen, keine Garnison mehr dort haben zu dürfen, etwas anderes, die französische Tricolore auf den Wällen der Festung Luxemburg wehen zu sehen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß, wenn Land und Festung Luxemburg in französischen Händen war, die Selbständigkeit Belgiens so gut als verloren, die Sicherheit der Rheinlande bedroht, die militärische Position Preußens für den Fall eines deutsch-französischen Krieges eine entschieden ungünstigere war. Als daher der König von Holland am 26. März in seiner Herzensangst den preußischen Gesandten fragte, ob wohl seine Regierung die Abtretung Luxemburgs an Frankreich gutheißen würde, antwortete dieser im Auftrag seiner Regierung, dieselbe werde zu einer Abtretung oder zu einem Verkauf Luxemburgs niemals ihre Zustimmung geben. Der Norddeutsche Reichstag sprach sich am 1. April für Aufrechthaltung der Verbindung des stammverwandten Luxemburgs mit dem übrigen Deutschland und für Sicherstellung des preußischen Garnisonsrechtes aus. Die preußische Regierung wandte sich am 3. April zunächst an die Mitunterzeichner der Verträge von 1839 und erkundigte

sich, wie diese Luxemburgische Frage von denselben aufgefaßt würde.

Die Kriegsfrage wurde ganz ernstlich erwogen, sowohl in den Tuilerien als in dem königlichen Schloß zu Berlin. Napoleon hatte sich schon vor aller Welt zu weit vorgewagt, als daß er noch mit Ehren zurückkonnte. Wenn er aber noch weiter vorwärts gieng und mit seiner damals in jeder Beziehung schlecht ausgerüsteten, noch mit alten Gewehren versehenen Armee gegen die Strategen und Zündnadelgewehre der preußischen Armee ins Feld rückte, was dann? Aber damit noch nicht genug! Die Kontingente der übrigen Mitglieder des Norddeutschen Bundes standen Schulter an Schulter mit ihren preußischen Brüdern; ja, vermöge des Allianzvertrages, welcher jetzt erst, am 19. März, zur Abkühlung der französischen Fieberhitze, veröffentlicht wurde, wurden auch die Kontingente der süddeutschen Staaten mobil gemacht und unter den Oberbefehl des Königs von Preußen gestellt! Und mit dieser gewaltigen, von nationaler Begeisterung getragenen Macht wollte Napoleon mit seinen ungenügenden Streitkräften auf die Mensur treten? War nicht zu fürchten, daß in dem Moment, in welchem er an Preußen den Krieg erklärte, das von ihm so gefürchtete Ereigniß, der Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund, unaufhaltsam eintreten würde? Die Aussichten standen schlecht. War ein Zurücktreten mit Einbuße an Ehre verbunden, so war ein Vorgehen der sichere Untergang. Napoleon erklärte daher in einem Rundschreiben vom 15. April, daß er auf die Erwerbung Luxemburgs verzichte, falls Preußen seine Garnison aus Luxemburg zurückziehe. „Rückzug um Rückzug!" lautete sein Auskunftsmittel, wodurch er seine diplomatische Niederlage verhüllen wollte.

An den König von Preußen trat die Frage heran, ob er seine militärische Position in der Festung Luxemburg, deren Rechtmäßigkeit ihm schon im Oktober 1866 von der luxemburgischen Regierung bestritten worden war, unter allen Umständen und für alle Zeiten aufrechthalten und gegen jedermann mit den Waffen vertheidigen wolle. In Folge der Ereignisse von 1866 war die Position allerdings vom staatsrechtlichen Standpunkte aus angreifbar. Aber was das siegreiche Preußen dem Großherzog von Luxemburg hätte einräumen können, das konnte es auf eine bloße Forderung Napoleons nicht zugestehen. Die Meinungen im Rathe des Königs waren getheilt. General Moltke wollte nichts von einem Rückzug der preußischen Garnison wissen, wollte den ungerüsteten Zustand Frankreichs benutzen, ein bedingungsloses Zurücktreten von demselben verlangen und im Weigerungsfall rasch in Frankreich eindringen und dem Kaiser ein zweites Nikolsburg bereiten. Der Kampf mit Napoleon sei unvermeidlich; werde derselbe von Preußen jetzt nicht aufgenommen, so werde er diesem in wenigen Jahren, wenn Napoleon seine Rüstungen vollendet habe, aufgedrängt; aber dann seien die Chancen minder günstig. Bismarck zweifelte ebensowenig als Moltke an dem baldigen Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges; er wollte aber, bevor es dazu komme, die Neugestaltung Deutschlands sich befestigen, die neuen politischen und militärischen Einrichtungen erstarken lassen, und glaubte sicher zu sein, daß die deutschen Streitkräfte, welche in den nächsten Jahren fast in demselben Maße wie die französischen verbessert und verstärkt würden, von ihrer Ueberlegenheit nichts einbüßten. Sein Vorschlag gieng also dahin, man solle eine friedliche, mit der Ehre Preußens vereinbare Lösung herbeiführen. Die richtige Formel hiefür

mochte gefunden sein, wenn ausgesprochen wurde, daß Luxemburg seines Charakters als Festung entkleidet werden solle; denn wenn Luxemburg keine Festung mehr war, so brauchte man dort auch keine Garnison mehr.

König Wilhelm stimmte der Ansicht Bismarck's bei, und das befreundete Rußland sorgte dafür, daß die preußischen Bedingungen zur Geltung kamen. Auf dessen Vorschlag versammelten sich die Gesandten derjenigen Staaten, welche durch den Vertrag von 1839 die staatsrechtliche Stellung Luxemburgs begründet hatten, zu einer Konferenz in London. In wenigen Tagen war die Streitfrage gelöst. Der Londoner Vertrag vom 11. Mai bestimmte, daß Luxemburg im Besitz von Nassau-Oranien verbleiben und für immer einen neutralen Staat bilden, daß dessen Neutralität unter die Garantie der Unterzeichner dieses Vertrags, worunter auch der Gesandte von Italien war, gestellt, die Festung von den preußischen Truppen geräumt, von dem König von Holland geschleift und nie wiederhergestellt werden solle. Doch blieb Luxemburg im deutschen Zollverein, und durch den Vertrag vom 11. Juni 1872, wodurch die deutsche Reichsregierung die Verwaltung sämtlicher luxemburgischen Bahnen übernahm, wurde ein weiteres Band zwischen Luxemburg und Deutschland geknüpft.

Der Glanz der Pariser Ausstellung war für Napoleon ein schlechter Trost für seine Luxemburger Niederlage. Der König und die Königin von Preußen, der Kronprinz und die Kronprinzessin reisten nach Paris. Der König war von dem Grafen Bismarck und vom General Moltke begleitet. Er kam am 5. Juni in Paris an und hatte sich von Seiten des Publikums eines wohlwollenden Empfangs zu erfreuen. Es war fast komisch, daß in den Ruf eines kräftigen Deutschen: „Vive l'empereur

d'Allemagne!" einige Pariser Gamin's aus Leibeskräften einstimmten. Noch vier Jahre, und der Ruf war officiell berechtigt! Bei der Rückfahrt von der großen Revue im Boulogner Wald am 6. Juni fand das Attentat des Polen Berezowski auf Kaiser Alexander von Rußland statt. König Wilhelm fuhr mit dem Kronprinzen unmittelbar hinter dem Wagen der beiden Kaiser. Die Versuche Napoleons, den Kaiser Alexander von seiner intimen Freundschaft mit König Wilhelm abzuziehen und einer Allianz mit Frankreich zugänglich zu machen, wurden durch dieses Attentat und durch andere unter der Firma Polens dem Kaiser zugefügte Beleidigungen nicht unterstützt.

Die Stellung Napoleons war tief erschüttert. Der Thron eines Parvenu steht höchstens so lange fest, als ihm das Glück günstig ist; mit den Unglücksbotschaften beginnt auch der Krach. Napoleon fühlte, daß er seinen Meister gefunden habe, daß der Stern Frankreichs im Niedergang, der Stern Deutschlands im Aufgang sei, und so oft er sich auch die Wahrheit dieser historischen Thatsache wiederholte, so wand er sich doch verzweifelnd unter den drohenden Konsequenzen derselben. Man hörte ihn voll Entrüstung ausrufen: „Herr von Bismarck hat mich dupirt! Ein Kaiser der Franzosen darf sich nicht dupiren lassen!" Alles was um ihn war, Freunde und Feinde, bestärkte ihn in seinem Glauben, daß nur ein Krieg mit Preußen seine Dynastie retten könne. Der Abgeordnete Thiers rief zum Entsetzen der Minister aus: „Frankreich ist auf den dritten Rang herabgesunken!" Dieses Thema wurde von der Oppositionspresse in allen möglichen Variationen durchgespielt und das dritte Kaiserreich für alle wirklichen und eingebildeten Mißerfolge verantwortlich gemacht. Die bonapartistischen Journalisten gefielen sich in dem Rufe: „Rache für Sadowa!" und die Generale

waren überzeugt, daß ihnen zu der Rolle eines Cäsar nur die Gelegenheit eines „Zela“ fehle. Und welch kalter Schauder erfaßte die Klerikalen, wenn ihnen trotz alles Sträubens der Gedanke sich aufdrängte, daß der Einigungsproceß Deutschlands in wenigen Jahren eine Thatsache sein und daß dann das protestantische Haus Hohenzollern den deutschen Kaiserthron besteigen werde! Diese Partei hatte eine höchst einflußreiche Bundesgenossin an der spanisch-bigotten Kaiserin Eugenie, welche die leitenden Persönlichkeiten unaufhörlich an die Eröffnung ihres „kleinen Krieges mit den Preußen“ mahnte. Es gehörte viel Widerstandskraft dazu, um mitten in diesem treibenden und höhnenden Kriegsgeschrei ein Friedens-Solo vorzutragen. Napoleon war nicht der Mann dazu. Er hatte zwar Mühe, bei dem Gedanken an einen Krieg mit Deutschland schlimmer Ahnungen sich zu erwehren; aber die kolossalen Rüstungen, die er betrieb, und die Bundesgenossenschaften, auf die er zählte, halfen ihm über das Schlimmste hinweg. Der Kriegsminister Marschall Niel begann eine Reorganisation der Armee, das Chassepotgewehr, bei Mentana erprobt, wurde in der ganzen Armee eingeführt, die knatternden Mitrailleusen verfertigt, die Kriegsmagazine gefüllt. Der Feldzugsplan, bei dessen Ausführung auf die Sympathien der Demokraten und Klerikalen in Süddeutschland große Hoffnungen gesetzt wurden, lag bereits vor. Doch starb der Verfasser desselben, Marschall Niel, im Jahre 1869, und sein Nachfolger hatte einen sehr ominösen Namen.

Bundesgenossen glaubte Napoleon hauptsächlich da zu finden, wo die Niederlagen durch Preußen noch im frischesten Gedächtniß waren. Dies war in Oestreich und Dänemark der Fall. Das letztere kam für einen großen Offensivkrieg nicht in Berechnung;

seine Bedeutung konnte höchstens die einer Episode sein. Anders stand es mit Oestreich. Noch trauerte das Kaiserhaus, die Kriegspartei war voll Groll, Beust führte das Regiment. Am 18. August 1867 traf Napoleon mit seiner Gemahlin in Salzburg ein und verweilte bei dem habsburgischen Kaiserpaar einige Tage auf Besuch. Der Bund der Herzen wurde hier geschlossen; die Minister thaten das Uebrige. Beust und Gramont konferirten mit einander über jedes neue Stadium der Kriegsfrage; um Süddeutschlands willen rieth jener, Frankreich solle den Kriegsanlaß nicht in einer deutschen, sondern in einer rein dynastischen Frage suchen. Doch ganz konnte Napoleon die Unterhandlungen mit Preußen nicht lassen. Er schickte im März seinen Vetter, den Prinzen Jerome Napoleon, nach Berlin. Es war zur Zeit der belgisch-französischen Eisenbahn-Streitigkeiten. Der rothe Prinz kam auf die Vorschläge von 1867 zurück und gab zu verstehen, daß für den Fall einer französischen Occupation Belgiens die preußische Regierung ihr Belgien anderswo finden würde. In ähnlicher Weise hieß es auch sonst, daß, wenn die orientalische Frage in Fluß komme, Preußen nicht im fernen Osten, sondern unmittelbar an seiner Grenze seine Betheiligung suchen würde. Die preußische Regierung ließ sich auf nichts ein. Willfähriger war die spanische Königin Isabella. Für den Fall eines Krieges mit Preußen wünschte Napoleon die französischen Truppen in Rom und Civitavecchia durch ein spanisches Armeecorps ablösen und den Papst und dessen weltliche Herrschaft durch dieses beschützen zu lassen. Im Moment, wo die französisch-spanische Allianz geschlossen werden sollte, Isabella in San Sebastian, das französische Kaiserpaar in Biarritz sich befand, brach in Cadiz die Revolution aus. Es war der 18. September 1868. Isabella mußte fliehen, Napoleon

mußte auf andere Möglichkeiten sinnen. Er kam wieder auf Oestreich zurück; auch Italien konnte er nicht vergessen. Eine katholische Liga sollte gebildet, Romanen und Slaven gegen deutsche Kultur und Macht ins Feld geführt werden. In St. Cloud wurde der Entwurf zu einem Schutz- und Trutzbündniß zwischen Frankreich, Oestreich und Italien ausgearbeitet. Derselbe soll das Datum des 10. Mai 1870 getragen haben. Der Entwurf wurde den beiden Staaten mitgetheilt. In Florenz erhoben sich Schwierigkeiten. Viktor Emanuel, in französischen Traditionen aufgewachsen und voll Sympathien für den Sieger von Solferino, war trotz 1866 zur Allianz bereit; doch stellte er die Forderung, daß Frankreich binnen 3 Monaten seine Truppen aus Rom zurückberufen und der italienischen Regierung dort freie Hand lassen sollte. Diesen Kaufpreis konnte Napoleon nicht bezahlen, wenn er nicht einen klerikalen Sturm gegen sich heraufbeschwören wollte. Daran scheiterte zunächst das Projekt. Als dann der Krieg ausgebrochen war und Napoleon das Ungenügende seiner Streitkräfte erkannte, nahm er das Projekt wieder auf und erklärte sich bereit, den Kirchenstaat seinem Schicksal und dem König von Italien zu überlassen. Aber nun war es zu spät. Italien und Oestreich glaubten erst einen französischen Sieg abwarten zu müssen, ehe sie den französischen Allianzentwurf unterzeichneten. Beide Staaten rüsteten sich zwar; da aber die Siegestelegramme die Unterschrift: „König Wilhelm", nicht die Unterschrift: „Kaiser Napoleon" trugen, so marschirte Viktor Emanuel, ohne vorher um Erlaubniß zu fragen, in dem von Truppen entblößten Rom ein und beschränkte den mit Unfehlbarkeitsschwindel behafteten Papst auf den Vatikan. Oestreich, von Preußens Freund an der Newa wie an einer Kette festgehalten, ließ sein Schwert in der Scheide. Die

schönen Tage von Salzburg und die langen Depeschen des Ministers Beust hatten sich als Kindermärchen erwiesen.

In Berlin war man von der Unvermeidlichkeit des Krieges längst fest überzeugt. Man that nichts, um ihn rascher herbeizuführen, nichts, um seinen Ausbruch zu verhindern. Das letztere war ja ohne Verletzung der nationalen Ehre nicht möglich. Wo war aber diese Ehre besser aufgehoben und gewahrt als bei König Wilhelm von Preußen? Der König ließ die Dinge in Paris ihren Gang gehen, duldete nicht die geringste Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, wozu Frankreich im Juli 1867 wegen der Abtretung Nordschleswigs einen Versuch machte, und traf in aller Stille seine Maßregeln. Sein Auftreten in Kiel am 15. September 1868 erschreckte die gewissenskranken französischen Staatsmänner. Der Rektor der dortigen Universität hatte in seiner Anrede an den König hervorgehoben, daß dieser Preußen und das gesamte Deutschland zu einer Macht erhoben habe, die auch den mächtigsten Nachbarn das Schwert in der Scheide halte, und daran den Wunsch geknüpft, daß der theuer erkaufte Friede erhalten bleiben möchte. Darauf erwiderte der König unter anderem: „Was Ihren Wunsch für die Erhaltung des Friedens betrifft, so kann diesen wohl niemand lebhafter theilen als ich; denn es ist für einen Souverän etwas sehr Schweres und vor Gott Verantwortliches, wenn er sich gezwungen sieht, das folgenschwere Wort „Krieg“ auszusprechen. Und doch gibt es Verhältnisse, wo er sich einer solchen Verantwortlichkeit nicht entziehen kann, nicht entziehen darf. Sie selbst sind in diesem Lande Zeugen gewesen, daß die Nothwendigkeit zu einem Kriege an einen Fürsten, wie an eine Nation herantreten kann. Ja, daß wir uns heute vertrauend und mit gutem Willen einander gegenüberstehen, ist erst durch

Krieg ermöglicht worden. Uebrigens sehe ich in ganz Europa keine Veranlassung zu einer Störung des Friedens und sage das zu Ihrer Beruhigung. Was Sie aber noch mehr beruhigen wird, das ist der Blick auf die mit Ihnen hier versammelten Repräsentanten meiner Armee und meiner Marine, dieser Kraft des Vaterlandes, welche bewiesen hat, daß sie sich nicht scheut, einen ihr aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und durchzuführen." In Paris war man außer sich über diesen Schlußsatz. Die Minister hielten eine Berathung darüber, ob wohl der König mit diesen Worten sie selbst gemeint oder ob er sich nur in einer Reminiscenz an das Jahr 1866 ergangen habe. Sie fanden das letztere ihrem augenblicklichen Interesse angemessener und inspirirten in diesem Sinne ihre Blätter. Einige Pariser Journale warfen dem König vor, „daß er sich die Rolle eines europäischen Schiedsrichters anmaße." Ein angesehenes englisches Blatt rief, voll Anerkennung für die nationale Haltung des Königs aus: „Stolzere Worte hat nie ein deutscher Fürst gesprochen!" Die englische Presse war einig darin, daß selbst eine kriegerisch klingende Rede des Königs von Preußen mehr Friedensbürgschaft sei als alle Friedensversicherungen des Kaisers Napoleon.

Der Chef des preußischen Generalstabes, General Moltke, ließ sich durch Marschall Niel nicht überraschen. Im Winter 1868 auf 1869 legte er dem König eine Denkschrift des preußischen Generalstabes vor, worin der Feldzugsplan gegen Frankreich ausgearbeitet und so genau bis ins Einzelste festgestellt war, daß noch am nämlichen Tage die Mobilisirung hätte erfolgen können. In dieser Denkschrift wurden die verschiedenen Möglichkeiten des Vorgehens der französischen Armee erwogen, auf die Theilnahme der süddeutschen Staaten nicht so sicher als von Niel gerechnet, als wahrscheinlicher Ort für die erste

Aufstellung der feindlichen Truppen die Gegend zwischen Metz und Straßburg angenommen und für diesen Fall als Sammlungspunkt für die deutsche Hauptmacht die bairische Pfalz bezeichnet, von wo aus dieselbe gleichzeitig die Offensive gegen Metz und Straßburg ergreifen, in Feindesland einrücken und einer französischen Invasion in Deutschland zuvorkommen sollte. Die Möglichkeit einer so raschen Offensive wies die Denkschrift durch detailirte Angaben der Märsche und Eisenbahnfahrten nach. Der Moltke'sche Plan erhielt die Genehmigung des Königs und bildete im Juli 1870 die Grundlage für die ersten Kriegsoperationen. Die Umsicht und Voraussicht des großen Strategen bewährte sich aufs glänzendste.

Am 13. Mai 1870 traf der Kaiser Alexander von Rußland zum Besuch seines Oheims, des Königs Wilhelm, in Berlin ein und verweilte daselbst ein paar Tage. Er war dort der jährliche, immer mit der gleichen Herzlichkeit aufgenommene Gast. Seit der Thronbesteigung seines Oheims von väterlicher Seite, des Kaisers Alexander I., herrschte zwischen Preußen und Rußland Freundschaft, in wichtigen Zeitabschnitten, wie 1807, 1813, 1814 innige Allianz. Niemals in diesem Zeitraume standen die preußischen Truppen den russischen gegenüber. Das Jahr 1812 und das unter Macdonald gestellte York'sche Corps kann hier nicht in Betrachtung kommen. Jener Ausmarsch war die Folge eines despotischen Zwanges, welcher dem preußischen Königshaus keine andere Wahl ließ, als Bundesgenossenschaft mit Napoleon oder Vernichtung durch Napoleon. Die wahre Gesinnung des damaligen Preußens zeigte sich nicht im Frühjahr 1812, sondern am 30. December beim Vertrag von Tauroggen und in den drei ersten Monaten des folgenden Jahres, beim Erlaß der königlichen Verordnung, beim Abschluß des Vertrags von Kalisch,

beim Aufruf: „An mein Volk!“ Dies war Preußens Stimme; Macdonald's Commando war es nicht. Das ganze Jahrhundert hindurch hatten sich beide Staaten gegenseitig große Gefälligkeiten erwiesen. Nichts konnte Friedrich Wilhelm IV. dazu bringen, während des Krimkrieges gegen Rußland Front zu machen. Die Konvention vom 8. Februar 1863 erleichterte Rußland seine Aufgabe, den polnischen Aufstand zu unterdrücken. Nicht weniger freundlich zeigte sich Rußland gegen Preußen in den Jahren 1864 und 1866. Die nationalen Plane des Königs Wilhelm wurden von Rußland nicht durchkreuzt, nie mit einer Einmischung gedroht, nie Kompensationen verlangt. Im Jahre 1866 genügte die Sendung des Generals Manteuffel nach Petersburg, um das russische Kabinet über die Ziele Preußens und über dessen künftige Stellung zu Rußland vollständig zu beruhigen. Ohne daß ein geschriebener und unterzeichneter Allianzvertrag bestand, herrschte die innigste Allianz. Dieselbe beruht wesentlich darauf, daß keiner von beiden Staaten bei Verfolgung seiner nationalen Aufgaben in den Fall kommt, die Interessen des anderen zu beeinträchtigen. So oft auch von den verschiedenen französischen Regierungen der Versuch gemacht worden ist, dieses gute Einvernehmen zu stören und durch die weitgehendsten, bis nach Konstantinopel reichenden Koncessionen Rußland zum Alliirten Frankreichs zu machen: immer hat die französische Diplomatie sich einen Korb geholt. Was Frankreich bieten kann, kann auch Deutschland bieten; Deutschland aber ist unter allen Umständen ein zuverläßigerer Bundesgenosse als Frankreich. Die Perspektive für die Zukunft ergibt sich von selbst. Rußland ist und bleibt Deutschlands erster Bundesgenosse, auch ohne daß wir dabei die verwandtschaftlichen Verhältnisse der beiden Höfe in die Wagschale legen.

Dies zeigte sich ebendamals, im Jahre 1870. Kaiser Alexander reiste am 15. Mai von Berlin nach Ems, um dort die Kur zu gebrauchen. Daß König Wilhelm am 2. Juni seinem Neffen in Ems einen Gegenbesuch machte, hatte nichts Auffallendes. Wohl aber war es sonst nicht die Gewohnheit Bismarcks, seinen königlichen Herrn bei solchen Gelegenheiten zu begleiten. Diesmal aber reiste der Bundeskanzler mit, und der russische Gesandte in Berlin, Herr von Oubril, war gleichfalls in Ems anwesend. In Paris und in Wien nahm man Akt hievon. Authentisches liegt über die Unterredung in Ems nichts vor; aber die durch die Sachlage begründete allgemeine Annahme ist, daß König Wilhelm und sein Bundeskanzler, welche ja die Stimmung und die Plane der Tuilerien recht gut kannten und die am 15. Mai erfolgte Ernennung des preußenfeindlichen Herzogs von Gramont zum französischen Minister des Auswärtigen als das Präludium zu der Kriegserklärung ansehen mußten, für den Fall eines Krieges Rückendeckung suchten und vielleicht als Gegenleistung die Revision des das Ehrgefühl Rußlands so verletzenden Pariser Vertrags von 1856 anboten. Die russische Regierung erklärte nach Ausbruch des Krieges, sie werde neutral bleiben, so lange die anderen Mächte es auch blieben; sie werde aber, sobald eine dritte Macht sich am Kriege betheiligen und auf die Seite Frankreichs treten würde, gleichfalls ins Feld rücken und als Bundesgenosse Preußens auftreten. Der östreichische Minister Beust merkte, welche Macht in erster Linie damit gemeint sei. Die Lokalisirung des Krieges wurde durch dieses Auftreten Rußlands zur Thatsache. Als dann die russische Regierung die politische Lage von 1870 benützend, in einer Note vom 31. Oktober 1870 erklärte, daß sie sich nicht mehr länger durch den Pariser Vertrag

die Zahl und Größe ihrer Kriegsschiffe im schwarzen Meere vorschreiben lasse, schlug Bismarck eine Konferenz der Unterzeichner jenes Vertrags in London vor und befürwortete dort Rußlands Wünsche, die denn auch erfüllt wurden.

Diese Ereignisse während des Krieges scheinen sich zu den Besprechungen in Ems wie die Wirkungen zu den Ursachen zu verhalten. Damit war für Deutschland eine sichere und starke Defensivlinie gewonnen. Hatte dann Frankreich Lust anzugreifen, so mochte es kommen. Deutschland war bereit. Frankreich war in der That nicht besser als sein Ruf. König Wilhelm kehrte mit Bismarck nach Berlin zurück. Dieser begab sich sofort auf sein Gut Varzin, der König traf am 19. Juni, nachdem Kaiser Alexander bereits abgereist war, in Ems zur Badekur ein, ohne einen seiner Minister bei sich zu haben. Am 9. Juli tauchte in Ems der französische Botschafter Benedetti auf und bat um eine Audienz bei dem Könige, um sich seiner Aufträge hinsichtlich der Hohenzollern'schen Kandidatur zu entledigen. Frankreich war an einer sehr verhängnißvollen Station angekommen. Es war für dasselbe der Augenblick eingetreten, von welchem Bismarck am Schluß seiner Enthüllungs-Depesche vom 29. Juli sagt: „Ich habe den Eindruck, daß nur die definitive Ueberzeugung, es sei mit uns keine Grenzerweiterung Frankreichs zu erreichen, den Kaiser zu dem Entschlusse geführt hat, eine solche gegen uns zu erstreben.“ Sobald Gramont in officieller Weise erfuhr, daß der spanische Ministerrath am 2. Juli 1870 beschlossen habe, dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen die Krone von Spanien anzubieten und diese Kandidatur zu proklamiren, war er auch entschlossen, diese Kandidatur zu einem Kriegsfall zu machen, um so mehr, da die Frage eine rein dynastische war. Der plumpe Staatsmann sorgte aber

selbst dafür, daß sie über Nacht zu einer nationalen Frage ersten Ranges wurde.

Kaum hatte Gramont am 4. Juli dem preußischen Botschafter in Paris, Freiherrn von Werther, welcher im Begriff war, nach Ems zu reisen, den Auftrag gegeben, dem König zu sagen, daß die französische Regierung erwarte, er werde den Prinzen Leopold veranlassen, die ihm angebotene Krone Spaniens zurückzuweisen, und daß Frankreich daraus eine Kriegsfrage mache, so trat er, ohne eine Antwort aus Ems abzuwarten, am 6. Juli auf die Tribüne des Gesetzgebenden Körpers. Hier brachte er eine Frage, die auf diplomatischem Wege leicht abzumachen war, auf den großen Markt und machte durch seine öffentlich ausgestoßene Kriegsdrohung dem König von Preußen es unmöglich, irgend einen entgegenkommenden Schritt zu thun. Dem Grafen Benedetti, welcher im Auftrag seiner Regierung am 9. Juli verlangte, der König solle dem Prinzen Leopold den Befehl ertheilen, seine Annahme der spanischen Krone zurückzunehmen, erwiderte der König, daß er, da er in der ganzen Angelegenheit nur als Familienoberhaupt, nicht als König von Preußen begrüßt worden sei, dem Prinzen keinen Befehl zur Annahme der Thronkandidatur ertheilt habe und ihm nun ebensowenig einen Befehl zur Zurücknahme ertheilen könne. Diese Antwort war der französischen Regierung, welche es in dieser Sache weder mit den spanischen Ministern noch mit dem Prinzen Leopold, sondern immer nur mit dem König von Preußen zu thun haben und diesen ausschließlich für das, was sie eine Intrigue der preußischen Dynastie nannte, verantwortlich machen wollte, höchst unwillkommen. Benedetti erhielt daher am Morgen des 11. Juli ein Telegramm von Gramont: „Sie müssen unbedingt darauf bestehen, eine Antwort vom König zu erhalten,

sei es Ja oder Nein.“ Auf dies hin erbat sich und erhielt Benedetti am 11. Juli eine zweite Audienz beim König. Dieselbe dauerte eine volle Stunde. Benedetti brachte alle erdenklichen Gründe vor, um den König zu der Erklärung zu bewegen, daß er dem Prinzen Leopold den Befehl zur Verzichtleistung auf die spanische Krone geben werde. Aber die Antwort des Königs lautete, wie schon am 9., er habe dem Prinzen, der vollständig frei in seinen Entschlüssen sei, nichts zu befehlen und nichts zu verbieten. Gramont kam dadurch in die übelste Laune. Er telegraphirte am Abend des 11. Juli an Benedetti: „Ihre Sprache entspricht an Entschiedenheit nicht mehr der Stellung der Regierung. Sie müssen jetzt den Ton steigern. Wir verlangen, daß der König dem Prinzen verbiete, bei der Kandidatur zu verharren, und wenn wir bis morgen keine entscheidende Antwort haben, so werden wir das Schweigen oder die zweideutigen Antworten als Verweigerung unseres Verlangens ansehen.“

Die entscheidende Antwort kam, nur nicht von der Seite, von welcher Gramont sie so sehnsüchtig wünschte. Nicht der König war es, der am 12. Juli das Zurücktreten des Prinzen Leopold von der spanischen Thronkandidatur meldete, sondern Fürst Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, der Vater des Prinzen, und zwar in dessen Namen. Der König von Preußen, wenn auch vielleicht von dem Fürsten hierüber befragt, blieb vollständig aus dem Spiel. Der Konflikt schien beigelegt. Hatte ja Gramont selbst in einer Unterredung mit dem englischen Botschafter am 8. und 10. Juli diesem gesagt, daß durch den freiwilligen Rücktritt des Prinzen die Sache ihre einfachste und glücklichste Lösung fände. Allein wo war dann der Kriegsfall, welchen die Bonapartisten und die Klerikalen so dringend herbeiwünsch-

ten? Gramont blieb also der Rolle, die er einmal einstudirt hatte, getreu. Er stellte die Entsagung des Prinzen als Nebensache hin, machte das weitere Verhalten des Königs zu dieser Verzichtleistung zur Hauptsache und operirte weiter. Um jeden Preis sollte der König vor die Alternative gestellt werden: Demüthigung oder Krieg! Ließ er sich die erste nicht gefallen, so kam der gewünschte Krieg; beugte er sich, um der zweiten Alternative zu entgehen, unter die erste, so hatte man zwar im Augenblick keinen Krieg, aber Napoleons Stern glänzte wieder, und nach einigen Wochen konnte man ja einen neuen Kriegsfall aufstellen.

So lautete das französische Programm. Gramont begann mit der Ausführung desselben unmittelbar nach dem Einlaufen des Sigmaringer Telegrammes. Dem preußischen Botschafter, welcher eben von Ems zurückgekehrt war, sagte er: „die Hauptsache sei nun, daß die durch diese Thronkandidatur entstandene Verstimmung beseitigt und die Aufregung unter dem französischen Volke beschwichtigt werde; zu diesem Zwecke solle der König von Preußen an den Kaiser einen zur Veröffentlichung bestimmten Brief schreiben, worin gesagt würde, daß der König, indem er den Prinzen zur Annahme der Krone Spaniens ermächtigt habe, nicht habe glauben können, den Interessen und der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten, und daß er der Entsagung des Prinzen sich anschließe mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespalts zwischen den beiden Regierungen nunmehr geschwunden sei.“ Diese über alle Maßen unverschämte Zumuthung sollte, wie Gramont wünschte, der Botschafter dem König telegraphisch direkt zustellen. Soweit gieng derselbe nicht, sondern er schickte einen amtlichen Bericht hierüber an Bismarck, und dieser ertheilte dem Botschafter, der, in einer

Sache, wo die Ehre des Königs auf dem Spiele stand, dem Franzosen seine Impertinenzen nicht auf der Stelle ins Gesicht zurückgeschleudert hatte, sofort Urlaub.

Zu gleicher Zeit wurde nach Ems telegraphirt. Benedetti sollte alles aufbieten, daß der König selbst oder dessen Regierung die Verzichtleistung des Prinzen ihm officiell mittheile. „Das ist von der größten Wichtigkeit für uns. Die Betheiligung des Königs muß um jeden Preis von ihm eingestanden werden oder aus den Thatsachen genügend hervorleuchten." Wenige Stunden darauf erhielt Benedetti ein zweites Telegramm: „Gehen Sie sofort zum König, um von ihm die Erklärung zu verlangen, welche er nicht verweigern kann, wenn er wirklich keine Hintergedanken hat." Diese Erklärung sollte darin bestehen, daß der König ausdrücklich sagte: „er schließe sich der Verzichtleistung des Prinzen an und gebe die Versicherung, daß er die Kandidatur nicht von neuem genehmigen werde." Am Morgen des 13. Juli begab sich Benedetti auf die Brunnenpromenade zu Ems und traf dort den König in Begleitung des dienstthuenden Adjutanten Grafen von Lehndorff. Der König begrüßte ihn freundlich und gab ihm ein ihm selbst soeben zugestelltes Extrablatt der „Kölnischen Zeitung", welches das Sigmaringer Telegramm über den Verzicht des Prinzen enthielt. Der König fügte hinzu, daß er selbst noch kein Schreiben aus Sigmaringen erhalten habe, ein solches aber wohl heute erwarten könne. Benedetti erwiderte, daß er schon gestern Abend die Nachricht vom Verzicht aus Paris erhalten habe, und daß es ihn freue, „daß wir zur Beseitigung der Differenzen um einen Schritt näher gekommen sind." Verwundert rief der König: „Einen Schritt näher? Ich denke, die Sache ist erledigt." Darauf entledigte sich Benedetti seines Auftrages und stellte an den König die Forderung,

die Verzichtleistung des Prinzen zu billigen und die Versicherung zu ertheilen, daß dieselbe nie mehr aufgenommen werden würde. Auf dies hin entgegnete der König, daß er die Bestätigung der Verzichtleistung, wie früher die der Annahme, nur als Privatmann, nicht als König von Preußen geben könne; daß er aber aus dem nämlichen Grunde eine Garantie dafür, daß auf diese Thronkandidatur nie mehr zurückgekommen würde, nicht geben könne, und daß er überhaupt im Interesse Preußens jede Verbindlichkeit für die Zukunft in dieser und jeder anderen Sache entschieden zurückweise. Wenn die französische Regierung bei dieser Erklärung sich noch nicht beruhigen könne, so müsse sie sich an seine Minister wenden. Benedetti nahm einen neuen Anlauf und sagte: „Von der Regierung des Kaisers beauftragt, kann ich leider nicht anders als Eurer Majestät selbst —“ Der König fiel ihm ins Wort und sprach: „Jedenfalls ist dies nicht der Ort zu Verhandlungen der Art!“ Benedetti war anderer Ansicht und sagte: „Die Regierung des Kaisers hat mir die schleunige Erledigung der Sache zur Pflicht gemacht. Und auf die Gefahr hin —“ Dies war denn doch zu viel! Der König wandte sich an den Grafen Lehndorff mit den Worten: „Sagen Sie doch diesem Herrn, daß ich ihm nichts weiter mitzutheilen habe,“ und entfernte sich von der Promenade, um sich in seine Wohnung zu begeben. Graf Lehndorff und Graf Benedetti machten sich gegenseitig eine stumme Verbeugung.

Trotz dieser Taktlosigkeiten des französischen Botschafters brach König Wilhelm doch den Verkehr mit demselben nicht ganz ab. Er schickte Nachmittags 2 Uhr seinen Flügel-Adjutanten, den Prinzen Radziwill, zu Benedetti und ließ ihm sagen, er habe vor einer Stunde einen Brief von dem Fürsten von Hohenzollern erhalten, worin die Nachricht von der Verzichtleistung

bestätigt sei, und sehe hiemit diese Angelegenheit als abgemacht an. Benedetti antwortete, er habe seither von dem Herzog von Gramont eine neue Depesche erhalten mit dem Auftrag, die Wünsche des französischen Kabinets in einer neuen Audienz Seiner Majestät nahe zu legen. Auf diese Mittheilung ließ ihm der König erwidern, daß er die Verzichtleistung des Prinzen in demselben Sinne und in demselben Umfange approbire, wie vorher die Annahme der Thronkandidatur, daß er aber hinsichtlich der Versicherung für die Zukunft nur auf das sich berufen könne, was er dem Botschafter des Morgens selbst erwidert habe. Benedetti antwortete, daß er diese Mittheilung seiner Regierung zurückmelden werde, aber, weil hiezu ausdrücklich angewiesen, seine Bitte um eine nochmalige Unterredung aufrecht erhalten müsse, „und wäre es auch nur, um dieselben Worte Seiner Majestät wieder zu vernehmen, um so mehr, als sich in der letzten Depesche neue Argumente vorfinden, die er Seiner Majestät unterbreiten müsse.“ Hierauf sandte der König nach Tisch, etwa um 5½ Uhr, den Fürsten Radziwill zum drittenmal zu Benedetti und ließ diesem sagen, „er müsse es entschieden ablehnen, in Betreff des letzten Punktes (der bindenden Versicherungen für die Zukunft) sich in weitere Diskussionen einzulassen. Was er heute Morgen gesagt, sei sein letztes Wort in dieser Sache; der Botschafter könne sich lediglich darauf berufen.“ Auf die Versicherung des Adjutanten, daß auf die Ankunft des Grafen Bismarck in Ems auch für den nächsten Tag nicht sicher zu rechnen sei, erklärte Graf Benedetti, sich seinerseits bei dieser Erklärung des Königs beruhigen zu wollen. Am 14. Juli bat Benedetti einen königlichen Adjutanten, dem König zu sagen, daß er am Abend dieses Tages nach Paris abreisen werde, und ihn beim König zu empfehlen. Der König, im Begriff, einen

Ausflug nach Koblenz machen, ließ ihm antworten, daß er ihn in seinem Salon auf dem Bahnhof sehen wolle. Hier sagte ihm der König, daß er ihm nichts mehr mitzutheilen habe, und daß die etwa weiter erforderlichen Verhandlungen durch seine Minister geführt werden würden.

Der König hatte das Aeußerste von Geduld und Wohlwollen an dem zudringlichen Botschafter und dessen Minister geübt. Benedetti's Telegramme, in welchen er dem Minister Gramont über diese Verhandlungen berichtete, lauteten durchaus sachgemäß. Ebenso war das Telegramm, worin am Abend des 13. Juli die preußische Regierung ihre Gesandten an den auswärtigen Höfen von den Vorgängen in Ems benachrichtigte, ganz sachlich gehalten und nichts weiter darin gesagt, als daß der König in Bezug auf die geforderte Versicherung für die Zukunft es abgelehnt habe, „den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten habe sagen lassen, daß der König ihm nichts weiter mitzutheilen habe.“ Diese beiden Thatsachen, daß der König weitere Verhandlungen mit dem Botschafter über den bekannten zweiten Punkt abgelehnt und daß die preußische Regierung dieses Faktum ihren Gesandten telegraphisch mitgetheilt habe, bildeten für die französischen Minister die officielle Grundlage, auf welche sie ihre Kriegserklärung stützten. Daß aber solche Thatsachen keinen Kriegsfall abgeben könnten, und daß sie, die Minister, wenn sie nichts Schlimmeres vorzubringen wüßten, vor aller Welt als Tollköpfe und als Händelsucher dastehen würden, wußten sie recht wohl. Sie hätten also, da sie ja die ausdrückliche Billigung der Verzichtleistung auf die Kandidatur von König Wilhelm erhalten hatten, von ihren weiteren Forderungen abstehen und damit die Sache als erledigt ansehen sollen. Allein dann

hatten sie ja keinen Kriegsfall mehr, und von ihrem lakonischen Programm: „Demüthigung oder Krieg!“ traf dann, da ihre erste Forderung nicht in dem Sinne, wie sie es wünschten, ihre zweite gar nicht erfüllt worden war, die erste Alternative sie selbst. Um dieser Konsequenz zu entgehen, nahmen sie ohne Bedenken ihre Zuflucht zu einer Lüge. Sie erklärten, daß der König dem Botschafter jede fernere Audienz verweigert, also den Verkehr ganz mit ihm abgebrochen, und daß die preußische Regierung in ihrem Telegramm an die Gesandtschaften, absichtlich um den Botschafter und Frankreich bloßzustellen, diese Thatsache auf eine höchst beleidigende Weise den europäischen Kabinetten mitgetheilt habe. Mit dieser gefälschten Darstellung des Sachverhalts traten die Minister am 15. Juli vor die Kammern, fanden bei der bonapartistisch gesinnten Mehrheit lauten Beifall, legten, trotz aller Aufforderungen der Opposition, die fraglichen Telegramme nicht nach ihrem Wortlaut vor, verlangten die Bewilligung der nöthigen Kriegsgelder und erhielten dieselbe durch ein fast einstimmiges Votum. Es war nicht leicht gewesen, dem Kaiser die Zustimmung zur Kriegserklärung abzuringen. Ihm war bange vor einem Kriege mit dem siegreichen Preußen, zumal wenn dasselbe an der Spitze des ganzen Deutschlands stände. Er konnte lange zu keinem definitiven Entschluß kommen. Auf kurze Zeit war sogar der Friede so gut als schon beschlossen. In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli fand die entscheidende Sitzung in St. Cloud statt. Die Minister Gramont und Leboeuf und die von fanatischem Ultramontanismus erfüllte Kaiserin Eugenie drangen aufs heftigste in den Kaiser, diese fortwährenden Abweisungen und Demüthigungen nicht länger mehr von Preußen hinzunehmen, durch neue Siege und Eroberungen seinem Thron und seiner Dynastie jenes echt napoleonische, unwiderstehliche

Prestige zu geben und im Bund mit den großen katholischen Völkern über das ketzerische Deutschland herzufallen. Der Kaiser gab endlich nach, und triumphirend rief die Spanierin aus: „Das ist **mein** Krieg! Mit Gottes Hilfe werden wir das protestantische Preußen niederwerfen!" Der Würfel war geworfen. Am Abend des 15. Juli hörte man in den Straßen von Paris den Ruf: „Nach Berlin! Nach Berlin!"; die officiöse Presse nahm bereits das linke Rheinufer weg; am 19. Juli wurde der preußischen Regierung die officielle Kriegserklärung übergeben.

Deutschland nahm den Handschuh auf. Entschlossenheit und Begeisterung herrschten überall. Nicht als König von Preußen, sondern als der Repräsentant Deutschlands wurde König Wilhelm angesehen. Die dem König zugedachten Demüthigungen wurden als dem gesamten Vaterlande zugefügt empfunden. Daß die hohenzollernsche Kandidatur nur Nebensache, der Krieg um jeden Preis die Hauptsache und der Zweck desselben kein anderer war als Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, Störung des Einigungsprocesses, Wegnahme deutschen Gebietes, dies war jedermann klar. Dynastisch war der Krieg nicht, sondern national, wie kaum irgend ein anderer. Mit vollem Vertrauen gab sich ganz Deutschland der Führung Preußens hin und hegte die zuversichtliche Hoffnung, daß König Wilhelm als Oberbefehlshaber sämtlicher deutschen Streitkräfte dieselben zum Siege führen, daß aus diesen Siegen die Einheit Deutschlands hervorgehen, daß mit einem besiegten Frankreich auch über die Gewaltthat von 1681 abgerechnet werde.

Die preußischen Minister hatten inzwischen ihre Schuldigkeit gethan. Bismarck und Moltke standen auf ihrem Posten. Jener hielt die englischen Vermittlungsvorschläge von sich fern und

enthüllte vor den Augen Europa's die Benedetti'schen Allianz-entwürfe; dieser holte seinen Feldzugsplan vom Jahr 1868 her-vor und überflog mit seinem scharfen Blicke das Kriegstheater. Am 15. Juli verließ König Wilhelm das Bad Ems und kehrte nach Berlin zurück. Seine Reise gieng über Kassel, Göttingen, Magdeburg. Es war ein Triumphzug. An allen bedeutenden Stationen wurde Halt gemacht, patriotische Ansprachen entgegen-genommen, in vertrauensvoller Weise darauf erwidert. Der Kronprinz, Bismarck, die Generale Moltke und Roon waren dem König mit einem Extrazug bis Brandenburg entgegen-gefahren. Gegen 8¾ Uhr traf der königliche Zug auf dem Bahn-hof in Berlin ein. Die Minister, Generale, städtischen Behörden standen hier zum Empfang bereit. Eine unermeßliche Volks-menge füllte die Straßen und freien Plätze zwischen dem Bahn-hof und dem königlichen Schloß. Donnerndes Hurrah erscholl bei der Ankunft des Königs und wiederholte sich immer wieder bis tief in die Nacht hinein. Nach kurzer Begrüßung der Be-hörden empfieng der König im Wartezimmer die officielle Nach-richt von dem, was sich an diesem Tage in den französischen Kammern ereignet hatte und einer faktischen Kriegserklärung gleichkam. Die Nachricht war erst Abends 7 Uhr im Auswär-tigen Amt angelangt. Als General Etzel die Depeschen vorlas, zog ein kalter Ernst über das Antlitz des greisen Königs, und gerechte Entrüstung über das die Kriegserklärung begleitende Lügengewebe machte sich Luft. Tiefbewegt umarmte der König den Kronprinzen. Darauf bestieg er den Wagen und fuhr mit dem Kronprinzen nach dem Schloß. Beim Aussteigen sagte er zu seiner Umgebung: „Bei einer solchen Begeisterung meines Volkes ist uns der Sieg sicher; wir können der Zukunft ohne Furcht entgegengehen.“ Die dichtgedrängte Menge stimmte ent-

blößten Hauptes die Nationalhymne an. Der König zeigte sich wiederholt am Fenster. Bismarck und Moltke wurden auf ihrem Weg zum Schloß freudig begrüßt. Gegen halb 12 Uhr traten einige Schutzleute unter die Menge und sagten: „Der König lasse bitten, nach Hause zu gehen; er habe noch viel und Schweres zu arbeiten diese Nacht.“ Sofort hörte man den Ruf unter der Menge: „Nach Hause! Der König will Ruhe!“ und in wenigen Minuten war der große Platz geleert.

Noch am Abend des 15. Juli beschloß der König die Mobilmachung der Armee; am 16. wurden Vorsichtsmaßregeln an der Nordseeküste angeordnet und der Norddeutsche Bundesrath zu einer außerordentlichen Sitzung berufen. Die Vertreter der Bundesstaaten waren einstimmig in der entschlossenen Aufnahme der übermüthigen Herausforderung. Am 18. Juli überreichten die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten von Berlin dem König eine Adresse. Der König sagte in seiner Antwort: „Es werden schwere Opfer von meinem Volk gefordert werden. Wir wollen es uns nicht verhehlen, wir sind durch den unter Gottes Beistand erlangten raschen Sieg in zwei glücklichen Kriegen verwöhnt. So leichten Kaufes werden wir diesmal nicht davon kommen. Aber ich weiß, was ich von meiner Armee, was ich von denen, die zu den Fahnen eilen, erwarten darf. Ich weiß auch, was ich von denen erwarten darf, die, wie Sie es in Ihrer Adresse so schön betonen, berufen sein werden, die Wunden, die geschlagen, die Leiden und Schmerzen, die der Krieg bereitet, zu stillen und zu lindern.“ Die Königin und die Kronprinzessin richteten Aufrufe zur Spendung freiwilliger Gaben. Am 19. Juli eröffnete der König den Reichstag mit einer hochpatriotisch und vertrauensvoll klingenden Thronrede: „Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines

Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welche die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger desto inniger verbindet, heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat." Einstimmig bewilligte der Reichstag am 21. Juli die von der Regierung geforderten Gelder.

Nach Eröffnung des Reichstags begab sich der König mit der königlichen Familie nach Charlottenburg. War ja der 19. Juli ein sehr ernster Tag für das königliche Haus! An diesem Tage waren es 60 Jahre, daß des Königs Mutter, die so hochgesinnte und national fühlende Königin Luise, in dem Schlosse Hohen-Zieritz gestorben war. Vor den Marmorbildern der theuren Eltern stehend, ließ der König die Bilder der Vergangenheit an seiner Seele vorüberziehen. „Suchet den jetzt verdunkelten Ruhm Eurer Vorfahren von Frankreich zurückzuerobern!" hatte die Königin in den Unglückstagen des Jahres 1806 gesagt. König Wilhelm war nun eben im Begriff, dieser Aufforderung in einer Weise zu entsprechen, wie man es selbst bei dem Aufschwung von 1813 nicht für möglich gehalten hätte. Im Andenken an seinen Vater erneuerte er das von demselben gestiftete Ordenszeichen des Eisernen Kreuzes durch einen Erlaß vom 19. Juli, wonach dieses Kreuz ohne Unterschied des Ranges oder Standes als eine Belohnung für das Verdienst, sei es im wirklichen Kampfe mit dem Feinde oder daheim, verliehen werden sollte.

Vom Papste erhielt der König (wie auch der Kaiser Napo-

leon) ein vom 22. Juli datirtes Schreiben, worin sich derselbe als Friedensvermittler anbot. Die Antwort des Königs vom 30. Juli hob hervor, daß es sich bei ihm nicht um einen Angriff auf Frankreich, sondern um die Vertheidigung der Unabhängigkeit und der Ehre des Vaterlandes handle, daß er aber, falls der Papst „von Seiten dessen, welcher den Krieg so unvermuthet erklärt habe, die Versicherung aufrichtig friedlicher Gesinnungen und Bürgschaften gegen die Rückkehr eines ähnlichen Angriffes auf den Frieden und die Ruhe Europa's geben könnte", gerne bereit wäre, aus dessen Händen dieselbe zu empfangen.

Die süddeutschen Staaten blieben den durch den Allianzvertrag von ihnen übernommenen Verpflichtungen getreu. Die Regierungen von Baiern, Württemberg und Baden erließen am 16. und 17. Juli die Mobilisirungsbefehle, und die Kammern in München und in Stuttgart genehmigten, wenn auch an ersterem Orte durchaus nicht einstimmig, die zur Kriegführung geforderten Summen. Zum Oberbefehlshaber sämtlicher süddeutschen Truppen wurde vom König Wilhelm, was eine sehr glückliche Wahl war, der Kronprinz ernannt. Die von diesem befehligte, aus norddeutschen und süddeutschen Truppen bestehende „dritte Armee" hatte sich zwischen Mannheim und Rastatt zu sammeln, die von dem Prinzen Friedrich Karl kommandirte „zweite Armee" zwischen Bingen und Mainz, die unter dem General Steinmetz stehende „erste Armee" bei Koblenz. Die nächsten Zielpunkte dieser drei Armeen waren das nordöstliche Elsaß, Saargemünd und Saarbrücken. Der Kronprinz hatte den Feldzug zu beginnen. Am 26. Juli reisten die drei Oberbefehlshaber nach den für ihre Armeen bestimmten Sammelplätzen ab. Am 31. Juli verließ der König, welcher

das Obercommando über sämtliche deutschen Streitkräfte führte, seine Residenz in Berlin. Wie bei seiner Ankunft am 15. Juli, so waren auch an diesem Tage alle Straßen, durch welche der königliche Wagen fuhr, von einer dichtgedrängten Menschenmenge besetzt, welche dem König ihr Hurrah zurief und ihre wärmsten Segenswünsche nachsandte. Der König war begleitet von Bismarck, Moltke und Roon. Am Morgen des 2. August traf der königliche Zug in Mainz ein. Hier wurde das große Hauptquartier eingerichtet, von hier eine Proklamation an das deutsche Heer erlassen: „Ganz Deutschland steht einmüthig in den Waffen gegen einen Nachbarstaat, der uns überraschend und ohne Grund den Krieg erklärt hat. Es gilt die Vertheidigung des bedrohten Vaterlandes, unserer Ehre, des eigenen Herdes." Dorthin, nach dem schönen Rheinstrom, waren die Blicke von ganz Deutschland gerichtet; dort waren die größten und besten Männer, dort die Kraft Deutschlands versammelt; ihnen galt der Pulsschlag des Vaterlandes.

So trefflich war von der Kriegsverwaltung alles vorgesorgt, daß im Lauf von 11 Tagen die Mobilisirung vollendet und in weiteren 8 Tagen die Aufstellung der deutschen Heere auf dem linken Rheinufer vollzogen war. Der eigentliche Krieg begann mit dem Recognoscirungsgefecht von Saarbrücken am 2. August. Dasselbe hatte trotz der Anwesenheit des Kaisers und des kaiserlichen Prinzen keinen weiteren Werth als den, daß der Neugier der Pariser etwas geboten werden konnte. Einen solideren Gehalt hatten die Nachrichten von dem linken Flügel der deutschen Aufstellung. Am 4. August griff der Kronprinz die Avantgarde des Mac Mahon'schen Corps bei Weißenburg an und erstürmte die Stadt und den dieselbe beherrschenden Geisberg. Hier wurde die erste französische Kanone erbeutet.

„Gott sei gepriesen für diese erste glorreiche Waffenthat! Er helfe weiter!“ lautete der Schluß der Siegesdepesche des Königs. Der Kronprinz rückte weiter vor. Am 6. August schlug er den Marschall Mac Mahon und dessen Corps in der Schlacht bei Wörth. Das französische Heer ergoß sich am Abend dieses Tages in wilde Flucht, theils nach den Vogesenpässen, theils nach Straßburg oder Bitsch. „Welches Glück dieser neue große Sieg durch Fritz! Preise Gott für seine Gnade! Es soll Viktoria geschossen werden!“ telegraphirte der König an die Königin. Mac Mahon eilte nach Châlons, um dort eine neue Armee zu bilden. Die badische Division zog vor Straßburg und begann die Cernirung der Stadt. Mit den übrigen Truppen seiner Armee zog der Kronprinz durch die Vogesen, ließ mehrere in der Nähe liegende kleine Festungen nehmen oder cerniren und zog am 16. August in der alten Hauptstadt Lothringens, in Nancy, ein. Das nördliche Elsaß war für Napoleon bereits verloren.

Auch von dem rechten Flügel der deutschen Aufstellung waren bereits Siegestelegramme eingetroffen. Abtheilungen der ersten und zweiten Armee griffen am 6. August das auf den Höhen von Spicheren aufgestellte Frossard'sche Corps an, errangen trotz aller Terrainhindernisse den Sieg und warfen den Feind nach Metz zurück. Vor den Mauern dieser starken Festung sammelten sich die Heere des Prinzen Friedrich Karl und des Generals Steinmetz. Auf die Nachricht von diesen Siegen verließ der König Mainz, begab sich am 7. über Homburg in der Pfalz nach Saarbrücken, überschritt am 11. die französische Grenze und hatte an diesem und den folgenden Tagen sein Hauptquartier in St. Avold, in Falkenberg und in Herny. Bevor er den Boden Frankreichs betrat, erließ er von Saarbrücken aus eine Proklamation an das französische Volk, worin er erklärte,

er führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs, deren Personen und Eigenthum vollkommene Sicherheit genießen würden, so lange sie nicht selbst Feindseligkeiten gegen die deutschen Truppen ausübten.

Es folgten die Kämpfe vor Metz. Napoleon hatte bereits das Obercommando niedergelegt und dasselbe dem Marschall Bazaine übertragen, verließ am 14. August Metz und begab sich mit seinem Sohne nach Châlons. Bazaine war im Begriff, mit dem größten Theil seiner Armee die nämliche Richtung einzuschlagen, sich mit Mac Mahon zu vereinigen und bei Châlons den deutschen Heeren den Weg nach Paris zu verlegen. Dies mußte verhindert, jede der beiden französischen Armeen einzeln geschlagen werden. Bazaine wurde bei Metz festgehalten. Am 14. August wurde die Schlacht bei Colombey-Nouilly auf dem rechten Moselufer improvisirt, der Feind nach den Festungswerken zurückgeworfen, der von ihm schon begonnene Abmarsch verzögert. Kaum hatte Bazaine am 16. August auf dem linken Moselufer die Straße nach Verdün betreten, so stellten sich ihm von der Armee des Prinzen Friedrich Karl die Brandenburger und Hannoveraner in den Weg. Es war ein zwölfstündiges heißes Ringen. Die Bredow'schen Kürassiere und Ulanen, die Gardedragoner unter Graf Brandenburg ritten hier ihren unsterblichen Todesritt. Die Verluste waren groß, aber groß auch der Erfolg dieser Schlacht bei Vionville. Dem Marschall Bazaine war im Westen von Metz ein eherner Schlagbaum vorgelegt. Es galt nun, ihn vom freien Felde unter die Kanonen der Forts und in die Festung zurückzudrängen und dort einzuschließen. Dies war die Aufgabe der Schlacht bei Gravelotte am 18. August.

König Wilhelm, welcher am 16. August sein Hauptquartier

von Herny nach Pont-à-Mousson verlegt hatte, war am 17. früh um 4 Uhr von da aufgebrochen und um 6 Uhr auf dem Schlachtfeld von Vionville eingetroffen. Er ließ die hart mitgenommenen Reiterregimenter vorbeidefiliren, begrüßte die einzelnen Infanteriedivisionen und dankte allen Truppen für ihre heldenmüthige Tapferkeit. Dann hielt er unter freiem Himmel Kriegsrath. Prinz Friedrich Karl, General Moltke und der Generalstabschef der zweiten Armee, General Stiehle, nahmen daran theil. Der Schlachtplan für den anderen Tag wurde besprochen. Der König wollte selbst das Obercommando in der Schlacht übernehmen. Abends kehrte er nach Pont-à-Mousson zurück. Am 18. früh fuhr er wieder nach Gorze, bestieg dort sein braunes Reitpferd Romeo, ritt zunächst nach der Höhe von Flavigny, nahm hier mit dem großen Generalstab Stellung und übernahm die Leitung der Schlacht. Der linke Flügel hatte St. Privat, das Centrum Amanvillers, der rechte Flügel die Stellungen von St. Hubert und Rozerieulles zu nehmen. Von Mittags 12 Uhr bis in die Nacht hinein wurde gekämpft. Die Garde erlitt ungeheure Verluste vor St. Privat. Alle Stellungen wurden genommen. Noch am späten Abend gab es auf dem rechten Flügel kritische Augenblicke. Die Franzosen holten um 7 Uhr zu einem wuchtvollen Angriff aus und fiengen schon an, die Höhen von Gravelotte zu ersteigen, hinter denen der König, zwischen Gravelotte und Rezonville, Nachmittags sich aufgestellt hatte. Er ritt gegen Gravelotte vor, um das Gefecht zu beobachten. Granaten schlugen ein. Der König achtete nicht die Gefahr. Nach 7 Uhr traf das Corps der Pommern auf dem Schlachtfelde ein. Mit ihrer Ankunft war auch hier der Sieg gewonnen. St. Hubert wurde genommen, die übrigen Stellungen in der Nacht vom Feinde geräumt.

Auf dringendes Bitten des Kriegsministers Roon hatte der König endlich seinen gefährlichen Posten vor Gravelotte verlassen und sich nach Rezonville zurückbegeben. General Moltke sprengte am späten Abend heran und meldete, daß auch auf diesem Flügel der Sieg errungen, der Feind im Rückzug begriffen sei. Bismarck diktirte sofort einem Telegraphenbeamten das Siegestelegramm an die Königin. Da es schon dunkel wurde und die Entfernung vom Schlachtfeld nach Pont-à-Mousson 5 Meilen betrug, so kehrte der König nicht mehr dahin zurück, sondern blieb auf dem Schlachtfeld. Er wollte die Nacht in seinem Wagen zubringen. Doch fand sich in Rezonville noch ein Haus, das nicht wie die anderen mit Verwundeten angefüllt war. In einer „Stube" dieses Hauses übernachtete der König, völlig angekleidet, nur mit seinem Mantel bedeckt, auf einem Gestell, das man aus dem königlichen Kranken-Transportwagen in das Haus gebracht und durch ein paar darauf gelegte Sitzkissen des königlichen Wagens in ein Feldbett verwandelt hatte. Am 19. August war der König wieder in aller Frühe in Thätigkeit. Es fragte sich, ob Bazaine noch einmal einen Durchbruch nach Westen versuchen wollte. Für diesen Fall wurden vom Könige bereits die nöthigen Befehle ertheilt. Aber der Angriff unterblieb, und alle Recognoscirungsberichte bestätigten, daß der Feind in die Festung und zwischen die Forts zurückgedrängt sei. Noch von Rezonville aus sandte der König einen Kurier nach Berlin, welcher der Königin Augusta ein Schreiben mit einem detailirteren Schlachtbericht überbrachte. Am Abend dieses Tages kehrte der König nach Pont-à-Mousson zurück. Dort erhielt er am folgenden Tage den Besuch des Kronprinzen, welcher seit seiner Abreise von Berlin am 26. Juli seinen königlichen Vater nicht wieder ge-

sehen hatte. Die kurze Frist von kaum 4 Wochen war durch weltgeschichtliche Ereignisse ausgefüllt. Vater und Sohn sahen sich als Sieger wieder. Der Sieger von Weißenburg und Wörth erhielt aus den Händen des Siegers von Gravelotte das Eiserne Kreuz.

Sofort galt es, die neu gebildete Mac Mahon'sche Armee und den Kaiser Napoleon in Châlons aufzusuchen. Schon am 19. August erließ der König den Befehl, daß 7½ Armeecorps und 2½ Kavalleriedivisionen unter dem Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl zur Einschließung der Bazaine'schen Armee vor Metz zurückgelassen, daß unter dem Oberbefehl des Kronprinzen von Sachsen eine vierte Armee gebildet werden, und daß diese und die Armee des Kronprinzen von Preußen unter dem Obercommando des Königs die weiteren Feldoperationen ausführen sollten. Das nächste Ziel dieser beiden Armeen war Châlons. Der König verlegte am 23. August das Hauptquartier von Pont-à-Mousson nach Commercy und fuhr am 24. über Ligny nach Bar-le-Duc. Nachmittags 3 Uhr traf er in Ligny ein. Dort war seit dem 23. das Hauptquartier des Kronprinzen. Als der König ankam, fand er die Straße voll von hohen Officieren und alles in größter Aufregung. Denn wenige Stunden vorher war die Nachricht eingelaufen, Mac Mahon habe mit seiner ganzen Armee Châlons geräumt. Wohin er seinen Marsch gerichtet habe, wußte man nicht. Der König hatte mit dem Kronprinzen auf der Straße ein langes Gespräch über diese interessante Neuigkeit. Um 4 Uhr reiste er weiter, um noch Bar-le-Duc zu erreichen. Erst am 25. traf im königlichen Hauptquartier die sichere Nachricht ein, daß Mac Mahon nicht westlich nach Paris, sondern nördlich nach der Maas, zum Zweck seiner Vereinigung mit Bazaine, abmarschirt sei. Diese

Richtung entsprach nicht dem ursprünglichen Plane Mac Mahons; sie war ihm von Palikao, dem Chef des neuen Ministeriums, das am 10. August das Kabinet Gramont-Ollivier abgelöst hatte, aufgedrängt worden. Die beabsichtigte Vereinigung unmöglich zu machen, war die strategische Aufgabe Moltke's. In der Nacht vom 25. auf den 26. August erhielten alle Truppenabtheilungen der dritten und vierten Armee den Befehl zur Rechtsschwenkung. Auch ihr Ziel lag nun nicht im Westen, sondern im Norden. Obgleich Mac Mahon einen bedeutenden Vorsprung hatte, so waren ihm doch die deutschen Truppen, welche ungeheure Märsche machten, bald auf den Fersen, und als jener am 27. nach Stenay kam, wo er über die Maas gehen wollte, um stromaufwärts gegen Metz zu marschiren und Bazaine aus der eisernen Umklammerung zu erretten, fand er die dortigen Maasübergänge bereits von den Preußen besetzt. Bei Buzancy, bei Nouart, bei Boncq und bei Beaumont wurde er vom 27. bis 30. August in kleineren und größeren Treffen geschlagen, gieng bei Mouzon über die Maas, vereinigte am 31. August alle seine Truppen in und um Sedan und besetzte die von drei Seiten die Festung umgebenden Anhöhen.

Der König verlegte am 26. August sein Hauptquartier von Bar-le-Duc nach Clermont und am 29. nach Grandpré, von wo aus er am 30. mit dem Generalstab auf die Höhe von Sommauthe sich begab, um von dort den Kampf mit den sich zurückziehenden französischen Truppen zu leiten. Am 30. war das Hauptquartier in Varennes, am 31. in Vendresse, drei Meilen von Sedan. Die ganze Armee marschirte am 31. gegen Sedan. Es waren etwa 250,000 Mann mit 200 Kanonen. Rings um die Festung bildeten diese gewaltigen Massen einen fast undurchdringlichen Wall. Ein Entweichen war kaum möglich.

Zwischen 4 und 5 Uhr Morgens am 1. September begann die Schlacht bei Sedan. Der Widerstand der Feinde war verzweiflungsvoll. Aber gegen die deutsche Strategie konnten sie nichts ausrichten. Der Kreis, in welchem sie sich bewegten, wurde von Stunde zu Stunde enger. Zwischen 3 und 4 Uhr war die ganze französische Armee im Walde von Garenne und in Sedan zusammengedrängt, in einem Raume, dessen Durchmesser nicht länger als eine halbe Stunde war. Dicht am Walde und dicht an den Thoren der Festung standen die deutschen Bataillone; ihre treffliche Artillerie beherrschte den ganzen inneren Kreis und sperrte alle Ausgänge. Die Verwirrung unter den feindlichen Reihen erreichte den höchsten Grad. Entweder Vernichtung oder Ergebung war die Alternative. Es gab kein Drittes mehr.

Mit Tagesanbruch hatte sich König Wilhelm mit dem großen Generalstab von Vendresse aus auf eine Anhöhe begeben, welche östlich von Chevenge und südlich von Frénois liegt. Der Kronprinz, welcher weiter vorwärts, auf einer bei Donchery vorspringenden Bergkuppe, in der Nähe des Schlößchens Donchery, Aufstellung genommen hatte, ließ gegen 4 Uhr ins Hauptquartier melden: „Großer Sieg!" und begab sich gleich darauf selbst auf die Anhöhe hinter Frénois. Von dort aus übersah man die ganze Stadt. Die verzweiflungsvolle Lage der feindlichen Armee lag offen wie auf einer Bühne vor den Augen der deutschen Strategen. Doch sah man immer noch keine Parlamentärflagge. Um dem Feinde zu zeigen, daß seine Existenz vollständig von den deutschen Batterien abhänge, befahl der König, daß die bei Frénois aufgestellte große Batterie das Bombardement der Stadt eröffne. Nach einer Viertelstunde standen bereits mehrere Häuser in Brand. Darauf ließ der König die Be-

schießung wieder einstellen und schickte, im Gedanken, daß nun der Feind seine Lage begriffen haben werde, den Oberstlieutenant Bronsart vom großen Generalstab mit einer weißen Fahne ab. Derselbe sollte Armee und Festung zur Uebergabe auffordern. Unterwegs traf dieser einen bairischen Officier, der im Begriff war, dem Könige zu melden, daß ein französischer Parlamentär mit weißer Fahne am Thore sich gemeldet habe. Die Ulanenlanze mit dem weißen Tuche, welche auf Befehl Napoleon's der General Lauriston auf der Mauer aufgepflanzt hatte, war nicht beachtet worden. Bronsart wurde in die Stadt eingelassen und zu dem Kaiser geführt. Daß dieser in Sedan sei, wußte man im deutschen Hauptquartier nicht. Als Bronsart sich seines Auftrages entledigt hatte, antwortete Napoleon ausweichend, daß jener sich mit seinem militärischen Auftrag an den General Wimpffen zu wenden habe, der für den Vormittags verwundeten Marschall Mac Mahon das Obercommando übernommen habe. Er selbst, setzte er hinzu, werde seinen Generaladjutanten Reille mit einem Brief an den König absenden. General Wimpffen, an den sich nun Bronsart mit der Aufforderung zur Uebergabe wandte, antwortete ablehnend und gab seine Entlassung ein, die er jedoch auf ein Schreiben Napoleons wieder zurücknahm. Nun eilte Bronsart nach Frénois zurück und meldete dem König, daß Napoleon selbst in Sedan sei, und daß ein Adjutant desselben sofort erscheinen werde. „Du kannst Dir den Eindruck denken, den es auf mich vor Allen und auf Alle machte,“ schrieb der König in seinem Brief vom 3. September an die Königin Augusta. In tiefster Ergriffenheit schüttelte der König dem Kronprinzen, dem General Moltke, dem Grafen Bismarck, dem Kriegsminister Roon, dem General Podbielski die Hand.

Es war gegen 7 Uhr. Schon fieng es an zu dunkeln.

Von Sedan her sah man den General Reille in Begleitung des Hauptmanns Winterfeld und eines Ulanentrompeters mit der Parlamentärflagge herankommen. Der König trat etwas vor; unmittelbar hinter ihm standen der Kronprinz, Bismarck, Moltke, Roon, in einem weiten Halbkreise das stattliche Gefolge von Fürsten und Generalen, hinter diesen die Stabswache. General Reille übergab dem König das Schreiben des Kaisers mit den Worten: „Dies ist der einzige Auftrag, den mir mein Kaiser übergeben hat!" Der König erwiderte, das Schreiben entgegennehmend: „Aber ich verlange als erste Bedingung, daß die Armee die Waffen strecke." Dann trat er einige Schritte zurück und las in einer Gruppe, die aus dem Kronprinzen, dem Prinzen Karl, dem Großherzog von Weimar, dem Herzog von Koburg, Bismarck und Moltke bestand, das Schreiben des Kaisers vor: „Monsieur mon frère! N'ayant pas pu mourir au milieu de mes troupes, il ne me reste qu'à remettre mon épée aux mains de Votre Majesté. Je suis de Votre Majesté le bon frère. — Sedan le 1. Septembre. Napoléon." Nach einer kurzen Unterredung mit dem Kronprinzen, mit Bismarck und Moltke, begab sich der König ganz in den Hintergrund, setzte sich auf einen Stuhl, benutzte einen zweiten Stuhl, welchen Major Alten in die Höhe hielt, als Schreibtisch und schrieb an Napoleon folgende Antwort: „Monsieur mon frère! En regrettant les circonstances, dans lesquelles nous nous rencontrons, j'accepte l'épée de Votre Majesté et je vous prie de bien vouloir nommer un de Vos officiers muni de Vos pleins pouvoirs, pour traiter de la capitulation de l'armée qui s'est si bravement battue sous Vos ordres. De mon côté j'ai désigné le général de Moltke à cet effet. Je suis de Votre Majesté le bon frère. — Devant Sedan le 1. Septembre 1870.

Guillaume.“ Major Alten überbrachte dieses Schreiben dem General Reille, welcher, nachdem er von mehreren Personen, auch vom König freundlich begrüßt worden war, wieder zu Pferd stieg und nach Sedan zurückkehrte. Der König beauftragte Bismarck, zurückzubleiben, für den Fall daß bei den Kapitulationsverhandlungen politische Fragen zur Sprache kämen, ritt dann zu seinem Wagen und fuhr nach Vendresse, auf der Straße überall von stürmischen Hurrahs der heranziehenden Trains begrüßt, welche die Nationalhymne anstimmten. „Es war ergreifend!“ schrieb der König in dem schon angeführten Briefe, „Alles hatte Lichter angezündet, so daß man zeitweise in einer improvisirten Illumination fuhr. Um 11 Uhr war ich hier und trank mit meiner Umgebung auf das Wohl der Armee, die solches Ereigniß erkämpfte.“

In dem Schlößchen Donchery wurden Nachts 10 Uhr die Kapitulationsverhandlungen eröffnet. General Wimpffen, sein Generalstabschef General Faure und General Castelnau, welcher die persönlichen Interessen des Kaisers vertreten sollte, waren mit ihren Adjutanten schon an Ort und Stelle, als die deutschen Bevollmächtigten eintraten. Mit Moltke kamen Bismarck und Podbielski und einige Adjutanten. Wimpffen und Moltke stellten einander ihre Begleiter vor. Man setzte sich an einen Tisch. Moltke saß Wimpffen gegenüber. Es herrschte Todtenstille. Der große Schweiger wollte Wimpffen die Ehre des ersten Wortes lassen. Dieser faßte sich endlich und sprach den Wunsch aus, die Bedingungen, unter welchen die Kapitulation der Armee vom König angenommen würde, kennen zu lernen. Moltke erwiderte, die Bedingung sei: „Niederlegung der Waffen und Kriegsgefangenschaft der ganzen französischen Armee samt den Officieren.“ Dies klang für die Franzosen kurz und hart

wie ein eherner Schicksalsspruch. Sie wehrten sich; sie wurden theatralisch; sie waren nahe daran, Helden zu werden; alles vergebens! Moltke wies ihnen mit mathematischer Präcision nach, daß ihnen, wenn sie sich nicht samt und sonders zusammenschießen lassen wollten, absolut nichts anderes übrig bleibe, als diese Bedingungen anzunehmen. Wimpffen verlangte endlich Bedenkzeit und bat um Bewilligung eines Waffenstillstandes von 24 Stunden. Moltke lehnte das Gesuch ab und erklärte, daß, wenn am 2. September Vormittags 9 Uhr die von ihm gestellten Bedingungen nicht angenommen seien, die Beschießung der Stadt sofort beginnen würde. Es war Nachts 1 Uhr. Die Unterhandlungen wurden abgebrochen. Moltke und Bismarck begaben sich nach Donchery, Wimpffen nach Sedan.

Am 2. September Morgens 5 Uhr fuhr Napoleon mit einigen Generalen aus der Stadt Sedan in der Richtung nach Donchery. Er glaubte, dort den König treffen und in einer Unterredung mit ihm mildere Kapitulationsbedingungen erlangen zu können. Bismarck, von General Reille aufgesucht, ritt dem Kaiser entgegen, traf ihn zwischen Sedan und Donchery und gieng mit ihm in letzteren Ort, wo er in und vor der Wohnung eines Arbeiters die bekannte, von ihm selbst in seinem Bericht vom 2. September geschilderte Unterredung mit dem Kaiser hatte. Von Bismarck erst erfuhr Napoleon, daß der König sein Hauptquartier in Vendresse habe. Der Zweck seiner Fahrt war also verfehlt. Auch bei Bismarck richtete er nichts aus; denn dieser wies ihn hinsichtlich der Kapitulationsbedingungen, einer rein militärischen Sache, an Moltke. Berührte dagegen Bismarck die Friedensunterhandlungen, so ließ sich auch Napoleon auf nichts ein und sagte, er sei ein Gefangener, die Kaiserin-Regentin und das Ministerium Palikao bilden allein das Gouver-

nement. Als General Moltke, durch einen Officier herbeigeholt, in das Zimmer trat, äußerte Napoleon den Wunsch, es möchte der französischen Armee gestattet werden, auf belgisches Gebiet überzutreten. Moltke, welcher eben im Begriff war, den König aufzusuchen, antwortete, daß er zwar dem Könige von dem Wunsch des Kaisers Mittheilung machen werde, aber nicht in der Lage sei, denselben zu befürworten. Napoleon klagte zuletzt, daß er durch den Druck der öffentlichen Meinung Frankreichs zum Kriege genöthigt worden sei, und ließ sich zwischen 9 und 10 Uhr von Bismarck nach dem Schlößchen Bellevue geleiten, das dieser dem König als Ort der Zusammenkunft vorschlagen wollte. Auch General Wimpffen war dort. Die Kapitulationsverhandlungen wurden wieder aufgenommen. Im Auftrag des Generals Moltke kam Rittmeister Graf Nostiz und machte Bismarck die Meldung, daß der König erst nach Abschluß der Kapitulation den Kaiser sehen und sprechen wolle. Wimpffen, durch Bismarck hievon benachrichtigt, gab nun alle Hoffnung auf, andere Bedingungen zu erhalten, und ergab sich in sein Schicksal. Darauf verließ Bismarck das Schlößchen Bellevue, um dem König über die Lage der Dinge Meldung zu machen.

Der König war um 8 Uhr Morgens von Vendresse abgefahren. Noch hatte er keine Meldung über die Kapitulationsverhandlungen erhalten. Für diesen Fall war am Abend des vorigen Tages verabredet worden, daß er sich wieder nach dem Schlachtfeld begebe, um seine weiteren Befehle, nöthigenfalls auch zur Beschießung der Stadt, zu ertheilen. Auf dieser Fahrt war er Moltke begegnet, der eben von Donchery, nachdem er den Kaiser gesprochen hatte, kam. Moltke hatte, als er von den Verhandlungen mit Wimpffen Nachts 1 Uhr in sein Quartier gekommen war, den Wortlaut der Kapitulation aufsetzen

lassen, in der festen Ueberzeugung, daß Wimpffen, was er Nachts 1 Uhr nicht angenommen habe, Vormittags 9 Uhr annehmen müsse. Kaum hatte er ein wenig ausgeruht, so war er zum Kaiser berufen worden, und nach kurzer Unterredung mit demselben hatte er sich auf den Weg nach Vendresse gemacht, um dem König über die Verhandlungen mit Wimpffen Bericht zu erstatten, den Kapitulations-Entwurf zur Genehmigung vorzulegen und ihm zugleich zu melden, daß Napoleon ihn zu sprechen wünsche. Der König genehmigte den Entwurf und fuhr dann, während Moltke nach dem Schlößchen Bellevue ritt, nach der Anhöhe bei Frénois, wo er Tags vorher seinen Standort gehabt hatte. Er kam dort gegen 10 Uhr an. Moltke traf unterwegs mit Bismarck zusammen. Beide begaben sich nach Bellevue und theilten Wimpffen den Text der Kapitulation mit. Es half kein Widerstreben. Wimpffen erkannte sogar dankbar an, daß allen Officieren, welche nicht durch Gefangennehmung in der Schlacht, sondern durch Kapitulation in die Gewalt des Siegers gekommen waren, die Entlassung auf Ehrenwort bewilligt worden war. Um 11 Uhr Vormittags wurde die Kapitulationsurkunde von Moltke und Wimpffen unterzeichnet. 83,000 Mann samt dem Kaiser und einem Marschall, 558 Geschütze, 1 Adler, 2 Fahnen und eine Menge anderer Beutestücke kamen durch die Kapitulation in die Gewalt des Königs von Preußen. Die Großartigkeit des Ereignisses spottete aller Vergleichungen. Die deutsche Kriegsgeschichte kennt kein Seitenstück zu Sedan. Der Feldzug war an einem Abschluß angekommen. Vier Wochen hatte er bis jetzt gedauert, und bereits war die eine Armee des Feindes geschlagen und zersprengt, die andere nach dreitägigen Kämpfen in eine Festung zurückgeworfen und eingeschlossen, die dritte in Kriegsgefangenschaft gebracht. Das

kaiserliche Frankreich lag zu den Füßen des Siegers. Der Weg nach Paris war frei. Neue Kämpfe, neue Siege waren in Aussicht.

Bald nach 12 Uhr kamen Moltke und Bismarck auf die Höhe von Frénois. Moltke überreichte dem König die unterschriebene Kapitulationsurkunde. Der Kronprinz, der Großherzog von Weimar, der Herzog von Koburg, Prinz Luitpold von Baiern, Prinz Friedrich von Hessen, der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin waren zugegen. Auf Befehl des Königs las der Generaladjutant Treskow die Kapitulationsurkunde vor. Darauf hielt der König folgende Ansprache an die anwesenden Fürsten: „Sie wissen nun, meine Herren, welch' großes geschichtliches Ereigniß sich zugetragen hat. Ich verdanke dies den ausgezeichneten Thaten der vereinigten Armeen, denen ich mich gerade bei dieser Gelegenheit gedrungen fühle, meinen königlichen Dank auszusprechen, um so mehr, als diese großen Erfolge wohl geeignet sind, den Kitt noch fester zu gestalten, der die Fürsten des Norddeutschen Bundes und meine anderen Verbündeten, deren fürstliche Mitglieder ich in diesem großen Momente zahlreich um mich versammelt sehe, mit uns verbündet, so daß wir hoffen dürfen, einer glücklichen Zukunft entgegen zu gehen. Allerdings ist unsere Aufgabe mit dem, was sich unter unseren Augen vollzieht, noch nicht vollendet; denn wir wissen nicht, wie das übrige Frankreich es aufnehmen und beurtheilen wird. Darum müssen wir schlagfertig bleiben; aber schon jetzt meinen Dank jedem, der ein Blatt zum Lorbeer- und Ruhmeskranze unseres Vaterlandes hinzugefügt."

Gegen 1 Uhr ritt der König unter dem Geleite der Stabswache nach dem Schlößchen Bellevue. Den oben angeführten Personen hatten sich die beiden Brüder des Königs, die Prinzen

Karl und Albrecht von Preußen, und die Prinzen Wilhelm und Eugen von Württemberg angeschlossen. Es war die Frage aufgeworfen worden, ob es sich mit der Würde des Königs vertrage, daß er den gefangenen Kaiser besuche, oder ob er denselben zu einer Unterredung in sein Hauptquartier kommen lassen solle. Napoleon I. hatte nach der Schlacht bei Austerlitz den Kaiser Franz, der auch um eine Unterredung bat, in der Nähe von Nasiedlowitz zu sich kommen lassen und den östreichischen Kaiser, der nur von Lamberti begleitet war, auf freiem Feld, umgeben von einem glänzenden militärischen Gefolge, empfangen. Den hochmüthigen Blicken der französischen Marschälle ausgesetzt, kam sich der ohnedies zum Imponiren nicht geschaffene Kaiser Franz wie ein armer Sünder vor. Es war ein politisches Kanossa. Aber diese unedle Demüthigung vom 4. December 1805 hat Kaiser Franz, auch als er fünf Jahre nachher die zweifelhafte Ehre hatte, der Schwiegervater seines Besiegers zu sein, niemals vergessen. König Wilhelm dachte anders. Großmuth für die Zierde eines Siegers haltend, glaubte er, daß es seiner königlichen Würde keinen Eintrag thue, wenn er dem so tief gefallenen Kaiser einen Besuch mache, bevor er ihn in die Gefangenschaft abführen lasse.

Kaiser Napoleon saß gegen 2 Uhr in einem der Glassalons des Schlößchens. Er gieng mit großen Schritten auf und ab. Dann setzte er sich an die Glaswand, den Blick starr nach der Straße gerichtet. In der Ferne hörte er den Tritt von Pferden; näher und immer näher kam das Geräusch; Reiter sprengten an; donnerndes Hurrah erscholl aus den Reihen der bairischen Infanteristen und der württembergischen Artilleristen, welche mit 48 Kanonen vor dem Schlößchen standen. Der verhängnißvolle Augenblick war da. Der König und der Kronprinz stiegen vom

Pferd und wandten sich nach der Treppe; das fürstliche Gefolge blieb zurück. Die Generaladjutanten des Kaisers kamen die Treppe herab bis zur untersten Stufe und empfiengen ehrfurchtsvoll die beiden königlichen Sieger. Napoleon verließ den Glassalon, gieng durch den gleichfalls mit Glaswänden versehenen Vorflur und stieg eine einzige Stufe der Treppe hinab. Während der König die Stufen hinanstieg, nahm Napoleon mit der rechten Hand die Militärmütze ab und gab dem König, der ihm die rechte Hand entgegenhielt, die linke. Darauf giengen Beide, König Wilhelm und Kaiser Napoleon, durch den Vorflur und den Glassalon in den Mittelsalon, während der Kronprinz im Glassalon zurückblieb. Was im Mittelsalon unter vier Augen gesprochen wurde, darüber ist nichts Authentisches zur öffentlichen Kenntniß gekommen. Ein württembergischer Artillerieofficier, der, zu Pferde sitzend, das Zimmer übersehen und die Bewegungen beobachten konnte, berichtet hierüber: „Der König habe eine Karte in der Hand gehabt und sie ziemlich lange dem Kaiser gezeigt; dabei habe er eifrig gesprochen und zuweilen auf einzelne Punkte der Karte gedeutet; dann habe er eine Urkunde hervorgezogen, sei an einen Tisch getreten und habe Napoleon unterschreiben lassen. Darauf hätten Beide einander die Hand gereicht.“ Es scheint also bei dieser Unterredung, welche etwa eine Viertelstunde dauerte, von dem künftigen Aufenthaltsort des Kaisers und von dem dahin führenden Wege die Rede gewesen zu sein. Nach Beendigung der Unterredung trat, auf die Aufforderung des Königs, der Kronprinz in den Salon. Der Kaiser reichte ihm die Hand und sprach einige Worte mit ihm. Beim Abschied begleitete er den König und den Kronprinzen aus dem Salon. Beide stiegen wieder zu Pferd. „Wir waren beide sehr bewegt über dieses Wiedersehen“, schrieb der

König in seinem Briefe vom 3. September; „was ich alles empfand, nachdem ich noch vor drei Jahren Napoleon auf dem Gipfel seiner Macht gesehen hatte, kann ich nicht beschreiben."

Es war 2½ Uhr, als der König mit seinem Gefolge von dem Schlößchen Bellevue wegritt. Er machte darauf einen Rundritt bis gegen 7½ Uhr, besuchte die Bivouaks sämtlicher Armeecorps und wurde überall mit unbeschreiblichem Jubel und mit dem Rufe: „Nach Paris! Nach Paris!" empfangen. Als es Nacht wurde, zündeten die Soldaten längs des ganzen Weges Feuer an und stellten sich mit Lichtern auf, so daß der König, der sich zuletzt des Wagens des Prinzen Albrecht bediente, auf der Straße und in den Dörfern durch eine ununterbrochene Illumination fuhr. Erst Nachts zwischen 1 und 2 Uhr kam er in das Hauptquartier nach Vendresse zurück. Dort schrieb er am 3. September den bereits erwähnten Brief an die Königin, dessen Eingang die edle und demüthige Gesinnung des Siegers so trefflich kennzeichnet: „Es ist wie ein Traum, selbst wenn man es Stunde für Stunde hat abrollen sehen. Wenn ich mir denke, daß nach einem großen glücklichen Kriege ich während meiner Regierung nichts Ruhmreicheres mehr erwarten konnte und ich nun diesen weltgeschichtlichen Akt erfolgt sehe, so beuge ich mich vor Gott, der allein mich, mein Heer und meine Mitverbündeten auserſehen hat, das Geschehene zu vollbringen, und uns zu Werkzeugen seines Willens bestellt hat. Nur in diesem Sinne vermag ich das Werk aufzufassen, um in Demuth Gottes Führung und seine Gnade zu preisen." Ueber die Haltung Napoleons sagte der König in einem Telegramm vom 4. September aus Varennes: „Welch' ein ergreifender Augenblick, der der Begegnung mit Napoleon! Er war gebeugt, aber würdig in seiner Haltung und ergeben!" Am Abend des 3. Sep-

tember waren alle höheren Officiere zur königlichen Tafel geladen, und dabei wurde, während sonst nur gewöhnlicher Landwein getrunken wurde, auf Befehl des Königs zu Ehren der großen Ereignisse Champagner getrunken. Der König brachte bei der Tafel folgenden Trinkspruch aus: „Wir müssen heute aus Dankbarkeit auf das Wohl meiner braven Armee trinken. Sie, Kriegsminister von Roon, haben unser Schwert geschärft, Sie, General von Moltke, haben es geleitet, und Sie, Graf von Bismarck, haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf seinen jetzigen Höhepunkt gebracht. Lassen Sie uns also auf das Wohl der Armee, der drei von mir Genannten und jedes Einzelnen unter den Anwesenden trinken, der nach seinen Kräften zu den bisherigen Erfolgen beigetragen hat!“

Napoleon reiste am 3. September Morgens 9 Uhr vom Schlößchen Bellevue ab, um sich über Belgien, Aachen, Köln nach dem Schlosse Wilhelmshöhe bei Kassel zu begeben, das ihm König Wilhelm für die Dauer seiner Kriegsgefangenschaft als Aufenthaltsort angewiesen hatte. Dort kam er am 5. Nachts 10 Uhr an. Nach Abschluß der Versailler Friedenspräliminarien wurde er aus seiner Haft entlassen. Er verließ am 19. März Wilhelmshöhe und kam am 20. März in Chislehurst, in der Nähe von London, an. Dort erwarteten ihn seine Gemahlin und sein Sohn. Am 9. Januar 1873 starb er in Chislehurst.

Wie sehr das königliche Hauptquartier auf der Höhe seiner Aufgabe stand, konnte man am 2. September auch aus der weiteren Thatsache sehen, daß eine Stunde nach Abschluß der Kapitulation bereits die Befehle zum Marsch nach Paris ertheilt wurden. Der Marsch wurde am 3. angetreten, und am 19. stand die dritte und vierte Armee mit etwa 150,000 Mann

und 622 Geschützen vor Paris und begann die Cernirung der Stadt. Die Stärke dieser Armee wurde im Oktober noch bedeutend vermehrt. Der König verließ Vendresse am 4. September, nahm Quartier in Rethel, Reims, Château-Thierry, Meaux, Ferrières und siedelte am 5. Oktober nach Versailles über, wo er im Präfekturgebäude Wohnung nahm. In Paris war am 4. September die kaiserliche Regierung gestürzt, die Republik proklamirt und eine „Regierung der nationalen Vertheidigung" eingesetzt worden. An der Spitze derselben stand General Trochu, welcher zugleich Generalgouverneur von Paris war. Das Ministerium des Auswärtigen übernahm Jules Favre, das des Inneren Gambetta. Letzterer verließ am 6. Oktober Paris in einem Luftballon und bemächtigte sich bei der Außenregierung, welche für das übrige Frankreich in Tours, später in Bordeaux errichtet wurde, der Diktatur. Er benutzte dieselbe, um die ganze waffenfähige Mannschaft Frankreichs unter die Fahnen zu rufen und die eingeschlossene Hauptstadt zu befreien.

Die republikanische Regierung gab sich den Anschein, als ob sie nur Friedensgedanken hegte, erklärte aber zugleich, daß sie jedenfalls keinen Fuß breit Landes, keinen Stein von den Festungen abtreten werde. Bismarck beantwortete diese höchst einseitige Auffassung der Sache mit zwei Rundschreiben, worin er als erste Bedingung eines Friedensschlusses die Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen samt den Festungen Straßburg und Metz bezeichnete. Die Unterredungen, welche Favre in Ferrières, Thiers, nach seiner verfehlten Rundreise in die Hauptstädte der Großmächte, in Versailles mit Bismarck hatte, führten zu keinem Resultat, da die französische Regierung schlechterdings nicht zugeben wollte, daß das besiegte Frankreich

die nämliche Behandlung sich gefallen lassen müsse, wie jedes andere besiegte Land. Um die französische Regierung zu dieser Erkenntniß zu bringen, mußte somit König Wilhelm den Krieg mit allem Nachdruck fortsetzen. Die Bezwingung von Paris zog sich länger hinaus, als man anfangs geglaubt hatte, da die Stadt, wenn auch keine ausgezeichneten Strategen und keine wohl disciplinirten Soldaten, so doch eine Menge streitbarer Mannschaft hatte und auf mehr als vier Monate verproviantirt war. Vom 19. September bis zum 19. Januar unternahm die Pariser Regierung mehrere kleinere und größere Ausfälle, welche hauptsächlich den Zweck hatten, der Cernirungsarmee wichtige Stützpunkte zu entreißen oder deren Linien zu durchbrechen und die Pariser Armee mit den in den Provinzen gebildeten neuen Armeen in Verbindung zu bringen. Die Beschießung der Stadt konnte, da die Herbeischaffung des Belagerungsparks mit großen Schwierigkeiten verbunden war, erst zu Anfang Januars beginnen. Alle Ausfälle, unter welchen wir den von Chatillon, von Le Bourget, von Champigny und Villers, vom Mont Valérien hervorheben, wurden von den Cernirungstruppen zurückgeschlagen.

König Wilhelm nahm während seines Aufenthalts in Versailles an allen politischen Verhandlungen und militärischen Aktionen Antheil. Mit Bismarck, Moltke, Roon wurden alle wichtigen Angelegenheiten, der jeweilige Stand der Diplomatie, die Fortschritte der Belagerung, die Märsche und Kämpfe der übrigen Armeen besprochen und auf dies hin die nöthigen Anordnungen getroffen. Von sämtlichen deutschen Truppentheilen, welche nach und nach über ein Drittheil von Frankreich zerstreut waren, liefen in Versailles die Telegraphendrähte zusammen. Den im Norden, Süden und Osten Frankreichs

operirenden Armeen mußte, wenn auch eine ängstliche Bevormundung der kommandirenden Generale absichtlich vermieden wurde, in fast täglichen Befehlen Richtung und Ziel angegeben werden. Zwischen 9 und 10 Uhr Vormittags sah man Moltke fast täglich im Präfekturgebäude. Dies war die Stunde, wo er dem König Vortrag zu halten hatte. Der Kronprinz und General Podbielski waren regelmäßig anwesend. Karten wurden auf dem Tisch ausgebreitet, und Moltke entwickelte seinen der militärischen Lage des Augenblicks angepaßten Operationsplan. Derselbe wurde besprochen, und der König entschied. Von dem Aquadukt von Marly aus, welcher einen weiten Ueberblick über die Umgegend von Paris darbot, beobachtete der König gewöhnlich die Gefechte im Süden der Stadt und die Fortschritte der Beschießung. In ruhigeren Stunden wurden die Lazarethe besucht. Der König gieng von einem Krankenlager zum anderen, hatte Worte des Trostes und der Ermuthigung und belohnte das Verdienst durch Ueberreichung des Eisernen Kreuzes. Der Krieg wurde mit möglichster Humanität geführt. Noch nie hat ein feindliches Heer in einem von ihm besetzten Lande eine so musterhafte Zucht beobachtet. Aber bei aller Nachsicht und Geduld, welche der König, namentlich gegenüber der Hauptstadt Paris, an den Tag legte, blieb er doch in der Festhaltung seines großen Zieles unerbittlich: Paris mußte kapituliren, Frankreich mußte die in früheren Jahrhunderten dem Deutschen Reiche entrissenen Provinzen zurückgeben, die franzosenfreundlichen Regierungen der auswärtigen Mächte mußten ihm allein die Aufstellung der Friedensbedingungen überlassen.

Diese Aufgabe wurde durch die Kapitulation von Straßburg und von Metz, welche am 28. September und 27. Oktober erfolgte, erleichtert. Wenige Wochen nachher war ganz Elsaß

in den Händen der deutschen Armee. Das Corps des Generals Werder, welches vor Straßburg gestanden war, wandte sich nun gegen Belfort und Dijon. Durch die Kapitulation von Metz wurden 3 Marschälle, 6000 Officiere, 173,000 Mann zu Kriegsgefangenen gemacht, 53 Adler, 66 Mitrailleusen, 541 Feldgeschütze, 800 Festungsgeschütze, gegen 300,000 Gewehre und andere Kriegsvorräthe erbeutet. Dem König erschien dieses Ereigniß, durch welches „die letzte der feindlichen Armeen, die uns beim Beginn des Feldzuges entgegengetreten, vernichtet wurde", so bedeutend, daß er am 28. Oktober einen Armeebefehl erließ, worin er Allen und jedem Einzelnen, vom General bis zum Soldaten, seinen Dank und seine Anerkennung für die Beweise von militärischer Zucht und Tapferkeit aussprach. „Ich wünsche Euch Alle auszuzeichnen und zu ehren, indem ich meinen Sohn, den Kronprinzen von Preußen, und den General der Kavallerie, Prinzen Friedrich Karl von Preußen, die in dieser Zeit Euch wiederholt zum Siege geführt haben, zu Generalfeldmarschällen befördere." Diese höchste militärische Würde hatte bis jetzt noch kein hohenzollern'scher Prinz bekleidet. General Moltke, welcher durch seine geniale Strategie so viel zu diesen Erfolgen beigetragen hatte, wurde vom König in den Grafenstand erhoben. Von allen Seiten liefen in Versailles Glückwunschtelegramme ein. König Ludwig von Baiern begrüßte in einem Telegramm den König als „Wilhelm den Siegreichen."

Es war Zeit, daß die vor Metz festgehaltenen Streitkräfte für andere Zwecke verwendbar wurden. Denn südlich und nördlich von Paris thürmten sich Gefahren auf. Aus der Cernirungsarmee wurden zwei neue Feldarmeen gebildet, wovon die eine unter Prinz Friedrich Karl nach der Loire, die andere unter General Manteuffel gegen die französische Nordarmee

zog. An der Loire hatte sich schon im Oktober eine französische Armee unter General de la Motterouge gezeigt. Ihr Ziel war Paris. König Wilhelm hatte ihr den bairischen General von der Tann mit einigen Truppen entgegengeschickt. Die Franzosen wurden zurückgeschlagen, Orleans und einige westlich gelegenen Städte genommen. Wenige Wochen nachher zog eine weit bedeutendere französische Armee unter Aurelle de Paladines von der Loire gegen Paris. Die Deutschen räumten Orleans und verlegten dem Feinde den Weg. Der Großherzog von Mecklenburg führte neue Truppen herbei und übernahm dort das Commando. Der Feind, obgleich numerisch sehr überlegen, wagte keinen weiteren Angriff und verschanzte sich vor Orleans. Prinz Friedrich Karl zog in Eilmärschen heran, übernahm das Obercommando über sämtliche Truppen, schlug den Feind in täglichen Kämpfen vom 24. November bis 4. December und nahm wieder Orleans. Aurelle wurde abgesetzt und seine Armee in zwei getrennt operirende Theile getheilt, wovon der eine von General Chanzy, der andere von General Bourbaki befehligt wurde. Prinz Friedrich Karl drängte die Armee Chanzy's die Loire abwärts, nahm Blois und Tours und zwang den General Chanzy, auch Vendôme aufzugeben und sich nach Le Mans zurückzuziehen. Am 6. Januar 1871 zog er ihm nach, drängte seine Vortruppen Tag für Tag zurück, nöthigte ihn, auch Le Mans aufzugeben und in die Bretagne sich zu flüchten. Der Prinz besetzte am 12. Januar Le Mans, der Großherzog von Mecklenburg Alençon. Von der Loire und von Westen her war für das Versailler Hauptquartier nichts mehr zu fürchten.

Auch die französische Nordarmee, zuerst von General Farre, dann von General Faidherbe befehligt, wurde in wenigen

Wochen kampfunfähig gemacht. General Manteuffel schlug die Franzosen am 27. November bei Moreuil und besetzte Amiens, die alte Hauptstadt der Picardie. Darauf zog er nach der Normandie und besetzte deren Hauptstadt Rouen und die Hafenstadt Dieppe. Als sein Rücken durch General Faidherbe bedroht wurde, zog er wieder östlich und schlug die Franzosen bei Querrieux und bei Bapaume. General Göben, welcher, als Manteuffel zum Oberbefehlshaber der gegen Bourbaki operirenden Südarmee ernannt wurde, den Oberbefehl gegen Faidherbe übernahm, schlug denselben am 19. Januar in der Entscheidungsschlacht von St. Quentin.

Inzwischen war General Werder mit dem 14. Armeecorps im Osten Frankreichs bis gegen Dijon vorgedrungen und hatte die dortigen französischen Streitkräfte und den italienischen Freibeuter Garibaldi in mehreren Treffen zurückgeschlagen. Da faßte der Diktator Gambetta einen kühnen Plan. Das Werder'sche Corps sollte durch eine Uebermacht erdrückt, das belagerte Belfort entsetzt, Elsaß zurückerobert, die Hauptverbindungslinien zwischen Versailles und Deutschland aufgehoben werden. General Bourbaki erhielt den Befehl, mit 3 Armeecorps nach Besançon zu eilen und den Oberbefehl über sämtliche dortigen Streitkräfte, gegen 150,000 Mann, zu übernehmen. Nun gab General Werder rasch Dijon auf, nahm mit 40,000 Mann südlich von Belfort eine feste Stellung, schlug die Angriffe Bourbaki's am 15., 16. und 17. Januar zurück und zwang den Feind zum Rückzug nach Besançon. Bevor derselbe noch weiter, bis Lyon, zurückgieng, ereilte ihn General Manteuffel, welcher mit 2 Armeecorps von Chatillon anmarschirte. Die französische Armee, im Süden, Westen und Norden eingeschlossen, wurde gegen Pontarlier, nach der Schweizer Grenze, zurückgedrängt und hatte

keine andere Wahl mehr, als sich zu ergeben oder auf Schweizer Gebiet überzutreten. Bourbaki, voll Verzweiflung, machte einen Selbstmordversuch; General Clinchant übernahm statt seiner den Oberbefehl über die „Ostarmee“. Pontarlier wurde am 1. Februar von den Deutschen erstürmt, und Clinchant rettete sich mit seiner Armee von 90,314 Mann auf das schweizerische Gebiet, wo dieselbe sofort entwaffnet und bis zum Friedensschluß zurückgehalten wurde. Garibaldi verlegte nun sein ruhmloses Hauptquartier wieder nach der Insel Caprera, und am 18. Februar kapitulirte auch die Festung Belfort, jedoch unter der Bedingung des freien Abzugs der Garnison.

Sämtliche feindlichen Streitkräfte waren zu Boden geworfen. Selbst zur See, wo die Franzosen vermöge ihrer Flotte eine so große Uebermacht hatten, richteten sie nichts aus. Die beiden Flotten, welche, von dem neutralen England mit Kohlen versehen, nach der Nordsee und der Ostsee gesegelt waren, kehrten nach wenigen Wochen wieder nach Cherbourg zurück. An der ganzen deutschen Küste waren so gute Vertheidigungsanstalten getroffen worden, daß die französische Flotte wenn sie auch die Hafenstädte einige Zeit blokiren konnte, doch nirgends einzudringen wagte. Die Wegnahme deutscher Handelsschiffe war ihre einzige Heldenthat. In den kleinen Seegefechten bei Rügen und Danzig hatten sich die deutschen Seemänner wacker gehalten.

Von keiner Seite hatte das eingeschlossene Paris Hilfe zu hoffen. Es war lediglich auf sich selbst angewiesen. In seinem eigenen Innern traten gewaltige Feinde auf. Die Socialdemokraten waren kaum mehr zu bewältigen, die Hungersnoth war nicht mehr länger auszuhalten. Da klopfte am 23. Januar der Minister Favre an die Thore von Versailles. Er war nicht mehr der theatralische Held von Ferrières. Die Verhandlungen

begannen. Am 28. Januar wurde die Kapitulation von Paris abgeschlossen und ein Waffenstillstand von drei Wochen bewilligt. Sämtliche Forts von Paris und das Kriegsmaterial mußte den deutschen Truppen übergeben werden; die Besatzungstruppen wurden kriegsgefangen, blieben aber in Paris; die Nationalgarde durfte auf den besonderen Wunsch Favre's ihre Waffen behalten, die sie wenige Wochen nachher unter der blutrothen Fahne der Commune verwendete; die Stadt Paris zahlte eine Kriegskontribution von 200 Millionen Francs und durfte sich verproviantiren. Am 29. Januar bezogen die deutschen Truppen die Forts von Paris. „Von unseren Belagerungs-Batterien sah ich die preußische Fahne auf Fort Issy flattern", telegraphirte König Wilhelm am 30. Januar der Königin Augusta.

Ein definitiver Friede konnte mit der provisorischen Regierung von Paris nicht geschlossen werden, da diese nur von der Bevölkerung von Paris, nicht von Frankreich gewählt, somit nur eine Vertreterin der Hauptstadt, nicht des ganzen Landes war. Eine wahrhaft nationale Regierung konnte nur von einer neu zu wählenden Nationalversammlung eingesetzt werden. Die von Gambetta dagegen erhobenen Schwierigkeiten führten dessen Rücktritt herbei. Die am 8. Februar gewählte Nationalversammlung wurde am 12. in Bordeaux eröffnet, wählte am 17. Thiers zum Chef der vollziehenden Gewalt und beauftragte denselben, in Gemeinschaft mit den Ministern Favre und Picard Friedensverhandlungen in Versailles einzuleiten. Am 21. Februar erschienen die französischen Unterhändler in dem königlichen Hauptquartier zu Versailles, und am 26. unterzeichneten sie die Friedenspräliminarien. Nach diesem Vertrag sollte Frankreich an Deutschland Elsaß (mit Ausnahme der Stadt und Festung Belfort) und Deutsch-Lothringen nebst Metz abtreten und

binnen 3 Jahren 5 Milliarden Francs Kriegsentschädigung zahlen. Eine bestimmte Anzahl von Departements sollte bis zur Zahlung der letzten Rate dieser Kontributionssumme besetzt bleiben. Die Nationalversammlung genehmigte den Präliminarvertrag. Der definitive Friedensvertrag wurde, nachdem die in Brüssel eröffnete Friedenskonferenz an der Widerwilligkeit der französischen Bevollmächtigten gescheitert war, am 10. Mai 1871 von Bismarck und Favre unterzeichnet. Nachdem am 5. September 1873 die letzte Viertelmilliarde der Kriegskontribution bezahlt war, wurde mit der Räumung des noch besetzten Gebietes begonnen, und am 16. September überschritt der letzte deutsche Soldat die französische Grenze. Manteuffel, kommandirender General der Occupationsarmee, wurde zum Generalfeldmarschall ernannt.

Kaiser Wilhelm

1871—1877.

Schon beim Beginn des Krieges waren alle deutschgesinnten Männer darin einig, daß, falls der Sieg errungen würde, die Trennung zwischen Norddeutschem Bund und süddeutschen Souveränetäten nicht mehr länger bestehen dürfe, sondern ein einiges Deutsches Reich unter bundesstaatlichen Formen geschaffen werden müsse. Der Tag von Sedan war auch für diese Frage entscheidend. In Berlin, München, Stuttgart und an anderen Orten wurden Volksversammlungen veranstaltet und Adressen an den König von Preußen und an die heimischen Regierungen unterschrieben, worin der Sehnsucht des deutschen Volkes nach Erfüllung seiner nationalen Wünsche Ausdruck gegeben war. Die Sicherheit Deutschlands war nur dann gewährleistet, wenn durch Gründung eines Deutschen Reiches die Einheitsbestrebungen der Nation zum Abschluß kamen. Zu der militärischen Einigung, welche schon durch die Allianzverträge von 1866 hergestellt war, mußte die politische hinzukommen. Hatte jene sich so kraftvoll erwiesen, daß das stolze Frankreich nach einem Feldzug von fünf Monaten besiegt zu Boden lag und um Frieden bitten mußte, so konnte durch diese ein Zustand geschaffen werden, bei welchem Deutschland vor Frivolitäten, wie sie am 15. Juli 1870 auf der Rednerbühne der französischen Kammern sich aufgebläht hatten, auf Jahrzehnte sicher war. Die süddeutschen Regierungen konnten sich diesen Wahrnehmungen und

diesen Kundgebungen nicht entziehen. Nach einem verunglückten Versuch, durch Unterhandlungen in München eine günstige Unterlage für einen Verfassungsabschluß zu erhalten, wurden im Oktober 1870 die Verhandlungen nach Versailles verlegt. Die Minister der vier süddeutschen Staaten unterhandelten dort mit Bismarck, Delbrück, Moltke, Roon. Am 15. November wurde in Versailles mit Baden und Hessen, am 23. mit Baiern und am 25. in Berlin mit Württemberg der Verfassungsvertrag abgeschlossen. Dem Partikularismus Baierns mußten zur Rettung des Ganzen starke Koncessionen gemacht werden. Aber um des Besseren willen, das nicht zu erreichen war, durfte man das Gute, das sich entgegentrug, nicht preisgeben. Hatte man doch trotz aller Reservatrechte ein einiges Deutsches Reich und durfte man doch die Abschleifung mancher scharfen Ecke getrost der Zukunft überlassen. Von diesen Gedanken und Hoffnungen getragen, genehmigten die süddeutschen Landtage und der Norddeutsche Reichstag die Versailler Verträge. Die Zustimmung der bairischen Abgeordnetenkammer erfolgte erst am 21. Januar 1871. Die Adresse des Norddeutschen Reichstags nahm der König am 18. December in dem Präfekturgebäude zu Versailles aus den Händen des Reichstags-Präsidenten Simson entgegen.

An die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, das am 1. Januar 1871 officiell ins Leben trat, schloß sich die Wiederherstellung der deutschen Kaiserwürde an. König Ludwig von Baiern ließ durch seinen im Hauptquartier verweilenden Oheim, den Prinzen Luitpold, am 3. December 1870 dem König von Preußen ein Schreiben überreichen, worin er demselben ankündigte, er habe sämtlichen deutschen Fürsten den Vorschlag gemacht, daß dem König von Preußen als dem Präsidenten des neuen Bundes der Titel eines deutschen Kaisers verliehen werden

möchte. Bald darauf konnte er dem König Wilhelm die Mittheilung machen, daß alle deutschen Regierungen damit einverstanden seien. Die officielle Annahme der Kaiserwürde, wofür der 1. Januar in Aussicht genommen war, verzögerte sich wegen des verspäteten Votums der bairischen Abgeordnetenkammer. Als die ultramontanen Mitglieder derselben die Rücksichtslosigkeit gar zu weit trieben, wurde das Votum der Kammer nicht mehr abgewartet.

Bei dem Festmahle am 1. Januar erhob König Wilhelm sein Glas, um dem siegreichen Heere und den anwesenden deutschen Fürsten seinen Dank auszudrücken und von seinen „Hoffnungen auf die Krönung des Werkes, auf einen ehrenvollen Frieden" zu sprechen. Darauf begrüßte ihn der Großherzog von Baden „heute schon" als das Oberhaupt des deutschen Kaiserreiches, bezeichnete die Kaiserkrone als die Bürgschaft unwiderruflicher Einheit und erinnerte den königlichen Schwiegervater an das Wort, welches dessen Bruder Friedrich Wilhelm IV. vor 21 Jahren sprach: „Eine Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfelde errungen werden." Dieses Wort habe sich nun glänzend erfüllt. Das deutsche Heer habe unter des Königs glorreicher Führung die Einheit der deutschen Nation gegen den äußeren Feind erkämpft, und das ehrwürdige Deutsche Reich erstehe heute in verjüngter Kraft.

Am 14. Januar erließ König Wilhelm an sämtliche deutschen Fürsten und freien Städte ein Schreiben, worin er ihnen mittheilte, daß er die ihm von ihnen angetragene Kaiserwürde annehme, und über sein kaiserliches Programm sich kurz und bündig aussprach: „Ich nehme die deutsche Kaiserkrone an, nicht im Sinne der Machtansprüche, für deren Verwirklichung in den ruhmvollsten Zeiten unserer Geschichte die Macht Deutschlands

zum Schaden seiner inneren Entwicklung eingesetzt wurde, sondern mit dem festen Vorsatz, so weit Gott Gnade gibt, als deutscher Fürst der treue Schirmherr aller Rechte zu sein und das Schwert Deutschlands zum Schutze desselben zu führen. Deutschland, stark durch die Einheit seiner Fürsten und Völker, hat seine Stellung im Rathe der Nationen wiedergewonnen, und das deutsche Volk hat weder das Bedürfniß noch die Neigung, über seine Grenzen hinaus etwas anderes als den auf gegenseitiger Achtung der Selbständigkeit und gemeinsamer Förderung der Wohlfahrt begründeten Verkehr der Völker zu erstreben. Sicher und befriedigt in sich selbst und in seiner eigenen Kraft, wird das deutsche Reich, wie ich vertraue, nach siegreicher Beendigung des Krieges, in welchen ein unberechtigter Angriff uns verwickelt hat, und nach Sicherstellung seiner Grenzen gegen Frankreich ein Reich des Friedens und des Segens sein, in welchem das deutsche Volk finden und genießen wird, was es seit Jahrhunderten gesucht und erstrebt hat."

Für die feierliche Proklamirung des deutschen Kaiserreiches wurde vom König Wilhelm der 18. Januar festgesetzt. Dies ist ein für das Haus Hohenzollern und für Preußen wichtiger Gedenktag. Am 18. Januar 1701 hat der Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg in Königsberg die Würde eines Königs von Preußen angenommen und die Krone sich aufgesetzt. Wenn sein Enkel, Friedrich der Große, von ihm sagte, er habe die Krone für seine Nachfolger erworben, als wollte er ihnen zurufen: „Hier habt Ihr den Königstitel, macht Euch desselben würdig! Ich habe den Grundstein zu Eurer Größe gelegt; führt nun selbst das Gebäude auf!" so war einer dieser Nachfolger nun eben im Begriff, alles, was seine Vorfahren gethan, noch zu überbieten. 170 Jahre waren seit der ersten Königskrönung

in Königsberg verflossen, und wieder am 18. Januar steigt ein Nachfolger jenes ersten Friedrich noch eine Sprosse höher und nennt sich unter dem Jubelruf des deutschen Volkes „Wilhelm I., Kaiser des Deutschen Reiches.“

Am 18. Januar präcis 12 Uhr verließ der König das Präfekturgebäude in Versailles und begab sich nach dem Schlosse in die „Galerie des glaces.“ Hier waren die Prinzen, Fürsten, Generale und Minister, die Abgesandten der Officierscorps versammelt, die Fahnen und Standarten der dritten Armee, je von drei bis vier Vertretern des Regiments begleitet, aufgestellt. Von der im Norden von Paris stehenden vierten Armee konnten nur einzelne Deputationen theilnehmen, weil der von den Pariser Zeitungen längst verkündigte große Ausfall möglicherweise gerade an diesem Tage stattfand. Als der König in den Festsaal eintrat, stimmte ein Sängerchor, aus Mannschaften des 7., 47. und 58. Regiments bestehend, das Lied an: „Jauchzet dem Herrn alle Welt!“ Der König nahm in der Mitte vor dem im Saale errichteten Altar Aufstellung, im Halbkreis um ihn die Prinzen und Fürsten; hinter diesen und ihnen zur Seite standen die Generale und Minister. Nach dem Chorgesang wurde ein Vers des Chorals: „Sei Lob und Ehre!“ gesungen; darauf folgte die Liturgie und die von dem Divisionsprediger Rogge gehaltene Festpredigt, welcher der 21. Psalm als Text zu Grunde lag, und zum Schluß der Gesang des Liedes: „Nun danket Alle Gott!“ und die Segensprechung. Damit war der kirchliche Theil der Feierlichkeit beendigt. Sofort schritt der König durch die Reihen der Versammlung auf die Estrade zu, verlas vor den Fahnen eine Ansprache an die „Durchlauchtigsten Fürsten und Bundesgenossen“ und gab dem an diesem Tage zum Generallieutenant ernannten Bundeskanzler Grafen Bismarck

den Befehl, die „An das deutsche Volk“ gerichtete Proklamation zu verlesen.

Dieselbe lautete: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und freien Städte den einmüthigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiemit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unseren Beziehungen und Angelegenheiten des Deutsches Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen. Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu vertheidigen. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermuthigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren. Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an

den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung!"

Nach Verlesung dieser Proklamation trat der Großherzog von Baden vor und rief: „Seine Majestät der Kaiser Wilhelm lebe hoch!" Unter den Klängen der die Melodie des Liedes: „Heil Dir im Siegerkranz" anstimmenden Militärmusik brachte die Versammlung dreimal ein begeistertes Hoch aus. Darauf umarmte der Kaiser den Kronprinzen, den Prinzen Karl und die ihm persönlich verwandten Fürsten, ließ die Deputationen der Officiere an sich vorbeipassiren und gieng an den Reihen der im Saale aufgestellten Truppen entlang. Die Musikcorps hatten sich inzwischen in dem an die Galerie östlich anstoßenden „Friedenssaal" aufgestellt und begrüßten den Kaiser, als er, von den Prinzen, Fürsten und Generalen begleitet, den Festsaal verließ, mit dem Hohenfriedberger Marsch. Die Officiere, deren Zahl 500 bis 600 betrug, folgten dem Kaiser; die Fahnen wurden von den begleitenden Mannschaften in Empfang genommen. Den Deputationen, welche noch am nämlichen Tage Versailles verließen, gab der Kaiser ein Festmahl im Hotel de France; die Truppen erhielten Geldgeschenke.

Unter so großartigen Verhältnissen und Ereignissen, wie die deutsche Kaiserwürde in Versailles, ist niemals eine solche angenommen worden. Schon der Ort, wo die Feierlichkeit stattfand, war bedeutungsvoll genug. Mitten in Feindesland, in der alten Residenzstadt der bourbonischen Könige, in dem Schlosse Ludwigs XIV., welcher, auf die Uneinigkeit und den Verrath der deutschen Fürsten bauend, deutsche Städte wie herrenloses Gut sich aneignete und Schmach und Elend über Deutschland häufte, vollzog sich diese Kaiserfeier, und der durch ein starkes und treues Volk auf den Schild emporgehobene Fürst

war der Nachkomme des großen Kurfürsten, des Siegers von Fehrbellin, welcher zuerst unter den Hohenzollern Frankreichs Kriegsruhm verdunkelte und Oestreich für seine deutsche Stellung zittern machte. Durch die Errichtung des auf der Einigkeit der deutschen Fürsten und Volksstämme beruhenden deutschen Kaiserthums war das politische System jenes bourbonischen Ludwig und seiner Nachfolger vernichtet. Daß dieses System gerade im Spiegelsaal des Versailler Schlosses, im Angesicht der eingeschlossenen Stadt Paris, unter den Klängen der preußischen Volkshymne, unter der Musik des Hohenfriedberger Marsches, in Trümmer zerschlagen wurde, war eine das übermüthige Frankreich tief verletzende, aber wohl verdiente historische Ironie. Und wie riesige Trophäen umgaben jene glorreichen Ereignisse, welche eben damals, theils vor, theils nach dem 18. Januar, über die Bühne des Welttheaters schritten, die Kaiser-Proklamation von Versailles. Die Siege von Le Mans am 12., von Belfort am 17., von St. Quentin und vom Mont Valérien am 19., die Kapitulation von Paris am 28. Januar und die Zurückwerfung der Bourbaki'schen Armee nach der Schweizer Grenze am 1. Februar waren welthistorische Denksteine, von welchen noch die fernste Nachwelt sprechen wird. Was am 18. Januar in der Versailler Galerie des glaces sich in Scene setzte, konnte durch nichts eine günstigere Illustration erhalten als durch diese Galerie des victoires..

Von dem Abschluß der Friedens-Präliminarien benachrichtigte Kaiser Wilhelm seinen kaiserlichen Neffen Alexander von Rußland in einem Telegramm vom 27. Februar, welches mit den Worten schloß: „Preußen wird niemals vergessen, daß es Ihnen zu verdanken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat. Möge Gott Sie dafür segnen!

Für immer Ihr dankbarer Freund Wilhelm.“ Die Antwort des Kaisers Alexander lautete: „Ich theile Ihre Freude. Ich bin glücklich, im Stande gewesen zu sein, Ihnen als ergebener Freund meine Sympathien zu beweisen. Möge die Freundschaft, welche uns verbindet, das Glück und den Ruhm beider Länder sichern!“ Diese telegraphischen Worte bilden für sich ein Programm; sie haben für die Beziehungen Preußens zu Rußland den Werth eines Allianzvertrages; Vergangenheit und Zukunft muß darnach beurtheilt werden.

Wie im Jahre 1866 vor Wien, so zeigte Kaiser Wilhelm vor Paris eine weise Mäßigung. Es lag in seiner Hand, den Einzug in Paris zu erzwingen, die Stadt mit seinen Truppen zu besetzen, sein Hauptquartier in den Tuilerien aufzuschlagen. Der Eitelkeit und dem Theater-Ruhm nicht zugänglich, verzichtete der Kaiser für seine eigene Person auf den Einzug, verzichtete auch auf eine vollständige Besetzung der Stadt, bestand aber aufs nachdrücklichste darauf, daß den Parisern Gelegenheit gegeben würde, ihre Besieger von Angesicht zu sehen. Die Pariser Presse und die französischen Staatsmänner hatten in der letzten Zeit, unterstützt von der Sentimentalität des Auslands, so viel von der „Heiligkeit und Unantastbarkeit“ der Hauptstadt gesprochen, daß Kaiser Wilhelm es für politisch nothwendig hielt, den Parisern durch eine sehr drastische Demonstration zu zeigen, daß ihre Stadt nicht mehr sei als jede andere Hauptstadt, und daß die deutsche Armee vor keiner Aufgabe, auch nicht vor der einer Besetzung von Paris zurückschrecke. Es wurde daher in einer den Präliminarien beigegebenen Zusatz-Konvention vom 26. Februar bestimmt, daß der westliche Theil der Stadt von 30,000 Mann der deutschen Armee besetzt werden solle. Am Abend des 28. Februar standen 100,000 Mann

vor den Mauern von Paris; die Kanonen der Forts waren gegen die Stadt gerichtet. 30,000 Mann sollten am 1. März in Paris einrücken, 70,000 Mann in der Reserve bleiben, um beim ersten Widerstand, den die Pariser entgegenstellen würden, gleichfalls einzurücken. Ueber die zum Einmarsch bestimmten Truppen hielt der Kaiser am Vormittag des 1. März am Boulogner Gehölz Parade ab. Der Einmarsch erfolgte Nachmittags 1 Uhr. Am Vormittag des 3. März, nachdem der Präliminarvertrag von der Nationalversammlung in Bordeaux angenommen und vom Kaiser unterzeichnet worden war, fand der Uebereinkunft gemäß der Rückmarsch der Truppen statt.

Die Zeit der Heimkehr nahte. Am 7. März verließ der Kaiser Versailles und siedelte nach dem Schlosse Ferrières über. Auf dem Wege dahin hielt er auf dem Schlachtfeld von Villers und Champigny Musterung über Baiern, Sachsen und Württemberger und sprach über jene Kämpfe an der Marne das anerkennende Wort: „Ich rechne die Tage von Villers nächst dem 18. August und den Kämpfen bei Belfort zu den bedeutendsten Leistungen des Feldzugs.“ Am 13. März fuhr der Kaiser von Ferrières nach Nancy, am Bahnhof von tausendstimmigem Hurrah der deutschen Truppen begrüßt. Auch der Held von Belfort, der General Werder, hatte sich dort zum Empfang des Kaisers eingefunden. Sobald dieser ihn erblickte, rief er ihm zu: „Ich habe Ihnen schon brieflich gedankt, aber das ist nicht genug!“ und umarmte ihn. Bevor er den französischen Boden verließ, sagte der Kaiser in einem Armeebefehl vom 15. März den „Soldaten der deutschen Armee“ Lebewohl und sprach ihnen „mit warmem und erhobenem Herzen“ nochmals seinen Dank aus „für alles, was sie in diesem Kriege durch Tapferkeit und Ausdauer geleistet haben.“ „Ihr kehrt mit dem stolzen Bewußt-

sein in die Heimat zurück, daß ihr einen der größten Kriege siegreich geschlagen habt, den die Weltgeschichte je gesehen, daß das theure Vaterland vor jedem Betreten durch den Feind geschützt worden ist, und daß dem Deutschen Reiche jetzt Länder wieder erobert worden sind, die es vor langer Zeit verloren hat." In einem Schreiben an die Kaiserin Augusta vom 14. März bat der Kaiser, dem Centralcomité der deutschen Vereine, welche sich die Pflege der im Felde verwundeten und erkrankten Krieger zur Aufgabe gemacht haben, seinen Dank und seine Anerkennung auszudrücken für die „Leistungen, die jede Erwartung überstiegen und wesentlich dazu beigetragen haben, der Armee, unter den schweren Mühsalen des Krieges, Freudigkeit und Kraft zu erhalten."

Am 15. März verließ der Kaiser mit dem Kronprinzen, den Prinzen Karl und Adalbert, dem Grafen Moltke und der übrigen Begleitung die Stadt Nancy, um über Metz, Saarbrücken, Mainz nach Frankfurt zu gelangen. Die Fahrt gieng über Pont-à-Mousson, wo der Kaiser in den Tagen von Vionville und Gravelotte sein Hauptquartier gehabt hatte. Bei der Station Pagny wurde der französische Boden verlassen und das Gebiet der neuen Reichslande betreten. Die obersten Behörden von Elsaß und Deutsch-Lothringen standen dort zum Empfang bereit, und ein Bataillon ostpreußische Landwehr hatte die Ehrenwache. Unter dem Donner der Kanonen der Forts lief der Zug in den Bahnhof von Metz ein. Es war ein stolzer Moment, die vor 5 Monaten noch feindliche Stadt als eine nun deutsche begrüßen zu dürfen. Von da gieng die Fahrt über Remilly und St. Avold nach Forbach und Saarbrücken. In letzterer Stadt hatte sich eine Deputation der Rheinprovinz, den Oberbürgermeister Bachem aus Köln an der Spitze, eingefunden,

um dem Kaiser eine Adresse und einen goldenen Lorbeerkranz zu überreichen. Die Adresse hob den Dank der Rheinlande, welche „dem Einfall eines mit wilden Horden vermischten Heeres zunächst ausgesetzt" waren, hervor. Die Weiterfahrt bis Berlin war ein Triumphzug. In Bingen stieg der Großherzog von Hessen in den Zug ein und fuhr über Mainz nach Frankfurt mit. Abends zwischen 6 und 7 Uhr erfolgte der Einzug in die festlich geschmückte und glänzend beleuchtete Stadt Frankfurt. Am 16. März fuhr der Kaiser über Eisenach, wo der Großherzog von Weimar ihn begrüßte, und Gotha nach Weimar und am 17. über Halle, Magdeburg, Potsdam nach Berlin. Abends um 4³/₄ Uhr traf er, von seiner Gemahlin und der Prinzessin Karl in Potsdam abgeholt, in Berlin ein. Die Kronprinzessin, die übrigen Prinzessinnen, die Generalität, die Minister, die Spitzen der städtischen Behörden waren im Bahnhof zum Empfang bereit, und eine ungeheure Menschenmenge stand voll Erwartung da. Ganz Berlin war auf den Straßen, alle Häuser waren beflaggt. Der alte Feldmarschall Wrangel brachte ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus, in das die Menge begeistert einstimmte. Auch der Kronprinz, die Grafen Bismarck und Moltke wurden freudig begrüßt. Abends war Berlin beleuchtet, und der Kaiser durchfuhr um 8 Uhr unter neuen Huldigungen die Straßen. Am 18. März empfieng er die vom Kaiser Alexander von Rußland zu seiner Beglückwünschung nach Berlin gesandte Deputation von Generalen und Officieren und wohnte am 19. mit der ganzen kaiserlichen Familie einem Dankgottesdienst im Dome bei. Der officielle Empfang des Magistrats und der Stadtverordneten von Berlin und der Deputation der städtischen Behörden von Breslau und Charlottenburg fand am 20. März statt. Dieselben überreichten

dem Kaiser eine Adresse, welche auf die ruhmreiche Regierung der hohenzollern'schen Dynastie, die vor mehr als vier und einem halben Jahrhundert in die damals arme, tief zerrüttete Mark als Retterin gesandt wurde, auf die Heldengestalten des großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen und auf die unter Friedrich Wilhelm III. geführten Freiheitskriege, endlich auf das diesen trefflichen Fürsten gemeinsame Ziel, Deutschlands Wiedergeburt durch Preußens Größe, hinwies. „Es ist jetzt vollendet das große Werk: Der Hohenstaufen ruhmreiches Scepter ruht sicher in der Hohenzollern starker Hand." Der Kaiser sprach in seiner Erwiderung von der liebevollen Sorge der Heimat für die im Felde stehenden Krieger und sagte am Schluß: „Was die Gestaltung Deutschlands und meine persönliche Stellung zu derselben betrifft, so habe ich für mich nichts gesucht und kaum erwartet, daß wir gegenwärtig schon diesen Abschluß erreichen würden. In der kurzen Spanne Zeit, die mir noch gegeben ist, wird es mir nur vergönnt sein, die Grundlagen zu legen; meine Nachfolger werden den jungen Baum weiter wachsen und grünen sehen. Lange lag dieser Ausgang in den Herzen. Jetzt ist es an das Licht gebracht. Sorgen wir, daß es Tag bleibt!"

Der erste deutsche Reichstag, wozu die Wahlen am 3. März stattgefunden hatten, wurde vom Kaiser am 21. März eröffnet. Die Thronrede war ein lebendiger Ausdruck jener Bescheidenheit, Mäßigung und Religiosität, welche die kaiserlichen Siegestelegramme so sehr ausgezeichnet haben vor Napoleonischen Bülletins. „Es drängt mich vor allem, meinem demüthigen Danke gegen Gott Ausdruck zu geben für die weltgeschichtlichen Erfolge, mit denen seine Gnade die treue Eintracht der deutschen Bundesgenossen, den Heldenmuth und die Mannszucht unserer Heere und die opferfreudige Hingebung des deutschen Volkes gesegnet

hat.“ Die Genugthuung über diese Erfolge sprach sich in dem Satze aus: „Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwicklung.“ Das neue Deutsche Reich, das fern sei von jeder Eroberungslust und Interventionssucht, werde in dem Herzen Europa's ein Friedensreich bilden, das, wie es in die Angelegenheiten anderer Staaten sich nicht mische, so von niemand eine Einmischung dulde, zur Offensive nicht geneigt, aber in der Defensive zu fürchten sei. Der Reichskanzler Graf Bismarck wurde in Anerkennung seiner staatsmännischen Verdienste, am Tage der Reichstags-Eröffnung, in den Fürstenstand erhoben. Am folgenden Tage, am 22. März, feierte der Kaiser seinen 75. Geburtstag. Die meisten deutschen Fürsten hatten sich in Berlin eingefunden, um dem Kaiser, welchem in diesem Alter so Großes auszuführen beschieden war, ihre Glückwünsche darzubringen. Der Prinz Friedrich Karl, der siegreiche Feldmarschall, war von Fontainebleau herbeigeeilt. Der Kaiser von Oestreich, mit dessen Regierung, unmittelbar nach Abschluß der Versailler Verträge, durch eine Depesche Bismarcks vom 14. December 1870 ein freundlicheres Verhältniß angebahnt worden war, sandte seinen ersten Generaladjutanten mit einem eigenhändigen Glückwunschschreiben. Nicht bloß in Berlin und anderen preußischen Städten wurde der Geburtstag des Kaisers gefeiert, sondern fast in allen deutschen Städten, ja in Süddeutschland mit ganz besonderer Begeisterung, und selbst in fernen Welttheilen, wo Deutsche beisammen wohnten. Ueberall wurden Festmahle veranstaltet und in Reden und Toasten die Verdienste des deutschgesinnten Kaisers hervorgehoben. An diesem Tage unterzeichnete der Kaiser eine Ur-

kunde über die Stiftung des Verdienstkreuzes für Frauen und Jungfrauen. Auf den 23. hatte er sämtliche Mitglieder des Reichstags zur Tafel geladen. Die nach Landsmannschaften aufgestellten Abgeordneten wurden vor dem Mahle dem Kaiser und der Kaiserin vorgestellt. Das vom Kaiser auf das einige Deutschland ausgebrachte Hoch fand freudigen Wiederhall. An dem Mahle nahm auch eine elsäßische Deputation theil, welche für das nun deutsche Elsaß Ersatz für die erlittenen Kriegsschäden auszuwirken suchte. Dieselbe fand bei dem Kaiser und dem Reichskanzler die wohlwollendste Aufnahme und erhielt erwünschten Bescheid.

Den Anträgen der Reichsregierung entsprechend, bewilligte der Reichstag aus den Kriegs-Entschädigungsgeldern 240 Mill. Thlr. für die Invaliden, 4 Mill. Thlr. für bedürftige Reservisten und Landwehrmänner und 4 Mill. Thlr. für Dotationen verdienter Generale und Staatsmänner. Für letzteren Zweck wurden vier Kategorien aufgestellt und für dieselben Summen von 300,000, 200,000, 150,000 und 100,000 Thalern bestimmt. Prinz Friedrich Karl, Graf Moltke, Kriegsminister von Roon und General Manteuffel kamen dabei in erster, die Generale Göben und Werder und Staatsminister Delbrück in zweiter Linie. Fürst Bismarck erhielt vom Kaiser die zu einer Million Thlr. geschätzten Domänen im Amte Schwarzenbeck, im Herzogthum Lauenburg, zum Geschenk. Die wiedergewonnenen Provinzen Elsaß und Lothringen wurden nicht mit Preußen vereinigt, sondern als besonderes Reichsland verwaltet. Doch sollte, angesichts der dort obwaltenden ganz eigenthümlichen Zustände, die Reichsverfassung erst am 1. Januar 1874 in den Reichslanden in Kraft treten und bis dahin die Gesetzgebung vom Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrath ausgeübt, alle

anderen Rechte der Staatsgewalt vom Kaiser gehandhabt werden.

An den am 15. Juni stattfindenden Schluß des ersten deutschen Reichstags reihte sich am 16. der Einzug der siegreichen Truppen in Berlin. Es waren 40,000 Mann und zwar die Garde, ein Bataillon des Königsgrenadierregiments, dessen Chef der Kaiser ist, und eine Deputation sämtlicher übrigen Truppentheile des deutschen Heeres, welche zu einem Infanteriebataillon, einer Reiterschwadron und einer Batterie vereinigt waren. Es war ein großartiger Augenblick für die dichtgedrängten Zuschauer, den greisen Heldenkaiser an der Spitze seiner Truppen zu sehen, hinter ihm den Kronprinzen und den Prinzen Friedrich Karl, vor ihm das glänzende Dreigestirn Bismarck, Moltke, Roon. Der Zug gieng durch reich beflaggte und bekränzte Straßen, vorbei an dem Standbild des alten Fritz, an den Standbildern der Helden von 1813, Blücher, Scharnhorst, Gneisenau, Bülow, York. Der lauteste Jubelruf erscholl, als die erbeuteten Fahnen und Adler vorbeigetragen wurden, diese Sinnbilder des Siegeszuges von Weißenburg bis nach Dieppe und Le Mans. Moltke wurde an diesem Tage zum Generalfeldmarschall ernannt, Roon in den Grafenstand erhoben, andere Generale mit anderen Auszeichnungen beehrt. Mit der Enthüllung der Reiterstatue des Königs Friedrich Wilhelm III. endigte diese denkwürdige Feier. Daß der Kaiser Franz Josef zu dieser Doppelfeier den General Gablenz nach Berlin absandte und daß aus Wien, Graz, Marburg, Villach, Prag Begrüßungstelegramme einliefen, welche die freudigste Theilnahme deutsch-östreichischer Brüder ausdrückten, erregte günstige Hoffnungen für ein friedliches Zusammengehen. Die Feier vom 16. Juni erhielt eine Art Ver-

vollständigung durch die am 2. September 1873 stattfindende Enthüllung der Siegessäule, welche, wie die Inschrift sagt, „das dankbare Vaterland dem siegreichen Heere“ von 1864, 1866, 1870 und 1871 geweiht hat. Was Preußen in diesen sieben Jahren von 1864 bis 1871 groß gemacht hat, war in dieser Schlußfeier zusammengefaßt. „Ich leere mein Glas zum Danke dem opferwilligen Volke, zum Danke meinen hohen Verbündeten und zum Danke für unsere ruhmreiche Armee“, sprach der Kaiser beim Festmahl im königlichen Schlosse. Wenige Tage nach dem Siegeseinzuge vom 16. Juni 1871 begab sich der Kaiser wieder in das Bad Ems. Daß er diesmal auf der Brunnenpromenade den Grafen Benedetti nicht mehr treffen werde, dessen war er sicher.

Die durch die Versailler Verträge hergestellte Einheit der deutschen Staaten wurde durch die Umsicht der Reichsregierung und durch die Thätigkeit des Reichstags eine von Jahr zu Jahr festere und innigere. Unter den hervorragenden Akten der Gesetzgebung erwähnen wir die Berathung und Annahme der Gesetze über Reichsmünzen, Reichspapiergeld und Bankwesen im Jahre 1874, wodurch an die Stelle einer unerträglichen Zersplitterung und Willkürlichkeit einheitliche und feste Normen gesetzt wurden. Durch die am 21. December 1876 vom Reichstag angenommenen Justizgesetze wurde in den wichtigsten Gebieten des Rechtswesens Einheit hergestellt. Die Annahme des Reichsmilitärgesetzes durch den zweiten Reichstag, an welchem auch die elsaß-lothringischen Abgeordneten theilnahmen, kostete einen schweren Kampf. Es war begreiflich, daß gerade für dieses Gesetz der Kaiser sich sehr interessirte. Bei der Ansprache, welche er am 22. März 1874, seinem Geburtstage, an die Generale hielt, sagte er etwa folgendes: „Er habe gehofft und

gewünscht, noch selbst die Militärfrage zum definitiven Abschluß zu bringen und die Wehrverfassung seinem Nachfolger als eine rechtlich und faktisch vollendete Thatsache, gleichsam als sein väterliches Vermächtniß für seinen Sohn und als kaiserliche Schutzwehr für Reich und Volk wider innere und äußere Feinde hinterlassen zu können, und er könne dieser Hoffnung auch jetzt durchaus nicht entsagen, zumal da jedermann sagen müsse, daß bei der früheren Krisis in der Militärfrage er sachlich Recht gehabt habe. Seine Lebensaufgabe wurzle und gipfle in dem Militärgesetz, und er möchte sein Auge nicht eher zur ewigen Ruhe schließen, bevor er nicht dessen gewiß sein könnte, daß sein Lebensziel erfüllt sei." Es handelte sich vorzugsweise um den ersten Paragraphen des Gesetzes, wonach die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unterofficieren und Mannschaften, bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung, 401,659 Mann betragen sollte. Nicht bloß die reichsfeindlichen Parteien der Klerikalen und Socialdemokraten bekämpften ein Gesetz, welches dem deutschen Reiche eine solide eiserne Unterlage geben sollte, sondern auch viele Mitglieder der liberalen und nationalliberalen Parteien, und zwar diese aus dem doktrinären Grunde, weil sie in dieser einmaligen Festsetzung der Zahl eine Verkümmerung des Budgetrechts sahen und demgemäß die Festsetzung der Friedenspräsenzstärke durch das jährliche Etatsgesetz verlangten. Die Feststellung dieser Zahl von den jährlichen Beschlüssen des Reichstags und den Schwankungen der Majoritäten abhängig zu machen, war absolut unmöglich, wenn, zumal angesichts der französischen Revanchegelüste, die Sicherheit und Integrität des deutschen Reiches nicht auf eine unverantwortliche Weise preisgegeben werden sollte. Man stand vor einem deutschen Konflikt, wie

1862 vor einem preußischen. Generalfeldmarschall Moltke griff selbst in die Debatte ein, beleuchtete in längerer Rede die militärischen Verhältnisse Deutschlands und der anderen Staaten, besonders Frankreichs, besprach die politische Lage Europa's und drang im Interesse der Sicherstellung des Vaterlandes auf unbedingte Annahme. Trefflich sagte er: „Ein großes weltgeschichtliches Ereigniß, wie die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, vollzieht sich kaum in einer kurzen Spanne Zeit. Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrissen wird. Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen. Nach allen Seiten stoßen wir auf das Mißtrauen, daß Deutschland, nachdem es mächtig geworden, in Zukunft ein unbequemer Nachbar sein könnte.“ Aus den Debatten des Reichstags und den Berathungen der Kommissionen gieng als Wahrscheinlichkeit hervor, daß die Mehrheit des Reichstags den ersten Paragraphen nicht annehmen werde. Dann blieb der Reichsregierung nichts anderes übrig, als von ihrem Rechte, den Reichstag aufzulösen, Gebrauch zu machen. Daß durch Neuwahlen ein willfähriger Reichstag zu Stande kommen werde, war nicht sicher. Die Erfahrungen aus den sechziger Jahren sprachen nicht dafür. Der hannöverische Abgeordnete Bennigsen hatte das Verdienst, die Formel zu finden, wodurch die negativen Geister wieder zu einer fruchtbringenden Thätigkeit beschworen werden konnten. Die obengenannte Friedenspräsenzstärke sollte nicht ein für allemal, sondern nur auf 7 Jahre, vom 1. Januar 1875 bis zum 31. December 1881, festgestellt werden. Die ganze nationalliberale Partei stimmte diesem Vorschlage zu. Nun fragte es

sich, ob auch die Regierung mit einverstanden sei. Der Kaiser besprach sich am 29. März mit dem Reichstags-Präsidenten Forckenbeck und hatte am 9. April eine längere Unterredung mit dem durch schwere Erkrankung von den Debatten ferngehaltenen Reichskanzler. Letzterer rieth, den Reichstag nicht aufzulösen, sondern den Bennigsen'schen Vorschlag anzunehmen, da dies von den zwei Uebeln das geringere sei. Am 10. April legte der Kaiser die Frage auch dem Staatsministerium vor, konferirte sodann mit dem Kronprinzen, den Generalfeldmarschällen Moltke und Manteuffel, dem Kriegsminister Kamecke und den Generalmajoren Voigts-Rhetz und Albedyll, und entschied sich zuletzt für Bennigsen, obgleich er dessen Vorschlag weder vom militärischen noch vom politischen Standpunkte billigte. Daß er in einer Frage, die ihm so sehr am Herzen lag, und für die er der kompetenteste Beurtheiler war, trotz besserer Ueberzeugung nachgab, war ein Akt der edelsten Selbstverleugnung. Auf dies hin wurde der Kompromiß und das ganze Reichsmilitärgesetz vom Reichstag angenommen.

Epochemachend war für die Regierung des Kaisers Wilhelm die Aufnahme des Kulturkampfes. Es gehörten zur Durchführung desselben weniger Bataillone als zum Kampf gegen Frankreich, aber nicht weniger Einsicht und Festigkeit. Auch die Ziele waren sich durchaus nicht sehr unähnlich. Die französische Suprematie lag nicht drückender auf Deutschland als die unter Pius IX. großgezogene Jesuiten-Herrschaft. Was auf dem Gebiete der kirchlichen Gesetzgebung von der Regierung des Königs Friedrich Wilhelm IV. gefehlt worden war, mußte wieder gut gemacht, das verlorene Terrain wieder zurückerobert werden. Es mußte soweit kommen, daß die Erziehung und Bildung der jungen Kleriker nicht in den Händen der Bischöfe, sondern in

denen des Staates lag, daß der niedere Klerus nicht von dem souveränen Belieben der Bischöfe abhieng, daß renitente Bischöfe, so gut wie andere renitente Unterthanen, vor den staatlichen Richterstuhl gezogen und nöthigenfalls unschädlich gemacht werden konnten, daß es überhaupt mitten im Deutschen Reiche nicht einen von einem auswärtigen italienischen Priester geleiteten Kirchenstaat gab, sondern daß alles, was in diesem Reiche lebte und leben wollte, den Staatsgesetzen in allen Beziehungen unbedingt und rückhaltlos unterworfen war. Alle diese Dinge hatten seit der Verkündigung des Unfehlbarkeits-Dogma's eine sehr geschärfte Spitze. Weltherrschaft, wie sie Gregor VII. beanspruchte, Oberherrschaft über Könige und Völker, Recht der Absetzung und Einsetzung der Fürsten, und alles dies auf Grund der selbstdekretirten Gottähnlichkeit: so etwa lautete das unfehlbare Programm vom 18. Juli 1870. Und diese Schwärmer im Vatikan glaubten wirklich, daß Kaiser Wilhelm das Napoleonische Kaiserthum und die französische Republik zu Boden geworfen habe, um nachher seinen hohenzollern'schen Nacken vor einer Kutte zu beugen?

Schon während des deutsch-französischen Krieges begann die Rüstung und Sammlung der Ultramontanen. Diese Partei schickte am 17. Februar 1871 eine Adresse an den Kaiser nach Versailles mit der naiven Bitte, daß der protestantische deutsche Kaiser mit der ganzen Macht des neuen Reiches für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes eintreten möchte, für welchen Freundschaftsdienst sie der Reichsregierung die Unterstützung der Klerikalen zusicherte. Auf die ablehnende Antwort hin erfolgte die Mobilmachung der katholischen Centrumspartei mit der Front gegen den Kaiser und dessen Regierung. Der Konflikt mit dem Bischof von Ermland, welcher trotz des

staatlichen Verbots die über einen Altkatholiken ausgesprochene Excommunikation publicirte und den Staatsgesetzen nur soweit Gehorsam leisten wollte, als die „göttlichen“ Gesetze, das heißt, der Papst und die Jesuiten es zuließen, zeigte der Staatsregierung die völlige Unhaltbarkeit der bisherigen kirchlich-politischen Zustände. Nachdem schon am 8. Juli 1871 die katholische Abtheilung im Kultusministerium aufgehoben worden war, wurde durch die Entlassung Mühler's am 17. Januar 1872 und durch die Ernennung Falk's zum preußischen Kultusminister der entscheidende Schritt gethan. Schlag auf Schlag folgten nun die Niederlagen des päpstlichen Systems. Auf die Vorlage der Reichsregierung beschloß der Reichstag im Jahre 1872 die Ausweisung der Jesuiten und der diesen verwandten Orden und im Jahre 1875 die Einführung der obligatorischen Civil-Ehe. Der preußische Landtag genehmigte im Jahre 1873 die ihm vorgelegten vier Kirchengesetze, die sogenannten „Maigesetze“, und im Jahre 1874 die diese ergänzenden drei weiteren Kirchengesetze. Im Vatikan herrschte eine üble Stimmung. Am 2. Mai 1872 erklärte der Papst, daß er den Kardinal Hohenlohe als deutschen Botschafter im Vatikan nicht annehme. Darauf erwiderte Bismarck in der Sitzung des Reichstags vom 14. Mai: „Dessen seien Sie sicher: nach Kanossa gehen wir nicht, weder in kirchlicher noch in staatlicher Beziehung.“ Der Papst wollte nichts schuldig bleiben. Einer Deputation des katholischen deutschen Lehrervereins in Rom gab er am 25. Juni die tröstliche Versicherung: „Irgend ein Stein wird vom Berge herabfallen und die Ferse des Kolosses zertrümmern,“ und in seiner Allokution vom 23. December sprach er geradezu von der „Anmaßung“ und „Unverschämtheit“ der Reichsregierung.

Nach dem Erlaß der Maigesetze glaubte Pius, sich an den

Kaiser persönlich wenden zu müssen, und richtete an denselben sein unglückliches Schreiben vom 7. August 1873. Darin sprach er es als eine fast zweifellose Thatsache aus, daß der Kaiser die von seiner Regierung ergriffenen kirchlich-politischen Maßregeln nicht billige, und stellte die Behauptung auf, daß der Kaiser, wie jeder Getaufte, in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise dem Papste angehöre. Darauf erwiderte der Kaiser am 3. September: „Der Papst sei sehr falsch berichtet, wenn er der Vermuthung Raum gebe, die kaiserliche Regierung schlage Bahnen ein, welche er, der Kaiser, nicht billige. Dies sei verfassungsmäßig gar nicht möglich, da alle Gesetze und Regierungsmaßregeln seiner Zustimmung bedürften. Seit zwei Jahren habe ein Theil der katholischen Unterthanen Preußens eine politische Partei organisirt, welche den seit Jahrhunderten bestehenden konfessionellen Frieden durch staatsfeindliche Umtriebe zu stören suche. Diese Bewegung hätten katholische Geistliche nicht nur gebilligt, sondern sie hätten sich ihr bis zur offenen Auflehnung gegen die Landesgesetze angeschlossen. Aehnliches finde gegenwärtig in der Mehrzahl der europäischen und in einigen überseeischen Staaten statt. Die Aufgabe des Kaisers sei es, in den Staaten, deren Regierung ihm von Gott anvertraut sei, den inneren Frieden zu schützen und das Ansehen der Gesetze zu wahren. Indem katholische Geistliche das Gebot des Gehorsams gegen die weltliche Obrigkeit verletzten, sei die kaiserliche Regierung in die Nothwendigkeit versetzt, die Befolgung der Landesgesetze durch weltliche Mittel zu erzwingen. Aber die Religion Jesu Christi und die Wahrheit, zu welcher auch er sich rückhaltlos bekenne, hätten mit diesen Umtrieben nichts zu thun. Uebrigens könne er die Aeußerung des Papstes, daß jeder Getaufte diesem angehöre, nicht ohne Widerspruch

übergehen; denn der evangelische Glaube, zu welchem er sich, gleich seinen Vorfahren und mit der Mehrheit seiner Unterthanen, bekenne, gestatte ihm nicht, in dem Verhältniß zu Gott einen anderen Vermittler als unseren Herrn Jesum Christum anzunehmen."

Diese im Reichsanzeiger veröffentlichte Korrespondenz erregte die Aufmerksamkeit der ganzen civilisirten Welt. Von allen Seiten, aus Deutschland und aus anderen Ländern, wurden zustimmende und dankende Adressen an den Kaiser gerichtet. In England, wo der Katholicismus eben damals bedeutend um sich griff, wurde am 27. Januar 1874 ein Sympathie-Meeting veranstaltet und Resolutionen im Sinne der deutschen Reichspolitik abgefaßt. Dieselben wurden dem Kaiser schriftlich mitgetheilt, worauf dieser am 18. Februar ein Schreiben an den Grafen Russell richtete, worin er den Unterzeichnern der Resolutionen dankte und sagte: „Mir liegt die Führung meines Volkes in einem Kampfe ob, welchen schon frühere deutsche Kaiser Jahrhunderte hindurch mit wechselndem Glück gegen eine Macht zu führen gehabt haben, deren Herrschaft sich in keinem Lande der Welt mit dem Frieden und der Wohlfahrt der Völker verträglich erwiesen hat, und deren Sieg in unseren Tagen die Segnungen der Reformation, die Gewissensfreiheit und die Autorität der Gesetze nicht bloß in Deutschland in Frage stellen würde."

Die Gegensätze wurden immer schärfer. Die Bischöfe ignorirten die Maigesetze und wollten die geistlichen Souveräne spielen. Der Erzbischof Ledochowski wurde im Jahre 1874 von der preußischen Regierung abgesetzt und zu zweijähriger Haft verurtheilt; vier andere folgten ihm in den nächsten Jahren. In der katholischen Presse und den Vereinen wurde eine revo-

lutionäre Sprache geführt, das Volk aufgehetzt, mit den Socialdemokraten fraternisirt. Das Attentat Kullmann's auf den Fürsten Bismarck in Kissingen (am 13. Juli 1874) zeigte, wohin diese Agitation führe. „Verstoßen Sie den Mann (Kullmann), wie Sie wollen! Er hängt sich doch an Ihre Rockschöße," rief Bismarck am 4. December 1874 der entsetzten Centrumsfraktion zu. Der Papst hatte aber noch höhere Karten in der Hand, und diese spielte er jetzt aus. In seiner Encyclica vom 5. Februar 1875 erklärte er die durch Deutschlands und Preußens Volksvertretung genehmigten, vom Kaiser unterzeichneten und als Staatsgesetze veröffentlichten neuen Kirchengesetze für ungiltig, verbot den Gehorsam gegen dieselben und sprach über die altkatholischen Geistlichen die Excommunication aus, und am 15. März ernannte er den noch in Haft befindlichen Ledochowski zum Kardinal. Jetzt hieß es: „Hie Welf! hie Waiblingen!" Denn nun war jeder katholische Geistliche von seinem obersten Chef zum Widerstand gegen die neuen Staatsgesetze geradezu kommandirt. Die preußische Regierung wußte die rechte Antwort darauf. Sie legte dem Landtag vier weitere Kirchengesetze vor, worunter ein Gesetz über die Aufhebung der Klöster und ein Gesetz über die Entziehung jeglicher Art von Staatsbesoldung an diejenigen Geistlichen, welche sich nicht durch eine besondere Erklärung zu der Befolgung der Staatsgesetze verpflichteten. Damit war der Kulturkampf auf seiner Höhe angelangt. Dem Klerikalismus war eine Position um die andere abgewonnen, seine Defensive wurde immer schwächer, und es blieb ihm zuletzt nichts mehr übrig, als die Rolle Favre's vom 23. Januar 1871 zu übernehmen. War er dazu zu stolz, so gieng jedenfalls die Regierung des Kaisers Wilhelm als Siegerin über ihn hinweg.

Bedeutungsvoll für die Stellung des Deutschen Reiches und

für den Frieden Europa's waren die intimen Beziehungen, in welchen Kaiser Wilhelm zu den Beherrschern von Oestreich und von Rußland stand. Bei der Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem Kaiser Franz Josef in Ischl und Salzburg am 11. August und 6. September 1871, woran auch die beiderseitigen leitenden Minister theilnahmen, wurde die Feindschaft von 1866 abgestreift und auf der Grundlage von 1871 Freundschaft geschlossen. Es herrschte „vollkommene Uebereinstimmung der Anschauungen über den Nutzen eines vorläufigen Einverständnisses in allen politischen Fragen und die leichte Möglichkeit, dasselbe herzustellen.“ Diese Freundschaft hatte aber nur dann Festigkeit und Bestand, wenn Preußens langjähriger und treuer Freund, Rußland, das seit dem Krimkriege Oestreich grollte, sich gleichfalls mit diesem aussöhnte. Die Lösung dieser Aufgabe war das Bestreben der deutschen Reichsregierung. Durch die Drei-Kaiser-Zusammenkunft in Berlin, vom 6. bis 11. September 1872, war der thatsächliche Beweis für das Gelingen des Werkes hergestellt. Mit dem Kaiser Alexander kamen seine beiden Söhne, der Thronfolger und Großfürst Wladimir, und Fürst Gortschakow, mit dem Kaiser Franz Josef der Kronprinz Albert von Sachsen und Graf Andrassy. Von den regierenden Fürsten Deutschlands fanden sich die meisten persönlich in Berlin ein, die anderen ließen sich durch Abgesandte vertreten. Neben den Festlichkeiten des Hofes fanden politische Konferenzen der drei Minister statt. Von dem Abschluß förmlicher Allianzen oder auch nur von schriftlichen Abmachungen ist nichts bekannt geworden; dagegen wurde konstatirt, daß es im Interesse der drei Kaiserreiche liege, sich über alle Fragen, die damals am politischen Horizont standen, zu verständigen, die Grundlinien für die Zukunft festzustellen und immer wieder von

Fall zu Fall neue Vereinbarungen zu treffen. Somit hatte diese Zusammenkunft die Bedeutung, daß die Beherrscher der drei mächtigen Reiche in allen großen Fragen der Politik einig seien und einig bleiben wollen, und daß Rußland und Oestreich die nationale Erhebung Deutschlands, die Errichtung eines deutschen Kaiserreiches, die Errungenschaften von 1871, die Ansprüche Deutschlands auf eine große geschichtliche Zukunft, die Wege und Ziele der deutschen Reichspolitik guthießen. Mit diesem Drei-Kaiser-Bund mußten künftig alle anderen Staaten Europa's rechnen; bei jeder neuen europäischen Verwicklung mußte die Entscheidung dieses Bundes die maßgebende sein; konnte Frankreich seine Revanchegelüste nicht mehr zügeln, so nahm dieser Bund die Zügel in die Hand. So lange dieser Bund dauerte — und daß er lange dauerte, lag im Interesse aller drei Mächte —, war für Deutschland nichts zu fürchten, gab es kaum einen europäischen Krieg, mußte jeder Konflikt im Rahmen eines lokalisirten Krieges sich bewegen, da jede andere Macht sich scheute, die kolossalen Streitkräfte des gesamten Drei-Kaiser-Bundes gegen sich in die Schranken zu rufen. Für die Person des Kaisers Wilhelm war dieser Besuch, welcher durch keinen äußeren Zwang herbeigeführt, sondern lediglich aus der Achtung für seinen Charakter, aus der Bewunderung für die Erfolge seiner nationalen Politik und aus dem Bewußtsein von der Nützlichkeit des Anschlusses an eine so kraftvolle Regierung hervorgegangen war, eine Huldigung, wie sie nur wenigen Monarchen zu Theil geworden ist. Ohne daß er es wollte, geschweige jemals auch nur die leiseste Andeutung machte, war Kaiser Wilhelm unbestritten der erste Monarch seiner Zeit. Der Schwerpunkt der europäischen Politik lag in Berlin. Dorthin richteten sich alle Blicke, sobald ein Sturm entstand; dorthin sah man

Fürsten selbst aus solchen Ländern reisen, welche indessen wenig Sympathien für Preußen und Deutschland gezeigt hatten. König Wilhelm von Holland, für die Dynastie Hohenzollern kühl bis ins Herz hinein, machte dem Kaiser im Juni 1874 einen Besuch in Ems. König Oskar II. von Schweden, dessen Vorgänger den Namen „Bernadotte" weder verleugnen konnte noch wollte, traf mit seiner Gemahlin am 28. Mai 1875 in Berlin ein und zeigte für Deutschland die lebhafteste Sympathie, für den Kaiser die höchste Verehrung. „Möge das kameradschaftliche Verhältniß zwischen unseren Armeen und die freundschaftlichen Beziehungen unserer Völker immer mehr sich entwickeln!" lautete der Schluß eines Trinkspruches, welchen König Oskar im Officierskasino des Kaiser-Franz-Regiments ausbrachte. In diesem anerkennenden Sinne ist es auch aufzufassen, wenn die Vereinigten Staaten von Nordamerika und England ihren Streit über den Besitz der Insel San Juan dem Kaiser Wilhelm zur Entscheidung übertrugen. Dieser entschied nach gründlicher Berathung und Erwägung am 21. Oktober 1872 zu Gunsten der Vereinigten Staaten.

An die Drei-Kaiser-Zusammenkunft in Berlin knüpften sich im Jahre 1873 Besuche des Kaisers Wilhelm in Petersburg und in Wien und die Ankunft des Königs Viktor Emanuel in Berlin. Derselbe kam in Begleitung des Minister-Präsidenten Minghetti und des Ministers des Auswärtigen, Visconti-Venosta, am 23. September nach Berlin, nachdem er in Wien, wo gerade die Weltausstellung war, einen viertägigen Aufenthalt genommen hatte. Bei der klerikalen Strömung des damaligen Frankreichs, bei den Fusionsbestrebungen der Orleanisten und Legitimisten, bei der trostlosen Aussicht, den bigotten Grafen Chambord auf dem französischen Throne zu sehen, fand Viktor Emanuel trotz

seiner französischen Färbung doch für gut, die Freundschaft des mächtigen Deutschen Reiches und dadurch einen starken Rückhalt gegen französische Restaurationsgelüste zu gewinnen. Auf dem Felde bei Potsdam, wo am 24. September die Garderegimenter aufgestellt waren und die Sieger von drei Feldzügen mit ihren glorreichen Führern an ihm vorbeidefilirten, konnte der König die militärische Größe Preußens in einem kleineren Bilde überschauen. Er war voll Lobes über diese militärische Größe, und er hatte Grund dazu. Sie hat ihm auf den Schlachtfeldern von Königgrätz und von Sedan Venetien und Rom erobert.

Daß dieser Besuch durch eine Reise des Kaisers Wilhelm nach Italien eine Erwiderung finde, war der sehnlichste Wunsch des Königs Viktor Emanuel und seines Volkes. Am 18. Oktober 1875 gieng dieser Wunsch in Erfüllung. Den Ort der Zusammenkunft zu bestimmen, überließ Viktor Emanuel dem Kaiser. Dieser entschied sich aus gesundheitlichen und aus kirchlich-politischen Gründen nicht für Rom, sondern für Mailand. Der dortige Gemeinderath nahm auf die Nachricht hievon am 8. Oktober die Tagesordnung an: „Der Gemeinderath schätzt sich glücklich, daß der erste deutsche Kaiser nach Mailand kommt, um dem ersten König von Italien die Hand zu drücken.“ Diese Tagesordnung wurde sofort zur Losung für ganz Italien. Nicht wie einen anderen Monarchen wollten die Italiener den Kaiser aufnehmen, sondern als den besten und uneigennützigsten Freund und Wohlthäter, welcher für seine großen Dienste nicht die geringste materielle Gegenleistung, geschweige ein Savoyen und Nizza, sondern nur dauernde Freundschaft beanspruchte. In Begleitung des Generalfeldmarschalls Moltke und des Staatssekretärs Bülow, welcher letztere den erkrankten Fürsten Bismarck zu vertreten hatte, kam Kaiser Wilhelm am Nachmittag des 18. Oktober in

15*

Mailand an. Sein Aufenthalt dort dauerte bis zum 23. Von der italienischen Grenze bis Mailand war die Reise ein Triumphzug. Der Empfang in Mailand von Seiten des massenhaft zuströmenden Volkes und die Kundgebungen der vornehmen und gebildeten Welt im Scalatheater waren unbeschreiblich. „Ich habe in meinem ganzen Leben nie etwas ähnliches gesehen," lautete das Telegramm an die Kaiserin. Im Kreise der italienischen Königsfamilie drückte der Kaiser den Wunsch aus, daß sie beide, der Kaiser und der König, immer Freunde bleiben, daß auch die beiden Kronprinzen immer treue Freundschaft halten, und daß unter allen politischen Verhältnissen und Wandlungen Deutschland und Italien immer fest zusammenstehen möchten. Auch mit dem Marchese Pepoli, dessen diplomatische Reise nach Düsseldorf im Jahre 1858 wir oben besprochen haben, hatte der Kaiser eine längere Unterredung, wobei er sich über die Gleichartigkeit der Interessen Deutschlands und Italiens und über den deutschen Kulturkampf aussprach. Die italienische Presse, selbst die demokratische, äußerte sich ungemein sympathisch über Kaiser Wilhelm und stellte historische Vergleichungen über den Entwicklungsgang der deutschen und der italienischen Einheitsbestrebungen und über die Schicksale der beiden Fürstenhäuser an, wobei es an scharfen Bemerkungen für Frankreich nicht fehlte.

Allen inneren Angelegenheiten, welche das Herz des deutschen Volkes bewegten, schenkte der Kaiser die lebhafteste Aufmerksamkeit. Es gab kaum irgend eine nationale Feier, von der Enthüllung des Luther-Denkmales in Worms bis zu dem des Hermann-Denkmales auf der Grotenburg, an welcher er nicht persönlich Antheil nahm oder welcher er nicht wenigstens irgendwie seine Sympathien bezeigte. Die technische Ausbildung der deutschen Armee

verfolgte er mit dem regsten Interesse. War ja die Organisation derselben sein „eigenstes Werk," dessen glückliche Durchführung den Adler Preußens bis zur Insel Alsen, bis vor die Thore von Wien und Presburg, bis an die Ufer der Seine und Loire brachte. An den jährlich im September stattfindenden Truppenmanövern betheiligte sich der Kaiser regelmäßig und unterzog sich dabei Strapazen, vor welchen sonst ein so hohes Alter sich zurückzieht. Noch im September 1876, als der Kaiser bereits sein 79. Lebensjahr zurückgelegt hatte, sah man ihn im Laufe von etwa drei Wochen an den Manövern bei Leipzig, bei Merseburg, bei Berlin, bei Stuttgart und bei Weißenburg im Elsaß theilnehmen. Diese Inspektionsreisen hatten zugleich einen nicht zu unterschätzenden politischen Werth: sie erhielten den Kaiser in innigem Verkehr mit seinen fürstlichen Verbündeten und mit der Bevölkerung der verschiedenen deutschen Provinzen. Wie groß war die Begeisterung der Stadt Leipzig bei der Ankunft des Kaisers am 5. September! Welch' ungeheure Menschenmenge strömte in Stuttgart zusammen, als der Kaiser am 21. seinen Einzug in der Residenz des Königs Karl hielt! Wie wurde selbst die Sprödigkeit des Elsäßers überwunden, als der Kaiser am 24. in Weißenburg ankam und in Fröschweiler die Friedenskirche besuchte!

Gegenüber den Vorgängen in der Türkei, wie sie sich in den Jahren 1875 und 1876 gestaltet hatten, nahm die Regierung des Kaisers Wilhelm eine reservirte Haltung an. Vermöge seiner geographischen Lage ist das Deutsche Reich bei den Konflikten an der unteren Donau und am Bosporus nur in zweiter Linie betheiligt. Seine Betheiligung beschränkte sich auf Unterstützung der Wünsche der befreundeten und sachlich unmittelbar interessirten Großmächte, Rußland und Oestreich. Die

Thätigkeit der Reichsregierung war also hauptsächlich darauf gerichtet, zwischen diesen beiden Freunden wegen eines etwaigen Einschreitens in der Türkei kein Mißtrauen und keinen Zwiespalt aufkommen zu lassen, das Berechtigte der Forderungen Rußlands überall zur Geltung zu bringen, für den Fall einer Occupation Bulgariens durch russische Truppen das von krankhafter Eifersucht erfüllte England von einer Unterstützung der Türkei zurückzuhalten und so den Krieg, falls er zum Ausbruch kommen sollte, zu lokalisiren. Diesen Zwecken diente die Theilnahme der Reichsregierung an dem Zustandekommen der Note Andrassy's vom 30. December 1875, die Drei-Kanzler-Zusammenkunft in Berlin am 10. Mai 1876 und die Besprechungen des Kaisers und des Reichskanzlers mit dem englischen Minister Salisbury am 23. November. Das Dreikaiserbündniß sollte in seinem vollen Bestande aufrecht erhalten und dessen Konsequenzen auf der ganzen türkischen Linie, vom See Skutari bis zum Kap Emineh, fühlbar werden. Den civilisatorischen Beruf Rußlands, seinen Glaubens- und Stammesgenossen in der Türkei zu einer menschenwürdigen Stellung zu verhelfen, erkannte Kaiser Wilhelm vollständig an. „Ich kann den berechtigten Forderungen Rußlands nicht entgegentreten," soll er im Oktober 1876 in Baden-Baden gesagt haben. Es ist nur eine weitere Ausführung dieses Satzes, wenn Bismarck in der Sitzung des Reichstags vom 5. December 1876 erklärte: „Rußland verlangt von uns nichts als vorläufig und in erster Linie auf einer friedlichen Konferenz unsere Mitwirkung zu einem Zwecke, der auch der unsrige ist, und der namentlich von Sr. Majestät dem Kaiser persönlich und, wie ich glaube, mit Zustimmung der ganzen Nation hochgehalten wird, den Christen, welche die europäische Türkei bewohnen, eine bessere Stellung zu verschaffen und Zustände

herbeizuführen, bei denen wenigstens solche Vorgänge, wie die Metzeleien der Tscherkessen in Bulgarien, nicht mehr zu den weiteren Wahrscheinlichkeiten gehören, und für den Fall, daß Rußland sich genöthigt sieht, dieses Ziel mit den Waffen der Pforte abzukämpfen, verlangt es nur unsere Neutralität!" Und denjenigen, welche etwa den Wunsch hatten, Preußen mit Rußland zu entzweien, erklärte Bismarck: „Bemühen Sie sich darin, wie Sie wollen, ich gebe Ihnen die positive Versicherung, so lange wir auf diesem Flecke stehen, wird es Ihnen nie gelingen, unser gutes und solides Verhältniß zu Rußland irgendwie zu alteriren und in die erprobte hundertjährige Freundschaft, die zwischen beiden Regierungen besteht, einen Riß zu machen. Dazu gehören stärkere Leute wie Sie, dazu gehört die russische Regierung selbst. Diese allein wäre im Stande, und diese hat ebensowenig die Absicht. Ich spreche damit nicht bloß meine persönliche Ueberzeugung aus, sondern, wie ich bestimmt weiß, die Ansicht der verbündeten Regierungen und namentlich auch die Ansicht Sr. Majestät des Kaisers selbst." Damit sind die Grundlinien für die nächste Zukunft gezogen. Mit vollem Vertrauen sieht Deutschland, wie in allen anderen Fragen, so auch in dieser orientalischen Frage, die Leitung seiner Politik in den Händen des Kaisers Wilhelm.

Am 1. Januar 1877 feierte der Kaiser sein 70jähriges Militärdienst-Jubiläum. Nicht bloß Berlin, wo in allen Straßen geflaggt wurde und eine Menge von Menschen das kaiserliche Schloß umstand, nahm Antheil an dieser seltenen Feier, sondern ganz Deutschland feierte diesen Tag mit. Von allen Seiten her wurden dem Kaiser in Zuschriften, Depeschen und Geschenken Beweise der Huldigung dargebracht. Er hatte den Wunsch ausgesprochen, diesen Tag in stiller Zurückgezogenheit

zuzubringen; aber das Verlangen der deutschen Armee, ihrem höchsten Kriegsherrn an diesem Tage ihre Glückwünsche darzubringen, war ein so entschiedenes und berechtigtes, daß der Kaiser nicht umhin konnte, seine Genehmigung zu der äußeren Feier des Tages zu ertheilen. Mehrere deutsche Fürsten waren in Berlin anwesend, die Generalfeldmarschälle, die kommandirenden Generale sämtlicher Armeecorps und eine Menge anderer hoher Officiere hatten sich eingefunden. Der König Oskar von Schweden ließ durch seinen Gesandten einen eigenhändigen Brief übergeben. Die erste Deputation, welche dem Kaiser ihren Glückwunsch darbrachte, war die des ersten Garderegiments zu Fuß. Dies ist das Regiment, in welches der Kaiser am 1. Januar 1807 in Königsberg eintrat, dessen Chef er längere Zeit gewesen ist, und in welchem sämtliche preußische Prinzen ihre militärische Laufbahn beginnen. Diese Deputation überreichte dem Kaiser einen Briefbeschwerer, in Form einer Pyramide aus verschiedenen Steinen aufgebaut, welche auf den Schlachtfeldern, auf welchen das Regiment seit dem Tage von Großgörschen gekämpft hat, gesammelt waren. Nachmittags 1 Uhr empfieng der Kaiser die Deputationen verabschiedeter Militärs aller Grade und Waffengattungen, des Westfälischen Krieger- und Landwehrverbandes und des deutschen Kriegerbundes. Die erste, an deren Spitze General Herwarth von Bittenfeld stand, überreichte dem Kaiser nebst einer Adresse ein ungemein kunstreich gearbeitetes „Kaiserschwert“ „als einen redenden Zeugen vollbrachter großer Thaten“. „In seinen Stahl gruben wir zu den Tagen früheren Ruhmes die glorreichen Tage des verflossenen Jahrzehnts, deren Glanz ewig hell und klar strahlen wird.“ Die zweite Deputation übergab dem Kaiser eine silberne Ehrensäule mit dem Standbilde

„Hermanns" auf der Grotenburg, die dritte eine Stiftung zur Unterstützung für die Witwen der Mitglieder des Kriegerbundes.

Am glänzendsten war der um 12½ Uhr im Rittersaal stattfindende Empfang der Generale. Alle die glorreichen Namen aus den letzten Kriegen waren hier vertreten. Die Sieger von Königgrätz, von Wörth, von Metz, von Sedan, von der Loire, von Amiens, von Belfort, von Paris — sie standen alle in einem Halbkreis um ihren kaiserlichen Führer. In ihrem Namen richtete der Kronprinz als Generalfeldmarschall des Deutschen Reiches warme und begeisterte Worte des Dankes an seinen königlichen Vater, als „das Vorbild aller soldatischen Tugenden und den Schöpfer jener neuen Ordnungen, die Preußens Ruhm erhöhen, Deutschlands Größe neu und fest begründen halfen." „Heute, wo wir unter Gottes Beistand zu immer schönerer Erfüllung heranreifen sehen, was unser Vaterland lange schmerzlich vermißt und vergebens ersehnt hat, heute sind es Deutschlands Heer und geeinigte Stämme, die voll Dank für alle Güter, welche Ew. Majestät ihnen errungen, in ihrem Kaiser den siegreichen Feldherrn, den Wiederhersteller und Mehrer des Reiches verehren. Ist es doch, wenn wir die Blicke rückwärts wenden auf den Beginn Ew. Majestät militärischer Laufbahn, als ob die mit Preußens tiefster Noth und endlicher Erhebung eng verknüpften Jugenderlebnisse Ew. Majestät die Vorbereitung zu den Thaten bedeuten, welche die Weltgeschichte mit Ihrem Namen für immer untrennbar verbindet." Tief bewegt antwortete der Kaiser: „Wenn alle die Herren, deren Anwesenheit mich hier und am heutigen Tage besonders erfreut, mit den Gefühlen übereinstimmen, denen mein Sohn so eben Worte gegeben, so kann ich mich nur um so glücklicher schätzen und spreche daher zunächst Ihnen meinen

Dank dafür aus. Wenn ich auf den Tag zurückblicke, an welchem ich vor jetzt 70 Jahren in die Armee eintrat, muß ich ja auch der Verhältnisse gedenken, unter denen es geschah; dann ist es aber auch von dem Augenblicke an, wo mich die Hand meines in Gott ruhenden Vaters in die Armee einführte, meinen ganzen Lebenslauf hindurch bis zu der heute mir vergönnten Freude, mein erstes Gefühl, dem Lenker unserer Geschicke demüthigen Dank zu sagen. Meine Stellung brachte es mit sich, daß der größte Theil meines Lebens der Armee gewidmet war. Darum gebührt aber auch allen denen, welche mich auf meiner militärischen Laufbahn begleitet und meine Bemühungen unterstützt, meine Erkenntlichkeit, deren ich mich stets gerne erinnere. Denn der Tapferkeit, Hingebung und Ausdauer der Armee verdanke ich die Stellung, die ich jetzt einnehme. Von Fehrbellin an bis auf die neuesten, glorreich beendeten Kriege stehen die Thaten der brandenburgisch-preußischen Armee unauslöschlich in den Annalen der Weltgeschichte, und was Preußen geworden ist, ist es hauptsächlich durch seine Armee geworden. Sie, meine Herren, die heute mir gegenüber meine Armee repräsentiren, bitte ich, allen denen, welche Sie vertreten, meinen persönlichen Dank zu sagen, einen Dank, der um so verdienter ist, als ich mich eine so lange Zeit hindurch von der Gesinnung und dem Geiste des Heeres, stets in engster Berührung mit ihm, überzeugen konnte, einem Geiste, der mit Ihr Werk ist, und dem, in Verbindung mit dem der deutschen Truppen, der große Erfolg gelang, ein einiges Deutschland und ein deutsches Heer zu schaffen." Bei dem im Weißen Saale des Schlosses stattfindenden Galadiner brachte der Kronprinz folgenden Toast aus: „Im Namen des deutschen Volkes und des deutschen Heeres trinke ich auf das Wohl unseres aller-

gnädigsten Kaisers, Königs und Kriegsherrn. Gott segne und erhalte Eure Majestät!“ Der Kaiser antwortete: „Meine Herren! Ich fordere Sie auf, Ihre Gläser zu ergreifen; wir trinken auf das Wohl des Volkes, aus dem das Heer hervorgegangen ist.“

Es war eine erhebende Feier. Unsere ganze neuere Geschichte war in dieselbe verwoben, von den Tagen des Unglücks und der Erniedrigung bis zu den Tagen der Erhebung und des Glanzes. Das ganze patriotische Deutschland ließ diese historischen Erinnerungen an seinem geistigen Auge vorübergehen. Von Königsberg und Memel bis nach Versailles und zum Siegeseinzug in Berlin — es ist eine Spanne Zeit von 64 Jahren; aber eine Welt von großen Ereignissen liegt zwischen diesen historischen Grenzsteinen, und das deutsche Volk, das dem treuen und beharrlichen Wirken des kaiserlichen Jubilars seine Einheit, seine hohe politische Stellung, seine staatliche, auch auf die kleinsten Verhältnisse günstig einwirkende Sicherheit verdankt, kann sich diese Reihenfolge von Geschichtsbildern nicht anders denken, als indem es in der Mitte derselben auf hohem Piedestal das eherne Bild des Kaisers aufstellt. „Meine Kräfte gehören dem Vaterlande“, hat der Kaiser zu seinem Wahlspruch erwählt. Sein ganzes Leben ist eine Bestätigung dieser Worte. Das Vaterland, dem diese königlichen Kräfte gewidmet waren, ist sich dessen voll Dankgefühles bewußt und trägt seinen Dank mit unauslöschlicher Schrift in die Denkmale der Geschichte ein. Heute und nach Jahrhunderten wird das Vaterland, wenn es einen Fürsten nennen soll, welcher sein ganzes reiches Leben hindurch nichts anderes kannte als die treueste Pflichterfüllung, mit Stolz, mit Begeisterung und mit Liebe ausrufen: **Kaiser Wilhelm!**

Buchdruckerei von Gustav Schade (Otto Francke) in Berlin N.